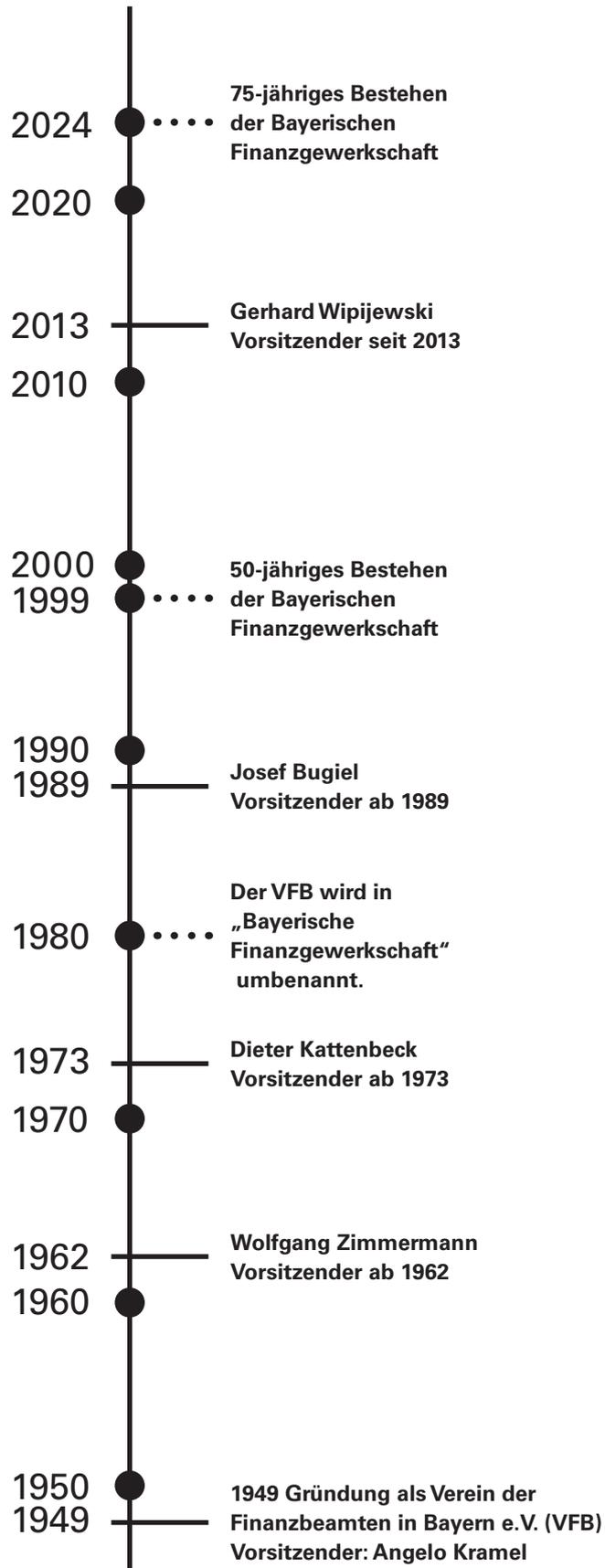




Chronik 1949 bis 2024

75 „WAS IST
UNS
UNSER
STAAT
WERT?“

Jahre bfg
23. Gewerkschaftstag
der Bayerischen
Finanzgewerkschaft
17. / 18. Juni in Würzburg



Die Chronik der bfg

1949 bis 2024

75 Jahre bfg – eine Chronik in drei Teilen

Zu ihrem 50-jährigen Bestehen im Jahr 1999 hatte die Bayerische Finanzgewerkschaft eine Chronik über ihre Arbeit in den ersten fünf Jahrzehnten vorgelegt. 15 ereignisreiche Jahre später wurde sie fortgeschrieben, so dass 2014 ein Werk über 65 Jahre bfg-Geschichte vorlag, das aus dem unveränderten alten und einem nun ergänzten neuen Teil bestand. Jetzt sind weitere 10 Jahre vergangen und die Bayerische Finanzgewerkschaft wird in wenigen Wochen 75 Jahre alt! Im Rahmen des 23. Gewerkschaftstages in Würzburg wird dieses Jubiläum gefeiert und dabei der Gründung im Jahr 1949 gedacht.

Anlass genug also, auch unsere Chronik auf den gesamten Zeitraum dieser 75 Jahre zu erweitern. Dieser Aufgabe hat sich unser Ehrenmitglied Johanna Markl gestellt, die als Landesjugendleiterin, Schriftführerin und stellvertretende Vorsitzende 40 Jahre lang der bfg-Landesleitung angehört hatte – so lange, wie niemand sonst! Sie schließt mit ihrem Text an den Zeitraum 1999 bis 2014 an, den bfg-Ehrenvorsitzender Josef Bugiel erstellt hatte. Um die ersten 50 Jahre hatten sich zuvor Matthias Bauregger, der spätere Bezirksvorsitzende von Südbayern, und Thomas Wagner, der heutige Bezirksvorsitzende von Nordbayern, als Autoren verdient gemacht.

Insgesamt kommt so ein kurzweiliger Überblick über all das zusammen, was sich in den 75 Jahren getan hat, seitdem die Bayerische Finanzgewerkschaft am 5. Juli 1949 als „Verein der Finanzbeamten“ gegründet worden ist.

Auch wenn es der Gründungsname nicht vermuten lässt, war es von Anfang an das Bestreben, status- wie auch laubbahngruppenübergreifend allen Beschäftigten der bayerischen Finanzverwaltung eine gewerkschaftliche Heimat zu bieten, von den Arbeitern über die Angestellten bis zu den Beamten, vom einfachen bis zum höheren Dienst. Wie richtig dieser Ansatz war, zeigt die seither erfreuliche Entwicklung der Bayerischen Finanzgewerkschaft zu der einen großen Fachgewerkschaft in der Finanzverwaltung, mit der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung sowie den IT-Bereichen als den drei großen Säulen.

Diese Chronik kann freilich nur einen groben Überblick bieten über die wichtigsten Ereignisse der vergangenen 75 Jahre. Gerade heute, wo viele Mitglieder sich täglich im Internet und in den sogenannten sozialen Medien über die letzten Neuigkeiten in der Gewerkschaftsarbeit informieren, wird deutlich, wie selektiv man bei der Erstellung einer Chronik doch zwangsläufig vorgehen muss. Da hat sich gegenüber den Anfängen viel verändert. Gleich geblieben ist das Manko, dass die Finanzverwaltung in der Bevölkerung keine natürliche Lobby hat, weil allzu viele Menschen im Land den Wert einer starken Verwaltung für die Gesellschaft nicht erkennen. Auch deshalb braucht es die bfg – heute genauso wie bei ihrer Gründung im Jahr 1949!

Mit großer Dankbarkeit denke ich an die Kolleginnen und Kollegen der frühen Jahre, die die Notwendigkeit sich zusammenzuschließen erkannt und gehandelt haben. Ich danke aber auch den vielen, die sich in diesen 75 Jahren ehrenamtlich engagiert haben, gleich ob in den Führungsgremien oder in der Basisarbeit vor Ort! Ein herzliches Dankeschön sage ich auch denjenigen, die einen Beitrag bei der Erstellung dieser Chronik geleistet haben.

Gerhard Wipijewski
Vorsitzender



Vorwort
Gerhard Wipijewski
Vorsitzender

Grußwort von Staatsminister Albert Füracker für Chronik anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitglieder der Bayerischen Finanzgewerkschaft,

die besten Glückwünsche zum 75-jährigen Bestehen der Bayerischen Finanzgewerkschaft! 75 Jahre sind nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern auch ein guter Anlass, die wichtige Gewerkschaftsarbeit zu würdigen.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft hat im letzten Dreivierteljahrhundert sehr viel für die Beschäftigten der Bayerischen Finanzverwaltung erreicht. Mit Herzblut, Engagement und Nachdruck hat sie sich für die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt. Getreu dem Motto „Weil es den Menschen braucht“ stellt die Bayerische Finanzgewerkschaft stets die Beschäftigten in den Mittelpunkt ihres Handelns. Ob Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten oder neue Stellen: die attraktiven Beschäftigungsbedingungen der Finanzverwaltung in Bayern sind insbesondere auch der Verdienst leidenschaftlicher Gewerkschaftsarbeit.

Es sind aber vor allem immer wieder große Projekte, die die Finanzverwaltung über das Tagesgeschäft hinaus ebenso fordern wie die Bayerische Finanzgewerkschaft, jüngst insbesondere die Umsetzung der Grundsteuerreform in Bayern. Auch wenn das bayerische Modell transparent, nachvollziehbar und weniger bürokratisch ist, bedeutet die Grundsteuerreform für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung einen enormen Arbeitsaufwand. Die Bayerische Finanzgewerkschaft stand zu jeder Zeit als engagierter Gesprächspartner zur Verfügung und brachte Ideen ein, wie dieses Großprojekt am besten bewältigt werden konnte.

Neben der gewerkschaftlichen Interessenvertretung hat es sich die Bayerische Finanzgewerkschaft zur Aufgabe gemacht, die Gemeinschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bayerischen Finanzverwaltung zu stärken. Die bayernweit veranstalteten Sportturniere sind für viele Beschäftigte nicht mehr wegzudenken, und die sehr hohe Beteiligung sowie Begeisterung der Teilnehmer spricht für dieses Erfolgskonzept.

Für den Freistaat Bayern hat sich die Bayerische Finanzgewerkschaft als geschätzter Verhandlungspartner und Impulsgeber etabliert. Wir können zurückschauen auf viele gemeinsam erreichte Meilensteine, aber dürfen uns auf den Erfolgen nicht ausruhen. Vor uns liegt ein Jahrzehnt der Herausforderungen und der Veränderungen. Neben der fortschreitenden Digitalisierung und dem Einsatz von KI in der Verwaltung wird vor allem in Zeiten des demografischen Wandels die Nachwuchsgewinnung massiv an Bedeutung gewinnen, wofür wir auch weiterhin auf die tatkräftige Unterstützung der Bayerischen Finanzgewerkschaft zählen.

Vielen Dank für die wertvolle Arbeit sowie die stets konstruktive Zusammenarbeit! Ich freue mich, gemeinsam mit der Bayerischen Finanzgewerkschaft eine erfolgreiche Zukunft der Finanzverwaltung in Bayern zu gestalten.



Albert Füracker, MdL
Staatsminister der Finanzen und für Heimat



Grußwort von
Staatsminister
Albert Füracker

Die Jahre 1949 bis 1972
von Matthias Bauregger

**Verein der Finanzbeamten
in Bayern (VFB)**

Geschäftsstelle:
München 15 - Bavariaring 37/I

München, 5. Juli 1949

Aufruf

**An alle männlichen und weiblichen aktiven Beamten,
Beamtenanwärter, Vertragsangestellten und Ruhestands-
beamten im Bereich der Finanzverwaltung in Bayern
(Steuer, Zoll und übrige Finanzbehörden)!**

Die ehemaligen Fachverbände der Finanzbeamten in Bayern (Steuer und Zoll), die bis nach der Verreichlichung der Finanzverwaltung ihre mitbestimmende Tätigkeit in sehr überragender Weise ausgeübt haben, sollen im „Verein der Finanzbeamten in Bayern (VFB)“ neu erstehen. Die alte Tradition soll wieder aufleben. Der neue Verein soll den gleichen Aufgaben dienen, wie sie die früheren Fachverbände (Bayerischer Finanzbeamtenverein, Bayerischer Landesverband deutscher Zollbeamter) verfolgt haben:

1. Vertretung der Standesinteressen seiner Mitglieder;
2. zu einem baldmöglichsten Zeitpunkt:
 - a) Herausgabe einer eigenen Vereinszeitung,
 - b) Förderung der beruflichen Fortbildung im Fernunterricht,
 - c) Schaffung von sozialen Einrichtungen im Rahmen des Möglichen,
 - d) Beratung und Rechtsschutz in Beamten- und Besoldungsfragen.

Der neue Verein ist politisch neutral, steht vorbehaltlos auf dem Boden des Berufsbeamtentums, bekennt sich zum demokratischen Staatsgedanken.

Es wäre verhängnisvoll zu glauben, daß der Bestand des Berufsbeamtentums, dem auch die Vertragsangestellten eingegliedert werden sollen, für alle Zeiten gesichert ist. Vielmehr gilt es, dieses Berufsbeamtentum mit ganzer Kraft gegen starke und entgegenwirkende Kräfte zu verteidigen.

Der von den Unterzeichneten heute gegründete „Verein der Finanzbeamten in Bayern (VFB)“ hat sich das zur Aufgabe gestellt; es wurde bereits die Verbindung mit anderen Beamtenfachverbänden aufgenommen, gemeinsam mit diesen an der Überprüfung des Entwurfs des neuen „Bayerischen Beamtengesetzes“ mitgewirkt und Anträge dazu eingebracht.

In den Verein können alle Angehörigen der Finanzverwaltung in Bayern aufgenommen werden, soweit nicht im Einzelfall die Einstufung nach dem Befreiungsgesetz vom 5.3.1946 den Beitritt ausschließt.

Die Unterzeichneten rufen alle Angehörigen der Finanzverwaltung in Bayern zum Eintritt in den „Verein der Finanzbeamten in Bayern (VFB)“ auf. Beitrittserklärungen sind an die Geschäftsstelle: München 15, Bavariaring 37/I einzeln oder gesammelt einzusenden.

Die erste Mitgliederversammlung, die baldmöglichst einberufen wird, wird den endgültigen Vorstand wählen und über die Satzung beschließen. In der Satzung soll der landsmannschaftliche Einfluß auf die Geschäftsführung des Vereins gewährleistet werden.

Vorläufige Vorstandschaft:

Erster Vorsitzender:	Angelo Kramer, Regierungsrat
Zweiter Vorsitzender:	Karl Dausch, Steueramtmann
Dritter Vorsitzender:	Alois Hofer, Finanzanwärter
Beiräte:	Johann Bäumler, Stellvert. Dr. Engelbert Schweiger, Regierungsdirektor Alois Hartl, Zollamtmann Alfons Staudter, Obersteuerinspektor
Vereinspresse, Rechtsschutz:	Dr. Helmut Gorber, Finanzassessor
Kassenleiter:	Ernst Becker, Vertragsangestellter
Geschäftsstellenleiter:	Heinz Wagner, Finanzanwärter
Schriftführer:	Maria Heuser, Steuerinspektorin
Sonstige Vorstandsmitglieder:	Anton Huber, Obersteuerinspektor, Julius Herele, Steuerinspektor, Josef Eckl, Staatsbankrat, Eugen Ottilinger, Regierungsrat, Anton Radlmaier, Regierungsrat, Hans Herrmann, Obersteuersekretär.

Die Gründung

Am 5. Juli 1949 ist es nach langen Vorarbeiten endlich soweit. Die Nachfolgeorganisation der bis 1933 selbständig existierenden berufsständischen Vertretungen aus dem Bereich der Finanzverwaltung wird gegründet. An diesem Tag gibt sich der Verein seine erste Satzung und eine vorläufige Vorstandschaft. Mit dem Verein der Finanzbeamten in Bayern (VFB) ist erstmals seit der Gleichschaltung im Jahr 1933 wieder eine selbständige freie Berufsvertretung der Beschäftigten der Finanzverwaltung in Bayern entstanden. Eine kurze, weitschauende, trotzdem nicht unumstrittene Entscheidung ist dem vorausgegangen. Die neue Berufsvertretung soll nicht mehr wie ihre Vorgängereinrichtungen nach Laufbahnen oder Tätigkeitsmerkmalen getrennt sein. Eine einzige geschlossene, den gesamten Bereich der Finanzverwaltung umfassende Organisation ist der VFB schon damals, als er die Nachfolge des Bayerischen Finanzbeamten-Vereins, des Vereins Bayerischer Kameralistischer Finanzbeamter und des Vereins der Höheren Verwaltungsbeamten in Bayern antritt.

Im Jahre 1980 hat sich der Verein nach langen und eingehenden Diskussionen in Bayerische Finanzgewerkschaft (bfg) umbenannt, auch um den Mitgliedern in den Bezirksfinanzdirektionen und den Arbeitern und Angestellten eine bessere Identifikation zu ermöglichen. Geschlossen werden nicht nur die gemeinsamen Anliegen, sondern auch die speziellen Interessen einzelner Gruppen vertreten. Grundlage war und ist die Erkenntnis, daß eine zahlenmäßig begrenzte Gruppe in unserer Gesellschaft ihre Interessen nur dann erfolgreich durchsetzen kann, wenn sie geschlossen handelt.

So verstandene Solidarität ist auch heute noch Grundlage für die Arbeit der Bayerischen Finanzgewerkschaft.

Die Aufgaben der 1949 gegründeten Berufsvertretung werden wie folgt definiert:

- Herausgabe einer eigenen Vereinszeitung
- Förderung der beruflichen Fortbildung im Fernunterricht
- Schaffung von sozialen Einrichtungen im Rahmen des Möglichen
- Beratung und Rechtsschutz in Beamten- und Besoldungsfragen

Vergleiche mit der derzeit gültigen Fassung der Satzung der bfg lassen erkennen, daß der Umfang und die Aufgaben sehr umfassend weiterentwickelt und ausgeweitet worden sind. Zweck der bfg ist die berufsbedingte politische, rechtliche, wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung ihrer Mitglieder.

Die erste Versammlung wird am 17.9.1949 abgehalten und die Eintragung des Vereins erfolgt am 26.9.1949 ins Vereinsregister. Die erste Hauptversammlung findet am 22.10.1950 statt und es werden zunächst die Delegiertentage bis 1964 alle 2 Jahre, ab 1964 bis 1976 alle 3 Jahre und danach bis heute alle 4 Jahre abgehalten.

Mit Datum vom 24.8.1949 wird der erste Rundbrief versandt und das erste Mitteilungsblatt erscheint am 5. Februar 1950.

Der VFB, der bis dahin der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Beamtenverbände angegliedert ist, schließt sich mit anderen Verbänden am 14. März bzw. am 10. Mai 1950 zur Gründung des Bundes Bayerischer Beamtenverbände, dem späteren Bayerischen Beamtenbund, zusam-

men. Damit ist es auch den Beschäftigten der OFD Nürnberg möglich, die bis dahin im Donsberger-Verband organisiert waren, Mitglied des VFB zu werden.

In der Folge schließt sich der VFB dem Bund Deutscher Steuerbeamten (BDSt - heute Deutsche Steuer-Gewerkschaft) an und über diesen besteht auch die Mitgliedschaft beim Deutschen Beamtenbund.

Die Gründungsmitglieder der Vorstandschaft am 5.7.1949 sind:

Vorsitzender:	Angelo Kramel, Regierungsrat
Vorsitzender:	Karl Dausch, Steueramtmann
Vorsitzender:	Alois Hofer, Finanzanwärter
Beiräte:	Johann Bäuml, Steuerrat
	Dr. Engelbert Schweiger, Regierungsdirektor
	Alois Hartl, Zollamtmann
	Alfons Staudter, Oberinspektor
Vereinspresse und Rechtsschutz:	Dr. Helmut Gorber, Finanzassessor
Kassenleiter:	Ernst Becker, Vertragsangestellter
Geschäftsstelle:	Heinz Wagner, Finanzanwärter
Schriftführer:	Maria Heuser, Steuerinspektorin
Sonstige Vorstands- mitglieder:	Anton Huber, Obersteuerinspektor
	Julius Herele, Steuerinspektor
	Josef Eckl, Staatsbankrat
	Eugen Ottilinger, Regierungsrat
	Anton Radlmaier, Regierungsrat
	Hans Herrmann, Obersteuersekretär

Im Juli 1950 erscheint die erste Ausgabe der Fachzeitschrift "Die Neue Steuer-Warte", die zur fachlichen Unterstützung der Mitglieder beitragen soll. Diese Fachzeitschrift wird zum 1.9.1950 als allgemein geschätztes Nachschlagewerk auch auf die Bundesebene übernommen und dort bis zum heutigen Tag als fachlicher Teil der Mitgliederzeitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft weitergeführt unter dem Titel "Steuer-Warte". Dies geschieht als Folge des Beitritts des VFB zum Bund der Steuerbeamten zum 1.9.1950. Herausgeber bleibt aber bis Ende der Fünfziger Jahre der Verein der Finanzbeamten in Bayern unter der Schriftleitung von Steueramtmann Edmund Fischer aus Tutzing. Mit der Ausgabe April 1952 beginnt der Bund der Steuerbeamten mit einer Beilage zur Steuerwarte unter der Schriftleitung von Hermann Fredersdorf, die sich vor allem mit berufspolitischen Themen auseinandersetzt. Diese Idee lebt in der Zeitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft bis heute fort.

1950

Neue Organisationsform schaffen

Die Anfänge des VFB sind geprägt von Vorbereitungen für die Schaffung von Organisationsformen, sowie dem Bemühen, die wirtschaftliche und finanzielle Seite der Beschäftigten der Finanzverwaltung zu ordnen und in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge des neuen Bayerns einzubringen.

Forderungen der 1. Hauptversammlung

Die erste Hauptversammlung des Vereins findet am 22.10.1950 statt. Das Hauptaugenmerk liegt in Fragen zur Berufsausbildung des Berufsbeamtentums und der unterschiedlichen Besoldung der Beamten und der Angestellten, die bei der Entlohnung wesentlich besser wegkommen. Die Angestellten können in kurzer Zeit höhergruppiert werden, die Beamten kommen mangels fehlender Planstellen nur sehr langsam voran. Besonders innerhalb der Beamtenschaft beklagen die Mitglieder die Besserstellung der Lehrer und Richter im Bezug auf die Besoldung. Ein Antragsteller der Versammlung verlangt die Bekanntgabe der Beförderungsgrundsätze, damit die Reihung der Beförderungsliste transparent gemacht wird. Der Landesvorsitzende A. Kramel beklagt in seiner Rede, daß die Medien immer nur von den Lehrern berichten, als ob es keine anderen Beamten gäbe.

Die erste Steuerwarte

Die erste "Neue Steuer-Warte" erscheint am 26. Juni 1950 mit Geleitworten der Oberfinanzpräsidenten München Prugger und Grabower von Nürnberg. Der 1. Vorsitzende des VFB stellt als wichtigstes Ziel der Steuerwarte die fachliche Information der Kollegen der Finanzverwaltung und der mit dem Steuerwesen in Bayern beschäftigten Anwälte, Steuerberater und allen anderen Interessenten heraus. Daneben soll die Steuerwarte die Aus- und Fortbildung unterstützen und beamtenpolitische Fragen aufgreifen. Den ersten Aufsatz zu beamtenpolitischen Fragen verfaßt Dr. Mathias Metz vom Bayer. Staatsministerium der Finanzen. Er nimmt unter anderem Stellung zum sogenannten "Fünfer-Erlaß", der besagt, daß Prüflinge im gehobenen Dienst mit der Note fünf nicht übernommen werden. Der Erlaß soll nur gut vorbereitetem Personal das Tor zur Steuerverwaltung öffnen.

Die monatlich erscheinende Zeitung kostet -60 DM und hat eine Auflage von 20.000 Stück. Nebenbei bemerkt, beträgt die Arbeitszeit laut FMBek. v. 31.1.1950 48 Stunden in der Woche.

Der Landesvorsitzende A. Kramel liefert sich heftige Auseinandersetzungen mit dem DGB zu Fragen des Berufsbeamtentums. Er tritt vehement und mit Nachdruck für die Grundsätze des Berufsbeamtentums ein und liefert sich hartnäckige Wortgefechte mit dem DGB. Die Steuerwarte setzt sich mit der Sonderorganisation der "minderbemittelten Beamten" auseinander, die als lose Interessengemeinschaft den Steuerbeamten Konkurrenz machen soll und eine Neuregelung der Besoldungsordnung zum Ziel hat. VFB und Bund Deutscher Steuerbeamter beklagen das ständige Absinken des Realeinkommens der Beamtenschaft und warnen vor der Gefahr des Abtreibens der Beamten in radikale Kreise. Ebenfalls wird die Personalverstärkung der Finanzämter gefordert und zwar durch fachlich ausgebildete Kräfte.



Angelo Kramel ist Vorsitzender des vfb von 1949 bis 1962. Darüber hinaus leitet er die Geschicke des Bayerischen Beamtensbundes und ist von 1955 bis 1958 Vorsitzender des Deutschen Beamtensbundes. Dem Deutschen Bundestag gehört Angelo Kramel von 1953 bis 1961, dem Bayerischen Senat von 1962 bis 1971 an. Angelo Kramel, der sich im Jahr 1971 aus der aktiven Beamtenpolitik zurückzieht, stirbt im Jahr 1975.

1951

Der Kampf um Beamten-grundsätze

Angelo Kramel Stellverteter im DBB

In der Hauptvorstandssitzung am 26.4.1951 in Bonn wird der VFB-Vorsitzende Angelo Kramel zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. In der Sitzung wird die Forderung nach einer Besoldungserhöhung von 33 1/3 % erhoben. Die Regierung ist jedoch nur zu einer 15 %-Erhöhung bereit.

Existenzfragen

Am 30./31.5.1951 findet zum ersten Mal nach dem Krieg die Vorstandssitzung des BDSSt in Tutzing statt. Neben den Laufbahnrichtlinien sind Mitbestimmungsrechte, Komplizierung der Verwaltung und Außenseitertum zentrale Themen. Mit Außenseitertum sind die Nicht-Beamten der öffentlichen Verwaltungen gemeint. Die guten Außenseiter sollen durch eine Prüfung die Befähigung und charakterliche Eignung zum Berufsbeamtentum nachweisen. Eine zentrale Forderung ist auch die Einheitlichkeit der Finanzverwaltung in der Bundesrepublik.

Und was war sonst noch 1951?

Kollege Tempel aus Burghausen (Obb.) wird einstimmig als früherer Bundesvorsitzender der Reichssteuerbeamten zum Ehrenmitglied des Bundes der Steuerbeamten gewählt.

In der Steuerwarte August 1951 erscheinen die ersten Fotos (Porträt des Bundesvors. Fockele, 70. Geb.; Ehrenmitglied Pohl Karl (75. Geb.) und Frau zum Fest der Goldenen Hochzeit).

Die Grundzüge der behördlichen Personalbedarfsberechnung unter besonderer Berücksichtigung der Finanzverwaltung werden im Bund und den Ländern eingeführt.

1952

Steuervereinfachung und Organisationsänderungen

In seiner Haushaltsrede beklagt der Bayer. Staatsminister der Finanzen Friedrich Zietsch die ständigen Änderungen auf dem Gebiet des Einkommen- und Körperschaftssteuerrechts, die den Veranlagungsbeamten der Finanzämter ständige Neueinarbeitungen abverlangen. Noch schlimmer seien die Betriebsprüfer und die Steuerpflichtigen selbst dran, sich im Gestrüpp von Verordnungen und Gesetzen zurechtzufinden. Auch Bundesfinanzminister Schäffer will sich für eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung im Bund einsetzen.

Beamtenverbände kontra DGB

Am 13.12.1952 findet im Sophiensaal der OFD München der 2. Delegiertentag des VFB statt. Angelo Kramel wird im Rahmen dieses Delegiertentages die volle Unterstützung und Solidarität der Steuerbeamten entgegengebracht. Insbesondere in seiner Haltung, in der Auseinandersetzung zum Thema Berufsbeamtentum mit dem DGB und der ÖTV erhält

er eine überwältigende Rückendeckung. Kramel verteidigt in seiner Rede auch den förderalistischen Aufbau der Finanzverwaltung, der damit auch klar den Aufgabenbereich des VFB zum BDSt festlegt. Er bekennt sich ohne Einschränkungen zum unbestechlichen, unabhängigen und loyalen Berufsbeamtentum als Stütze des deutschen Staates und im Dienste des Volkes.

Und was war sonst noch 1952?

Der VFB und der BDSt weisen auf die unzulängliche Besoldung und die wirtschaftliche Lage der Beamten hin und fordern eine große Besoldungsreform, die die Anpassung der Gehälter an den Lebenshaltungskostenindex bringen muß.

Mit Erlaß des Bundesfinanzministers vom 3.1.1952 werden die OFD'en ermächtigt, künftig bei Bedarf Zuschüsse zu Tage- und Übernachtungsgeldern bei Dienstreisen zu zahlen.

Der VFB setzt sich für ein eigenständiges Personalvertretungsgesetz (PVG) mit Gruppenwahl und Gruppenentscheidung ein. Das PVG soll eine Mitbestimmung in sozialen Dingen und die Mitwirkung in allen übrigen und personellen Bereichen umfassen.

Mit der Ausgabe Juli 1952 wird der Steuer-Warte erstmals das Mitteilungsblatt des VFB beigelegt, das die Meinung des VFB zu allgemeinen und berufspolitischen Themen wiedergibt. Es ist Vorläufer des heutigen bfg-Mitteilungsblattes und hat einen Umfang von 4 Seiten.

Am 23.6.1952 verkündet der bayer. Gesetzgeber die Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten, die für alle Bewerber eine Einstellungsprüfung vorschreibt.

Steuerrat a.D. Johann Bäumler wird in Anerkennung seiner Verdienste um den Aufbau des Vereins zum Ehrenmitglied ernannt.

Der VFB macht eine Eingabe beim Bayerischen Senat, es müsse aufhören, daß immer nur über die notleidenden Lehrer geredet wird. Den übrigen Beamten gehe es nicht besser. Während sich der Senat nur zur Benotung "als Material" durchringen kann, verweist der Vertreter des FM auf die bevorstehende Besoldungsreform des Bundes. Der VFB kämpft im Haushalt 1953 um Stellenhebungen und Stellenmehrungen.

Mit einem Aufsatz zur Qualifikation 1953 befaßt sich ORR Wolfgang Zimmermann, Personalreferat der OFD München, mit Fragen der Beurteilung für die gesamten Laufbahnen, die aufgrund des Erlasses der LBV notwendig geworden sind. Die größte Sorge besteht darin, daß kostbare Beförderungsstellen an Unwürdige fallen.

Endlich mehr Geld

Am 1. April beschließt der Bundestag, nach über einem Jahr zähen Kamp-



Dr. Walter Stiller prägt als Bezirksvorsitzender München von 1950 bis 1956 die Geschicke des VFB und trägt so zu einem raschen Wachsen der jetzigen bfg mit bei.

Das Gründungsmitglied der bfg verstirbt 1991.

1953

Notleidende Lehrer und Qualifikation der Steuerbeamten

fes, das Grundgehalt der Beamten, neben der Anhebung des Wohnungsgeldzuschusses und des Kindergeldes, um 20 % zu erhöhen. Trotzdem hinkt die Besoldung der Beamten noch immer dem Durchschnittsatz anderer Berufsgruppen hinterher.

Stellen- und Wiederbesetzungssperre

Mit einer vorläufigen Vollzugs-VO zum Haushalt 1953 werden die geplanten spärlichen Stellenmehrungen wieder teilweise ausgehebelt, da nur noch jede 3. Stelle aus Haushaltsgründen wiederbesetzt werden darf. Gleichzeitig wird eine Wiederbesetzungssperre von 3 Monaten eingeführt. Dies beklagte der VFB vehement, wurde doch seitens der Politik die äußerst schwierige und komplizierte Lage der Steuerverwaltung anerkannt.

Und was war sonst noch 1953?

Der VFB-Vorsitzende A. Kramel setzt sich gegen eine Einstellung von Außenseitern ein und fordert, daß diese erst einzustellen sind, wenn keine laufbahnmäßig vorgebildeten Bewerber mehr vorhanden sind. Mit dramatischen Zahlen zur Beamtenflucht aus der Finanzverwaltung wendet sich der Verein an die Öffentlichkeit. Von 1948 - 1952 sind bundesweit 537 Steuerbeamte abgewandert, davon 229 in den OFDen München und Nürnberg. Am 2.6.1953 wird im Bundestag das Bundesbeamten-gesetz in 3. Lesung verabschiedet. Es tritt am 1.9.1953 in Kraft. In der Folge wird auch das Bayerische Beamtengesetz dem Bundesgesetz angepaßt. Beim ZFA München wird die erste Wohnungstauschstelle eingerichtet.

Aufbauarbeit

Die Bezirksverbände München und Nürnberg sind mit der Betreuung und dem Aufbau der Obmannschaften voll beschäftigt und können ständig neue Mitgliederzugänge vermelden. Der Vorsitzende des VFB A. Kramel wird erneut in den Bundestag gewählt.

1954

Stellenschlüssel und Zentralverwaltung

Der VFB ist bemüht, den Stellenschlüssel in Bayern zu verbessern und ihn für das ganze Bundesgebiet zu vereinheitlichen, auch wenn dies nicht sofort in vollem Umfang umsetzbar ist. Er verweist noch einmal auf die Ausführungen dazu in seiner Denkschrift vom Oktober 1952. Der VFB beklagt die recht zurückhaltende Inanspruchnahme der neugeschaffenen Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten.

Das Jahr 1954 ist sehr stark beherrscht von der Frage der zentralen Bundesfinanzverwaltung. VFB und Staatsregierung lassen keine Zweifel aufkommen, daß die Länderfinanzverwaltung billiger und effektiver ist und belegen dies durch konkrete Zahlen.

Bayern war und ist ein Gewinn für die DSTG

Wenn das ein Preuße sagt, muß es wohl stimmen. Für mich gab es in der 50-jährigen Geschichte der bfg zwei besonders erhebende Ereignisse:

- *An der Bundeshauptvorstandssitzung der DSTG am 5. und 6. September 1950 nahmen als Gäste erstmals Kollegen aus Bayern teil. Im Protokoll steht: „Am zweiten Verhandlungstag trat nach einstimmig gefaßtem Aufnahmebeschluß der Verein der Finanzbeamten (VFB) e.V. in München dem Bunde mit Wirkung vom 1. September 1950 bei. Damit haben sich nunmehr sämtliche Bezirks- und Landesverbände der Steuerbeamten in der Bundesrepublik Deutschland im Bunde Deutscher Steuerbeamten zusammengeschlossen“.*

Das war für mich als damals 26-jährigen nach den vorausgegangenen schwierigen Verhandlungen, in denen es vor allem um die Übernahme der vom VFB seit Jahresanfang herausgegebenen „Neuen Steuer-Warte“ als „Steuer-Warte“ des Bundes und um die Einbindung Bayerns in die Bundesleitung ging, ein tief beeindruckendes Ereignis. Obwohl der Bund nach seiner Gründung am 2. Juni 1949 bei der Gründung des VFB im Juli 1949 schon etwa einen Monat „alt“ war, nahm keiner seiner Vertreter an der Gründung des VFB teil, weil der Bund zunächst eine Sache der britischen Besatzungszone war und die einzelnen Besatzungsmächte sich die Genehmigung von Gewerkschaften für ihren jeweiligen Bereich vorbehalten hatten, so daß für Bayern die amerikanische Besatzungsmacht zuständig war.

- *Zum Schluß der stürmischen Kundgebung am 4. April 1966 in München mit 3.500 Teilnehmern überreichte der Vorsitzende Wolfgang Zimmermann mir einen Löwenbräu-Maßkrug mit den sinngemäßen Worten: „Er ist unser bester Mann, er hat nur einen Fehler, er ist ein Preuße“. Das hat mich damals sehr stolz gemacht, zumal da ich nach anfänglichen Schwierigkeiten mit den Münchner Kollegen - mit den Franken verlief alles von Anfang an bestens - zu meinen Bayern ein hervorragendes Verhältnis hatte, das sich bis heute - auch nach meinem Abschied vom Bundesvorsitz vor 20 Jahren - bewährt und erhalten hat, wofür neben vielen anderen meine damaligen und heutigen bayerischen Freunde stehen:*

Carl und Edmund Fischer, Karl Dausch, Alfons Staudter, August Kaiser, Dr. Eckhart Ulmer, Adam Tempel, Angelo Kramel, Georg Galsterer, Alois Hofer, Anton Dirigl sowie Dieter Kattenbeck, Wolfgang Zimmermann, Herbert Niewiera, Siegfried Schneider, Josef Bugiel, Helene Wildfeuer und Dieter Ondracek.

Ihnen allen und anderen Ungenannten habe ich an Unterstützung und Rat viel zu verdanken, die bfg hat ihnen mindestens genau soviel zu verdanken. Sie haben mir und uns allen die besten Glückwünsche zum 50-jährigen Bestehen der bfg ermöglicht.

Ich gratuliere der bfg in treuer Verbundenheit und wünsche ihr zum Wohle der Mitglieder weiterhin erfolgreiches gewerkschaftliches Wirken in Bayern, im Bund und in Europa.

Hermann Fredersdorf
Ehrenvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft

PersBB und Gleichklang mit den Lehrern

Die Personalbedarfsberechnung wird in Bayern nach differenzierten Rechnungseinheiten (Wertpunkten) durchgeführt und unterscheidet sich damit wesentlich vom Münster'schen Verfahren. Der VFB versucht, mit einer Eingabe an den Landtag die Gleichstellung der Finanzbeamten mit den Lehrern zu erreichen und fordert auch die gleichen Beförderungsverhältnisse wie der Bundesdurchschnitt. Der Bayer. Landtag verabschiedet, zum Unmut für den VFB, die Besoldungsänderungsgesetze für die Lehrer.

Sorgen bereitet allen Verantwortlichen auch der zunehmende Bewerbermangel beim Beamtennachwuchs, der mit den sinkenden Schülerzahlen, der Arbeitsüberlastung der Finanzverwaltung und der schlechten Bezahlung der Beamten begründet wird.

Und wieder geht's ums liebe Geld

Finanzminister F. Zietsch hat im Rahmen der Haushaltsberatungen die Reduzierung der 127 bestehenden Finanzamtsbezirke angekündigt, da die Finanzamtsbezirke teilweise zu klein seien. Sie sollen mit den Landkreisen identisch werden. Er mahnt die Beamtenverbände auch zur Zurückhaltung hinsichtlich von Besoldungsverbesserungen. Dabei hat er wohl die Erhöhungen der Grundgehälter in NRW im Auge, die mit 7 % relativ gut ausgefallen sind. Das Anfangsgehalt eines Assistenten beträgt 280,— DM, eines Inspektors 440,— DM, eines Amtrates 600,— DM und für einen Regierungsrat 735,— DM. Mit der Annahme des Besoldungsgesetzes am 25.5.1954 im Landtag von NRW ist die Grundstruktur der heutigen Bundesbesoldungsordnung geschaffen worden. Der Besoldungsrückstand wird mit ca. 17 % bis 1952 errechnet.

Und was war sonst noch 1954?

Vom 12. - 14.11.1954 findet der 3. Delegiertentag des VFB in München statt. Neben der Besoldungsverbesserung und der Forderung nach Gleichstellung mit den Lehrern soll auf die Zahlung der Weihnachtsgratifikation so lange bestanden werden, bis eine Besoldungsreform vorliegt.

K. Tempel wird zum Ehrenmitglied gewählt.

Der VFB bietet seinen Mitgliedern eine Reihe von günstigen Reisen an, angefangen von Badereisen an die Adria bis hin zur Weinlese nach Meran oder zur Bahnfahrt in die Schweiz.

1955

Ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer angemessenen Besoldung

Das Bundesverfassungsgericht weist den Einspruch der Bundesregierung zum Besoldungsreformgesetz in NRW zurück. Zum bayerischen Haushalt für 1955 kämpfen verschiedene Abgeordnete um eine gerechte Personalausstattung und die Schaffung von mehr Beförderungsstellen. Sowohl Parlament, als auch Vertreter der Staatsregierung erkennen die berechtigten Forderungen und die zum Teil unzumutbaren Beförderungs-

verhältnisse bei den Finanzbeamten an. Eine Verbesserung der Situation wird für den Haushalt 1956 versprochen. Auf der Grundlage des Jahres 1952 werden 522 fehlende Stellen errechnet.

Die erste öffentliche Kundgebung der Steuerbeamten

Am 1. März 1955 findet in München eine Kundgebung im überfüllten Saal der Scholastika unter dem Motto "Der Finanzminister und die Beamten" statt. Die Vertreter von Landtag und Senat, sowie die Presse und Dr. Groll als Vertreter des Finanzministers sind erschienen. Unter stürmischem Beifall fordert VFB-Vorsitzender Kramel endlich eine leistungsgerechte Besoldung, genügend Personal und Beförderungsstellen für die Finanzbeamten. Nach dem Bericht des Mitteilungsblattes bleibt diese Kundgebung nicht ohne Eindruck auf die anwesenden Parlaments- und Regierungsvertreter. Weitere Hauptthemen sind der Steuervollzug und die Arbeitsbelastung in Bayern.

Und was war sonst noch 1955?

Die Amtszeit der bayerischen Betriebsräte in den Verwaltungen wird bis zum 31.12.1955 verlängert. Unter der Überschrift "Finanzbeamte sind auch Menschen ... selbst wenn sie als Steuerfahnder kommen" setzt sich der VFB mit der Problematik im Umgang mit Steuerhinterziehern und der Schwarzarbeit auseinander.

Koll. Kramel verweist in einer programmatischen Rede in Mainz auf die Gefahr, die dem Berufsbeamtentum noch immer drohe. Der VFB bietet seinen Mitgliedern den Abschluß einer Krankenversicherung bei der Beamtenkrankenkasse an, um fehlende Beihilfeerstattungen auszugleichen. Auf Bundesebene wird die Gruppenentscheidung für das Personalvertretungsrecht beschlossen.

Der VFB-Vorsitzende A. Kramel wird im Juni 1955 zum Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes gewählt. Der DBB fordert eine Gehaltsaufstockung um 6 %.

Das Ehrenmitglied J. Bäumler verstirbt im Januar im Alter von 71 Jahren.

1956

Zu Beginn des Jahres halten die Bezirksverbände München und Nürnberg ihre Bezirksverbandstage ab. Darüber erscheint die erste Fotoseite im Mitteilungsblatt März 1956. Die berufspolitischen Probleme gleichen denen der Vorjahre. Mit Enttäuschung und Frustration stellt der VFB fest, daß im Rahmen der Stellenverbesserungen zum Haushalt 1956 nur einige Stellenhebungen vorgesehen sind. Ebenso sollen mit einer Änderung zum Beamtengesetz die Richter und Staatsanwälte allen anderen Beamten des höheren Dienstes gegenüber bessergestellt werden.

Mangelhafte Stellenausstattung

Bewegung bei der Besoldungserhöhung

Die Gehälter werden auf 155 % erhöht und trotzdem wird dies lautstark

von den Beamtenverbänden kritisiert, die eine Anhebung auf 170 % forderten. Aber keine Sorge, bei den Prozenten handelt es sich als Bezugsgröße um die Vergleichsgehälter von 1927. Die Erhöhung liegt tatsächlich nur bei knapp 7 %. Einer Bundesregelung folgend erhalten auch die bayerischen Beamten eine Ausgleichszahlung für 1956 in Höhe eines halben Monatsgehalts. Gleichzeitig verschlechtert sich durch die Bundesregelung die Bezahlung der Weihnachtsspendung, die nicht mehr allen Beamten bezahlt wird. Die Weihnachtsspendung beträgt 50,— DM für Verheiratete und 30,— DM für Ledige. Für zuschlagsberechtigte Kinder wird je 15,— DM zusätzlich gezahlt.

Die Behandlung der Eingabe des VFB im Senat zu den Stellenverbesserungen führt zu einer weiteren Aufstockung, die auf die Jahre 1956 - 1958 verteilt werden soll. Für die Besoldungsreform wird ein Musterbesoldungsgesetz erarbeitet.

Delegiertentag fordert Steuervereinfachung und Reformen

Der 4. Delegiertentag findet vom 23. - 25.11.1956 wiederum im Sophiensaal in München statt. Der Delegiertentag behandelt vor allem Fragen, die aufgrund der Denkschrift des Bundes Deutscher Steuerbeamten aufgeworfen worden sind. Die Steuervereinfachung ist ebenso zentrales Thema, wie die Technik in der Steuerverwaltung, die Abschaffung der Steuern mit Geringstaufkommen oder die Neuregelung der Besoldung. Der Delegiertentag fordert auch eine finanzielle Anerkennung der Dienstjubiläen. Koll. Kramel legt sich mit Finanzminister Zietsch an, weil der Vorsitzende in einer Rundfunksendung die Lage der Beamten im mittleren und einfachen Dienst als katastrophal bezeichnet.

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende Karl Dausch wird zum Ehrenmitglied ernannt. Das Ehrenmitglied K. Tempel verstirbt im März 1956.

1957

Senat unterstützt Besoldungsreform

Ein Senatgutachten bezeichnet die Besoldungsanhebung der Gehälter auf 160 % als ungenügend und kommt damit zur gleichen Beurteilung, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Unterredung mit dem DBB-Vorsitzenden A. Kramel am 16.11.1956. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Beamtenrechtsausschusses am 8.5.1957 im Deutschen Bundestag wird beschlossen, die künftigen Grundgehälter auf 165 % des Standes von 1927 festzulegen. Damit wird ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer Besoldungsreform erklommen, der aber noch keineswegs zufriedenstellt. Die Besoldungsreform wird dem nächsten Bundestag überlassen, dies ist die weniger positive Nachricht.

VFB kontra Finanzminister - die 2. Runde

Finanzminister Zietsch und MdB A. Kramel setzen sich gerichtlich um Äußerungen im Streit um Besoldungserhöhungen und andere gewerkschaftliche Themen zum Berufsbeamtentum auseinander. Eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft zur Staatsvereinfachung in Bayern empfiehlt

die berufsständische Betätigung der Beamten. Sie empfiehlt außerdem der Verwaltung, sich bei Machtkämpfen von Organisationen innerhalb der Verwaltung heraus zuhalten.

Und was war sonst noch 1957?

Im Haushalt 1957 wird durch Rationalisierung frei gewordenen Personal zur Stärkung der Betriebsprüfungsdienste genutzt. Die angestrebte Herabsetzung der 48-Stunden-Woche gelingt nicht.

Der VFB verabschiedet die erste Rechtsschutzordnung, und das neue Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) ist in Vorbereitung.

Am 9.12.1957 findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung in München statt. Der Bundesvorsitzende, Hermann Fredersdorf, fordert u. a. die Umorganisation der Finanzverwaltung und die Einführung einer Selbstveranlagung.

Die ständigen Eingaben der Beamtenverbände um Stellenhebungen und -mehrungen veranlassen die Bayerische Staatsregierung und das Parlament, einen allgemeinen Stellenschlüssel für die Staatsverwaltung einzuführen, um eine dauerhafte Regelung herbeizuführen.

Der VFB versucht erneut, seine Forderungen zum Bayerischen Besoldungsgesetz anzubringen. Der höhere Dienst soll auf die Richterstufe, der gehobene Dienst auf die Lehrerstufe und der mittlere Dienst auf die Stufe des Strafvollzugs angehoben werden. Die Einstufung des einfachen Dienstes in Stufe A 3 bis 5, ein 13. Monatsgehalt und die Zahlung des Überleitungsgehalts ab dem 1.2.1958 in Bayern sind die weiteren Forderungen.

Der Landtag beschließt ab dem Jahr 1959 einen verbesserten Stellenschlüssel für alle bayerischen Beamten.

Erstes Bayerisches Personalvertretungsgesetz beschlossen

Der Landtag beschließt am 12. November 1958 das Bayer. Personalvertretungsgesetz, das am 1.1.1959 in Kraft tritt. VFB und der Senat versuchen im Vorfeld vor allem die Mitbestimmungstatbestände im Gesetz auszuweiten, was aber nur bedingt gelingt. Die entscheidende Frage des Gruppenprinzips ist durch die Anlehnung an das Bundespersonalvertretungsgesetz bereits entschieden. Das BayPVG stellt auch klar, daß die Aufgaben der Sozialpartner (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Beamtenverbände) nicht durch das Gesetz berührt werden. Mit dem Erlaß des BayPVG ist ein eigenständiges Personalvertretungsrecht erreicht, das nicht mit dem Betriebsratsgesetz identisch ist. Mit dem Gesetzeserlaß beginnen die Vorbereitungen zu den 1. Personalratswahlen.

Und was war sonst noch 1958?

Der Jugendleiter-Sonderurlaub (mit 12 Tagen im Jahr) wird beschlossen.

1958

VFB fordert Besoldungsverbesserungen in allen Laufbahnen

Der Bezirksverband München fordert auch für die Beamten in München den Sonderzuschlag von 3 %, wie er bereits in anderen deutschen Großstädten gezahlt wird.

Wochenarbeitszeitverkürzung ist endlich erreicht

Die Arbeitszeit für die bayerischen Beamten wird mit VO vom 30.9.1958 auf 45 Stunden in der Woche verkürzt. Dienstoff sind dazu nur noch der Heilige Abend, der Karsamstag und der Pfingstsonntag. An Sylvester endet der Dienst um 12.00 Uhr. Zwei Samstage im Monat (2. und 4.) sind dienstoff zu halten. Die Regelungen der Länder zum Samstag sind günstiger als beim Bund, was sofort wieder Ruf nach der Einheitlichkeit des Beamtenrechts laut werden läßt.

Am 29. und 30.4.1958 findet in München ein außerordentlicher Delegiertentag statt. Die Bezirksverbände München und Nürnberg halten ebenfalls außerordentliche Delegiertentage ab.

1959

BGH bestätigt Anspruch auf Beihilfe

Der Bundesgerichtshof entscheidet, daß der Beamte einen Rechtsanspruch auf die Beihilfe seitens des Dienstherrn hat und dieses auch den Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne von Art. 33 des Grundgesetzes entspricht. VFB und Beamtenverbände sprechen sich energisch gegen geplante Beihilfeverschlechterungen aus.

Neues Kabinett - alte Forderungen

Der VFB geht davon aus, daß eine der ersten Aufgaben des neuen Bayerischen Kabinetts die Beratung des Entwurfs eines neuen Bayerischen Beamtengesetzes sein muß, da dieses bereits vor den Wahlen dem Ministerpräsidenten zur Verabschiedung im Kabinett vorgelegt worden ist.

Der VFB wendet sich gegen eine Versetzung der Steuerbeamten (die automatisch mit der Beförderung zum Steueramtmann verbunden ist), soweit sie über 50 Jahre alt sind. Finanzminister Eberhard lehnt dieses Ansinnen ab, um die Objektivität und Neutralität der Steuerverwaltung zu gewährleisten. Der verbesserte Stellenschlüssel wird 1959 nur zu etwa 50 % ausgeschöpft, was den VFB zu scharfer Kritik veranlaßt, da vor allem Kollegen über 62 Jahre nicht mehr befördert werden können. Mit der rechtzeitigen Verabschiedung des Besoldungsgesetzes zum 1.4.1957 hätte der größte Teil dieser Beamten befördert werden können. Senator Willi Baumann bringt diesen Antrag im Senat ein, welcher dem Antrag zustimmt. Mit dem verbesserten Stellenschlüssel können 1959 ca. 10.000 Beförderungen erreicht werden, wobei noch immer jede 3. Stelle einzuziehen ist und die 3-monatige Wiederbesetzungssperre gilt. Der VFB kritisiert vor allem die Aussage des Finanzministeriums, daß der Landtagsbeschuß von 1958 nur als Ermächtigung zu sehen sei.

Erste Schritte mit der EDV

Die positiven Erfahrungen mit den Lochkarten in zwei Münchner Finanzämtern führen zur Entscheidung des Finanzministeriums, in Bayern zwei Besoldungsstellen mit Lochkartenmaschinen auszustatten.

Zunächst soll ab 1. 1. 1960 eine solche Stelle in München mit ihrer Arbeit beginnen und später auch Nürnberg folgen.

VFB-Kandidaten setzen sich bei Personalratswahl durch

Zur Vorbereitung der 1. Wahl nach dem neuen BayPVG finden Arbeitstagen für die Ortsverbände statt, bei denen auch die Listen für die Bezirks- und Hauptpersonalratswahlen aufgestellt werden. Neben den Listen für die Beamtengruppe werden auch Angestelltenlisten eingereicht.

50 Jahre bfg-Bayern

Am 1. November 1951 wurde ich Mitglied der Bayerischen Finanzgewerkschaft.

- Bereits 1962 organisierte ich das Sportfest der nordbayerischen Finanzämter im Willy-Sachs-Stadion in Schweinfurt mit geselligen Veranstaltungen im Casino der Fa. Fichtel & Sachs AG.*
- Inzwischen wurde das Sportfest der nordbayerischen Finanzämter mehrmals in Schweinfurt abgewickelt.*
- Beim Finanzamt Schweinfurt war ich als Vertreter der bfg 17 Jahre als Personalratsvorsitzender tätig.*
- Als Landtagsabgeordneter von 1978 - 1990 im Ausschuß der Fragen des öffentlichen Dienstes und im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags konnte ich auch die Belange der bfg vertreten.*
- Aber auch im Bayerischen Beamtenbund, in dem ich seit 34 Jahren Kreisausschußvorsitzender des KA Schweinfurt bin, habe ich die Interessen der bfg vertreten.*
- Es ist mir ein Anliegen, allen ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Bayerischen Finanzgewerkschaft für ihren Einsatz zum Wohle der Mitglieder zu danken.*
- Mit meiner Gratulation zum 50-jährigen Bestehen der Bayerischen Finanzgewerkschaft verbinde ich den Wunsch, die bfg möge auch in Zukunft erfolgreich sein.*

Wilhelm Baumann
MdL a.D.

Die Wahlordnung wird rechtzeitig im März 1959 erlassen und damit steht als 1. Wahltag der 24.6.1959 fest. Die Personalratswahlen werden ein großer Erfolg für den VFB und die Beamtenverbände. Im HPR und BPR München erringt der VFB 3 von 4 Beamtensitzen, im BPR Nürnberg gar alle 4 Sitze. Bei den Angestellten erringen der BPR München und Nürnberg jeweils 1 von 3 Sitzen. In allen Ressorts erringen die Beamtenverbände 22 von 28 Beamtensitzen.

Feier zum 10. Gründungsfest

Am 5. Juli feiert der VFB sein 10-jähriges Gründungsfest, das mit einer kleinen Feier im Anschluß an eine Vorstandssitzung begangen wird.

Und was war sonst noch 1959?

In einem Aufsatz im April 1959 bedauert der VFB, daß viele Mitglieder Erreichtes als Selbstverständlichkeit betrachten und es als Erscheinung der sich weiterentwickelnden Zeit ansehen. Allzu leicht werde vergessen, daß nicht die Zeit die Weiterentwicklung bringt, sondern die Menschen, die in ihr leben. Wie sich doch Vieles auch in der heutigen Zeit gleicht.

Der VFB befaßt sich ausführlich mit den Beratungen zum Beamtengesetz und setzt sich mit Nachdruck für Verbesserungen bei dessen Beratung ein. Im Mitteilungsblatt setzt er sich mit einem Zeitungsartikel auseinander, in dem kritisiert wird, daß ein Volksschullehrer nicht mehr verdient als ein Oberinspektor, der "häufig sein ganzes Leben nur zwischen toten Akten verbringt". Der Verfasser hat allerdings verschwiegen, daß der Oberinspektor bereits 40 Jahre alt ist, der Volksschullehrer allerdings erst 25 Jahre alt ist bei diesem Vergleich. Da war es wieder, das **Problem der Fünfziger Jahre**, die Frage der Gleichstellung von Lehrern und Verwaltungsbeamten.

Der Finanzpräsident der OFD München, Dr. Maier, Gründungsmitglied des VFB, geht in den Ruhestand.

Die Dienstbezüge für einen Anwärter betragen 225,— DM, für einen Inspektor verheiratet ca. 570,— DM und für einen Stellvertreter ca. 1.200,— DM.

Der Urlaub wird 1959 nach dem Lebensalter gestaffelt:

bis zum 30. Lebensjahr	18	Werktage
vom 31. bis 40. Lebensjahr	24	Werktage
vom 41. Lebensjahr an	30	Werktage

Im August 1959 wird die erste Sportveranstaltung, ein Fußballspiel zwischen dem FA Rosenheim und Mannschaften aus dem Raum Salzburg im Mitteilungsblatt erwähnt. Allerdings berichtet der Verfasser bereits von mehrjährigen Wettkämpfen mit anderen Betriebsmannschaften und dem Finanzamt Traunstein.

1960

Die Zahl der Bewerber für den öffentlichen Dienst steigt in Bayern wieder an. Gegenüber dem Jahr 1955 mit 1.285 Bewerbern werden 1960 wieder 2.601 Bewerber im gehobenen Dienst gezählt. Der VFB beklagt die ständige Überlastung der Steuerbeamten, die noch durch Krankheitsausfälle verstärkt wird, da die übrigen Beamten die Arbeiten mit erledigen müssen. Vorsitzender A. Kramel erklärt gegenüber dem Münchner Merkur, daß auffallend viele Finanzbeamte der Herztod im aktiven Dienst ereilt. Die Ursache liege in der jahrelangen Überbelastung. Dies äußert auch der Internist Prof. Jonas auf einem Kongreß.

Steigende Bewerberzahlen, aber auch steigende Arbeitsbelastung

Das Maß ist voll - Protestkundgebung in München

In einer Veranstaltung in Passau stellt StA Galsterer (Bezirksvorsitzender Nürnberg) die Forderungen nach einer Besoldungserhöhung zwischen 12 und 15 % ebenso, wie die nach dem 13. Monatsgehalt klar. Die weiteren Redner dieser Veranstaltung betonen, daß der VFB kein Streikrecht für Beamte haben will, weil dies das Ende des Berufsbeamtentums bedeuten würde. Wie ein Hohn muß der Vorschlag der Bundesregierung wirken, die Beamtengehälter um 4 % anzuheben, und dies nach 3-jährigem Stillstand in der Besoldung.

Dies führt zu einer Protestkundgebung im Münchner Mathäser-Festsaal vor über 2.000 Steuerbeamten im Rahmen des Delegiertentages 1960. In scharfen Worten verurteilen die Redner A. Kramel und H. Fredersdorf die eklatante Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes und der Treuepflicht. A. Kramel kündigt an, das Thema Beamtenbesoldung nicht mehr von der Tagesordnung zu nehmen, bis eine befriedigende Lösung erreicht sei. H. Fredersdorf verlangt die Gleichstellung des höheren Dienstes mit Richtern und Staatsanwälten, des gehobenen Dienstes mit den Lehrern und des mittleren Dienstes mit den Polizeibeamten und der Bundeswehr. Die Forderungen nach 12 % Gehaltserhöhung werden durch die Zahlen des Statistischen Bundesamtes untermauert. Im Rahmen des Delegiertentages rechtfertigt Finanzminister Eberhard die Stellenpläne der Bayer. Staatsregierung und versucht die 7 % Gehaltserhöhung zu vermitteln. Der Bayerische Landtag beschließt eine Erhöhung der Besoldung bereits zum 1.4.1960, zusammen mit einer Reihe von Verbesserungen beim Kinder- und Ortszuschlag. Damit soll die unzureichende Anpassung durch das Bundesgesetz (7% ab 1. Juni 1960) ausgeglichen werden. Eine einheitliche Regelung für Bund und Länder scheidet.



„Er ist unser bester Mann, er hat nur einen Fehler, er ist ein Preuße“ (VFB-Vorsitzender Zimmermann über den langjährigen Vorsitzenden der DSTG, Hermann Fredersdorf)

Und was war sonst noch 1960?

Unter der Überschrift "Vernünftige Vorschläge der Praktiker" schreibt die Stuttgarter Zeitung im Juni, die Steuerbeamten halten der Regierung immer wieder den Spiegel der eigenen Gesetzgebung vor. Der Notschrei der Beamten nach einer Steuervereinfachung stelle sich absolut überzeugend dar, noch dazu, wo die Praktiker der Steuerpolitik in die gleiche

Kerbe hauen. Die große Steuerreform läßt trotz vielschichtiger Forderungen auf sich warten.

Regierungsvertreter Bayerns befürchten eine "farblose Beurteilung", da der Senat die Eröffnung der dienstlichen Beurteilung gegenüber dem Beamten fordert.

Der Bezirksverband München lädt erstmals am 29.10.1959 zu einer Pressekonzferenz ein, um einen guten Kontakt zur Presse herzustellen. Diese Öffentlichkeitsarbeit soll künftig auch bei den Ortsverbänden regelmäßig durchgeführt werden. Der VFB hat die Wichtigkeit der Pressearbeit erkannt und versucht sie für seine berufspolitische Arbeit zu nutzen.

Erstes Sportfest in Nürnberg

Der Bezirksverband Nürnberg veranstaltet mit 10 Finanzämtern das erste Sportfest in Lohr am Main auf Initiative des FA Aschaffenburg. Dabei werden Fußball- und Faustballwettkämpfe ausgetragen. Dies ist die Gründung des Bezirkssportfestes.

Mit der Verbesserung der Beförderungen des mittleren Dienstes zum 1.10. hat der VFB einen weiteren Schritt in seinen Bemühungen erreicht. Mit Rücksicht auf die bestehenden Beförderungsverhältnisse wird eine erneute Beurteilung, nach nur einem Jahr, angeordnet.

VFB und BDSt weisen immer wieder auf Steuerausfälle durch fehlendes Personal hin. Mit Vorschlägen zur Abwicklung der Massenarbeit und für eine Arbeitsvereinfachung liefert Stl Georg Kronawitter vom FA München-Ost einen Beitrag im Mitteilungsblatt zur Bewältigung der praktischen Arbeit in den Finanzämtern.

Mit einem Auszug aus der Rede des Kollegen Fredersdorf zum Thema "Der Finanzbeamte kann heute seine Aufgabe nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen" informiert der Bezirksverband Nürnberg über eine Veranstaltung im Saal des Kulturvereins Nürnberg und bringt dazu einen Sonderdruck im Mitteilungsblatt.

Mit dem Beschluß des Bundestages, die Gehälter der Beamten zum 1.1.1961 um 8 % zu erhöhen, geht ein turbulentes Jahr zu Ende.

1961

Gerechte Besoldung dank Wirtschaftswachstum

Der jahrelange hartnäckige Kampf um eine angemessene und gerechte Besoldung beginnt Früchte zu tragen, wohl auch, weil sich die wirtschaftliche Situation bei Bund und Ländern zum Positiven zu wenden beginnt. Konrad Adenauer würdigt in einem Brief an den neuen Vorsitzenden des DBB, Alfred Krause, die Verdienste der Beamten beim Wiederaufbau und verspricht, sich für eine Festigung des Berufsbeamtentums einzusetzen. Er unterstreicht das Bemühen der Bundesregierung, die Einkommen der Beamten auch den allgemeinen Verhältnissen der übrigen Berufe anzupassen.

VFB und Beamtenverbände kritisieren, daß die öffentlichen Bediensteten nicht im Gesetzentwurf für die Vermögensbildung einbezogen wor-

Warum und wie es begann ...

Am 1. Dezember 1954 trat ich beim Finanzamt Nürnberg-Ost als Finanzanwärter in die Finanzverwaltung ein. Dieses Großstadtfinanzamt wurde von einem Oberregierungsrat geleitet, der Vertreter war ein Regierungsrat und viele Sachgebietsleiter befanden sich im Range eines Oberinspektors. Unter den zu unterschreibenden Einstellungspapieren war auch ein Aufnahmeantrag in den VFB, den Verein der Finanzbeamten in Bayern e.V. München, den ich - nachdem mir der Geschäftsstellenleiter versichert hatte, daß „da alle drin sind“ - ohne weiteres Nachdenken unterschrieb. So wurde ich vom ersten Tag an Mitglied im Beamtenbund. Den monatlich bar zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von DM 0,50 konnte ich verschmerzen, erhielt ich doch - im Gegensatz zu meinen einheimischen Kollegen - als Sohn eines Vertriebenen auf schriftlichen Antrag einen monatlichen Unterhaltszuschuß von DM 136,—. An gewerkschaftlichen Fragen war ich nicht interessiert.

Das änderte sich zunächst auch nicht, als ich mich Ende 1957 als außerplanmäßiger (ap) Steuerinspektor beim Finanzamt Regensburg in der Lohnsteuerstelle wiederfand. Erhielt ich doch als Lediger ein für damalige Verhältnisse zufriedenstellendes Monatsgehalt von DM 461,— (DM 533,— brutto abzüglich DM 72,— LSt, KiSt und KV), für das ich von Montag bis Freitag von 7.30 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 17.30 Uhr und - mit Ausnahme von zwei Samstagen im Monat - auch am Samstag von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr arbeiten durfte. Eine Kantine gab es bei diesem großen Finanzamt nicht und an den monatlichen Versammlungen des VFB-Ortsvereins nahm ich eigentlich nur wegen der Geselligkeit teil.

Mit der Standespolitik - wie Gewerkschaftsarbeit damals genannt wurde - begann ich mich ab 1960 zu beschäftigen. 1959 hatte ich geheiratet und meine Frau (Schreibkraft beim FA mit DM 250,— netto pro Monat) gab Ende des Jahres wegen der Geburt unseres Sohnes - wie es damals üblich war - die Arbeit auf. Nun war für eine junge, dreiköpfige Familie zu sorgen und das mit einem Inspektorengeloh von DM 559,— monatlich (DM 469,— Grundgehalt + DM 126,— Wohnungsgeldzuschuß + DM 30,— Kinderzuschlag = DM 625,— brutto abzüglich DM 66,— LSt, KiSt und KV). Jetzt sage bitte keiner: „Dafür waren aber die Lebenshaltungskosten enorm niedrig!“ Hier einige Beispiele: Hochzeitsanzug DM 202,—, Herrenfahrrad DM 138,—, Armbanduhr DM 102,—, Herrenhemd DM 16,—, Umstandsrock und Bluse DM 40,—, 1 Paar Schuhe DM 30,—, Kinderwagen DM 185,—, UKW-Radio DM 276,—, Wäscheschleuder DM 200,—, Kühlschranks DM 427,—, Wohnungsmiete (60 qm Neubau) DM 95,— usw.. Größere Anschaffungen waren nur mit Ratenzahlungsverträgen möglich und das Haushaltsgeld war lange vor dem Ersten verbraucht.

Das alles geschah in der Hochblüte des sog. Wirtschaftswunders, wo die Gewinne und Arbeitsentgelte in der Wirtschaft und bei den freien Berufen nur so boomten. Auf die armen Beamten blickte man herab und riß Witze über sie.

Neben der schlechten Bezahlung, den unmöglichen Unterbringungs- und Arbeitsbedingungen und den überhaupt nicht vorhandenen Beförderungsmöglichkeiten ärgerte mich die sozial schwache Stellung meiner Kolleginnen und Kollegen. Die meisten Vorgesetzten waren von demokratischer Menschenführung meilenweit entfernt; so wurden z.B. Beurteilungen nicht eröffnet und wer seine Personalnebenakte gegen Unterschrift einsehen wollte, kam sofort in Verdacht, Unruhe zu stiften, besonders, wenn er sich gar noch Abschriften machte. Der Beamte hatte geduldig zu warten, bis er das ihm Zustehende bekam. Also ging man vielfach als Inspektor oder Sekretär nach einem langen Arbeitsleben in den Ruhestand!

Als ich in den VFB-Ortsversammlungen immer öfter das Wort ergriff und diese Zustände ansprach, war es nur logisch, daß mich der Ortsvorsitzende eines Tages bat, im Frühjahr 1960 an einer VFB-Bezirksvorstandssitzung in Nürnberg (natürlich an einem dienstfreien Samstag) teilzunehmen. Dort lernte ich zum ersten

Mal die bedeutenden Vertreter des VFB, vor allem den Vorsitzenden Galsterer und seinen Vertreter Dirigl kennen und hörte von noch prominenteren Leuten, wie Wolfgang Zimmermann, dem VFB-Landesvorsitzenden und dem alles überragenden Hermann Fredersdorf, dem BDSt-Bundesvorsitzenden. Zu meiner Überraschung wurde ich als Jugendvertreter des VFB-Bezirksverbands Nürnberg zu einem Landesjugendtag der DBB-Jugend Bayern nach Augsburg geschickt.

Schon vor diesem Jugend-Delegiertentag war mir klar, daß sich die Finanzbeamten zeitgemäß organisieren und ihre Interessen moderner und vor allem aggressiver in der Öffentlichkeit und gegenüber Politik und Verwaltung vertreten mußten. In Augsburg traf ich einen gleichgesinnten Kollegen wieder, den ich flüchtig beim Finanzamt Regensburg, wo er Finanzanwärter war, kennengelernt hatte und der nun beim Landesentschädigungsamt München gelandet war. Er hieß Dieter Kattenbeck ... und dann begann ein langer gemeinsamer Weg durch alle VFB/bfg-Instanzen, der erst 1984 nach 25 Jahren erfolgreich zu Ende gehen sollte.

Herbert Niewiera

Vorsitzender des Bezirksverbandes Nürnberg von 1973 bis 1984

den sind. Als Begründung wird die höhere Altersversorgung der Beamten angeführt, was jedoch angesichts der Tatsache, daß 80 % der Beamten im einfachen und mittleren Dienst sind, widerlegt wird.

Die Beförderungen nehmen zu. Nachdem diese im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden, kann jeder Leser schon rein optisch eine Steigerung erkennen. Sind es in den ersten Ausgaben oft nur 3 oder 4 Namen, so füllt im März 1961 die Namensliste bereits 3 DIN-A-4-Seiten.

Ingolstädter Kreis bringt Unruhe

In der Ausgabe März 1961 setzt sich Vorstandsmitglied Rudolf Mayer mit dem sogenannten Ingolstädter Kreis auseinander. Es handelt sich dabei um Betriebsprüfer beim FA Ingolstadt, die wegen unzureichender Vertretung und Erfolge des gehobenen Dienstes eine eigene Arbeitsgemeinschaft ins Leben rufen wollen. Der VFB wehrt sich gegen diese Vorwürfe und verweist darauf, daß er alle Laufbahnen der Steuerbeamten vertritt. Eine Zersplitterung schade der gemeinsamen Sache. Dieser Bericht löst eine Welle von Zuschriften und Leserbriefen aus, die veröffentlicht werden.

Rufe nach Steuervereinfachung werden lauter

Auf dem 3. Steuerbeamtentag in Bad Godesberg wird besonders die versprochene, aber noch ausstehende Steuerreform eingefordert. Auch die längst fällige Steuervereinfachung wird angemahnt. Die Delegierten beschließen, nach den Denkschriften "Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung" von 1956 und "Vorschläge zur Finanz- und Steuerreform" von 1959, dem Gesetzgeber eine Denkschrift zur "Steuer- und Verwaltungs-

vereinfachung" vorzulegen. Damit bringt der BDSt seine fachliche Kompetenz ein und etabliert sich schon früh als Sprachrohr in steuerlichen Fragen.

Personalratswahlen bringen überwältigenden Erfolg

Im Juni 1961 läuft die Amtszeit der 1959 gewählten Personalräte aus. Es werden wieder Listen vom VFB aufgestellt. Der VFB erzielt einen überwältigenden Erfolg. Alle 8 Beamstensitze in den Bezirksverbänden und alle 4 im HPR gewinnt der VFB.

Und was war sonst noch 1961?

Mit eindrucksvollen Bildern der Unterkunftsbaracke der OFD in der Schwenren-Reiter-Straße in München dokumentiert der VFB, was auf alle geprüften Steuerbeamten zukommt, wenn sie nach München versetzt werden. Die Unterkunft wird vom VFB als gesundheitsschädlich und unwürdig eingestuft. Die OFD kündigt Abhilfe durch den Bau eines neuen Ledigenheimes an, die Baracke sei nur Notbehelf.

Der Bezirksverband München veranstaltet im Juli 1961 sein erstes Fußballturnier in Herrsching.

Zur Frage der Pensionen entscheidet das Bundesverfassungsgericht, daß diese Ausfluß der dem Staat obliegenden Pflicht zur angemessenen Alimentation sind.

Die Finanzminister der Länder beschließen, allen Länderbeamten einheitlich ein Weihnachtsgeld zu zahlen (Junggesellen 80,— DM, Verheirateten 100,— DM und zusätzlich für jedes Kind 20,— DM). Die Beamtengewerkschaften schaffen damit einen ersten Schritt im Hinblick auf ihre Forderungen nach einem 13. Monatsgehalt für Beamte. Gleichzeitig regelt die Bundesregierung durch Rechts-VO die Jubiläumszuwendungen für Beamte.

Dem Vorsitzenden des VFB, A. Kramel, wird im Mai 1961 der Bayerische Verdienstorden verliehen. Er nimmt die Auszeichnung an, nicht aber als persönliche Auszeichnung, sondern stellvertretend für den Bayerischen Beamtenbund und den Verein der Finanzbeamten in Bayern.

In der Personalpolitik fordert der VFB für sämtliche Laufbahnen eine deutliche Herabsetzung der Dienstzeiten und damit die Möglichkeit der früheren Beförderung. So war die Beförderung zum Obersteuerinspektor bisher erst nach 15 Jahren möglich.

Für die BP und den höheren Dienst werden mehr Planstellen gefordert. Finanzminister Eberhard verspricht, die Eingabe des VFB zur Verbesserung des Stellenschlüssels (Angleichung an Baden-Württemberg) zu berücksichtigen, betont aber gleichzeitig, daß es keine Sonderbehand-

1962

Besoldungs- und Laufbahnverbesserungen, aber Sonderbehandlung der Lehrer bleibt

lung wie bei Lehrern oder im Polizeidienst geben wird.

Als Forderung der Vernunft wird allseits die Besoldungsforderung der Beamten von 7,7 % bezeichnet, die in dieser Höhe die Steigerung des allgemeinen Einkommensniveaus beziffert. Die Bundesregierung weigert sich beharrlich, die Erhöhung von 6%, die alle Länderbeamten bekommen, auch ihren Beamten zukommen zu lassen. Dies ändert sich auch durch eine Vorsprache des DBB-Vorsitzenden Krause bei Bundeskanzler Adenauer nicht. Die Besoldung soll erstmals per Gesetz geregelt werden.

Der Bundesrat hat einer Harmonisierungsnovelle und gleichzeitig einer Änderung des Art. 75 zugestimmt, der dem Bund Rahmenrechtsregelungen ermöglicht.

Beamtenverbände erhalten 2. Sitz im Senat

Mit Urteil des Bayer. Verfassungsgerichtshofs ist dem Bayerischen Beamtenbund ein 2. Sitz im Senat zuerkannt worden. In der geheimen Wahl dazu setzt sich A. Kramel durch. Der VFB-Vorsitzende nimmt die Wahl an. Er tritt am 2. Januar 1962 seinen Dienst bei der OFD München unter Ernennung zum Regierungsdirektor wieder an, nachdem er nicht mehr dem Bundestag angehört.

Neu überarbeitete Satzung vom Delegiertentag angenommen

Der Delegiertentag 1962 steht ebenfalls wieder im Zeichen der Besoldungsfrage und der Beförderungsverhältnisse. Neben Finanzminister Eberhard ist auch Landtagspräsident Hanauer vertreten, der die berechtigten Interessen der Steuerbeamten anerkennt, aber auch darauf hinweist, daß nicht alle Wünsche auch finanziell machbar seien.

Auf dem Delegiertentag wird eine völlig neu überarbeitete Satzung angenommen. Der Verein der Finanzbeamten bezeichnet sich nunmehr als Zusammenschluß der Angehörigen der Finanzverwaltung in Bayern. Der Delegiertentag bringt auch eine personelle Veränderung. Aus persönlichen Gründen kandidiert A. Kramel nach 13 Jahren als Vorsitzender nicht mehr für dieses Amt. Sein Nachfolger wird der bisherige Stellvertreter, RD Zimmermann. Der Delegiertentag beschließt einstimmig, A. Kramel zum Ehrevorsitzenden zu ernennen. Die Bezirksvorsitzenden Hofer (München) und Galsterer (Nürnberg) werden in ihren Ämtern wiedergewählt. In der Ausgabe des Mitteilungsblattes Juli wird die Rede des Bundesvorsitzenden Fredersdorf auf dem Delegiertentag abgedruckt, in der deutliche Kritik herauszulesen ist, aber auch eine deutliche Ablehnung der Forderungen nach Streikrecht, die bei den Mitgliedern immer lauter werden.

Und was war sonst noch 1962?

Der Verein beginnt mit verstärkter Jugendarbeit und trägt damit auch der Mitgliederentwicklung Rechnung.

Erstmals findet im September 1962 das Bayernturnier statt, das der VFB im Jahn-Stadion in Regensburg ausrichtet. Über das Ereignis wird aus-

föhrlich berichtet und mit zwei DIN-A-4-Bildseiten dokumentiert.

Das langjährige Ehrenmitglied und Leiter der Geschäftsstelle Carl Fischer scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Amt aus.

Im Juli 1962 wird das Bayer. Beamten-gesetz erneut geändert. Als Folge erläßt die Staatsregierung am 17. 10. 1962 eine neue Laufbahnverordnung, die im Mitteilungsblatt ausführlich behandelt wird und eine Reihe von Forderungen des VFB verwirklicht. Die Steuerbeamten-Ausbildungs- und Prüfungsordnung (APO) wird verabschiedet.

Die Fünf-Tage-Woche ist nunmehr auch für die Steuerbeamten Wirklichkeit geworden.

1963

Die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes erhalten ab 1. 1. 1963 6 % mehr Besoldung. Es handelt sich dabei um einen Vorgriff auf die Verbesserung der Besoldungsstruktur, die in der sogenannten Harmonisierungsnovelle vorgesehen ist. Die Steuerbeamtenschaft erfährt durch die Verabschiedung der Harmonisierungsnovelle einen Tiefschlag. Ein Änderungsvorschlag der SPD-Fraktion im Bundestag wird angenommen, der den Ländern eine besondere Regelung für den Lehrerbereich erlaubt. Diese Entscheidung löst einen Sturm der Entrüstung und Empörung unter den übrigen Beamten aus. VFB und Beamtenverbände sehen darin die große Gefahr der Zersplitterung im Recht des öffentlichen Dienstes. Im § 52 wird den Ländern die Einführung eigener Besoldungsordnungen rahmenrechtlich untersagt. Der VFB verfaßt ein Protestschreiben an alle Mitglieder des Landtags und des Bayer. Senats.

Ab 1. 1. 1963 werden die Grundgehälter in Bayern statt um 6 % gleich um 7,5 % angehoben. Gleichzeitig sollen Ortszuschläge, Kinderzuschläge und Ortsklassen entsprechend harmonisiert werden. Es ist für viele schwer, noch einen Überblick über die Besoldungsfragen zu behalten. Dies belegen auch die abgedruckten Tabellen mit den Spalten: "derzeitige Bayern", "Entwurf Bund", "Entwurf Bayern" und "Vorschlag DBB".

Sorgen bereitet der Beschluß der Bayer. Staatsregierung vom Oktober 1963, die Lehrerbesoldung in A 11 (Volksschullehrer) beginnen zu lassen. VFB und der BDSSt versuchen vehement, in diesem Zusammenhang auch Verbesserungen für die Finanzbeamten zu erreichen.

Harmonisierungsnovelle soll Durchbruch in der Besoldung bringen

Und was war sonst noch 1963?

D. Kattenbeck organisiert für die VFB-Jugend 6 Berlinfahrten und begründet eine langjährige Tradition.

Im März 1963 findet das erste Gespräch des BBB und des VFB-Vorsitzenden Zimmermann mit dem neuen Ministerpräsident Alfons Goppel statt, bei dem allgemeine Fragen des Beamtenverhältnisses und der Besoldung behandelt werden. Dabei ist die Attraktivität des Beamtenverhältnisses ein besonderes Anliegen der Beamtenvertreter.

Am 20.3.1963 verstirbt unerwartet Senator Josef Donsberger, der den Bayer. Beamtenbund, trotz erheblicher und übermächtiger Konkurrenz, aufgebaut hat. Die Unregelmäßigkeiten der Besoldungsreform 1957 hat er durch den als "Donsberger-Schlüssel" bekannt gewordenen Modus über den Stellenschlüssel gelöst.

Der VFB beschließt, ab 1.1.1963 seinen Mitgliedern eine Sterbebeihilfe von 100,— DM zu zahlen, die an den Ehegatten oder Verwandte in erster Linie ausgezahlt wird.

Die Bezirksverbände München und Nürnberg halten gut besuchte Arbeitstagungen für Ortsvorsitzende ab, in denen auch die Vorbereitung der PR-Wahlen zur Sprache kommt. Die PR-Wahlen bringen 1963 den gleichen Erfolg bei den Beamtensitzen wie 1961. Der Bezirksverband München richtet den Bundessteuerbeamtentag in München aus.

Die VFB-Jugend führt am 4.5.1963 ihren 1. Landesjugendtag durch. Sie gibt sich die gleiche Organisationsstruktur, wie der "Erwachsenenverband". Zum Landesjugendleiter wird D. Kattenbeck, zum Bezirksjugendleiter München Ernst Hofmann, zum Bezirksjugendleiter Nürnberg Werner Bogner und zum Schatzmeister der VFB-Jugend Herbert Niewiera gewählt. Die Jugend übernimmt ab diesem Zeitpunkt satzungsgemäß die Betreuung der jungen Mitglieder im VFB. D. Kattenbeck wird auch auf dem 3. Landesjugendtag der DBB-Jugend zum Vorsitzenden gewählt, zum Stellvertreter Karl Haynaly.

Die Staatsregierung erläßt eine Jubiläumsverordnung, die für 25 Jahre 250,— DM, 40 Jahre 350,— DM und 50 Jahre 500,— DM Zuwendungen vorsieht. Damit ist eine langjährige Forderung von VFB und Beamtenverbände erfüllt.

Die Bestimmungen über die dienstliche Beurteilung werden in die Laufbahnverordnung aufgenommen. Die Beurteilung erfolgt nunmehr alle 3 Jahre. Um nicht alle Laufbahnen gleichzeitig beurteilen zu müssen, wird der mittlere Dienst 1960, der gehobene Dienst 1961 und der höhere und einfache Dienst 1962 beurteilt.

Die Finanzschule Herrsching darf sich nunmehr gemäß der APO "Landesfinanzschule" nennen.

1964

Versprechungen werden nicht gehalten

Mit Enttäuschung stellt der VFB fest, daß im Haushaltsvoranschlag 1964, den die Opposition als Übermaßhaushalt bezeichnet, wieder die Finanzbeamten nicht berücksichtigt sind im Stellenplan. Dies veranlaßt den VFB zur Feststellung, die Finanzbeamten werden dadurch benachteiligt, daß der Ressortminister zugleich zuständig für den Staatshaushalt ist. Die Gefahr der totalen Frustration der Finanzbeamten steige weiter. Der VFB fordert neben dem Eingangsamt nach A 10 für den gehobenen Dienst eine sofortige Verbesserung des Stellenschlüssels für alle Lauf-

bahnen. Diese Forderung unterstreichen auch zahlreiche Protestschreiben und Resolutionen von Mitgliedern an Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Staatsregierung und Finanzministerium.

Unter dem Motto "Keine weiteren Benachteiligungen der Finanzbeamten" finden am 26.2.1964 im Hofbräuhausaal in München und am 23. April 1964 in Erlangen Großkundgebungen statt. In beiden Kundgebungen spricht der Bundesvorsitzende Fredersdorf, in München vor ca. 1.100 und in Erlangen vor ca. 1.500 aufgebrauchten Mitgliedern. Das Bayer. Fernsehen macht Aufzeichnungen von der Münchner Veranstaltung und sendet sie am 27.2.1964. Die Reden Fredersdorfs werden von stürmischem Beifall unterbrochen. Er verweist auf die gleichen Bildungsvoraussetzungen, die auch die Lehrer haben. Er bringt zum Ausdruck, daß alle Finanzbeamten von ihren Finanzministern dasselbe erwarten, wie die Lehrer von ihren Kultusministern, eine faire Behandlung. H. Fredersdorf warnt auch davor, daß die Funktionstüchtigkeit der Finanzverwaltung auf dem Spiel steht, wenn es mit der Berufspolitik so weitergehe. Mit nicht endendem Beifall unterstreichen die Finanzbeamten die eindrucksvolle Rede.

Delegiertentag verlängert die Amtszeit auf 3 Jahre

Der Delegiertentag findet am 2. und 3. Juni 1964 vor über 220 Delegierten statt. Erstmals legt die Vereinsleitung einen schriftlichen Geschäftsbericht vor, der im Mitteilungsblatt veröffentlicht wird. Der Geschäftsbericht setzt sich sehr umfangreich mit allen Themen auseinander, die den VFB seit dem letzten Delegiertentag beschäftigten. Im Rahmen des Delegiertentags spricht der Vizepräsident des Landtags, Ministerpräsident a.D. Dr. Wilhelm Hoegner. Der VFB-Vorsitzende Zimmermann spricht über die berufspolitische Seite. Mit über 250 Anträgen der Delegierten hat der Delegiertentag ein großes Arbeitspensum zu erledigen. Die Satzung wird geändert. Die Jugendleiter werden in die Vereinsvorstände eingebunden und Posten für Beisitzer geschaffen. Die Dauer der Amtszeit der Vorstände wird von 2 auf 3 Jahre erhöht und damit auch der zeitliche Abstand der Delegiertentage.

Und was war sonst noch 1964?

Am 26.2. verstirbt der langjährige Geschäftsführer des VFB und Ehrenmitglied Regierungsrat a.D. Carl Fischer. In seinem Nachruf würdigte der VFB die außerordentlichen Verdienste des Verstorbenen, der zunächst in Nürnberg Aufbauarbeit leistete und dann als Geschäftsführer des VFB in München tätig war.

Seit 1.1.1964 gilt eine besondere Vergütung für Anwärter, die gezahlt wird, wenn der Anwärter als volle Kraft zur Stellvertretung, Aushilfe oder Erledigung von Dienstgeschäften verwendet wird, für den sogenannten Beschäftigungsauftrag.

Die Jugend gibt einen Tätigkeitsbericht ab. Innerhalb des Verbandes hat sie mit 2.644 Mitgliedern unter 25 Jahren einen Anteil von 31 % erreicht.



Das erste Bayerturnier des VFB findet 1964 in Regensburg statt. VFB-Vorsitzender Zimmermann und der stv. Ortsvorsitzende Kattenbeck überreichen den Siegerpokal an die Fußballmannschaft des Finanzamts Regensburg.

Die VFB-Jugend ist 1964 der stärkste Landesverband der BDSt-Jugend und in der DBBJ-Bayern der stärkste Fachverband.

Novelle der Privilegierten

Im Oktober wird in Bayern "Die Novelle der Privilegierten", ein Gesetzentwurf zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, vorgelegt. Dieser Gesetzentwurf wird wegen seines Inhalts so bezeichnet, der Anhebung der Lehrerbesoldung und der Ministerialbeamten und Präsidenten. Dieser Entwurf löst in erster Linie bei den Mitgliedern und Ortsverbänden Unmut aus, die den Abgeordneten zum Teil deftige Briefe schicken. In sehr umfangreichen Stellungnahmen macht auch der VFB seiner Enttäuschung Luft. Die Vorlage stellt wohl die letzte Gewißheit dar, daß die Schlacht um eine Gleichstellung der Steuerbeamten mit den Lehrern verloren ist.

Das Grundgehalt wird ab 1.10.1964 um 8 % erhöht, bei einer festgestellten Lebenshaltungskostensteigerung von über 12 %.

1965

Grundlegende Verbesserung der Beförderungssituation durch neuen Stellenschlüssel

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen 1965 kündigt der Bayer. Ministerpräsident Alfons Goppel zur gesamten Einkommensverbesserung und zum Ausgleich für die Höhergruppierung von einzelnen Beamtengruppen (Lehrer und Polizei) an, die Beförderungsverhältnisse durch einen neuen Stellenschlüssel zu verbessern.

Der VFB zeigt anhand der fehlenden Nachwuchsgewinnung und der Abwanderung von Beamten aller Laufbahnen an die Kommunen und in die freie Wirtschaft die Misere der Besoldung und den Stand bei den Steuerbeamten auf. Eine Reihe von Ortsverbänden unterstützt das Anliegen des VFB durch Telegramme an den Bayer. Finanzminister Dr. Pöhner. Der VFB verstärkt seine Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemitteilungen in den regionalen und überregionalen Zeitungen und versucht, durch Leserbriefe und sofortige Stellungnahmen zu Zeitungsartikeln, die Öffentlichkeit sachlich und objektiv zu unterrichten. Dazu gehören auch die vielen Schreiben und persönlichen Gespräche von Mitgliedern und Ortsverbänden an die Abgeordneten. Die Eingaben über den Bayerischen Senat begleiten diese Aktivitäten ebenso, wie Anträge an den Bayer. Landtag und Besprechungen mit dem Finanzminister.

Mit der sogenannten "Neo-Novelle" wird der VFB-Forderung nach einem entsprechenden Stellenschlüssel nahezu entsprochen. Obwohl nicht alle übrigen Punkte berücksichtigt werden, tritt, bei einer zeitgerechten Umsetzung zum 1.1.1965, eine weitere Verbesserung für die Finanzverwaltung hinsichtlich der Beförderungen ein. Als weiteren Punkt hat der VFB u.a. die Ausdehnung der Prüferzulage auf die StOI erreicht, die noch 1965 auf alle Laufbahngruppen in der BP ausgedehnt wird.

Und was war sonst noch 1965?

Die CSU gründet in Bayern den Arbeitskreis öffentlicher Dienst, der sich mit den Möglichkeiten und Gefahren der sozialen Wandlungen beschäf-

tigen, daraus Folgerungen ziehen und dem öffentlichen Dienst mehr soziale Geltung verschaffen soll.

Ein Senatsgutachten vom Januar 1965 unterstützt die Forderung des VFB auf Schaffung von A 13-Stellen in den Verwaltungen und nicht nur in den obersten Dienstbehörden. Ebenso werden viele weitere Forderungen des VFB aufgegriffen und befürwortet.

Im April 1965 verstirbt der Vorsitzende des Bezirksverbandes Nürnberg, Georg Galsterer, im Alter von 59 Jahren. Der VFB würdigt die kaum zu ermessenden Verdienste um den Aufbau des Vereins und der Sache der Beamtenschaft. Seine Fürsorge galt vor allem auch den jungen Beamten. Sein Wissen und seine Aktivitäten hat er auch als Vorstandsmitglied des BDSt, des BBB und des DBB eingebracht. Er war Mitglied des HPR und Vorsitzender des BPR Nürnberg. Sein Hauptwunsch war es, ein Sozialwerk für die bayerischen Beamten ins Leben zu rufen, dessen Erfüllung er aber nicht mehr erlebt.

Auch 1965 finden wieder die Sportfeste der Bezirke und das Bayernturnier statt, um die Zusammengehörigkeit und Geselligkeit der Finanzbeamten zu fördern. Das Bezirkssportfest München findet erstmals unter der Schirmherrschaft des Oberfinanzpräsidenten Fritz Rühth statt. Im Bezirksverband Nürnberg hat bereits 1964 der Oberfinanzpräsident Pollinger die Schirmherrschaft übernommen.

Der neue Bundestag beschließt mit Gesetz vom 23. 12. 1965, die Beamtenbesoldung ab 1. 1. 1966 um 4 % und ab 1. 10. 1966 um weitere 4 % anzuheben. Die Forderung der Beamtenverbände beläuft sich auf 9 %. Der errechnete Besoldungsrückstand zum 31. 12. 1965 beträgt 13 %.

Ein kleiner Schritt zum 13. Monatsgehalt

Mit VO vom 14. 12. 1965 wird die Weihnachtsgeldzuwendung entsprechend Art. 88 b des Bayer. Beamtengesetzes geändert. Die Zuwendung wird auf 1/3 der für den Monat Dezember zustehenden Bezüge festgesetzt, was nur einer teilweisen Erfüllung der Forderungen des VFB und der Beamtenverbände nach dem 13. Monatsgehalt entspricht.

Bei der Personalratswahl 1966 erzielt der VFB wieder einen großartigen Erfolg. Erstmals werden die Kandidaten im Vorfeld der Wahlen mit einer Bilderliste im Mitteilungsblatt vorgestellt. Der VFB gewinnt erstmals im HPR durch einen Sitz der Arbeiter eine Mehrheit der VFB-Kandidaten und stellt mit dem VFB-Vorsitzenden Zimmermann auch den Vorsitzenden des HPR. Vorsitzender des BPR bei der OFD München wird wieder Alois Hofer, des BPR bei der OFD Nürnberg Dr. Ulmer.

Die anfängliche Befürchtung des Gesetzgebers, die Zulassung von Gewerkschaftsvertretern für die Personalvertretung würde die neutrale und objektive Arbeit in den Personalratsgremien einseitig beeinflussen,



Wolfgang Zimmermann ist Vorsitzender des VFB von 1963 bis 1973. Unter seiner Leitung wird der VFB aus sehr prekärer Haushaltslage herausgeführt. Der „Urbayer“, der mit einem „auf gehts Buam“ zu verstärktem gewerkschaftlichen Einsatz aufzufordern pflegt, ist darüber hinaus von 1971 bis 1981 stv. Vorsitzender des Bayerischen Beamtensbundes. Diesen vertritt er von 1972 bis 1977 im Bayerischen Senat. 1973 wählt ihn der Delgiertentag zum Ehrenvorsitzenden des vfb.

1966

Personalratswahl festigt beherrschende Stellung des VFB

haben sich nicht bewahrheitet. Dieses Fazit zieht Ministerialrat Ballerstedt (heute noch allen als Kommentator des BayPVG bekannt) vor Kollegen des höheren Dienstes, anlässlich eines Kolloquiums in Herrsching.

Eingriffe in die Hoheit der Länder befürchtet

Für Aufregung sorgt 1966 der zweite Gesetzentwurf der Bundesregierung, der als Vorschaltgesetz die Weichenstellung für eine bundeseinheitliche Regelung der Besoldung zum Inhalt hat. Der Entwurf will die rahmenrechtliche Bindung der Länder und Gemeinden im Wege der Änderung des Grundgesetzes durchführen.

Damit würde, entgegen dem Prinzip des Förderalismus, in den Haushalt der Länder eingegriffen, da er die Festlegung des Verhältnisses der Planstellen regeln will. Die Beamtenverbände fordern den Bayer. Ministerpräsidenten auf, dem Gesetz in dieser Form im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Auch Kleinvieh macht Mist

Standen in den ersten 15 Jahren seit Bestehen des VFB grundsätzliche Auseinandersetzungen zum Berufsbeamtentum und der Besoldung im Vordergrund, so ist immer mehr zu spüren, daß sich das Wirken der Berufsverbände viel mehr auf Einzel- und Spezialprobleme in den Beamtengesetzen und dem organisatorischen Ablauf in der Finanzverwaltung verlagert, wie z. B. Wohnungsfürsorge, Beförderungsrichtlinien, Mutterschutz, Nebentätigkeits-VO, Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Staatsdienst, Laufbahnverordnung, Personalvertretungsgesetz und Dienstpostenbewertung.

Und was war sonst noch 1966?

Mit den unterschiedlichen Situationen des Nachwuchses in den Bundesländern beschäftigt sich ein Artikel vom Januar 1966. Bayern hat die Besonderheit der Schülerzeit, die einem Praktikum für die Anwärter gleichkommt und im Vergleich zu anderen Ländern einen sehr geringen Anteil von Abiturienten im gehobenen Dienst.

VFB und Beamtenverbände befassen sich mit der unzureichenden Erstattung von Kilometergeld bei der Benutzung privater Pkw's für dienstliche Fahrten. Die Erstattung des Dienstherrn beträgt -, 16 DM pro km, die nach Auffassung des VFB nicht kostendeckend sind und fordert deshalb eine Anhebung auf -,40 DM pro km.

Die Umsetzung der neuen Stellenpläne bringt für die vielen Pensionisten keine Verbesserungen. Die Vereinsleitung fordert Härtefallregelungen zu finden um die Benachteiligungen der Pensionisten abzumildern.

Mit Problemen der Funktionstüchtigkeit der Finanzverwaltung befassen sich Vereinsleitung und Vorstandsgremien des VFB. Dabei geht es um Rationalisierungen durch die Einführung von Buchungsautomaten, elek-

tronische Datenverarbeitungsanlagen und zentrales Zusammenfassen von Spezialgebieten.

Der Urlaub der Beamten ist mit VO vom 14.12.1965 neu geregelt worden. Er beträgt bis zum 30. Lebensjahr 18 statt 16 Tage für die Besoldungsgruppen A 1 - 6 und für A 7 - 10 20 statt 18 Tage. Ab 1.1.1966 werden die Vergütungen für die Beschäftigungsaufträge und die Unterhaltsbeihilfe, den Unterhaltszuschuß und den Fahrtkostenzuschuß angehoben. Weitere Forderungen des VFB auf Anhebung der Gemeinschaftszuschüsse von 7,50 DM auf 10,— DM und der Kantinenzuschüsse von -60 DM auf 1,— DM sind noch nicht erfüllt.

Erste Forderungen nach Teilzeitbeschäftigung

Erstmals wird in allen Bundesländern die nachdrückliche Forderung nach Teilzeitbeschäftigung erhoben, die äußerst umstritten ist. Die Vorreiterrolle hat hier das Land Baden-Württemberg übernommen, bei dem 4 Beamtinnen des mittl. Dienstes und 3 des gehobenen Dienstes in Teilzeit beschäftigt sind.

Die Frauenvertretung tritt in der Öffentlichkeit zunehmend stärker hervor und setzt sich für die Belange der weiblichen Beschäftigten und vor allem für die Gleichstellung der Frau ein. In der Sitzung der Frauenvertretung wird ein stärkeres Engagement der Frauen in den Gewerkschaftsgremien gefordert. Die erste Frauenvertreterin des VFB in den Verbandsgremien ist Gerda Wagner vom Finanzamt München-Nord. Die erste Bundesfrauenvertreterin ist Helga Schulz aus Hamburg.

Galgenhumor zur schlechten Arbeitslage und schlechte Stimmung

Unter dem Titel "Die Misere" setzt sich der VFB im Mitteilungsblatt sehr humorvoll mit den Problemen der Steuerverwaltung auseinander. Mit diesem "Galgenhumor" soll offensichtlich versucht werden, die schlechte Stimmung unter den Finanzbeamten noch halbwegs zu retten. Der Bundesvorsitzende des DBB Krause fordert angesichts des Wirtschaftswachstums in den nächsten 4 Jahren 25% Besoldungserhöhung und bezieht dafür von allen Seiten Prügel. Im gleichen Atemzug fallen Medien, Öffentlichkeit und Politiker über den Bundesvorsitzenden des BDSt her, der klar und lautstark Mißstände der Finanzverwaltung aufgreift und ständig den Finger in diese Wunden legt. Eine Illustrierte schreibt gar, daß er sein "freches Mundwerk spazieren gehen läßt" und es sei ihr deshalb unverständlich, daß ihn in die Delegierten wiedergewählt haben. H. Fredersdorf trifft zu einem ersten Gespräch mit dem neuen Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß zusammen, um verschiedene Sachverhalte der Steuerverwaltung zu erörtern.

Der Vorstand des VFB führt mit Finanzminister Dr. Pöhner und dem Staatssekretär Anton Jaumann ein Gespräch, in dem es um die zusätzlichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer

1967

Frauenvertretung im Vormarsch

er, die Personalbedarfsberechnung, die Weihnachtswahl, die Arbeitsbelastung der BP und die Verbesserung der Mitbestimmungsrechte des BayPVG geht. Übereinstimmung wird in der Frage der Verwaltungs- und Arbeitsvereinfachung erzielt.

Länder verlieren einen Teil ihrer Eigenständigkeit

Im Juli 1967 verabschiedet der Bundestag das erste Neuregelungsgesetz der Besoldung. Das Gesetz ist wegen der Verbindlichkeit wesentlicher Vorschriften für die Länder entsprechend umzusetzen. Damit liegt zum ersten Mal eine komplexe Gestaltung der beamten- und besoldungsrechtlichen Regelungen vor. Nicht gelöst ist das Problem der Technikerzulage für andere Beamtengruppen, auch für die Steuerbeamten. Art. 75 des GG wird zwar nicht geändert, allerdings sind, durch die sinngemäße Anwendung des §53 BBesG für die Beamten der Länder (in dieser Rahmenbestimmung ist die Zuteilung der Beförderungssämter und der Stellenschlüssel geregelt), die Länder eines wesentlichen Teils ihrer föderalistischen Eigenständigkeit beraubt worden. Ein echtes Novum stellt die volle Verzahnung des einfachen mit dem mittleren, des mittleren mit dem gehobenen und des gehobenen mit dem höheren Dienst in den Besoldungsgruppen A5, A9 und A13 dar. Dabei werden auch neue Amtsbezeichnungen eingeführt – Oberamtsmeister, Amtsinspektor und Oberamtsrat. Eine Verzahnung von A16 zur Besoldungsordnung B fehlt aber. Für die Beförderungsstellen sind Höchst-Prozent-Sätze vorgesehen. Ebenso werden die Dienstaltersgruppen neu geregelt.

Dieses Gesetz bringt für die Bayer. Beamten teilweise eine Verbesserung, teilweise Verschlechterungen gegenüber den geltenden bayerischen Regelungen. Im sog. Finanzplanungsgesetz wird eine Angleichung an die Bundesregelung vorgenommen.

Neben Verschlechterungen bei Beförderungen, Hinausschieben von Stellenbesetzungen und Streichung gesetzlicher Zulagen ist auch eine Kürzung bei den Reisekostensätzen zu befürchten, da auch hier an die Bundesregelung angeglichen werden soll.

Erster Delegiertentag außerhalb von München

Im Mai 1967 findet der Delegiertentag der VFB erstmals in Nürnberg und nicht mehr in München statt. Die Ansprache hält Staatssekretär A. Jaumann. Er anerkennt die starke Mehrung der Aufgaben, die insbesondere auch die Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1.1.64 bringt. Ebenso bescheinigt er dem VFB zutreffende Forderungen nach Personalmehrung für die Außendienste. Er kündigt hier auch politisches Handeln an. Das dritte Besoldungsgesetz wird vom Bund beschlossen und bringt insbesondere die Neuordnung des Besoldungsdienstalters, beginnend ab dem 21. Lebensjahr. Die bisherigen Vorsitzenden werden wiedergewählt. Vorsitzender Zimmermann verabschiedet den langjährigen Presereferenten des VFB Edmund Fischer, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert.

Ein wichtiger Beschluß des Delegiertentages ist die Forderung nach Abschaffung der Anrede mit der Amtsbezeichnung in allen Verwaltun-

gen, wie dies bereits in einigen Finanzämtern gehandhabt wird.

Und was war sonst noch 1967?

E. Fischer verstirbt 14 Tage nach dem Delegiertentag. Der VFB würdigt ihn als hervorragenden Finanzbeamten und leidenschaftlichen Kämpfer und Verfechter des Berufsbeamtentums. Er war Gründungsmitglied des Vereins.

Ab 1.1.67 wird das Reisekostengesetz verbessert. Für die Benutzung privateigener PKW's werden pro km -,20 DM gezahlt (ab 350 ccm), von 50-350 ccm -, 11 DM. Es gibt 4 Stufen beim Tagegeld, in Höhe von 14,— DM, 16,— DM, 20,— DM und 23,— DM. Damit ist eine weitere langjährige Forderung des VFB wenigstens teilweise umgesetzt.

Bayern schafft eine Wohnungsfürsorgeregelung, in dem es ein Programm für Staatsbedienstetendarlehen, das mit einem Zinssatz von 4% festgeschrieben wird, auflegt. Unter der Überschrift "Aus der Arbeit des Hauptpersonalrats" erscheint erstmals ein Bericht im VFB-Mitteilungsblatt aus der Personalratsarbeit.

Strauß für gerechte Behandlung der Steuerbeamten

Im Dezember entbrennt der Streit um die vorgesehene Besoldungserhöhung ab 1968. Während der Bundesrat eine einschneidende Kürzung der Mittel fordert, stellt Bundesfinanzminister Strauß klar, daß die Bundesregierung an ihren Plänen und der Bereitstellung der Mittel festhält ("Das Vernünftige kostet oft Geld – so auch hier"). Strauß spricht sich vor dem Bundeshauptvorstand des BDSSt auch für eine gerechte Bewertung der Steuerbeamten im Vergleich zu anderen Verwaltungen aus.

In einem Vergleich stellt der VFB die Auswirkungen des 2. Gesetzes mit den Grundgehaltssätzen des BayBesG dar. Die Besoldungsgruppen A1 bis A11 und in A13 profitieren durch das Bundesgesetz, die Endstufen in A11 bis 16 verlieren zum Teil gegenüber der Bundesregelung. Der VFB fordert, entweder die Besoldung zum 1.1.1968 um linear 4% zu erhöhen oder das 2. BNG sofort umzusetzen. Bayern will aus finanziellen Gründen eine spätere Umsetzung. Die Forderung nach 4% untermauert der sogenannte Stichmann-Vergleich, der einen Besoldungsrückstand der Beamten von 7% ergibt. Im Februar 68 beschließt die Bayer. Staatsregierung das 2. BNG des Bundes ab 1.7.68 in Bayern umzusetzen. Die Personalausgaben des Haushalts betragen 35,45%.

Starke Arbeitsbelastung löst Flugblattaktion und Protestkundgebung aus

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (BORH) stellt den steigenden Arbeitsanfall in den Finanzämtern und eine angespannte Personallage fest und untermauert die Klagen des VFB diesbezüglich. Gemeinsame



Als Gründungsmitglied ist Alois Hofer maßgeblich am Aufbau des VFB beteiligt. Den Vorsitz des Bezirksverbandes München hat er von 1956 bis 1980 inne. Auch nach seiner Pensionierung arbeitet er noch aktiv im Landesvorstand mit. Nach schwerer Krankheit verstirbt Alois Hofer 1990.

1968

Bundesgesetz bringt Verbesserungen in den Eingangsstufen

Protestkundgebungen von VFB und dem Bund der Steuerzahler, mit einer Flugblattaktion vor den Finanzämtern, unterstreichen die Forderung nach Behebung der Steuermisere. Eine große Protestkundgebung findet am 6.4. abends im Löwenbräukeller in München vor 3500 Finanzbeamten statt. Presse und Rundfunk berichten über die sehr turbulente Veranstaltung, auf der Bundesvorsitzender Fredersdorf tosenden Beifall erhält für eine engagierte Rede, in der er kein Blatt vor den Mund nimmt. Insbesondere die Mehrarbeit durch die Einführung der Mehrwertsteuer bringt das Faß zum Überlaufen. Seit Jahren weisen VFB und der Bund der Steuerbeamten auf die schlechte Personallage hin, machen Verbesserungsvorschläge und trotzdem verschlechtert sich die Arbeitssituation ständig. Die Gesetzgebung werde immer unüberschaubarer und deshalb fordern die Steuerbeamten, endlich Ernst mit der Steuer- und Verwaltungsvereinfachung zu machen.

Jaumann - Rede mit Pfiffen bedacht

Staatssekretär A. Jaumann geht ausführlich auf die Rede von Fredersdorf ein. Er spricht die sehr negative Stimmung in der Bevölkerung dem Beamten gegenüber an und äußert sein Unverständnis, daß Beamtenverbände gegeneinander argumentieren. Er unterstreicht aber die Forderungen des VFB nach Vereinfachung des Steuerrechts. Anhaltende Unmutsäußerungen zu Jaumann's Rede veranlassen ihn, seine Ausführungen vorzeitig zu beenden.

Staatssekretär Jaumann ist einer der wenigen Politiker in Bund und Ländern, die sich der nicht einfachen Diskussion solcher Kundgebungen gestellt haben. Er veranlaßt eine Initiative in der Länderfinanzministerkonferenz zur Steuervereinfachung und zu den beamten- und besoldungspolitischen Forderungen der Steuerbeamten.

Und was war sonst noch 1968?

Zum Jahresende erreicht den VFB die erfreuliche Nachricht, daß das Weihnachtsgeld von bisher 33 1/3% des Dezembergehalts auf 40% angehoben wird. Gleichzeitig lehnt es die Bayer. Staatsregierung ab,



Einfachere Gesetze und eine gerechte Besoldung fordern die Finanzbeamten 1968 bei einer Protestveranstaltung in der Bonner Beethovenhalle

das Weihnachtsgeld analog der Bundesregelung nur den Besoldungsgruppen A1-5 bei den aktiven und A1-A7 bei den Ruhestandsbeamten zu zahlen.

VFB und Beamtenbund setzen sich vehement gegen die Änderung des Art. 75 GG ein, die den Föderalismus der Länder auf dem Gebiet des Beamtenrechts und der Besoldung durch die Möglichkeit des Erlasses von Rahmenrichtlinien einschränken soll.

Dem Beamtenbund geht noch 1968 eine Änderungs-VO zur Arbeitszeit zu. Danach soll die am 1.1.69 wirksam werdende einstündige Arbeitszeitverkürzung zu einer $\frac{3}{4}$ Stunde am Freitag und zu einer $\frac{1}{4}$ -Stunde Verkürzung am Montag führen.

Ehrenvorsitzender und Senator Angelo Kramel feiert am 28.1.68 seinen 65. Geburtstag.

1969

"Die gleichmäßige Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen ist nicht mehr gewährleistet; erhebliche Steuerausfälle sind die weitere Folge", so lautet das Fazit des Bayerischen Obersten Rechnungshofs für das Rechnungsjahr 1966. Mit der Feststellung, die Personallage habe sich weiter verschlechtert, bringt der BORH seine Kritik auf den Punkt. Nach dem Stand 1.6.67 liege ein Fehlbestand gegenüber den Planstellen von 12% vor, besonders hoch ist der Fehlbestand bei den Betriebsprüfungsstellen mit rund 27%. Der Rechnungshof bescheinigt den Finanzbeamten, trotz der aufgezeigten Mängel, eine ordnungsmäßige und erfolgreiche Arbeit unter den gegebenen Umständen.

BORH sieht Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht mehr gewährleistet

Personalratswahlen 1969

Am 8.5.69 finden wieder Personalratswahlen statt. Der VFB stellt nicht nur auf örtlicher Ebene eigene Listen auf. Die Personalratswahlen werden wieder zum Erfolg. Im HPR erringt der VFB 4 von 5 Beamtensitzen und stellt mit dem VFB Vorsitzenden W. Zimmermann auch den HPR-Vorsitzenden. Im BPR München erringt der VFB 4 von 5 Beamtensitzen und stellt mit Alois Hofer ebenfalls wieder den Vorsitzenden. Im BPR Nürnberg stellt der VFB mit 4 von 5 Beamtensitzen ebenfalls die Mehrheit, Dr. Ulmer wird zum stellv. Vorsitzenden gewählt.

Reformen der Finanzverwaltung werden angepackt

Auf der Amtseinführung des neuen Finanzpräsidenten Dr. Homung macht Staatssekretär A. Jaumann interessante Ausführungen zu vorgesehenen Reformen. Neben der FGO wird das Steuerstrafverfahren neu geordnet, die Einheitsbewertung auf zeitgemäße Grundlagen gestellt, die Kassen- und AO-Reform in Angriff genommen. Eine eingesetzte Kommission soll das Steuerrecht durchforsten und Vereinfachungsmöglichkeiten erarbeiten. Durch Konzentration von Spezialgebieten und den Einsatz

von EDV soll eine Entlastung der Finanzbeamten erreicht werden.

Und was war sonst noch 1969?

Auch 1969 werden die Gespräche mit Staatssekretär A. Jaumann zu den verschiedensten beamtenpolitischen Themen fortgesetzt. Zum 2. Besoldungsneuregelungsgesetz schreibt der VFB an die bayerischen Bundestagsabgeordneten und stellt seine Forderungen klar, insbesondere wird auch eine Übergangsregelung gefordert, sowie familiengerechte u. sozialwirksame Maßnahmen.

Im gesamten Bundesgebiet sind 1968 738 voll ausgebildete und geprüfte Steuerbeamte in die freie Wirtschaft abgewandert und stellen damit einen neuen traurigen Rekord auf. Zu dieser Zeit wird auch verstärkt nach dem Abitur als Voraussetzung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes gerufen. VFB und Beamtenverbände sehen darin durchaus auch eine Chance für entsprechende besoldungsrechtliche Ansätze.

Senator und VFB-Ehrenvorsitzender A. Kramel erhält das große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. VFB und Beamtenverbände wehren sich gegen geplante Eingriffe ins Beihilferecht.

Der Bundestag beschließt mit Zustimmung des Bundesrats das 2. Besoldungsneuregelungsgesetz, das mit Ortszuschlag und Grundgehaltstabelle ab 1.4.69 in Kraft tritt. Dies verpflichtet auch die Länder, innerhalb eines Jahres, ihr Besoldungsrecht anzupassen. Der VFB fordert in Bayern Stellenzulagen auch für die Außendienste und die volle Ausschöpfung der Stellenpläne.

Mit der Zahlung einer Überbrückungszulage von 300,— DM sowie der Aufstockung der Weihnachtsgeldzuwendung auf 50% des Gehalts, + 25,— DM Kinderzuschlag erfüllte sich ein weiterer Teil der Forderungen des VFB.

Der Beschluß der Staatsregierung, die Volksschullehrer in das Eingangsamt A12 einzustufen, trübt diese Freude und löst eine große Zahl von Protestschreiben von Mitgliedern, Ortsverbänden und Vereinsleitung aus. Die Finanzministerkonferenz bejaht zum Jahresende die Notwendigkeit besoldungsrechtlicher Verbesserungen. Insbesondere muß wegen der Schwierigkeiten bei der Gewinnung geeigneten Nachwuchses der Anfangsbesoldung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

1970

20 Jahre VFB

Der VFB feiert sein 20jähriges Bestehen mit einem Festakt in München. Im Rahmen dieser Feierstunde kann er eine Reihe von Ehrengästen begrüßen, die die Bedeutung des Vereins unterstreichen. Angefangen von Landtagspräsident Dr. Rudolf Hanauer, Staatssekretär Anton Jaumann, dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Franz Lippert, sowie Landtags- und Bundestagsabgeordneten, Senator Kramel, Stadträten aus München, bis hin zu Beamten des Ministeriums, der OFD, des BORH, Presse und

Rundfunk und nicht zuletzt befreundete Beamtenverbände aus Bayern und dem Bund, an der Spitze der Bundesvorsitzende der Steuerbeamten Hermann Fredersdorf. VFB-Vorsitzender W. Zimmermann gibt einen Überblick über die Gründung des Vereins und stellt fest, daß die Arbeit und die Sorgen des VFB nicht geringer geworden sind. Er betont, daß der Verein auch weiterhin hart, sachlich und objektiv um die Belange der Finanzbeamten ringen wird.

In seinen Grüßen bezeichnet Dr. Rudolf Hanauer den VFB als fundiertes Sprachrohr für die Finanzbeamten, die der verlängerte Arm des Staates sind. Er versichert, daß der Landtag aufmerksam die Ziele und Wünsche des VFB verfolge.

Staatssekretär Jaumann überbringt die Grüße des Finanzministers Dr. Pöhner, der auf der Länderfinanzministerkonferenz weilte. Er geht in seiner Ansprache auf aktuelle Probleme ein, insbesondere stellt er, als anzustrebendes Ziel für die Finanzbeamten, die Einbeziehung in die Fachhochschulgesetzgebung in naher Zukunft in den Raum.

Den Festvortrag hält MdL Erich Kiesel unter dem Motto "Die Gesellschaft der 70er Jahre und ihre Verwaltung, ihre Beamten".

In sehr ausführlicher Weise zeigt er Probleme auf und versucht Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Neben einzelnen Organisationsänderungen fordert er auch eine Modernisierung der Verwaltung, um eine leistungsfähige Verwaltung zu erhalten, die keinen Leistungsvergleich mit der freien Wirtschaft zu scheuen braucht.

Mit der Volksmusikgruppe Wastl Fandlerl und anderen klingt der Abend harmonisch und gemütlich aus.

Das Jubiläum wird mit einer Sonderbeilage zum Mitteilungsblatt Januar 1970 allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht.



Wolfgang Zimmermann während der Begrüßungsansprache.

Beamtengehälter dem Wirtschaftswachstum anpassen

Bayern beschließt im Ministerrat, im Bundesrat darauf zu dringen, die



Mit etwas Verzögerung blickt der VFB 1970 (1969 ist das eigentliche Jubiläumsjahr) auf sein 20jähriges Bestehen zurück

Beamtenbesoldung ab 1970 zu verbessern. Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller steht diesem Anliegen positiv gegenüber, dies macht er in einer Unterredung mit dem DBB deutlich. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verlangt ab 1.1.70 eine Verbesserung von 12%. Die Bundesregierung bringt einen Gesetzentwurf ein, der eine Besoldungserhöhung von linear 8% ab 1.1.70 und daneben strukturelle Verbesserungen im Bereich des Ortszuschlags vorsieht. Bayern trägt dem Gesetzentwurf durch die Vorlage des 7. Besoldungserhöhungsgesetzes Rechnung, das den Inhalt der Bundesregelung übernimmt. Dadurch ergeben sich vor allem für die unteren Einkommensgruppen Erhöhungen bis zu 13%. Die Versorgungsempfänger sollen mittels einer Stellenanpassungszulage an die Verbesserung aus den Stellenplänen beteiligt werden.

Durchbruch beim Besoldungsgesetz

Die Umsetzung des 2. Besoldungs-Neuregelungsgesetzes in Bayern bringt der Finanzverwaltung endlich einen Teilerfolg im Ringen um Verbesserungen für die Finanzbeamten. Das Gesetz enthält eine Zulage für Steuerbeamte (auch in der Verzahnungsämtern A9 und A13), die auch in Bayern eingeführt werden soll, wie dies bereits in Hessen und NRW geschehen ist. Diese Stellenzulagen werden im Nachtragshaushalt allerdings nur zu 50% als herausgehobene Dienstposten eingestellt. In Anbetracht der Bedeutung der Grundsatzentscheidung ist dies aber für den VFB zu verschmerzen. Das Gesetz bringt auch eine Verbesserung der Unterhaltszuschüsse und –beihilfen und den Beschäftigungsaufträgen.

Reformbestrebungen beschäftigen auch den Delegiertentag

Im Juli 1970 findet der Delegiertentag des VFB in München statt. Vorsitzender Zimmermann stellt in seiner Rede fest, daß im berufspolitischen Bereich, trotz einiger Verbesserungen noch viele Wünsche bleiben und im steuerlichen Bereich noch keine Anstrengungen zu einer großen und umfassenden Steuerreform zu sehen sind. Die Verwaltung testet im FA Fürth ein neues Modell der elektronischen Datenverarbeitung und unternimmt damit den Versuch einer Modernisierung. Staatssekretär Jaumann nimmt in seiner Rede zu verschiedenen beamten- und besoldungsrechtlichen Fragen ausführlich Stellung und betont, daß die Siebziger Jahre von Reformen geprägt sein werden. Der VFB-Vorsitzende stellt die Gesprächsbereitschaft des Staatssekretärs besonders heraus. Die bisherigen Vorsitzenden (Land, Bezirke) werden wiedergewählt. Die Jugend ist durch L.J.L. D. Kattenbeck wieder vertreten.

Und was war sonst noch 1970?

Der Vorsitzende des VFB W. Zimmermann feiert am 2.1.70 seinen 60. Geburtstag, der Bezirksvorsitzende München Alois Hofer seinen 50. Geburtstag am 6.2.70. MdL Erich Kiesel feiert am 26.2.70 seinen 40. Geburtstag. Er ist Mitglied des Rechts-, Verfassungs- und Kommunalausschusses und im Ministerium beschäftigt. Er ist Mitglied des VFB und hat mit einer Reihe von Anträgen die Anliegen des VFB unterstützt.

Die Bayerische Staatsregierung beschließt, die Schulen für die gehobene nichttechnische Laufbahn als verwaltungsinterne Ausbildungseinrichtungen weiterzuführen und so auszubauen, daß ein den Fachhochschulen gleichwertiger Abschluß erreicht wird.

Äußerungen des ÖTV-Chefs Kluncker, die Väter des Grundgesetzes hätten das Berufsbeamtentum im Zustand der Geistesabwesenheit konzipiert, lösen bei VFB und Beamtenverbänden heftige Reaktionen aus. Beide verweisen auf die stabilisierende Wirkung des Berufsbeamtentums, das ausschließlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist und weisen die beleidigenden Äußerungen entschieden zurück. Es ist nicht der erste Versuch von ÖTV und DGB politische Stimmung gegen das Berufsbeamtentum zu erzeugen.

Der DBB fordert die bundeseinheitliche Verbesserung im höheren Dienst durch die Anhebung der Eingangsbesoldung in einem Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt. Die gleiche Anhebung wird für alle anderen Laufbahnen gefordert.

Gleitende Arbeitszeit erstmals eingeführt

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales führt als erstes Ministerium im Bundesgebiet offiziell die gleitende Arbeitszeit, bei einer Mittagspause von 30 Min. ein. Der tägliche Anfang und das Ende der Arbeitszeit kann zwischen 7.00 und 8.00 Uhr und 16.15 und 17.15 Uhr gewählt werden.

Aufgrund der bevorstehenden Olympischen Spiele in München wird die Dienstbefreiung für Teilnehmer an der Organisation u. Sportler in den Jahren 1970/71 auf jeweils 15 Tage und 1972 auf 30 Tage erhöht.

Finanzminister Dr. Pöhner legt in einem Schreiben dar, daß von 1962 bis 1970 40.000 neue Stellen in der Staatsverwaltung geschaffen worden sind. Von neuen Stellen entfallen 1971 69,2% und 1972 76,2% auf den Bildungsbereich.

Staatssekretär Jaumann teilt dem VFB mit, daß zur Fortbildung und zu Erholungszwecken das staatseigene Anwesen "Haus Waldrast" in Berchtesgaden Verwendung finden soll.

Der VFB erhebt Einwendungen gegen die Änderung der Arbeitszeitverordnung, die ab 1.1.71 die Einführung der 42-Stundenwoche bringen soll, da sie die Arbeitszeitverkürzung nicht am Freitag vorsieht, wie dies die meisten Beschäftigten wünschen.

Die altersbedingten Voraussetzungen für eine Beförderung oder Ernennung fallen in allen Laufbahnen weg.

Die neue Urlaubsverordnung bringt zum 1.1.71 die Umstellung von Werk auf Arbeitstage und trägt den längst überfälligen Forderungen des VFB Rechnung.



Vom Dienstantritt an Mitglied des VFB, ist Dr. Eckkart Ulmer von 1967 bis 1973 Vorsitzender des Bezirksverbandes Nürnberg. Der Jurist ist des weiteren von 1958 bis 1961 in der Bundesleitung des BDSt als stv. Vorsitzender aktiv. 1972 wird er erneut zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Dr. Ulmer stirbt 1988 im Alter von 65 Jahren nach langer schwerer Krankheit.

Das Weihnachtsgeld wird zum 1.12.71 auf 66 2/3 und 30,— DM Kinderzuschlag angehoben.

Die Sportfeste München und Nürnberg bringen wieder Rekordbeteiligungen, ebenso wie das Bayernturnier. Dies berichten auch die Veranstalter der Winterspiele des Finanzsportvereins Traunstein, die diese Veranstaltung zum 8. Mal austragen.

1971

Neues Beurteilungssystem wird eingeführt

Die dritte Änderung der Laufbahnverordnung bringt eine Neugestaltung des Beurteilungswesens, das nach den neuesten Erkenntnissen der Arbeitswissenschaft gestaltet worden ist.

Das neue System soll einen am Leistungsgedanken ausgerichteten Beurteilungsinhalt, ein einfacheres Verfahren und eine Abkehr vom bisherigen Schulsystem bringen. Ferner soll das Beurteilungsgespräch obligatorisch werden. Der VFB wehrt sich entschieden gegen die geplante Beurteilung in Vierjahreszeiträumen, da dies zu Lasten der beurteilten Beamten geht. Zweifellos birgt die Einmannbeurteilung auch die Gefahr eines subjektiven Urteils. Das System enthält statt 6 nunmehr 7 Beurteilungs-Stufen.

Besoldungserhöhungen 1971 beschlossen

Ab 1.1.71 erhalten die Bayer. Beamten auf die vorgesehene Besoldungserhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge eine Abschlagzahlung von 7% und eine Ortszuschlagsanhebung von 27,— DM. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag wiederholt ihre Entscheidung, einer Änderung des Grundgesetzes erst zuzustimmen, wenn ein überzeugendes Besoldungskonzept erarbeitet ist. Sie erklärt ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Seit 1962 richtet der Finanzsportverein Traunstein die Winterspiele der Finanzverwaltung aus. Unser Bild zeigt die Vorbereitungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Rodelwettbewerbe.



Arbeitsentlastung läßt auf sich warten

Das Bayer. Finanzministerium stellt einen Anstieg der Zahl der Steuerpflichtigen von 37% im Jahr 1968 gegenüber dem Jahr 1963 fest. Der starke Arbeitsanfall soll durch den verstärkten Einsatz von EDV aufgefangen werden. Die vorgesehene Steuerreform wird eine dauernde Arbeitsbelastung auf vielen Gebieten bringen, dazu sind noch Umstellungsschwierigkeiten zu erwarten.

Bundesweite Aktion "Nach Recht und Gesetz"

Unter der Überschrift "Bummeln für die Steuerreform" wird im Mitteilungsblatt Februar 1971 vom Dienst nach Vorschrift berichtet. Dabei handelt es sich um einen Aufruf des Bundes der Steuerbeamten, im neuen Jahr nach "Recht und Gesetz", also gründlich und langsam zu arbeiten. Damit soll auf die Mängel in der Besoldung hingewiesen werden und auf die Ungerechtigkeit des Steuersystems. Der Münchner Merkur vom 12. 1. 71 schreibt, daß es erstens einfach stimme, daß die Karriere der Finanzbeamten nicht verlockend ist und der materielle Anreiz für diesen Spezialistenberuf sei zu dürftig, daher auch die hohe Quote der Abwanderer in die Industrie. Zweitens läßt sich die Behauptung der Finanzbeamten, wir lebten in einem Unrechtsstaat, nicht widerlegen. Deshalb fordert der Verfasser, den Dschungel des Steuersystems zu lichten und den Beruf des Finanzbeamten attraktiver zu gestalten. Die Aktion, die im südlichen Deutschland etwas verhalten unterstützt wird, bringt ein überaus positives Echo in der Presse. Trotz der positiven Pressereaktionen gibt es eine Reihe von Amtsvorstehern und Finanzbeamten, die dieser Aktion negativ gegenüber stehen. Das Bayer. Finanzministerium erläßt, neben Rheinland-Pfalz, ein FMS, das sich massiv gegen die Aktion ausspricht. Eine Besprechung der Aktion "Akt der Notwehr" mit insgesamt 31 Vorstehern (14 aus der OFD München, 17 aus der OFD-Nürnberg), unter Anwesenheit von Landtagsabgeordneten und Staatssekretär Erich Kiesel erbringt eine einhellige Zustimmung zur Aktion. Die Vorsteher unterstreichen die teilweise unzumutbaren Arbeitsverhältnisse, die seit Jahren bestehende Terminnot und die fehlende Steuerreform. In einem offenen Brief wehrt sich der stellv. Vorsitzende H. Poeschl gegen die Aussage des Weidener Finanzamtsvorstehers, die Aktion sei nur ein "Quatsch und Angelegenheit wild gewordener Funktionäre". Eine Vielzahl von Finanzämtern stellt sich in solidarischer Geschlossenheit hinter die Aktion, was letztlich auf die verantwortlichen Politiker wirkt und Eindruck hinterläßt. Auch die Bundeskammern und -verbände der Steuerberater erklären ihr volles Verständnis für diese Aktion.

Und was war sonst noch 1971?

Der 3. Landesjugendtag der VFB-Jugend in Weiden/Opf. spricht sich für die Möglichkeit der Nebentätigkeit der Steuerbeamten in steuerberatenden Berufen aus, solange keine angemessene Besoldung der Steuerbeamten erreicht worden ist. D. Kattenbeck wird wieder zum Landesjugendleiter gewählt, Bezirksjugendleiter München wird Josef Bugiel und in

Nürnberg Wolfgang Kunte.

Gleitende Arbeitszeit bayernweit eingeführt

Die gleitende Arbeitszeit wird innerhalb bestimmter Grenzen in allen staatlichen Behörden eingeführt. Die tägliche Arbeitszeit kann in Grenzen frei gestaltet werden und ist durch die Höhe der Wochenarbeitszeit begrenzt. Dazu können die Behörden aus 2 Modellen wählen.

Kampf für den Föderalismus verloren

Der VFB setzt sich mit den Vorschlägen der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Besoldungsvereinheitlichungsgesetz (BesVNG) auseinander und wendet sich entschieden gegen eine Ausdehnung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Am 3.3.71 beschließt der Bundestag das 1. BesVNG und der Bundesrat stimmt am 12.3.71 ebenfalls zu. Damit verbunden ist auch die Grundgesetzänderung. Die Besoldungskompetenz liegt nunmehr beim Bund. Die nach dem neuen Art. 74a GG ergehenden Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Durch das Gesetz werden die Gehälter um 7% und die Ortszuschläge um 27,— DM erhöht, ebenso nehmen die Versorgungsempfänger daran teil. Gleichzeitig werden die Obergrenzen für die Beförderungsstellen verbessert. Der VFB ist vor allem enttäuscht, daß die Länderfinanzministerkonferenz die große Reform gekippt hat, die eine Sonderlaufbahn für Steuerbeamte vorgesehen hat.

Senator und VFB-Ehrenvorsitzender A. Kramel wird in einer Feierstunde von Ministerpräsident A. Goppel, unter Würdigung seiner Verdienste um die bayerische Beamtenschaft, als Senator und Vorsitzender des Bayer. Beamtenbundes verabschiedet.

In einer Veranstaltung in Lichtenfels beim dortigen Ortsverband mahnt der VFB die Steuervereinfachung und Gleichmäßigkeit der Besteuerung an und drängt erneut auf verbesserte Arbeitsbedingungen. Dies bestätigten auch die anwesenden Vorsteher. Die gesamte Problematik der Steuerverwaltung bekommt auch Staatssekretär Dr. Hillermeier bei seinem Besuch im FA Coburg zu spüren.

Der VFB-Vorsitzende W. Zimmermann wird als Nachfolger von A. Kramel in den Bayerischen Senat gewählt. Erstmals spielen im Bezirkssportfest München zwei Damenmannschaften außer Konkurrenz gegeneinander, was unter den Sportfestbesuchern eine besondere Freude erzeugt.

1972

Alte Zöpfe abgeschnitten

Die Januarausgabe des Mitteilungsblattes erscheint erstmals in farbigem Layout (orange). Schriftart, -größe und Darstellung sind wesentlich geändert, der Umfang ist auf 16 Seiten angewachsen. Auf der Seite "aktuell" nehmen jeden Monat Vorstandsmitglieder oder Verwaltungsbeamte zu aktuellen berufspolitischen Themen Stellung.

Der stellv. Vorsitzende Hanns Poeschl mahnt im ersten "aktuell" das Projekt Haus Waldrast an, das noch unter Staatssekretär Jaumann angekurbelt worden ist. Nachforschungen des VFB ergeben, daß aufgrund von Einwendungen eines Landschaftsschützer bisher keine Fortbildungsstätte entstanden ist.

Kampf um Stellenverbesserungen geht weiter

Das erste BesVNG des Bundes soll in Bayern erst mit Wirkung vom 1.1.72 umgesetzt werden. Der VFB fordert, insbesondere den verbesserten Stellenschlüssel bereits zum 1.1.71 umzusetzen und dasselbe mit der Weitergabe von Zulagen an Versorgungsempfänger und die Beamten zur Anstellung zu tun. Die Umsetzung in Bayern bringt unter anderem die Einbeziehung von Zulagen in die ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge. Die Bundesregierung bringt einen Gesetzentwurf ein, der die Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge zum 1.1.72 um 4% vorsieht. Ausgenommen sind davon die Zulagen, da die Harmonisierung dieser in Bund und Ländern noch nicht abgeschlossen ist.

Gebietsreform bringt auch Änderungen für die Finanzverwaltung

Die Gebietsreform ist in Bayern abgeschlossen. Sie hat auch Auswirkungen auf die Finanzverwaltung, da im Zuge der Neuschneidung von Landkreisen auch die Zusammenlegung und Auflösung von Finanzämtern geprüft wird. Die neuen Finanzämter sollen zentral liegen, wobei insbesondere der wirtschaftliche Schwerpunkt und Verkehrsverbindungen eine Rolle spielen. Dabei soll sich die Umsetzung über mehrere Jahre erstrecken. VFB und Bayerischer Beamtenbund stellen dazu einen 14 Punkte umfassenden Forderungskatalog auf und fordern die Einbindung von Personalräten und VFB in die Überlegungen und deren Umsetzung.

Neuer Finanzminister - neuer Hoffnungsschimmer

Überraschenderweise tritt Finanzminister Dr. Schedl aus gesundheitlichen Gründen zurück. Neuer Finanzminister wird Dr. Ludwig Huber, der bereits von 1964-1970 Staatsminister für Unterricht und Kultus war. Im "aktuell" 5/72 stellt er seine Schwerpunkte zur Haushalts- und Finanzpolitik dar.

Fragen und Probleme mit der Personalbedarfsberechnung (PerBB) erörtert eine Kommission des Bezirksverbandes Nürnberg mit der Verwaltung. Dabei fordert der VFB vor allem die vollständige Überarbeitung des Katalogs, um auch die bisher nicht enthaltenen Arbeitsfälle zu erfassen. Das Nachtragshaushaltsgesetz 1972 wird im Juli '72 verabschiedet und bringt die Stellenplanüberleitung in Anlehnung an die Bundesregelungen. Gegenüber dem bisherigen Stellenplan erhöht sich die Zahl der Beförderungen um insgesamt 11.000, davon allerdings etwa 10% für die Finanzverwaltung. Neue Beförderungsrichtlinien begleiten dieses Gesetz.

Und was war sonst noch 1972?

Der Bezirksverband München veranstaltet im Mai '72 einen internationalen Sportvergleichskampf zwischen der Finanzverwaltung Oberösterreich und der OFD-München, der die länderübergreifende Verständigung fördern soll. Bei beiden Bezirkssportfesten regnet es, weshalb die Fußballwettspiele des Bezirksverbandes München den unbespielbaren Plätzen zum Opfer fallen. Nach dem Bericht zum Sportfest München ist das schlechte Wetter in den vergangenen Jahren obligatorisch geworden.

Eine besondere Überraschung gibt es für den besten Spieler des Turniers vom Landtagsabgeordneten Weiß, der dem Gewinner eine Eintrittskarte zum Fußballenspiel bei den Olympischen Spielen überreicht. Der Bezirksverband Nürnberg hat ein Mammutprogramm zu bewältigen, mit 24 teilnehmenden Fußballmannschaften, 23 Faustballmannschaften, 14 Luftgewehrmannschaften, 8 Mannschaften Kegeln-Damen, sage und schreibe 36 Mannschaften Kegeln-Herren und zahlreichen Leichtathletikwettkämpfern. Der Finanzsportverein Traunstein führt die 10. Winterspiele durch mit nahezu 400 aktiven Teilnehmern.

Das Bayern-Turnier findet 1972 erstmals in seiner Geschichte auf einem Bundeswehrgelände in Roth bei Nürnberg statt.

Fürther - Modell soll Organisationsprobleme lösen

Ausführlich befaßt sich der VFB mit dem Fürther Modell, als zukünftige Organisationsform der Finanzämter. Dieses Modell bringt die Organisationsabläufe und Einteilungen wie sie auch heutzutage noch vielen geläufig sind, z.B. die Amtsprüfstelle und löst den sog. Teilbezirk ab. Neben der Neugliederung der Veranlagung wird auch die BNV eingeführt, die Sachverhalte vor Ort feststellen und klären soll. Insbesondere die personellen Auswirkungen beschäftigen den VFB.

Mit der Verabschiedung des Besoldungsgesetzes am 20.9.72 bleibt die Besoldungserhöhung (4%) erstmals hinter den allgemeinen Einkommensverbesserungen und der Preissteigerung zurück.

Auf Grund der intensiven Bemühungen von VFB und BBB ist es gelungen, die Stellenzuschläge für die Außendienstbeamten ab 1.1.72 um 20,— DM im mittleren Dienst und 45,— DM im gehobenen Dienst zu erhöhen. Damit ist eine Besserstellung gegenüber der Bundesregelung erreicht worden.

Silberstreifen am Horizont für Steuerreform

Der Finanzausschuß des Bundesrates hält das Inkrafttreten der Steuerreform als Ganzes zum 1.1.74 nicht mehr für möglich. Der Ausschuß empfiehlt das Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz abzukoppeln und getrennt zu verabschieden, um die übrigen Reformgesetze zum 1.1.74 in Kraft treten zu lassen.

Entsprechend dem Bundesgesetz wird auch in Bayern die Amtszeit der

Personalräte bis zum 31.12.73 verlängert, da die Ausweitung der Mitbestimmungstatbestände, die Dauer der Amtszeit und die Einbeziehung neuer Aufgaben für die Personalräte neu geregelt werden soll. VFB und Beamtenverbände fordern in diesem Zusammenhang auch die Änderung der Wahlordnung.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder sind gegenüber dem Februar 1971 um 14,6% gestiegen. Die Personalausgaben des Haushalts betragen 41%, von den Stellenmehrungen im Staatsdienst (50.000 von 1960-1976) entfallen 90% auf den Lehrer- und Polizeibereich und nur 10% auf die übrigen Verwaltungszweige.

Die Jahre 1973 bis 1999

von Thomas Wagner

1973
**“Mehr Besoldungs-
gerechtigkeit durch vol-
les 13. Monatsgehalt”**

Als die Tarifpartner im Januar des Jahres 1973 für die Angestellten im öffentlichen Dienst Gehaltserhöhungen von linear 6% und einen einheitlichen Sockelbetrag von DM 40,- vereinbaren, ist dem VFB klar, daß diese Verbesserungen, die von verschiedenen Seiten vorhergesagten Preisexplosionen, nicht würden decken können.

Da die linearen Besoldungsverbesserungen bei den Finanzbeamten wegen der Nichteinbeziehung der Zulagen im Durchschnitt nur 5,2 % ausmachen, steht für den VFB des weiteren fest, daß die Beamtenbesoldung 1973, hinter den für dieses Jahr auf über 10 % geschätzten Einkommensverbesserungen außerhalb des öffentlichen Dienstes, noch weiter zurückbleiben würde.

Die Entwicklung führt zu einer großen Unzufriedenheit unter den Beamtinnen und Beamten, die wie andere Bevölkerungsgruppen von den jüngsten Stabilitätsmaßnahmen betroffen und daneben nochmals durch eine ungenügende Einkommensverbesserung zu einem besonderen Opfer gezwungen werden.

“Ein Großteil der Beamten hat angesichts der Preissteigerungsraten von rund 8 % heute weniger im Geldbeutel als noch vor einem Jahr!”, so Herbert Niewiera im Juli 1973. Um einen Ausgleich für die unzureichenden Besoldungsverbesserungen der Jahre 1972 und 1973 zu erreichen und somit ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere zwischen den Anfang des Jahres 1973 vereinbarten Gehaltserhöhungen und den Preissteigerungen zu verhindern, gilt das ganze Engagement des VFB, BBB und DBB der Aufstockung, der bisher in einer Höhe von 2 Dritteln eines Monatsgehalts gezahlten Weihnachtssonderzahlung, auf ein volles 13. Monatsgehalt.

Am 12. Juli 1973 verhandelt die VFB-Spitze mit den führenden Vertretern des Bayerischen Finanzministeriums und erhält in “sprachlich vorsichtigen Formulierungen” die eindeutige Zusage, daß sich die Bayer. Staatsregierung für ein volles 13. Monatsgehalt einsetzen wird.

Und tatsächlich: Im Oktober steht fest, daß die seit Ende 1972 geforderte Aufstockung der Weihnachtssonderzahlung um ein Drittel zu einem vollen 13. Monatsgehalt Wirklichkeit wird. Die Auszahlung des 13. Monatsgehalt erfolgt zu 25 % Ende Oktober mit den Novemberbezügen und zu 75 % mit den Dezemberbezügen. Für den VFB ist das volle 13. Monatsgehalt angesichts der von Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs am 25.9.73 prognostizierten Einkommensentwicklung von 13,5% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Beitrag zur größeren Besoldungsgerechtigkeit.

Generationswechsel beim Delegiertentag

Ein Generationswechsel an der Spitze des VFB wird beim Delegiertentag in Nürnberg vollzogen. Dieter Kattenbeck vom Finanzamt Regensburg wird Nachfolger von Wolfgang Zimmermann, der den VFB seit 1975 anführt. Zu Stellvertretern Kattenbecks wählen die Delegierten Wolfgang

Kunte und Hanns Poeschl. Ergänzt wird das Trio durch die Bezirksvorsitzenden München und Nürnberg Alois Hofer und Herbert Niewiera.

Und was war sonst noch 1973?

Im Zuge der Gebietsreform werden verschiedene Finanzämter bzw. Außenstellen aufgelöst und die Finanzamtszuständigkeiten neu geregelt.

Zu viel geredet und zu wenig gehandelt wird dem VFB 1974 angesichts der Arbeits- und Personallage in den Finanzämtern. Die Personalbedarfsberechnung im Jahre 1972 ergab einen Fehlbestand von rd. 23%. Die Situation zur Personallage wird von VFB und Finanzministerium im Grundsatz gleich beurteilt. Die Verhandlungen des VFB führen zu einem Stufenplan, der den Fehlbestand abbauen soll. 1974 werden daraufhin 500 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Die volle Verwirklichung des Stufenplanes scheidet jedoch nach Auffassung des VFB an den Auswirkungen der Sparmaßnahmen.

Im April 1974 titelt die VFB-Zeitung "Unsere Geduld ist fast am Ende" und Dieter Kattenbeck schreibt in einem offenen Brief an den Staatsminister der Finanzen, Dr Huber:

"... der VFB hatte in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, die Arbeits- und Personallage in der Finanzverwaltung mit Ihnen und leitenden Herren

1974

**Personalfehlbestand
20% - "Unsere Geduld ist
fast am Ende!"**

„Ich bin nach wie vor Mitglied und daran wird sich auch nichts ändern.“

Am 5.7.1949 ist im Vereinsregister die Eintragung des Vereins der Finanzbeamten in Bayern verzeichnet. Nach einer Namensänderung wurde daraus die Bayerische Finanzgewerkschaft, die somit heuer ihr 50-jähriges Bestehen feiern kann. Zu diesem Jubiläum gratuliere ich recht herzlich.

Seit über 40 Jahren bin ich selber Mitglied der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Meine Mitarbeit hat sich vom Ortsvorsitzenden bis hin zum Vertreter der bfg im Bezirkspersonalrat erstreckt. Auf diese Weise habe ich nicht nur das Innenleben kennengelernt, sondern war auch daran beteiligt. Dies hat dazu geführt, daß ich nach wie vor Mitglied geblieben bin und daran wird sich auch nichts ändern.

Freie und unabhängige Gewerkschaften sind Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Die Bayerische Finanzgewerkschaft nimmt in wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Bereichen viele Interessen ihrer Mitglieder wahr und dient auf diese Weise den Erfordernissen des Gemeinwohls. Nur mit Solidarität können die gesetzten Ziele verwirklicht werden, wobei die Erfolge in der Vergangenheit auch eine Verpflichtung für die Zukunft bedeuten. In diesem Sinne wünsche ich der Bayerischen Finanzgewerkschaft eine gute Bewältigung der anstehenden Aufgaben und einen erfolgreichen Weg in die Zukunft.

**Hans Schröpf
Oberbürgermeister der Stadt Weiden i.d.Opf.**

Ihres Hauses zu erörtern. Dabei konnte Übereinstimmung erzielt werden, daß der Personalfehlbestand, der auch durch die Personalbedarfsberechnung bestätigt wurde, abgebaut werden muß. Bei diesen Gesprächen wurde von einem Abbau durch einen Stufenplan über mehrere Jahre ausgegangen, weil auch wir der Ansicht waren, daß nicht genügend Bewerber für einen schnelleren Abbau zur Verfügung stehen würden. Die Situation hat sich nunmehr dahingehend geändert, daß sich für 1974 überraschend viele Bewerber sowohl für den mittleren als auch für den gehobenen Dienst in der Finanzverwaltung gemeldet haben. ... Der VFB erwartet, daß die Verwaltung diese - vielleicht einmalige - Gelegenheit zu einer schnellen Minderung der Personalnot klar erkennt und durch Einstellung aller Bewerber ausschöpft. ..."

Und was war sonst noch 1974?

Es gelingt, die 40-Stunden-Woche (vorher 42 Stunden) durchzusetzen.

Das Personalvertretungsgesetz wird novelliert. Der VFB erreicht Verbesserungen bei den Beteiligungsrechten, bei der Rechtsstellung der Personalratsmitglieder und eine Freistellungsregelung für kleine Dienststellen.

Bei den Personalratswahlen in diesem Jahr erzielt der VFB auf allen Ebenen hervorragende Ergebnisse und die Tarifverhandlungen werden mit einer Erhöhung der Bezüge um 11% abgeschlossen.

1975

Neuorganisationen: "Fürther Modell, Augsburg- burger Modell und Bayerisches Modell"

"Die Finanzverwaltung kann den enormen Arbeitsanfall nicht mehr bewältigen. Eine echte Lösung kann nur eine Steuerreform und eine Neuorganisation der Finanzämter bringen".

Nachdem die "Steuerreform von 1973" als mißlungen angesehen wird, fordert der VFB hinsichtlich der seit mehreren Jahren versuchsweise durchgeführten Organisationsformen, die Versuchsphase abzuschließen und zu einer Entscheidung zu kommen.

Zum 1.1.1975 weist das Bayerische Staatsministerium der Finanzen die Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg an, unter Zugrundelegung der *Grundsätze für die Neuorganisation des Veranlagungsbereichs der bayerischen Finanzämter und des Besteuerungsverfahrens* die Umstellung durchzuführen. Die Grundsätze der Neuorganisation sind das Ergebnis umfangreicher Neuorganisationsversuche nach verschiedenen Modellen an insgesamt 11 Versuchsfinanzämtern.

Die beiden grundlegenden Versuche waren das Modell Augsburg-Land und das Fürther Modell. Aus den Erfahrungen dieser Versuche heraus wurde das sogenannte Modell Nürnberg-West entwickelt. Eine Kommission aus Vertretern des Finanzministeriums, der Oberfinanzdirektionen, der Versuchsfinanzämter, des Hauptpersonalrats und des Obersten Rech-

nungshofs erarbeitet schließlich nach Auswertung aller Versuchsergebnisse die Grundzüge für das sogenannte "Bayerische Modell".

Der VFB verbindet die Frage der Neuorganisation mit einer Reihe von Forderungen, die bisher nicht verwirklicht werden konnten. Es handelt sich hierbei u.a. um die Fachhochschulausbildung für den gehobenen Dienst oder die Bewertung der Dienstposten des mittleren Dienstes nach A 9.

Ausbildung des gehobenen Dienstes an der Bayerischen Beamtenfachhochschule

Auf Druck des VFB entscheidet Finanzminister Dr. Ludwig Huber, daß Bayern zum 1. September 1975 auch im Alleingang die Ausbildung der Steuerbeamten des gehobenen Dienstes an der Beamtenfachhochschule einführen wird. Die planmäßige Umsetzung des 1975 beschlossenen Beamtenfachhochschulgesetzes war in Frage gestellt worden, weil die Bundesregierung die Verabschiedung der seit Jahren anstehenden Neufassung des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes ständig hinausschob.

Für den VFB stellt das bayerische Beamtenfachhochschulgesetz mit der Ausbildung der Steuerbeamten an der Verwaltungsfachhochschule einen großen Fortschritt dar. Hinzukommt, daß die Nachgraduierung der nach bisherigem Recht ausgebildeten Beamten durchgesetzt werden kann und der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst - gegen den Widerstand der Kultuspolitiker - weiter erhalten bleibt.

Und was war sonst noch 1975?

Die Personalbedarfsberechnung des Jahres 1975 ergibt einen Fehlbestand von rund 22 %.

Angelo Kramel, der Ehrenvorsitzende des VFB, wird im Juli zu Grabe getragen.

Das Sparprogramm der Bundesregierung sieht deutliche Verschlechterungen bei den Beamtinnen und Beamten vor. Die vorgesehenen Einschnitte bei 13. Monatsgehalt, Beihilfe und Essenszuschuß sowie ein Beförderungsstopp und eine Verlängerung der Beförderungswartezeiten können jedoch verhindert werden.

Das Haus Waldrast wird fertiggestellt und eingeweiht. Die Einrichtung hatte der VFB initiiert.

Kattenbeck wird beim VFB-Delegiertentag als Vorsitzender bestätigt

Den Schwerpunkt in seiner Begrüßungsansprache zur öffentlichen Kundgebung während des Delegiertentages legt VFB-Vorsitzender Dieter



Dieter Kattenbeck beginnt seine gewerkschaftliche Arbeit 1960 in der DBB-Jugend Bayern. 1963 wird er der 1. Vorsitzende der neu gegründeten vfb-Jugend. 10 Jahre später wählt ihn der Delegiertentag in Nürnberg zum Vorsitzenden des vfb. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des BBB stellt Kattenbeck den Vorsitz 1989 zur Verfügung. Der Ehrenvorsitzende der bfg vertritt seit 1984 den Bayerischen Beamtenbund auch im Senat.

1976

“Das Notwendige möglich machen”



Finanzminister Dr. Ludwig Huber während seiner Ansprache beim Delegiertentag 1976

Kattenbeck neben den Mehrbelastungen durch die Steuerreform und die Sparmaßnahmen der Bundesregierung auf die Forderung, endlich die Leistung als Maßstab für Besoldung und Beförderung zu machen.

Unter dem Beifall der über 350 Delegierten im Münchner Löwenbräukeller betont er im Zusammenhang mit der Neuorganisation, der VFB werde sich nicht mit Zusagen abfinden lassen, die in der Praxis nicht vollzogen würden.

Wörtlich sagt Kattenbeck: "Wir nehmen es nicht mehr hin, wenn dem Beamten, der neue, zusätzliche und höherwertige Aufgaben erhält, gesagt wird, auf diesem Dienstposten könne er zum Amtsinspektor befördert werden, er aber in der Praxis nicht befördert wird. Wir erwarten, daß diese Stellen auch im Haushalt geschaffen werden."

Bei den Wahlen zur Landesleitung bestätigen die Delegierten Dieter Kattenbeck als Vorsitzenden. In die Landesleitung des VFB werden weiter Hanns Poeschl und Wolfgang Kunte (stellvertretende Vorsitzende), Alois Hofer und Herbert Niewiera (Bezirksvorsitzende München und Nürnberg), Alfred Lober (Schatzmeister), Rudolf Mayer (Schriftführer) sowie Wolfgang Jüls (Landesjugendleiter) gewählt.

Und was war sonst noch 1976?

Der Bund schafft die Erschwerniszulage für den Außendienst und EDV-Bereich gegen die vom VFB initiierte Stimme Bayerns ab.

Manfred Walter wird Geschäftsführer der Landesgeschäftsstelle.



Blick in den Löwenbräukeller während der Ansprache des DSTG-Vorsitzenden Hermann Fredersdorf

1977

Wende?

1977 führt der VFB Gespräche mit Parlamentariern und mit der politischen Spitze des Finanzministeriums. Diese Gespräche unterscheiden sich von den vielen anderen Gesprächen der Jahre 1975 und 1976. Es geht nicht mehr nur darum, Verschlechterungen zu verhindern oder abzumildern, sondern darum, echte Verbesserungen zu erzielen, die entscheidenden Einfluß auf die Personal- und Beförderungssituation der nächsten Jahre haben werden.

So macht der VFB nochmals deutlich, daß die derzeitige Situation untragbar sei, daß sie nicht den von den Beschäftigten erbrachten Leistungen entspreche, daß auch und gerade die Neuorganisation als Auswirkung der Aufgabenverlagerung eine wesentliche Verbesserung der Bewertung der Beschäftigten unabdingbar mache.

Durch hartnäckiges Verhandeln erhält der VFB vom Finanzministerium unter der Leitung von Staatssekretär Albert Meyer die Zusagen für eine Nachschlüsselung der Stellenzugänge seit 1974, die Schaffung von 179 Stellen für den mittleren Dienst durch volle Einbeziehung der Bearbeiter in den Funktionsstellenschlüssel, die Anpassung der Funktionsstellen für den Außendienst an den tatsächlichen Einsatz, die Verbesserung des Stellenschlüssels für den einfachen Dienst, eine Verbesserung der Bewertung und damit Anhebung der Stellen als Folge der Neuorganisation.

Die zugesagten Maßnahmen bedeuten eine erhebliche Verbesserung der Beförderungssituation durch die Schaffung der entsprechenden Stellen und ein Einlösen der Versprechungen im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Finanzämter.

Und was war sonst noch 1977?

Der VFB erzielt Verbesserungen beim Reisekostenrecht in den Berei-



*Dieter Kattenbeck, Herbert Niewiera
und Hermann Fredersdorf im Ge-
spräch*

chen der Wegstreckenentschädigung, der KFZ-Anerkennung, des Dienstreiseortes und des Dienstunfallschutzes.

Im Zusammenhang mit der umstrittenen Frage der Eingruppierung der BP- und Steufakanzleileiterinnen beschreitet der VFB den Rechtsweg und ist in 2. Instanz erfolgreich. Mit der Folge, daß Kanzleileiterinnen in Dienststellen mit mehr als 15 Betriebsprüfern oder mehr als 10 Steuerfahndern nach BAT VIb bzw. Vc eingruppiert werden können.

Der lange Behördentag wird eingeführt und die Automatisierung des Erhebungsverfahrens läuft an. Bis 1985 werden alle Finanzkassen auf das IABV umgestellt sein.

1978

Schritte zur Beförderungsgerechtigkeit

Die äußerst angespannte und unbefriedigende Beförderungssituation der Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes, insbesondere im Innendienst der Finanzämter, ist Schwerpunkt der Bemühungen des VFB im Jahre 1978. Ein wichtiger Durchbruch zeichnet sich ab, als das Finanzministerium dem Drängen des VFB nachgibt und den Bundesinnenminister auffordert, eine Änderung der Funktionsgruppenverordnung vorzunehmen, um auf diesem Wege die Beförderungssituation des Bereichs "Allgemeine Verwaltung" zu verbessern.

Spitzenamt für den mittleren Dienst

Ein weiterer wichtiger Erfolg zeichnet sich bei der Forderung nach einer Einführung des Spitzenamtes A9 plus Zulage für den mittleren Dienst ab. So faßt der Bundesrat eine EntschlieÙung, die vom Deutschen Bundestag beschlossene Einführung der Besoldungsstufe A 9 plus Zulage, nicht nur auf den Kernbereich des Sicherheitsdienstes zu beschränken.



Gustav Hübner und Dr Matthias Metz vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen während einer Erörterung mit der Landesleitung des VFB

In seiner Begründung verweist der Bundesrat ausdrücklich darauf, daß "auch in anderen Bereichen, wie z.B. in der Steuerverwaltung aufgrund der neuen organisatorischen Maßnahmen an den mittleren Dienst erhöhte Leistungsanforderungen gestellt werden". Für VFB, DSTG und DBB ein wichtiger Teilerfolg zu dem Ziel, für den gesamten mittleren Dienst ein entsprechendes Spitzenamt zu schaffen.

Und was war sonst noch 1978?

Bei den Personalratswahlen erringt der VFB in den Stufenvertretungen wiederum einen deutlichen Wahlsieg. So entfallen bei den Wahlen zur Beamtenengruppe sowohl im Hauptpersonalrat als auch in den Bezirkspersonalräten jeweils annähernd 80% der Stimmen auf den VFB.

Der Doppelhaushalt 1979/80 bringt für die Finanzverwaltung eine erhebliche Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten. "Dieser Erfolg kann zu einem wesentlichen Teil als Lohn der Arbeit des VFB bezeichnet werden", bestätigt Wilhelm Gastinger, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag, anlässlich der Sitzung des VFB-Landesvorstandes Ende Juli 1979.

So ergeben sich für das Jahr 1979 im Bereich der Oberfinanzdirektion München 2819 und für den Bereich der Oberfinanzdirektion Nürnberg 2114 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten.

Weniger zufrieden ist der VFB jedoch mit den im Haushalt vorhandenen zusätzlichen Planstellen. Man hatte beantragt, für den gehobenen und mittleren Dienst für die Jahre 79 und 80 zusätzlich 1200 neue Planstellen zu schaffen. Bestätigt sieht der VFB seine Forderung auch durch die Personalbedarfsberechnung dieses Jahres, die einen Fehlbestand von 22,10 % aufweist. Der Haushaltsansatz bleibt jedoch hinter den Forderungen des VFB zurück. Finanzminister Max Streibl erklärt dazu, daß die fehlenden Stellen, die sich aufgrund der Personalbedarfsberechnung ergeben würden, in den nächsten Haushalten geschaffen werden sollen.

Und was war sonst noch 1979?

Die gemeinsame Tarifkommission des DBB und der DAG handelt eine Erhöhung der Bezüge um 6 % sowie eine Anhebung des Urlaubsgeldes auf DM 400,- heraus.

Auf Antrag des VFB werden die Vorschußrichtlinien novelliert und entsprechend den zwischenzeitlich veränderten Verhältnissen angepaßt. Vorschüsse werden nun innerhalb eines Rahmens von bis zu 5.000 DM großzügig gewährt.

Auf Druck des VFB wird eine Anpassung der Neuorganisation der Veranlagungsstellen vorgenommen. Die Bezirke im Veranlagungsbereich

1979

"Doppelhaushalt 79/80 ist zu einem wesentlichen Teil als Lohn der Arbeit des VFB zu bezeichnen."

Wilhelm Gastinger (Vorsitzender des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag)

setzen sich künftig aus den Amtsprüfstellen, den Übernahmestellen (nur im G-Bereich) und den Veranlagungsverwaltungsstellen zusammen. Darüber hinaus wird die Erledigung folgender Aufgaben in Zentralstellen zusammengefaßt: Bearbeitung von Rechtsbehelfen; Betriebsnahe Veranlagung und Außenprüfung bei Kleinstbetrieben; Entscheidung über Stundung und Erlaß, Bearbeitung der Umsatzsteuervoranmeldungen.

1980

Erkenntnisse

Ungewöhnlich deutlich nimmt der Landtag im Frühjahr 1980 zu den Problemen der Finanzverwaltung Stellung. So erklärt MdL Huber, daß der Finanzverwaltung großes Lob gebühre, da trotz eines Fehlbestandes von rund 20% die Verwaltung noch funktioniere. Dabei sei zu bedenken, daß die Beamten ihre Arbeit unter großem psychischen und zeitlichen Druck erledigen müssen. Wenn immer von einer Humanisierung der Arbeitswelt gesprochen werde, so gelte es, hier einmal anzusetzen. Bei der Reform der GNOFÄ sei man vom Prinzip der Bürgerfreundlichkeit ausgegangen. Diese sei aber nur zu verwirklichen, wenn entsprechende Konsequenzen im personellen Bereich gezogen würden.

Bemerkenswerte Feststellungen auch von MdL Gästinger. Er erklärt, daß eine funktionsfähige Finanzverwaltung notwendig sei, um dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit möglichst nahe zu kommen. Es gelte für das Parlament, dem in den letzten Jahren erfolgten gewaltigen Arbeitsanfall in dieser wichtigen staatlichen Verwaltung, durch entsprechende personalpolitische Maßnahmen beherzt entgegenzutreten.

Als Konsequenz beschließt der Landtag, daß der Personalfehlbestand der Steuerverwaltung, wie er sich nach der Personalbedarfsberechnung 1979 ergibt, im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes wirksam abzubauen ist.



Finanzminister Streibl bleibt dem Delegiertentag fern. Den Protest bekommt Staatssekretär Albert Meyer zu spüren.

Neuer Name: Bayerische Finanzgewerkschaft

“Eine Organisation, die als Gewerkschaft auftritt und handelt, die vom Verhandlungspartner als solche anerkannt wird, die als einzige Fachgewerkschaft die besonderen Probleme und Anliegen der Finanzverwaltung in Bayern kennt und verfolgt, die daher den höchsten Organisationsgrad in dieser Verwaltung mit über 13.000 Mitgliedern hat und die in fast allen Personalräten auf örtlicher Ebene, im Bezirks- und Hauptpersonalrat die Mehrheiten stellt, muß sich auch als Gewerkschaft bezeichnen.” Von diesen Überlegungen geleitet, beschließt der Delegiertentag in Regensburg den bisherigen Namen umzuwandeln in Bayerische Finanzgewerkschaft.

Für Mißtöne sorgt der Bayerische Finanzminister Max Streibl beim Delegiertentag. Als der mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Dieter Kattenbeck bekannt gibt, daß Finanzminister Max Streibl die Zusage, zum Delgiertentag seiner Finanzbeamten zu kommen, kurzfristig zurückgezogen habe, reagieren die über 300 Delegierten mit Pfiffen, Mißfallskundgebungen und Protesttransparenten.

Und was war sonst noch 1980?

Auf Antrag der bfg werden die A 9fähigen Dienstposten in der Finanzkasse ausgeweitet. Zukünftig sind die Dienstposten der Bearbeiter der Buchhaltung 2 mit A 9 zu bewerten.

In einem parkähnlichen Gelände über der Stadt Ansbach wird der Grundstein für die neue Landesfinanzschule Bayern gelegt. Ab 1983 wird der Nachwuchs des mittleren Dienstes in Ansbach ausgebildet werden können. Die vorgesehene Kapazität der Einrichtungen von 300 Schülerinnen und Schülern wird jedoch nicht ausreichen um bei Einstellungsjahrgängen von 938 Nachwuchsbeamten (1980) auf Auslagerungen verzichten zu können.

“Steuergerechtigkeit ist unverzichtbar” steht als Überschrift auf dem Flugblatt, das hunderttausendfach vor den Finanzämtern in ganz Bayern verteilt wird. Die bfg informiert darin die Steuerzahler, über die Situation in den Finanzämtern. Die bfg sieht sich zu dieser Aktion gezwungen, weil trotz der Zusagen von Politikern aller Fraktionen und trotz eindeutiger Beschlüsse des Landtags der Doppelhaushalt 1981/82 ganze 376 Stellen für die Finanzämter ausweist. Und das bei einem auch vom Finanzministerium anerkannten Fehlbestand von rund 1700 Beamten im Innen- und 1000 im Außendienst.

Dieter Kattenbeck nennt die 376 neuen Stellen “einen Tropfen auf dem heißen Stein”. Auf einer Pressekonferenz erklärt er: “Die bfg sieht es als ihre Pflicht an, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß beim jetzigen Personalfehlbestand die notwendige Bürgernähe leere Versprechung der Politiker bleiben muß. Menschlichkeit und Steuergerechtigkeit sind nur zu verwirklichen, wenn die Fehlstellen abgebaut werden.”



Herbert Niewiera wird 1973 zum Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nürnberg gewählt. Bereits seit 1960 ist der Regensburger in den verschiedenen Gremien des VFB/bfg aktiv. Den Vorsitz des Bezirksverbandes hat er bis 1984 inne. Heute leitet Herbert Niewiera als Direktor die Spielbank in Garmisch-Partenkirchen.

1981

“Steuergerechtigkeit ist unverzichtbar”

Und was war sonst noch 1981?

Der Diplom-Finanzwirt (FH) ist da! Das bayerische Kabinett beschließt die Diplomierungsverordnung und die Vorschriften über die Nachdiplomierung als erstes Bundesland.

Mit der neuen Urlaubsverordnung tritt eine neue Urlaubstabelle in Kraft. Erstmals wird der Urlaub nach dem Lebensalter gestaffelt und bis zu 2 Tage mehr als vorher gibt es obendrein.

Das Spitzenamt A 9+Z wird beschlossen. Nach langen Verzögerungen passiert das Gesetz zur Einführung des neuen Spitzenamtes den Landtag und kann nun in Kraft treten.

Steuergerechtigkeit ist unverzichtbar

Beamte in den Finanzämtern „hoffnungslos überlastet“
- Behörde verteilt
Aktion der Finanzgewerkschaft
Mehr Steuergerechtigkeit
Aktion der Finanzgewerkschaft

Protest gegen Personalmangel
Gewerkschaft weist auf Belastungen für die Steuerzahler hin
Heute nachmittag vor dem Rathaus:

Flugblattaktion der Dachauer Finanzbeamten
Kritik an sparsamer Personalplanung des Staates
Computer bringen zunächst zusätzliche Belastungen
Ortsverband Kaufmann der Finanzgewerkschaft beteiligt

Protest der Steuerbeamten
Planstellen werden eingespart
Steuergerechtigkeit geht zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler!

Personalmangel verhindert mehr Bürgernähe und Steuergerechtigkeit
Finanzbeamte wollen „nicht zwang die Prüfungen updaten“
Steuerbeamt fordern mehr Personal

Nicht zu Lasten des Steuerzahlers
Finanzgewerkschaft: „Bürgernähe und Steuergerechtigkeit sind unverzichtbar“

Mehr Bürgernähe und Gerechtigkeit
Personalfehlbestand von 25 Prozent in der Finanzverwaltung

Personal für mehr Steuergerechtigkeit
Flugblattaktion der Finanzgewerkschaft / in Regensburg (früher 21 Beschäftigte)

Finanzgewerkschaft für mehr Steuergerechtigkeit
Vorhandenes Personal bürgernäher einsetzen - Steuervereinfachung notwendig

Nicht zu Lasten des Steuerzahlers
Finanzgewerkschaft: „Bürgernähe und Steuergerechtigkeit sind unverzichtbar“

Auch das Grafenauer Finanzamt ist total unterbesetzt
Finanzgewerkschaft-Ortsverbände: Leiharbeiter für bayerische Finanzämter

Auf große Resonanz in der Presse stößt die bayernweite Flugblattaktion der bfg.

1982

“Der Bayer liebt Gemütlichkeit, doch Unrecht macht ihn kampfbereit!”

Eine machtvolle Darstellung der Stimmung im öffentlichen Dienst ist die Protestdemonstration des Deutschen Beamtenbundes in Bonn. In über 800 Bussen kommen mehr als 40000 Beamte nach Bonn. Von den 6000 Finanzbeamten kommen trotz der langen Anreise und der Ferienzeit mehrere Hundert aus dem Bereich der bfg.

Die Kritik der Kolleginnen und Kollegen richtet sich gegen die Sparpläne der Bundesregierung. So sollen die Bezüge erst mit einer zeitlichen Verzögerung zum Tarifbereich angepaßt, die Beihilfen gekürzt und Beförderungsstellen um 10% vermindert werden.

Unter dem Beifall der 40000 wird während der Abschlußkundgebung eine Entschließung an die in Bund und Ländern für den öffentlichen Dienst politisch Verantwortlichen gerichtet: “Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, den öffentlichen Dienst nicht länger als Reservekasse des Staates zu mißbrauchen. Schluß mit den einseitigen und unsozialen Sonderbelastungen auf dem Rücken der Mitarbeiter und auf Kosten der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes”.

Falsches Sparen

Bestätigt wird die bfg in ihren hartnäckigen Forderungen, das Personal in der Finanzverwaltung deutlich aufzustocken durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Bestätigt werden auch die Behauptungen der bfg, daß der Personalfehlbestand in der Betriebsprüfung einen Verzicht des Staates auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe bedeutet. So schreibt der ORH in seinem Bericht u.a., daß die rechtskräftigen Mehrergebnisse aus den Betriebsprüfungen in Bayern die beachtliche Höhe von insgesamt 1,4 Mrd. DM erreichen würden. Dieser Betrag sei fast doppelt so hoch, wie die Personal- und Sachausgaben der gesamten Steuerverwaltung in Bayern. Auf einen voll eingesetzten Betriebsprüfer entfalle ein durchschnittliches Mehrergebnis von DM 912.000,-.



40000 Beamtinnen und Beamte protestieren 1982 in Bonn. Unter ihnen auch hunderte Finanziere aus Bayern

Und was war sonst noch 1982?

Einen großen Wahlsieg erringt die bfg bei den Personalratswahlen. Das gute Ergebnis von 1978 kann sogar noch übertroffen werden. 18 - 3 beim Hauptpersonalrat, 19 - 5 beim BPR München und 17 - 5 beim BPR Nürnberg lautet die Sitzverteilung in den Stufenvertretungen.

1983

Blieben Sie fair, Herr Stoltenberg!

Auch in diesem Jahr regt sich der Unmut der Gewerkschafter vor allem gegen den Bund und seine Sparmaßnahmen. Richtete sich der Zorn im vergangenen Jahr noch gegen die Maßnahmen der sozialliberalen Koalition, so gilt es 1983, die von CDU/CSU und FDP gebildete Koalitionsregierung an ihre Versprechungen zu erinnern. Erklärte Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 noch, daß das Berufsbeamtentum Verfassungsrang habe und nicht angetastet werden dürfe, man gemeinsam dafür sorgen werde, daß auch in Zeiten notwendiger Einsparungen der öffentliche Dienst seine Verantwortung wahrnehmen könne und daß den Beamten das nicht vorhandene Streikrecht nicht zum Nachteil gereichen dürfe, so führt er mit dem Sparprogramm der Bundesregierung seine Aussagen ad Absurdum.

Geplanten Nullrunden für Beamte und Versorgungsempfänger, Beihilfekürzungen, Verschlechterungen bei der Versorgung und die Verweigerung dringend notwendiger Planstellen lassen die neue Bundesregierung für die Beschäftigten unglaublich werden, weil Reden und Handeln sich deutlich von einander abheben.

"Nicht fair" benimmt sich Finanzminister Stoltenberg nach Auffassung des DBB und seiner Fachgewerkschaften. Er begründet die Zumutbarkeit der Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst u.a. auch durch Vergleiche mit der Entwicklung im Ausland und fordert die "Verbandsvertreter" zu einer Studienreise durch die Beneluxländer auf, damit sie sich über die dortige Situation informieren und zu einer moderateren Betrachtungsweise kommen würden.

Einseitigkeit und Polemische Stimmungsmache ohne Rücksicht auf Fakten kennzeichnen nach Auffassung der Gewerkschaften die Aussagen Stoltenbergs. Und so empfiehlt die bfg-Zeitung Bundesfinanzminister Stoltenberg im Oktober 1983 im Gegenzug eine Studienreise durch den deutschen Öffentlichen Dienst, um ein wahres Bild von den im Zuge der Sparpolitik beeinträchtigten beruflichen Bedingungen und der anwachsenden Proteststimmung der Mitarbeiter zu erhalten.

Und was war sonst noch 1983?

Im März 1983 schießt ein 45jähriger Landwirt in der Außenstelle Immenstadt des Finanzamts Kempten Steuerinspektorin Christine Eisele und denn stellvertretenden Amtsvorsteher, Regierungsrat Dr. Elmar Buhmann, nieder. Der Täter nimmt sich anschließend das Leben. Frau Eisele

erliegt kurz darauf ihren Verletzungen. Dr. Buhmann verstirbt 2 Tage später im Krankenhaus. Es ist der erste Unglücksfall dieser Art in der Finanzverwaltung und - Gott sei Dank - bisher auch der einzige geblieben.

Die Landesfinanzschule Bayern wird in Ansbach eingeweiht und in Regensburg feiert die bfg-Jugend ihr 20jähriges Jubiläum.

„Jeder strebt nach dem, was ihm Vorteil bringt“

In unserer modernen Leistungsgesellschaft ist die Quantifizierung der Leistung durch Leistungsmessungen zum obersten Ideal und zum alleinigen Maßstab gemacht worden. Der öffentliche Dienst ist davon nicht ausgenommen. Wer aber die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes richtig und gerecht beurteilen will, muß sich zunächst mit der Aufgabenstellung des öffentlichen Dienstes befassen.

Sie geht eben dahin, daß die Verwaltung, unter genauer Beachtung der Verfassung, der Gesetze und sonstiger Vorschriften, das Vollzugsorgan unseres Rechtsstaates darstellt, das die staatliche Ordnung, die Rechtsprechung, die soziale Sicherheit, die Daseinsfürsorge, das Schulwesen und vieles mehr in ordnungsgemäßer, wirtschaftlicher und bürgernahe Form garantieren muß.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft hat mit meßbaren und vorzeigbaren Arbeitsergebnissen unter schwierigsten Verhältnissen bewiesen, daß sie leistungsfähig und leistungsbereit ihre Aufgaben erfüllen kann. Es ist das besondere Verdienst der Bayerischen Finanzgewerkschaft, daß sie in den vergangenen 50 Jahren ihre Mitglieder überzeugt hat, den demokratisch gebildeten Staatswillen unverfälscht zu vollziehen und eine unparteiische, von sachfremden Wertungen unbeeinflusste Verwaltung zu gewährleisten.

Dies kostet Geld und deshalb werden Steuern erhoben. Bekanntlich sind Steuern der Blutkreislauf des Staates. Verschiedene Interessengruppen wenden sich mit ihren Forderungen an den Staat. Und derer gibt es viele. Man sollte also annehmen, daß der Staat ganz besonders sich jener annehmen sollte, die das Geld zur Erfüllung seiner Aufgaben beschaffen. Die Personalentwicklung zeigt aber - nicht nur in Bayern - daß die Finanzverwaltung sich unterproportional gegenüber jenen Personalbereichen entwickelt hat, die zur finanziellen Deckung besonders der Ausschöpfung der Steuerquellen bedurften. Es war nie möglich, der Auflösung dieses rational nicht begründbaren Widerspruchs näher zu kommen. Es mag daran liegen, daß der Steuerbeamte auf der Warteliste der Beliebtheit ziemlich hinten rangiert und auch der politischen Opportunität wie andere Berufsgruppen entbehrt.

„Jeder strebt nach dem, was ihm Vorteil bringt“ - Demosthenes.

Zum 50-jährigen Bestehen der Bayerischen Finanzgewerkschaft sollten die Verantwortlichen des Staates das bedenken und im eigenen Interesse durch überzeugende Taten unterstreichen.

Wilhelm Gastinger, MdL a.D.

Vorsitzender des Ausschusses für den öffentlichen Dienst von 1974 - 1986

1984

”Steuergesetze die gestern geschaffen wurden, sind heute schon wieder ungültig und morgen wieder aktuell.”

Die gewerkschaftspolitischen Themenschwerpunkte dieses Jahres sind die von der Unionsregierung geplante Steuerreform, die Personalbedarfsberechnung und Funktionsgruppenverordnung, die Stellenausstattung der Finanzämter, die Beihilferegelungen, die Anpassung der Reisekostensätze sowie die Besoldungs- und Tarifrunde.

In verschiedenen Verhandlungsrunden mit Finanzminister Max Streibl ist man sich einig, daß die Steuergesetzgebung in Bonn "nach der Wende" auch nicht die gewünschte Vereinfachung, sondern eine weitere Komplizierung und neue Aufgaben für die Finanzverwaltung gebracht hätte. Einigkeit besteht auch darüber, daß Bürgern und Beschäftigten die derzeitige Praxis der permanenten Steuergesetzänderungen nicht länger zugemutet werden könne. "Steuervorschriften, die gestern geschaffen wurden, sind heute ungültig und morgen schon wieder aktuell."

Über 13.000 Mitglieder

Beim Delegiertentag in Ingolstadt kann die bfg ihr 35jähriges Jubiläum begehen. Auf den Tag genau vor 35 Jahren wurde in München der VFB gegründet. Bis 1984 ist aus dem VFB eine alle Laufbahnen und Tätigkeitsbereiche der Beschäftigten der Bayerischen Finanzverwaltung umfassende gewerkschaftliche Organisation mit über 13.000 Mitgliedern geworden.

Aber nicht nur zum Feiern, sondern um Rechenschaft zu fordern und abzulegen über die Arbeit der letzten vier Jahre, um die bestehende Situation der bfg und ihrer Mitglieder zu analysieren, um die Richtlinien der Arbeit der nächsten 4 Jahre zu bestimmen und Landesleitung und Lan-



Auch nach der Wende bringt die Steuergesetzgebung in Bonn nicht die notwendigen Vereinfachungen. Finanzminister Max Streibl, Bezirksvorsitzender Dr. Ulmer, DSTG Bundesvorsitzender Hagedorn und der stv. Landesvorsitzende Kunte.

desvorstand zu wählen, sind die dreihundert stimmberechtigten Delegierten aus Ortsverbänden des ganzen Landes in Ingolstadt zusammengekommen. 230 Anträge zu den unterschiedlichsten Themenbereichen und mehrere Leitanträge zu den Bereichen Besoldung, Stellenplan, Versorgung, Arbeits- und Personallage, Datenverarbeitung, Urlaub, Arbeitszeit, Soziales und Beihilferecht sowie Personalvertretungsrecht gilt es zu beraten und beschließen.

Dieter Kattenbeck, Josef Bugiel, Wolfgang Kunte, Ernst Hofmann und Gertrud Schäffler werden in ihren Ämtern bestätigt. Dr. Ulmer (Justitiar) und Siegfried Ostermeier (Pressereferent) kandidieren nicht mehr. Sie werden durch Rainer Friemel und Rudolf Mayer ersetzt. Bei den Neuwahlen beim Bezirksverband Südbayern wird Siegfried Schneider als Bezirksvorsitzender wiedergewählt.

Zum neuen Vorsitzender des Bezirksverbandes Nordbayern wird Dieter Ondracek gewählt. Ondracek erhält 133 von 139 Stimmen und folgt als Vorsitzender Herbert Niewiera nach, der nicht mehr kandidierte.

Und was war sonst noch 1984?

Mit der Tarif- und Besoldungsrunde werden die Löhne, Vergütungen und Bezüge um 3,2% erhöht.

Im Klageweg erreicht die bfg eine Anrechnung der Wehrdienstzeit auf das Rangdienstalter.

1985

Die Bemühungen der bfg um Abbau des Personalfehlbestandes und die Schaffung zusätzlicher Stellen für die Betriebsprüfung erhalten in diesem Jahr Unterstützung von einflußreicher Seite. Die bfg hatte sich in mehreren Eingaben zum Doppelhaushalt 83/84 und 85/86 an den Landtag gewandt und unter Hinweis auf die Einnahmeausfälle des Staates durch fehlende Betriebsprüfer sowie die auf der Strecke bleibende Steuergerechtigkeit die Schaffung zusätzlicher 1000 Stellen beantragt.

In diesem Zusammenhang brachte die bfg auch die Mehrergebnisse bei Betriebsprüfungen ins Spiel und wies die Behauptungen des Bundes der Steuerzahler zurück, fast alle Prüfungsergebnisse wären nur Gewinnverlagerungen und die echten Steuermehrungen würden nicht höher sein als die Personal- und Nebenkosten der Betriebsprüfer.

Nun schließt sich auch der Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages der Auffassung der bfg an und fordert die Staatsregierung auf, den Betriebsprüfungsdienst zu verstärken, um bei Klein- und Mittelbetrieben den Prüfungsturnus zu verkürzen.

Der Oberste Bayerische Rechnungshof wiederum stellt in seinem Bericht über die Ergebnisse der Betriebsprüfung fest, daß der größte Teil der Steuernachzahlungen bei Prüfungen echte Steuermehrergebnisse

Steuerprüfer machen sich bezahlt!

darstellen würde. Somit räumt auch der ORH mit dem immer wieder verbreiteten Märchen auf, bei den Betriebsprüfungsergebnissen handle es sich nur um "Steuerverlagerungen" und bestätigt die Feststellungen der bfg.

Und was war sonst noch 1985?

Das gewerkschaftliche Engagement der bfg gilt immer wieder einem weiteren Ausbau der Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten. So gelang es bis 1980 das Lebensalter des zu betreuenden Kindes von ursprünglich 6 auf 16 Jahre und schließlich auf 18 Jahre anzuheben. In diesem Jahr wird die Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen für alle Verwaltungsbereiche erreicht. Ursprünglich war diese Regelung nur für den Lehrerbereich vorgesehen.

1986

Wende in der Sparpolitik

Nach den Jahren der Sparprogramme und des Stillstandes deutet sich 1986 eine Wende in der Sparpolitik an. Ein erster Schritt kann mit dem Besoldungsstrukturänderungsgesetz getan werden, das eine Verbesserung der Besoldung in den unteren Einkommensbereichen sowie bei kinderreichen Beamtenfamilien enthält. Auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann erklärt für die Bundesregierung, daß die bereits im Vorjahr angekündigte Wende in der Sparpolitik gegenüber dem öffentlichen Dienst nun endgültig angegangen werde. So habe der Bundestag mit seinem Auftrag an die Bundesregierung, bestimmte strukturelle Sparmaßnahmen (u.a. die Absenkung der Eingangsämter im gehobenen und höheren Dienst) im Hinblick auf eine positive Änderung zu überprüfen, den Weg in eine richtige Richtung gewiesen.

Besoldungsanpassung mit ca. 4,2%

Ein erster Schritt ist getan, das räumt auch die bfg ein, den zweiten - größeren- erwarten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der Besoldungs- und Tarifrunde mit einer positiven Weiterentwicklung der Besoldungsstruktur. 3,5% ist am Ende der Kompromiß auf den man sich einigt. Zwar nicht, wie erhofft, ein raumgreifender Schritt zur Verbesserung der Situation des öffentlichen Dienstes, aber doch mehr als ein zaghaftes Vorwärtstasten auf dem richtigen Weg. Zusammen mit anderen Komponenten, insbesondere der Verbesserung des Urlaubsgeldes von 300,- auf 450,- DM in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 insgesamt doch ca. 4,2 Prozent.

Grünbeck haut wieder auf den Putz

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck sieht durch die zahlreichen "Übergriffe" der Finanzverwaltung und hier speziell der Steuerfahndung wieder einmal die "Würde der Bürgers" ernsthaft gefährdet. Bei einer FDP-Wahlkampfveranstaltung in Traunstein kündigt er die Fort-

setzung seines Kampfes gegen die Methoden der Steuerfahndung an. Seine maßlosen Übertreibungen führen dazu, daß es nun auch Finanzminister Streibl zu bunt wird, und er in einem Schreiben an Grünbeck alle Fälle, die sich in Bayern ereignet haben sollen, widerlegt und Rechtsmittel androht, falls Grünbeck seine Behauptungen weiter aufrecht erhält.

Und was war sonst noch 1986?

Die 79. Bundeshauptvorstandssitzung der DSTG findet in Garmisch-Partenkirchen statt. Finanzminister Max Streibl und DSTG Vorsitzender Werner Hagedorn sind die Hauptredner in der öffentlichen Kundgebung, in der DSTG und bfg eine sofortige Bundesratsinitiative zur Korrektur der Minderung der Eingangsbesoldung, sowie zur Verbesserung der Beförderungsverhältnisse eine schnelle Ergänzung der Funktionsgruppenverordnung fordern.

Grund, sich bei den Wählerinnen und Wählern zu bedanken hat die bfg wiederum bei den Personalratswahlen. Insgesamt 53 Sitze holt die bfg in den Stufenvertretungen. Für die ötv bleiben 15. Auch bei den Vorsitzendenwahlen bleibt es wie gehabt: Dieter Kattenbeck., Siegfried Schneider und Dieter Ondracek werden als Vorsitzende in ihren Ämtern bestätigt.

Die bfg-Jugend und ihre Jugendvertreter setzen ihre Forderung nach einem Studiernachmittag während der berufspraktischen Ausbildung durch.

1986 ist auch das Jahr in dem erstmals Beamtinnen und Beamte Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen können.

Einen beachtlichen Erfolg in ihren Anstrengungen zum Abbau des Beförderungsstaus im gehobenen und mittleren Dienst kann die bfg 1987 erzielen. Der Landtag beschließt bei den Beratungen zu Einzelplan 06

1987

Stellenhebungen verbessern die Beförderungsmöglichkeiten



Beachtliche Erfolge können mit Unterstützung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, MdL Wengenmeier (4. von links), ...



Siegfried Schneider ist seit 1974 in der Personalratsarbeit tätig, sowohl auf örtlicher als auch insbesondere auf der Ebene der Stufenvertretungen. Seit 1982 ist er Vorsitzender des Bezirkspersonalrats-Land bei der Oberfinanzdirektion München.

Für die Gewerkschaft beginnt er sich bereits 1970 als stv. Bezirksjugendleiter Südbayern zu engagieren. Seit 1980 ist Siegfried Schneider als Nachfolger von Alois Hofer Vorsitzender des Bezirksverbandes Südbayern.

(Finanzverwaltung) eine Ausschöpfung der möglichen Stellenhebungen zu 35% im gehobenen Dienst und zu 50% im mittleren Dienst. Der Beschluß des Landtages geht zurück auf Anträge, die der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, MdL Wengenmeier, und der Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Dr. Eykmann, initiiert haben. Damit halten die Abgeordneten ihre Zusagen ein, die sie der bfg gegeben haben. Durch die Stellenhebungen kann nicht nur der Stau in den Eingangsstufen A 6 und A 10 beseitigt werden, auch in den höheren Besoldungsgruppen treten spürbare Verbesserungen ein.

Aids, der öffentliche Dienst und andere Hochrisikogruppen

Gesellschaftspolitisch spielt in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts die Ausbreitung des Aidsvirus' eine große Rolle. Einzelne Politiker malen Schreckensszenarien an die Wand. Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden nicht verschont. So sind Sonderregelungen in der Diskussion, wie etwa eine gesonderte Meldepflicht oder Registrierungen und Reihenuntersuchungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die bfg und ihre Dachverbände setzen sich mit Nachdruck gegen diese Vorhaben zur Wehr. Nicht verhindert werden kann jedoch eine HIV-Untersuchung im Rahmen der amtsärztlichen Untersuchung zum Ablauf der Probezeit.

Und was war sonst noch 1987?

Auf der Basis des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst (+ 3,4%) werden auch die Bezüge angepaßt.

Der Ausbau der Kommunikations- und Informationstechniken wird weiter vorangetrieben. In den Jahren 87 und 88 werden 59 Millionen DM investiert, um u.a. den Festsetzungsspeicher, das Dialogverfahren Einkommensteuerfestsetzung und eine maschinelle Körperschaftssteuer-

... und des Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Dr. Eykmann, erzielt werden.



festsetzung zu realisieren und Lohnsteuertabellenrechner und Textverarbeitungsgeräte anzuschaffen.

Die Winterspiele des Finanzsportvereins Traunstein finden 1987 zum 25. Mal statt. Die Teilnehmerzahl ist in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen. In diesem Jahr nehmen 260 Skifahrer, 100 Langläufer und 57 Mannschaften (Eisstockturnier) teil.

1988

Kaum im Amt als Finanzminister ist Gerold Tandler, als er sich den geballten Unmut des Delegiertentages in Weiden zuzieht. Hintergrund ist die Absicht der Staatsregierung, die mit der Tarif- und Besoldungsrunde 1988/90 teuer erkaufte Arbeitszeitverkürzung ab 1.4.89 mit einem früheren Arbeitseende von Montag bis Donnerstag um eine Viertelstunde und ab 1.4.1990 mit einer halben Stunde späterem Dienstbeginn am Montag umzusetzen.

Neuer Finanzminister zieht sich den Unmut des bfg-Delegiertentages zu

Unter dem tosenden Beifall der über 300 Delegierten führt Vorsitzender Kattenbeck während der Öffentlichkeitsveranstaltung aus, daß die für 1989 und 1990 in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung kein Geschenk des Dienstherrn sei, sie vielmehr zähneknirschend von den Beschäftigten durch Lohnverzicht finanziert wurde, als Beitrag des öffentlichen Dienstes zur Verbesserung der Lage am Arbeitsplatz. "Aber, wir und alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben kein Verständnis dafür, wenn in der praktischen Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung die Vorstellungen und Wünsche der Beschäftigten, die eindeutig auf Wochenendfrühschluß am Freitagnachmittag zielen, ignoriert werden."

Der Unmut der Delegierten ist verständlich, denn kaum eine Besoldungs- und Tarifrunde ist so umstritten wie die Entscheidung 1988, die insgesamt für 3 Jahre Gültigkeit haben wird. Umstritten deshalb, weil Arbeitszeitverkürzung und geringe prozentuale Erhöhungen (2,4, 1,4 und 1,7%) bedeuten, daß die Arbeitszeitverkürzung von den Beschäftigten zu finanzieren ist. War man anfangs davon ausgegangen, daß aufgrund der Arbeitszeitverkürzung Personal eingestellt würde, so bestätigte sich nun die Auffassung der bfg, daß das vorhandene Personal, die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit zu erledigen hatte.

Bei der Wahl des Landesvorsitzenden wird Dieter Kattenbeck mit 264 von insgesamt 270 Stimmen wiedergewählt. Als stellvertretende Vorsitzende erhalten Josef Bugiel und Wolfgang Kunte das Vertrauen der Delegierten. Als Schatzmeister wird Ernst Hofmann und als Schriftführerin Gertraud Schäffler wiedergewählt. Komplettiert wird die Landesleitung durch die Bezirksvorsitzenden Siegfried Schneider und Dieter Ondracek, den Justitiar Rainer Friemel, den Pressereferenten Helmut Ruß und die Landesjugendleiterin Johanna Markl.

Und was war sonst noch 1988?

Dr. Eckart Ulmer, langjähriger Vorsitzender des Bezirksverbandes Nord-

bayern, stirbt im Alter von 65 Jahren nach schwerer Krankheit.

Durch Intervention der bfg wird entschieden, daß die HIV-Untersuchung bei der amtsärztlichen Untersuchung nach Ablauf der Probezeit nicht mehr durchgeführt wird.

Die bfg erreicht eine verbesserte Anrechnung der Teilzeitbeschäftigung auf die Beförderungswartezeiten. Bei einer Teilzeit mit 50% erfolgt eine Anrechnung zu 50 % und bei einer 2/3 Tätigkeit eine volle Anrechnung auf die Dienstzeit.

1989

Dienstbeginn 7.00 Uhr: "Sieg des Vorurteils"

Die Auswirkungen der Tarifrunde 1988 hinsichtlich der Verteilung der Arbeitszeitverkürzung auf die Wochentage stehen auch 1989 noch im Mittelpunkt bei den Verhandlungen mit Finanzminister Gerold Tandler. Die bfg will die von der Verwaltung vorgesehene Regelung keinesfalls hinnehmen und mobilisiert ihre Basis. Mit Erfolg: Über 12000 Unterschriften werden gesammelt! Und so erreicht man eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit am Freitagnachmittag ab 1.4.89 um eine halbe Stunde und ab 1.4.90 um eine weitere halbe Stunde, sowie einen Wegfall der Kernzeit am Freitagnachmittag.

Nicht verhindert werden kann zunächst die Verschiebung des Beginns der Rahmenzeit von 6.30 Uhr auf 7.00 Uhr. Als Begründung wird seitens der Verwaltung angeführt, daß bei einem früheren Dienstbeginn wegen mangelnder Dienstaufsicht nicht gearbeitet würde. Doch auch hier läßt die bfg mit Erfolg nicht locker und so erreicht die bfg Ende 1989 ein Schreiben des Finanzministers, worin er erklärt, daß der Beginn der Rahmenzeit wieder auf 6.30 Uhr festgesetzt werde.

Josef Bugiel neuer bfg-Vorsitzender

Im September bekommt die bfg einen neuen Vorsitzenden. Nachdem Dieter Kattenbeck im Juni vom Delegiertentag des Bayerischen Beam-



*Eine der ersten Amtshandlungen:
Der neue Vorsitzende ehrt Hanns
Poeschl und Alois Hofer für ihre Ver-
dienste um die bfg.*

tenbundes zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, legt er nach über 16-jähriger Tätigkeit den bfg-Vorsitz nieder. Für die Nachfolge als Landesvorsitzender stellen sich die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Josef Bugiel und Siegfried Schneider zur Wahl. Die Mehrheit der Stimmen kann Josef Bugiel auf sich vereinen. Neue stellvertretende Landesvorsitzende wird Gertrud Schäffler und als weitere Stellvertreterin in der Funktion der Schriftführerin erhält die bisherige Landesjugendleiterin Johanna Markl das Vertrauen des Landesvorstandes.

Als erste Amtshandlung hält der neue Vorsitzende die Begrüßungsrede bei dem am gleichen Tag stattfindenden Festakt zum 40jährigen Bestehen der bfg.

Und was war sonst noch 1989?

Die Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst kann zum 1.1.89 und zum 1.1.90 im höheren Dienst rückgängig gemacht werden.

Helene Wildfeuer, stv. Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern, wird zur Vorsitzenden der Bundesfrauenvertretung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gewählt. Sie vertritt damit die Belange der in der DSTG organisierten 22000 Frauen.

1990

Nicht zimperlich in ihren Vergleichen sind die Gewerkschaften des Beamtenbundes als es Anfang 1990 darum geht, Korrekturen der Tarifrunde 1988 bis 1990 zu erreichen. Das magere Tarifergebnis ist zu einem einzigen Ärgernis geworden und unter den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes brodeln es und gärt es gewaltig.

Anders als für die ötv, ist für den Beamtenbund und seine Mitgliedsgewerkschaften die Tarifrunde für die 3 Jahre nicht mit dem Tarifabschluß abgehakt. So mahnt man gegenüber dem Dienstherrn die Fürsorgepflicht an und verweist darauf, daß nach § 14 des Bundesbesoldungsgesetzes die Besoldung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen ist.

Im Vergleich zu den Tarifabschlüssen im Bereich der Privatwirtschaft hat der öffentliche Dienst jedoch allein in diesen 3 Jahren 4% verloren. Durch zähes Verhandeln werden rückwirkend ab 1.1.90 die allgemeinen Zulagen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter um bis zu DM 83,- erhöht.

Die Gewerkschaft ötv, die bis vor kurzem strikt an dem 3-jährigen Tarifvertrag festzuhalten beabsichtigte, springt auf den fahrenden Zug auf und spricht von einer ungeheuren Provokation, die Zulagen im Beamtenbereich zu erhöhen. Beamtenbund, DSTG und bfg läßt dieser Vorwurf jedoch kalt, haben sie doch bereits bei den Verhandlungen über die Zulagen der Beamten die Zusage in der Tasche, daß der Tarifbereich gleichbehandelt wird.

“Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund”

Jes.Sir, 34,27



Der Aufbau der Finanzverwaltung in den „jungen Ländern“ läuft an. Kollege Rainer Volmerhausen kommentiert seit 1990 die Entwicklung der bayerischen Finanzverwaltung regelmäßig in der bfg-Zeitung mit seinen Karikaturen. Natürlich fiel ihm auch zu diesem Thema etwas ein.

Und was war sonst noch 1990?

Alois Hofer, viele Jahre Vorsitzender des Bezirksverbandes Südbayern, verstirbt im Alter von 70 Jahren.

Die Beurlaubungsmöglichkeiten nach § 86 a und § 80a BayBG werden ausgeweitet.

Die Abgeordneten Glück, Michl und Dr. Eykmann von der CSU-Fraktion greifen mit einem Dringlichkeitsantrag die Eingaben der bfg zum Nachtragshaushalt 1990 auf. Das Resultat ist eine volle Nachschlüsselung der Stellen des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes und ergibt zusätzliche 807 Beförderungsmöglichkeiten.

Die Personalratswahlen bestätigen die bfg als führende Kraft in der Finanzverwaltung.

Immer weniger konkurrenzfähig erweist sich der öffentliche Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft. Der Dienstherr reagiert auf den dramatischen Anstieg der Beschäftigten, die den Staat verlassen (400 im Bereich der OFD München und 120 im Bereich der OFD Nürnberg), mit der Einführung einer „ergänzenden Zulage“ i.H.v. DM 150,- bis zur Besoldungsgruppe A 10 und einer „Fangprämie“ i.H. v. DM 5000,- bei ledigen bzw. DM 8000,- bei verheirateten Beamten, die ihren Dienst im Ballungsraum München aufnehmen.

Dr. Georg Freiherr von Waldenfels wird neuer Finanzminister und löst Gerold Tandler ab, der es wie so viele in der Finanzverwaltung zu dieser Zeit macht und das Kabinett in Richtung Privatwirtschaft verläßt.

Auch auf gewerkschaftlicher Ebene läuft die Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern an. Die bfg übernimmt als Partner den Aufbau in Sachsen und Thüringen. Die Aufbauarbeit vor Ort übernehmen Dieter Ondracek und Helene Wildfeuer. Es gelingt, bei jedem der neuen Finanzämter im Betreuungsgebiet einen aktiven DSTG-Ortsverband aufzubauen und die DSTG-Landesverbände Sachsen und Thüringen aus der Taufe zu heben. Bei den Personalratswahlen erringt die DSTG weit mehr als 75 % der Stimmen. Dieter Ondracek und Helene Wildfeuer übernehmen in Zusammenarbeit mit dem BiSoWe des Deutschen Beamtenbundes die Schulung der neuen Personalratsmitglieder und führen zahlreiche Seminare durch.

1991

“Wir sind nicht bereit, die Zeche doppelt und dreifach zu bezahlen”

Das Angebot von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble zur Tarifrunde 1991 i.H.v. nur 4,1 % (der Beamtenbund hatte zum Abbau des Rückstandes gegenüber der Privatwirtschaft eine Erhöhung von 10,5% gefordert) sowie die Pläne der Bundesregierung, durch Abstriche bei der Besoldung den Bundeshaushalt zur Finanzierung der Deutschen Einheit in diesem und in den 3 folgenden Jahren um insgesamt 700 Millionen Mark zu entlasten, treibt im Frühjahr 1991 die Finanzbeamten auf die Palme.

Deutlich zu spüren bekommt dies der Bayerische Finanzminister, Freiherr von Waldenfels, bei der Protestkundgebung der bfg im Münchener Hofbräuhaus. Über 1.200 Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten Bayerischen Finanzverwaltung unterstützen lautstark die Forderungen der bfg nach einer Gehaltserhöhung von 10,5 %, einem Abbau des Beförderungsstaus und des Personalfehlbestandes sowie einer durchgreifenden Steuervereinfachung. "Dies ist kein Solidarbeitrag sondern ein einseitiges Sonderopfer der Beamten und eine Manipulation der für die Anpassung von Besoldung und Versorgung maßgeblichen Rechtsgrundsätze. Wir fordern eine volle Übernahme der Tarifabschlüsse auch für den Besoldungsbereich", so Vorsitzender Josef Bugiel zu den Sparplänen der Bundesregierung unter dem lang anhaltendem Beifall der Kundgebungsteilnehmer.

Die Goldesel des Fiskus verlassen ihren Stall

Finanzämter ohne Betriebsprüfer – Millionen gehen verloren

Von Thomas Öchsner

Der Staat spart – und verliert dadurch Millionen Mark. Das liegt an den Betriebsprüfern der Finanzämter – sie sind wahre Goldesel, die immer seltener werden. Wegen Personalnotstand können daher gewitzte Klein- und Mittelbetriebe un-

gehindert Zahlen türken oder – in einseitiger Form – die Steuergesetze zu ihren Gunsten auslegen. Folge: Steuerentnahmen bleiben aus.

Die bayerische Finanzgewerkschaft schätzt, daß ein Betriebsprüfer mit 200 Arbeitstagen rund 20 mittlere Unternehmen im Jahr unter die Lupe nimmt. Pro Betrieb entdecken

sie im Schnitt 100 000 Mark, die dem Staat gehören – macht insgesamt zwei Millionen Mark aus. Auch wenn bei dieser Rechnung wesentlich weniger herauspringen – sollte, für Finanzgewerkschafts-Chef Josef Bugiel steht fest: „Jeder zusätzliche Finanzbeamte finanziert sich selbst und bringt dem Staat ein erhebliches Plus an

Steuereinnahmen.

Die Großbetriebe werden zwar regelmäßig durchleuchtet, doch bei Klein-Firmen klopft der Prüfer im Durchschnitt nur alle 21 Jahre an, bei mittleren Betrieben knapp alle zehn Jahre. 1991 schuf Bayerns Finanzministerium zwar 200 neue Stellen – mehr Betriebsprüfer sind nach Angaben der Ge-

Steuerausfälle wegen fehlender Betriebsprüfer. Auch die Abendzeitung nimmt sich diesem Thema an.

Am Ende des Jahres kann sich die Bilanz der bfg trotzdem sehen lassen:

die Tarifrunde bringt eine Erhöhung um 6%,

der geplante Abschlag von einem Prozentpunkt bei der Besoldungserhöhung kann verhindert werden,

die Stellenplanobergrenzen im Funktionsbereich des mittleren Dienstes



Dicke Luft im Münchner Hofbräuhaus! Josef Bugiel während der Protestkundgebung.

werden zu zwei Dritteln ausgeschöpft (1312 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten),
der Bundestag nimmt in das Besoldungsanpassungsgesetz 1991 eine Verbesserung der Stellenplanobergrenzen des gehobenen Dienstes der Steuerverwaltung auf,
im Doppelhaushalt werden die Planstellen um 129 Stellen erhöht.

Dazu kommt die Verkürzung der Wiederbesetzungssperre auf 3 Monate, eine Anpassung der Wegstreckenentschädigung, eine Ausweitung bei der Ballungsraumzulage sowie Fortschritte bei der Aufgabenverlagerung.

Und was war sonst noch 1991?

Zur Durchsetzung der Forderungen zur Tarifrunde folgen die Datenerfasserinnen beim Zentralfinanzamt München dem Aufruf der bfg zum Warnstreik.

Auch die Neuregelung der Bundesregierung zur Zinsbesteuerung ist nach Ansicht der bfg verfassungswidrig. Vor diesem Hintergrund versucht die bfg mit Flugblattaktionen vor den 110 bayerischen Finanzämtern über die katastrophale Lage in den Finanzämtern zu informieren.

Die Wahl des Hauptpersonalrats muß aufgrund einer Wahlanfechtung aus dem Bereich der Bayerischen Beamtenfachhochschule wiederholt werden. Die bfg erringt 13 von 17 Sitzen.

1992

“Hilfe wir ertrinken in Arbeit”



Seit Jahren warnt die bfg nun vor einer drohenden Funktionsunfähigkeit der Finanzverwaltung. In den letzten 10 Jahren haben sich die Steuerfälle in der Veranlagung fast verdoppelt, während der Personalbestand nur unwesentlich erhöht wurde.

Durch Rationalisierungsmaßnahmen, wie Organisationsänderungen und Einführung von EDV-Verfahren in fast allen Bereichen versucht die Verwaltung der steigenden Arbeitsfallzahlen Herr zu werden. Als selbst dies nicht mehr hilft, erfolgt ein verstärkter Abzug des Personals aus dem Außendienst.

Für die bfg ein vollkommen untaugliches Mittel, die Probleme in den Griff zu bekommen. Bestätigt wird sie in ihrer Haltung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof, der in seinem Jahresbericht feststellt, “daß die sinkende Personalausstattung der Betriebsprüfungsstellen allein durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht mehr aufgefangen werden kann.”

Verschärft wird die Arbeitslage durch die Sonderfaktoren einer beispiellosen Abwanderungswelle, der Zusatzbelastung durch die Verwaltungshilfe beim Aufbau der neuen Bundesländer, die Masseneinsprüche durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die steigende Komplizierung des Steuerrechts.

Um die Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung aufrechtzuerhalten, fordert die bfg eine Personalaufstockung um mindestens 15 % und eine entscheidende Verbesserung der Berufsaussichten in der Finanzverwaltung, um die Abwanderungswelle zu stoppen

Sonderlaufbahn Steuer

Bei der Umsetzung zuletzt genannter Forderung können DSTG und bfg einen bemerkenswerten Erfolg verzeichnen: Bundestag und Bundesrat beschließen eine deutliche Verbesserung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen Dienst.

Damit wird die Laufbahn des gehobenen Dienstes der Steuerverwaltung zur Sonderlaufbahn. Vom stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bayer. Landtag, MdL Ernst Michl, erhält die bfg die Zusage, daß das Finanzministerium so schnell wie möglich die Ermäch-

„Wie gut, wenn die bfg mit Rat und Tat zur Seite stand.“

Zum 50. Jahrestag des Bestehens der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) im Juli dieses Jahres spreche ich meine besten Wünsche aus, die ich mit der Hoffnung auf weiteres erfolgreiches Wirken für die Bediensteten und für unser Gemeinwesen schlechthin verbinde.

Ich erinnere mich gerne an eine jahrelang andauernde gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der bfg und der Leitung der Oberfinanzdirektion Nürnberg in vielen Bereichen. Unvergessen bleibt mir die Unterstützung, die der Verwaltung beim Aufbau einer effektiven Finanz- und Steuerverwaltung in den neuen Bundesländern, namentlich in Sachsen und Thüringen, gewährt wurde. Dabei kam es vor allem darauf an, die richtigen und geeigneten Bediensteten zum Einsatz vor Ort auszuwählen, zu überzeugen und ihre Motivation zu stärken. Wie gut, wenn die bfg hierbei mit Rat und Tat uns zur Seite stand.

Anerkennung sollte der bfg aber auch dafür gezollt werden, daß es ihr unter Aufbietung aller ihrer Kräfte gelang, eine wirkungsvolle Interessenvertretung der Beschäftigten in den neuen Bundesländern einzurichten und aufzubauen.

Das Ergebnis dieser Aktivitäten von Verwaltung und bfg ist allen bekannt. Innerhalb weniger Jahre stand die Finanz- und Steuerverwaltung auf eigenen Beinen und war in der Lage, ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Alle Welt war des Lobes voll über diese hervorragende Leistung des öffentlichen Dienstes zum Wohle unseres Vaterlandes.

Und heute? Heute geht die Gefahr um, so hört und liest man fast täglich, daß die Beamten den Staat auffressen. Um dieses falsche Bild zurechtzurücken und durch Fakten die tatsächlichen Gegebenheiten darzulegen, brauchen wir eine starke Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Gäbe es die bfg noch nicht, so müßte sie sofort gegründet werden. Deshalb auch mein Wunsch zum Jubiläumstag:

Ad multos annos.

Dr. Günter Weihrauch, Oberfinanzpräsident a.D.



Dieter Ondracek ist Vorsitzender des Bezirksverbands Nordbayern von 1984 bis 1996. Auch als Personalrat engagiert sich Ondracek lange Jahre für die Belange der Beschäftigten. Zuerst als Personalratsvorsitzender beim Finanzamt Regensburg, später als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats bei der Oberfinanzdirektion Nürnberg und Mitglied des Hauptpersonalrats. Seit 1995 ist Dieter Ondracek Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

tigung im Haushaltsgesetz 1992 ausschöpfen wird und die daraus sich ergebenden ersten 320 Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Innendienst umgesetzt werden können.

Entsprechend den Forderungen der bfg werden die aus den zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten resultierenden A 12- Beförderungen in erster Linie dem neugeschaffenen A12-Sachbearbeiterbereich zugute kommen.

Bugiel wird als Vorsitzender von Delegiertentag bestätigt

Die nicht mehr zu leugnende drohende Funktionsunfähigkeit der Finanzverwaltung steht auch im Mittelpunkt des im November stattfindenden Delegiertentages in Ingolstadt. Steuerzahlen wird für die bfg immer mehr zum Lotteriespiel.

In seiner Rede zur Öffentlichkeitsveranstaltung nennt der am selben Tag mit großer Mehrheit erstmals auch vom Delegiertentag in seinem Amt bestätigte Bugiel die Gründe, die zu dieser Situation geführt haben: "Bereits nach der Personalbedarfsberechnung des Finanzministeriums ergibt sich ein tatsächlicher Personalfehlbestand von 2856 Beschäftigten. Seit Jahren wandern in Bayern jährlich rund 500 voll ausgebildete Steuerbeamte ab, um sich als Steuerberater selbständig zu machen, bzw. bei Banken, Versicherungen oder in der Industrie lukrativere Aufgaben zu übernehmen".

Und was war sonst noch 1992?

Die Aufgabenverlagerung geht weiter. Insgesamt sollen bis zu 500 Arbeitsplätze aus den Münchner Finanzämtern ausgelagert werden.

Die Laufbahn des einfachen Dienstes erhält die Besoldungsgruppe A 6 als Spitzenamt. Finanzminister von Waldenfels gibt "grünes Licht" für die Schaffung eines Behördenkindergartens für den Finanzämterkomplex in der Deroystraße.

Die Datenerfasserinnen beim ZFA München streiken. Der Streik 1992 ist der längste Streik im öffentlichen Dienst in der Nachkriegsgeschichte.



Die Tarif- und Besoldungsrunde führt erst nach dem längsten Streik des öffentlichen Dienstes in der Nachkriegsgeschichte, an dem sich wiederum die Datenerfasserinnen vom Zentralfinanzamt München beteiligen, zu einem Ergebnis.

Die Vergütungen, Löhne und Bezüge werden ab 1.5. um 5,4 % erhöht. Eine Einmalzahlung von DM 600,- bzw. DM 700,-, eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um DM 200,- sowie die Erhöhung der Anwärterbezüge um DM 150,- sind die weiteren Bestandteile des Abschlusses.

Kassen-K.o. im Zentral-Finanzamt

Streik in der Datenerfassung – Beamte ratlos – täglich geht's um 20 Millionen

ch. München - Das tut Finanzminister Georg von Waldenfels besonders weh: Die Bayerische Finanzgewerkschaft (bfg) im Beamtenbund legte das Münchner Zentralfinanzamt lahm. Täglich 20 Millionen Mark Steuereinnahmen werden nicht verbucht und dadurch dem Zugriff durch den Freistaat bis auf weiteres entzogen.

Erreicht wurde der Kassen-

K.o. durch gestiefte Arbeitsanforderung in der Datenerfassung der Behörde. Nahezu alle 20 Mitarbeiterinnen folgten dem Streikaufruf.

Ein Versuch des Finanzministeriums, den Coup durch den Einsatz von Beamten zu unterlaufen, scheiterte daran, daß sich niemand fand, der die Not-Crew in die Tätigkeit der Datenerfassung einweisen konnte.

Auch der Versuch, Datenerfassungskräfte von anderen Dienststellen abzuholen, blieb ohne Erfolg.

So bleiben durch den Ausfall von nur 20 Datenerfasserinnen die gesamten Steuereinnahmen der Münchner Finanzämter von täglich 20 Millionen Mark ungenutzt auf den Bankkonten der Finanzkasse liegen. Der Streik der Datendamen dauert an.

Der Finanz-Streik bringt jedoch auch den Lohnsteuerzahlern einen Nachteil. Neben der Verbuchung von Steuereinnahmen steht auch die Erfassung der Steuerrückerstattungen beim Lohnsteuerjahresausgleich still. Die Bayerische Finanzgewerkschaft blüht alle Münchner um Verständnis, wenn sich dadurch die Bearbeitung ihrer Anträge zum Teil erheblich verzögert.

„Das tut Finanzminister Georg von Waldenfels weh: Die Bayerische Finanzgewerkschaft legte das Münchner Zentralfinanzamt lahm.“

Der Rest-Ü-Bereich und der G-Bereich werden bei einigen Ämtern versuchsweise zur Allgemeinen Veranlagungsstelle zusammengefaßt. Der bfg gelingt es, daß die Dienstposten im mittleren Dienst der Allgemeinen Veranlagungsstelle bereits während des Versuchs nach A 9 + Z bewertet werden.

1993

Verraten und verkauft ...

... fühlen sich die Financer zusammen mit den anderen Kolleginnen und Kollegen des bayerischen öffentlichen Dienstes angesichts der "Geschenke", die der neue bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber für sie vorgesehen hat. Als die Bayerische Staatsregierung mit einem Federstrich die seit Monaten vorgetragenen Bedenken der Gewerkschaften gegen eine Arbeitszeitverlängerung für Beamte vom Tisch wischt und eine einseitige Arbeitszeitverlängerung für die Bayerischen Beamten auf 40 Wochenstunden beschließt, läuft das Faß für die bayerischen Beamtinnen und Beamten über.

"Euer Gnaden - wir mucken auf!"

Bei einer Protestdemonstration in München machen über 2000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern ihrem Unmut Luft. Öl in das Feuer gießt obendrein Finanzminister von Waldenfels, als er gegenüber der Frankenpost in Hof erklärt, er habe es abgelehnt in München dabei zu sein, weil hier (in Selb - Anm. der Redaktion) Porzelliner um ihre Arbeitsplätze kämpfen und dort Beamte wegen eineinhalb Stunden mehr pro Woche so tun, als gehe die Welt unter."

Starker Tobak für die bfg! Kurz zuvor wurde der Einsatz der Beamtinnen und Beamten für das Gemeinwesen und die beispielhafte Aufbauleistung der Verwaltung in den neuen Bundesländern gelobt und nun zieht der Finanz- und Beamtenminister durchs Land und schürt Vorurteile gegen den öffentlichen Dienst.

Als geistiger Urheber der Arbeitszeitverlängerung wäre es von dem Minister zu erwarten gewesen, daß er seine Idee bei der Protestveranstaltung verteidigt. Denn es geht der bfg nicht, wie es von den Regierenden verniedlichend dargestellt wird, um täglich 18 Minuten mehr Arbeitszeit.

Die Arbeitszeitverkürzung wurde mit 5% Gehaltsverzicht bezahlt, und diese Arbeitszeitverkürzung soll nun kaltschnäuzig wieder weggenommen werden. Bei rund 14 % Einkommensrückstand sowie ständig neuen Eingriffen in die Beihilfe und Altersversorgung bringt dies und die von der Bundesregierung beschlossene Nullrunde (Verschiebung der Besoldungsanpassung um 4 Monate) das Faß zum Überlaufen.

Und was war sonst noch 1993?

Auch in Bonn wird protestiert. Zusammen mit über 4500 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet protestiert die bfg in der Bonner Beethovenhalle gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung.



Mehrere „Busladungen“ mit Demonstrationsteilnehmern aus Bayern auf dem Weg zur Demo in Bonn.

Ministerpräsident Stoiber möchte sparen und der Landtag beschließt gegen die Stimmen der SPD, Grünen und FDP in den nächsten 5 Jahren insgesamt 3000 Stellen zu streichen. Trotz des von der bfg geltend gemachten Personalfehlbestandes von 2856 Stellen, soll die Finanzverwaltung mit 640 Planstellen beteiligt werden.

1994

Diese Auffassung vertritt zumindest Bundesinnenminister Kanther, denn sein Angebot zur Tarifrunde 1994 stellt für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen wahren Horrorkatalog dar: Nullrunde, keine soziale Komponenten, Wegfall der 2 arbeitsfreien Tage, Arbeitszeitverlängerung und Kürzung der Reisekosten.

Wie belastbar sind die Beamten? - "A" bisserl geht noch!"

So schlimm kommt es dann zwar doch nicht und die Tarifpartner einigen sich auf eine Erhöhung der unteren Lohn- und Vergütungsgruppen zum 1.7. um DM 200,- bzw. zum 1.10. der übrigen Lohn- und Vergütungsgruppen. Bei den Beamtinnen und Beamten jedoch glaubt Kanther auf eine Anpassung der Bezüge gleich ganz verzichten zu können. Dies ruft verständlicherweise den geballten Protest des Beamtenbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften hervor. Nicht ohne Erfolg, kann doch ebenso eine Anpassung der Besoldung um 2% erzielt werden, allerdings nur mit einer zeitlichen Abkoppelung vom Tarifbereich um 3 bzw. 4 Monate.

Eingangsamts A 6 für den mittleren Dienst

Angesichts des scharfen Windes, der den Beamten in dieser Zeit ins Gesicht bläst, möchte manch einer die Flinte vorschnell ins Korn werfen. Doch gerade in schlechten Zeiten ist ein Einsatz der Gewerkschaft für die Interessen der Beschäftigten umso wichtiger und es können allen Widerständen zum Trotz bemerkenswerte Erfolge erzielt werden. So gelingt es der DSTG gegen den erheblichen Widerstand des Bundesrats im Besoldungsanpassungsgesetz die Anhebung des Eingangsamtes im mittleren Dienst der Steuerverwaltung von A5 nach A 6 durchzusetzen. Zwar ist diese Regelung vorerst nur auf den Steuerbereich beschränkt, doch zu einem späteren Zeitpunkt kann auch der Bereich des Staatsfinanzdienstes einbezogen werden.



Finanzminister Waldenfels ist längst in die freie Wirtschaft gewechselt. Seine Erfindung, die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, überdauert ihn jedoch.

Und was war sonst noch 1994?

Die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit werden ausgeweitet. U.a. ist Teilzeitbeschäftigung aus familienpolitischen Gründen künftig unbegrenzt möglich und auch die Befristung der Teilzeitbeschäftigung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wird aufgehoben.

Erste Wahl ist die bfg wiederum bei den Personalratswahlen: 13 von 17 Sitzen beim Hauptpersonalrat, 15 von 17 beim BPR München und 11 von 15 beim BPR Nürnberg ist die Erfolgsbilanz bei den Wahlen auf Stufenebene.

1995

Dienstrechtsreform: Sparkonzept statt Reform

Die angespannte Lage der öffentlichen Kassen, die Sicherung des wirtschaftlichen Standortes Deutschland und die Bewahrung der Freiheitsräume der Bürger verlangen nach den Aussagen der Politik eine durchgreifende Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Diesen Aussagen stimmt auch die bfg zu, fordert sie doch seit Jahrzehnten eine Steuervereinfachung und Modernisierung der Finanzverwaltung.

Beitragen genannte Ziele zu erreichen, soll Bundesinnenminister Kanthers Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts und dazu führen, daß "Leistungswille und Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst weiter zunehmen".

Die Schwerpunkte des Gesetzesentwurfes erstrecken sich über Änderungen im Besoldungsrecht (zeitliche Streckung der Stufen, Leistungsstufe, -prämie und -zulage), Dienstrecht (Ernennung auf Probe bei leitenden Funktionen, Erleichterung von Abordnungen und Versetzungen) bis hin zu deutlichen Einschnitten im Versorgungssystem (Anhebung der



Der Landesvorstand zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der DSTG Erhard Geyer beim 13. Steuer-Gewerkschaftstag in Wiesbaden.

Antragsaltersgrenze auf das 63. Lebensjahr, Versorgungsabschlag bereits ab 1998).

Das dies mit dem vorgelegten Gesetz gelingt, ist für die bfg jedoch äußerst zweifelhaft, stellt für sie das Ganze doch eher ein Spar- als ein Reformkonzept dar.

Dieter Ondracek ist neuer DSTG-Bundesvorsitzender

Am 26.11.95 wählen die Delegierten des Bundeshauptvorstandes der DSTG den Vorsitzenden des bfg Bezirksverbandes Nordbayern, Dieter Ondracek, zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Ondracek setzt sich mit 52 zu 38 Stimmen gegen seine Mitbewerberin Anne Schauer vom Landesverband Hessen durch. Er tritt damit die Nachfolge von Erhard Geyer an, der zum Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes gewählt wurde.

Und was war sonst noch 1995?

Das "Wolfratshausen-Syndrom" greift um sich! Etwa 10 Beamte beim Finanzamt Wolfratshausen sind in Verdacht geraten, Steuerpflichtigen mehr erstattet zu haben, als gesetzlich möglich ist. Die bfg stellt von Anfang an klar, daß alles getan werden muß, um den Sachverhalt aufzuklären und die Straftäter zu stellen. Kein Verständnis hat sie jedoch für die Rundumschläge des Finanzministers, der mit Maßnahmen wie dem Belegrückbehalt und der Rotation 20000 korrekte Beschäftigte für das bestraft, was 10 schwarze Schafe angerichtet haben.



Josef Bugiel ist Vorsitzender der bfg seit 1989. Begonnen hat er mit der Gewerkschaftsarbeit 1968 als vfb-Ortsjugendleiter beim Finanzamt München f. Körperschaften. Von 1972 bis 1985 ist er Mitglied der Bundesjugendleitung der Deutschen Beamtenbund-Jugend. Auch auf Personalratsebene ist Josef Bugiel seit vielen Jahren tätig. So ist er seit 1978 Mitglied des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen.



Erwin Huber wird neuer Finanzminister und löst Georg von Waldenfels ab, der nach monatelangen Gerüchten über seine Zukunft, zur VIAG geht.

Ab 1. Oktober werden Teilzeitarbeitszeiten voll als Dienstzeit berücksichtigt und mit dem Doppelhaushalt, der zwar Stellenhebungen bringt, aber trotzdem nur als Sparhaushalt angesehen werden kann, wird die Wiederbesetzungssperre wieder auf 6 Monate verlängert.

Krankheitsbedingt muß die stellvertretende Landesvorsitzende Gertrud Schäffler aus der Landesleitung ausscheiden. In ihre Funktion wird Johanna Markl nachgewählt. Neue Schriftführerin der Landesleitung wird Helene Wildfeuer.

1996

Trotz mehr Arbeit weniger Stellen!

Die unter dem Stichwort "schlanker Staat" verordneten Stelleneinsparungen führen nach Auffassung der bfg im Bereich der Finanzverwaltung dazu, daß den Finanzämtern noch weniger Zeit als bisher für eine gründliche Überprüfung der Steuerfälle zur Verfügung steht. So wäre, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden und sämtliche Steuerfälle nach Recht und Gesetz überprüfen zu können, nicht eine Personalminderung, sondern eine erhebliche Personalmehrung erforderlich.

Finanzminister Huber teilt zwar die Einschätzung der bfg zur Arbeitslage in der Finanzverwaltung, in Anbetracht der finanziellen Situation des Staatshaushaltes sieht er jedoch keine Möglichkeit zu Personalmehrungen. Im Gegenteil: Auch die von der CSU der bfg zugesagte Ausnahme der Steuerverwaltung von den Stellenkürzungen mußte deshalb zurückgenommen werden. Ihr Heil suchen Verwaltung und politische Spitze in einer Entlastung durch organisatorische Maßnahmen sowie einen noch stärkeren Einsatz der EDV.

Viel Kritik und nur verhalten Beifall ...

... erhält Finanzminister Erwin Huber dann auch beim Delegiertentag 96 in Weiden. Bereits bei der Einleitung seiner Rede macht bfg-Landesvorsitzender Bugiel deutlich, daß der Minister keine Schonung erwarten könne. So begrüßt er zwar, daß mit Erwin Huber ein ehemaliger Kollege und damit ein wirklicher Fachmann und Kenner der Finanzverwaltung nun Finanzminister ist, man erwarte aber auch von ihm, daß er nicht nur als Haushalts- und Sparminister zu glauben meine, immer mit gutem Beispiel vorangehen zu müssen, wenn es um Sparmaßnahmen gehe.

Zur Situation des Staatshaushaltes gibt der Vorsitzende dem Minister mit auf den Weg, daß auch die Finanzbeamten wüßten, daß Sparen angesagt sei und ein Finanzminister jede Mark nur einmal ausgeben könne. "Wir wissen aber auch, daß er diese Mark vorher erst einmal einnehmen muß. Bei der Steuerverwaltung zu sparen heißt, am falschen Fleck zu sparen. Jeder zusätzliche Finanzbeamte finanziert sich nicht nur selbst, sondern bringt darüber hinaus dem Staat ein erhebliches Plus an Steuermeinnahmen."

Bugiel fordert deshalb die in großer Zahl anwesenden Politiker auf, die Steuerverwaltung zukünftig von sämtlichen Stelleneinsparungen auszunehmen und zum Abbau des Personalfehlbestandes zusätzliche Planstellen auszuweisen. Als Kapitulation der Steuerverwaltung vor dem Steuerchaos bezeichnet er es, wenn mit der neuen GNOFÄ ab 1. Januar 1997 ein großer Teil der Steuererklärungen überhaupt nicht mehr geprüft werde. Keine Lösung sei es auch, wenn die notwendige Verstärkung der Betriebsprüfung und Steuerfahndung auf Kosten des Innendienstes erfolgen würde.

Mit der überwältigenden Mehrheit von 97,5 % der Stimmen wird Josef Bugiel in seinem Amt bestätigt. Neugewählt werden Helene Wildfeuer als Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern - sie löst Dieter Ondracek ab, der durch seinen Wechsel nach Bonn nicht mehr für den Vorsitz in Nordbayern zur Verfügung steht - sowie Thomas Wagner und Matthias Bauregger als stellvertretende Landesvorsitzende. Zu Ehrenmitgliedern der bfg werden der bisherige Stellvertreter Wolfgang Kunte und das langjährige Landesleitungsmitglied Gerti Schäffler ernannt und der Bezirksverbandstag Nordbayern wählt Dieter Ondracek einstimmig zu seinem Ehrenvorsitzenden.

„Ich bin nicht nur nominell bfg-Mitglied, sondern aus solidarischer Überzeugung.“

Gerne feiere ich mit der Bayerischen Finanzgewerkschaft das Jubiläum anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. Seit meinem ersten Berufstag in der Steuerverwaltung zähle ich zu ihren treuen Mitgliedern. Als ich am 1. September 1963 als blutjunger Steuerschüler meinen Dienst beim Finanzamt Dingolfing antrat, hätte ich es mir allerdings nie träumen lassen, 32 Jahre später auf dem Sessel des Finanzministers zu sitzen. Auch wenn ich inzwischen vom Münchner Odeonsplatz an den Hofgarten umgezogen bin, fühle ich mich weiterhin als „Finanzer“ und bin nicht nur nominell bfg-Mitglied, sondern aus solidarischer Überzeugung.

Wie im Jahr 1963 meine ich auch heute: Finanzbeamter zu sein ist ein ebenso interessanter wie abwechslungsreicher Beruf und eine besondere Herausforderung. Anders als in den Medien oft kolportiert wird, verstehen sich moderne Finanzbeamte als mitdenkende Anbieter einer hochwertigen und kundenorientierten Dienstleistung und zugleich als wachsame Hüter der Staatskasse. Und anders als an manchem Stammisch zu hören ist, finden sie ihre berufliche Erfüllung weder im Entwerfen hochkomplizierter Formulare noch im gnadenlosen Jagen „kleiner“ Steuersünder, sondern möchten engagierte Mittler sein zwischen den abstrakten Normen und Vorschriften und deren konkreter Anwendung im Einzelfall. Dabei müssen sie besondere Verantwortung übernehmen, denn die Bürger erwarten vom demokratischen Rechtsstaat Steuergerechtigkeit, Transparenz im Umgang mit öffentlichen Mitteln und sparsames Wirtschaften. Diese wichtigen Aufgaben wissen wir bei den Berufsbeamten der Finanzverwaltung in vertrauenswürdigen Händen.

Als Finanzminister war es mir stets ein Anliegen, die Arbeitsbedingungen in den bayerischen Finanzämtern zu verbessern und einen engen Kontakt mit den Angehörigen der Finanzverwaltung zu halten. In unseren Finanzämtern arbeiten pflichtbewußte, leistungsbereite und bürgerfreundliche Beamtinnen und Beamte. Ich bin stolz, ihrer Gewerkschaft auch als Ehrenmitglied anzugehören. Meine besten Wünsche begleiten die Arbeit der Bayerischen Finanzgewerkschaft auf dem Weg zur Jahrhundertfeier.

Staatsminister Erwin Huber

Und was war sonst noch 1996?

Die steuerliche Behandlung der Reisekosten wird erheblich verschlechtert. Im gleichen Atemzug führen mehrere Bundesländer die zu zahlenden Reisekosten auf die steuerlichen Sätze zurück. Bayern widersetzt sich dem. Trotzdem führt die Lohnversteuerung des übersteigenden Anteils der Reisekosten zu erheblichen finanziellen Nachteilen der im Außendienst Beschäftigten.

Bayern geht wieder einmal mit "gutem Beispiel" voran und führt die Anhebung der Antragsaltersgrenze vom 62. auf das 63. Lebensjahr bereits zum 1.7.96 ein, während im übrigen Bundesgebiet diese, aus der Dienstrechts- und Versorgungsreform resultierende Verschlechterung erst zum 1.7.97 in Kraft treten wird.

Ansonsten behält die bfg in Bezug auf das Dienstrechtsreformgesetz recht, das im Juni verabschiedet wird und zum 1.1.97 in Kraft treten wird, denn es stellt wirklich lediglich nur eine Sparreform dar. So führt die Neugestaltung der Gehaltstabelle nur in jungen Jahren zu finanziellen Verbesserungen. Deutlich draufzuzahlen haben jedoch die lebensälteren Kollegen, was aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens noch durch die Überleitungszulage ausgeglichen wird.

Die Steuerbeamten des mittleren Dienstes dürfen sich künftig Finanzwirt und Finanzwirtin nennen. Nach zähen Verhandlungen erreicht die DSTG, daß der Bundesrat dem Steuerbeamtenausbildungsgesetz mit der neuen Berufsbezeichnung zustimmt.

Und wieder einmal protestieren die Finanzbeamten in München. 1500 Finanzer unter 6000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Bayern demonstrieren gegen das Sparpaket der Bundesregierung und insbesondere gegen die Lohnfortzahlungskürzung bei Krankheit.



Wieder wird demonstriert. Über 6000 Kolleginnen und Kollegen ziehen mit Transparenten durch die Münchner Innenstadt.

1997

Reform des öffentlichen Dienstes - oder die Kunst mit Sparmaßnahmen zu motivieren

Die Ausweitung der staatlichen Aufgaben in den 70er Jahren besonders in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Rechtspflege oder Umwelt sowie die damit verbundenen finanziellen Probleme zwingen nach Auffassung von Politik und Verwaltung vor dem Hintergrund der Finanzlage des Bundes und der Länder, der Globalisierung der Märkte und des Zusammenwachsens in Europa auch im öffentlichen Dienst zu Konsequenzen.

Als Reaktion auf diese Anforderungen schlugen Bund und Länder mit der Dienstrechtsreform des Bundes und dem 20 Punkte Aktionsprogramm der Staatsregierung einen Weg ein, mit dem zum einen eine Flexibilisierung und eine Motivationsförderung durch eine Stärkung des Leistungsprinzips im öffentlichen Dienstes erreicht werden soll. Zum anderen sollen mit dem Sparpaket der Länder und Bundesinnenminister Kanthers Versorgungsreform Konsolidierungsmaßnahmen zur Entlastung der öffentlichen Haushalte ergriffen werden.

Die Lösung der Anforderungsprofile gerät dabei zur Quadratur des Kreises, läuft es doch in der praktischen Umsetzung auf die Kunst hinaus, mit Sparmaßnahmen zu motivieren. Ziel der bfg in diesem Prozeß ist es deshalb, die Interessen der Beschäftigten von dem Fahrt aufnehmenden Zug nicht überrollen zu lassen.

So gilt es bei der Ausgestaltung und Umsetzung des zum 1.7. in kraft tretenden Dienstrechtsreformgesetz, die Arbeitgeber an ihre vollmundigen Ankündigungen zu erinnern und darauf hinzuwirken, daß nicht nur die haushaltsentlastenden Neuerungen in kraft treten. Hintergrund ist, daß verschiedene Länder den Ausgestaltungsspielraum der Dienstrechtsreform zu ihren Gunsten nutzen und beispielsweise die Einführung der bezügerhöhenden Komponenten, wie der Einführung der Leistungsstu-



fe und -prämie und -zulage auf den Sankt Nimmerleinstag hinauszuschieben beabsichtigen.

Die bfg erreicht jedoch, daß Bayern als erstes Bundesland, die Einführung der Leistungsstufe zum 1.1.98 und der Leistungsprämie und -zulage für das Jahr 1999 beschließt. Positiv anzusehen im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform ist weiter, daß es gelingen konnte, eine Erhöhung des Kinderanteils im Familienzuschlag ab dem 3. Kind zu verwirklichen. Verhindert werden konnte die Einführung der Zwangsteilzeit sowie die Kürzung des Ehegattenanteils im Familienzuschlag, wenn beide Eheleute im öffentlichen Dienst beschäftigt sind.

Weihnachtsgeld bleibt

Verhindert werden kann auch eine Reihe von Spareingriffen, die die Bundesländer im Zusammenhang mit Kanthers Versorgungsreform nachlegen. So ist für DBB, BBB, DSTG und bfg auf der Habenseite zu verbuchen, daß die Sparvorschläge zur Absenkung der Eingangsbesoldung, der Kürzung des Weihnachtsgeldes, der Anrechnung des Einkommens des Ehegatten auf den Familienzuschlag, die Kürzung des Weihnachtsgeldes bei Krankheitstagen und eine Beihilfe vom nur noch 1,8 fachen des Gebührensatzes verhindert werden können.

Und was war sonst noch 1997?

Unter dem Motto „Der Weg ist das Ziel“ läuft der Leitbildprozeß an, als Ausfluß aus dem 20 Punkte-Aktionsprogramm der Staatsregierung zur Verwaltungsreform. Die bfg fordert ihre Personalräte und Mitglieder auf, Kritik und Verbesserungsvorschläge zur Situation am Arbeitsplatz in den Diskussionsprozeß einzubringen.

Teile von UNIFA, dem neuen EDV-System für die bayerischen Finanzämter, das zukünftig TRANSDATA ablösen soll, werden in ersten Finanzämtern erprobt.

Bayern will sich nicht mit der Anhebung der Antragsaltersgrenze auf das 63. Lebensjahr begnügen und versucht in der Praxis keine Anträge auf vorzeitigen Ruhestand vor dem 64. Lebensjahr zu genehmigen.

Lange gekämpft und am Ende erfolgreich gewesen ist die bfg bei ihrer Forderung nach dem Verwendungsaufstieg. Mit tatkräftiger Unterstützung des Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayer. Landtag, Dr. Walter Eykmann, werden mit dem Doppelhaushalt 97/98 125 Stellen für den Verwendungsaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst geschaffen.

Die Einstellungszahlen sinken immer weiter. Anfangs der neunziger Jahre werden ca. 1000 Nachwuchskräfte eingestellt. 1997 sind es gerade mal noch 200. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern kommt Bayern der Forderung der bfg nach, daß alle Auszubildenden der Bayerischen

Noch nicht fünfzig, aber langsam aus den Kinderschuhen raus! - VFB/bfg-Jugend (1963 - 1999)

Manche wissen es vielleicht nicht, aber es hat ein paar Jahre gedauert bis sie offiziell da war - die VFB/bfg-Jugend! Darum ist es für uns auch erst in 14 Jahre so weit, daß wir unseren 50. Geburtstag feiern können. Nichts desto trotz möchten wir der bfg herzlich gratulieren und uns im Rahmen des Jubiläums der „Alten“ zu Wort melden.

Es ist nicht so, daß in den 14 Jahren in denen es uns nicht gab, keine Jugend im VFB organisiert war. In den Bezirken gab es bereits Jugendleitungen und auch auf DBB und DSTG-Ebene arbeitete man kräftig im Jugendbereich mit. Da lag die Entscheidung, eine VFB-Jugend zu gründen, um die Arbeit auf Landesebene zu intensivieren und zu koordinieren, nahe. Aus diesem Grund wurde am 04.05.1963 in Regensburg der ersten Landesjugendtag eröffnet und die VFB-Jugend mit der Wahl einer Landesjugendleitung geschaffen.

Die Gründer sind durchaus nicht unbekannt und haben ihren Weg auch außerhalb der Jugend beschritten: Dieter Kattenbeck (erster Landesjugendleiter und Ehrenvorsitzender), Ernst Hofmann, Wolfgang Kunte und Volker Habicht. Aber auch viele andere haben ihre Arbeit für den VFB, bzw. die bfg in der Jugend begonnen und als Ortsvorsitzende, Mitglieder der Bezirks- und Landesleitungen, des Landesvorstandes oder sogar in der DSTG oder dem DBB fortgeführt. Vielleicht liegt darin der Grund, warum die Jugendarbeit im VFB und der bfg stets gefördert, unterstützt und anerkannt worden ist.

Die VFB/bfg-Jugend hat es sich seit jeher zur Aufgabe gemacht, den jungen Beamtinnen und Beamten Sinn und Zweck einer starken Gemeinschaft, wie es die VFB/bfg-Jugend ist, zu verdeutlichen und diesem Sinn und Zweck auch gerecht zu werden. Es ist wichtig, jemanden zu haben, der für einen beim Ausbildungsleiter, der Schulleitung, der OFD, dem Ministerium oder bei Politikern eintritt und sich für die Rechte der jungen Beschäftigten einsetzt.

Seit der Gründung der VFB/bfg-Jugend ist einiges für die jungen Beschäftigten erreicht worden:

- *Fachhochschulausbildung für den gehobenen Dienst*
- *Verankerung des Eingangsamtes A 10 für den gehobenen Dienst im Besoldungsgesetz (wenngleich inzwischen ausgesetzt)*
- *Schaffung von Stufenjugend- und Auszubildendenvertretungen*
- *Neuordnung der Ausbildung des mittleren Dienstes*
- *Bau der Landesfinanzschule in Ansbach*
- *Diplomierung*

- *Eingangssamt A 6 im mittleren Dienst*
- *Berufsbezeichnung Finanzwirt/in für den mittleren Dienst*
- *Ballungsraumzulage für Anwärter des gehobenen Dienstes während der Studierzeit in Herrsching*
- *dienstfreier Tag nach der Laufbahnprüfung*
- *Wegfall der 6. Unterrichtsstunde bei Lehrgängen am Freitag*

Sicherlich war es auch früher nicht leicht, dies alles zu erreichen, aber vorallem in Zeiten leerer Kassen, die wir unumstritten haben, wird es immer schwieriger seine Ziele zu erreichen. Oftmals hat man alle Hände voll damit zu tun, Verschlechterungen abzuwehren und dafür zu kämpfen, daß alles so bleibt wie es ist.

Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation sind die Alternativen in der freien Wirtschaft gering, die Risiken hingegen groß. Da ist man froh, wenn alle Anwärterinnen und Anwärter - auch wenn es derzeit nicht gerade viele sind - nach der Ausbildung in Vollzeitbeschäftigung im Beamtenverhältnis übernommen werden, was in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern nach wie vor durch die Übernahmegarantie gewährleistet ist. Forderungen nach Verbesserungen im Bereich der Ausbildung und nach Erhöhung der Einstellungszahlen werden zwar gestellt, fallen aber häufig mit dem Argument der Haushaltslöcher und des sicheren Arbeitsplatzes unter den Tisch der Politiker.

Die geringen Einstellungszahlen machen natürlich auch der bfg-Jugend zu schaffen. Es werden nicht mal soviel Anwärterinnen und Anwärter eingestellt, wie uns Mitglieder durch Vollendung des 30. Lebensjahres nach oben hin aus der bfg-Jugend entschwinden. Trotzdem ist die bfg-Jugend nach wie vor wichtig. Neben der inhaltlichen Arbeit ist es ganz entscheidend, den jungen AnwärterInnen und Anwärtern, die vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben von Zuhause fort sind, an den Lehrgangsorten Unterstützung anzubieten und ihnen behilflich zu sein, Kontakte zu knüpfen und Freunde zu gewinnen. Nicht zu unterschätzen waren hierbei immer die Veranstaltungen der VFB/bfg-Jugend in Herrsching und Ansbach und nicht zu vergessen an den ausgelagerten Lehrgangsorten Velburg, Cham und Bad Windsheim. Disco-Abende, Film-Vorstellungen und Diskussionsveranstaltungen sind noch immer gern gesehene Abwechslungen im Lehrgangsalldag.

Auch die im Juni 1990 erstmalig erschienene Zeitschrift der bfg-Jugend SPRINT wird von den jungen (und alten) Beschäftigten gern gelesen. Auch wenn sich das Aussehen in den Jahren mehrmals geändert hat, um schließlich vom 6-seitigen, maschinengeschriebenen und schwarz-weiß handkopierten SPRINT zum 20-seitigen, computererstellten und zum Teil farbig gedruckten SPRINT zu kommen, ist doch eines gleich geblieben. Immer noch bemüht sich der SPRINT, (nicht nur) Jugend-Themen kritisch unter die Lupe zu nehmen und das Privileg der Jugend zu nutzen, auch mal etwas frecher seine Meinung zu äußern.

Abschließend möchte ich als amtierende Landesjugendleiterin dem VFB, bzw. der bfg stellvertretend für all meine Vorgänger und die gesamte VFB/bfg-Jugend für die Unterstützung in den vergangenen Jahren danken. Das selbständige Arbeiten, das uns ermöglicht wird, ist für mich Zeichen des großen Vertrauens, daß in die VFB/bfg-Jugend und die Personen, die dahinter stecken, gesetzt wird. Trotzdem ist und war es immer selbstverständlich, der VFB/bfg-Jugend mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und uns Hilfe anzubieten, wann immer wir sie wollten oder brauchten. Mit der Hoffnung, daß sich daran auch in den nächsten 50 Jahren nichts ändern wird, wünsche ich der bfg weiterhin viel Erfolg und tue dies in Hinblick auf die vielen Dienstjahre, die ich und die anderen Mitglieder der bfg-Jugend noch vor sich haben, nicht uneigennützig.

Nicole Kittlaus
Landesjugendleiterin

Finanzverwaltung auch zukünftig nach bestandener Prüfung übernommen werden.

Neue Organisationsformen werden in allen Bereichen der Finanzämter erprobt. Vollstreckung und Körperschaftssteuer sind die nächsten Bereiche, die eine Umorganisation mit dem Ziel der Abschichtung verschiedener Tätigkeiten vom gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst pilotieren.

1998

“Goldene Zeiten” für Steuerbetrüger

Im Frühjahr 1998 sieht die bfg “Goldene Zeiten” für Steuerbetrüger kommen. Hintergrund ist der Vorschlag, fast 1000 Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte einzusparen. Der Vorschlag zur Streichung dieser Stellen ist das Ergebnis einer Organisationsuntersuchung durch die Firma Arthur Andersen Management Beratung, die im Auftrag des Finanzministers die Finanzämter durchleuchtet hat.

Goldene Zeiten für Steuer-Betrüger

1000 Finanzbeamte sollen weg

Verheerende Folgen für Steuermoral befürchtet

Stellenabbau in Finanzämtern

Finanzbehörden: Bayern will 1000 Stellen streichen

aradies für Steuerbetrüger?

GLÄSNER GELDBEUT

28. FEBRUAR 1998

Der Finanzminister will 1000 Stellen streichen. Die bfg geht an die Presse und kann sich über ein mangelndes Echo nicht beklagen.

Gegenüber Finanzminister Erwin Huber macht die bfg deutlich, daß das Geld für die Organisationsuntersuchung zum Fenster hinausgeworfen wurde. Josef Bugiel kritisiert vor allem, daß das errechnete Einsparungspotential politisch vorgegeben war und nicht das Ergebnis einer neutralen Untersuchung ist. Statt neue Vorschläge über eine Optimierung der Arbeit in den Finanzämtern zu machen, greift die Beraterfirma nur längst von der Verwaltung geplante oder bereits eingeleitete Organisationsänderungen bzw. EDV-Verfahren auf und errechnet daraus utopische Zahlen.

Für die bfg bedeuten die vorgeschlagenen Personalminderungen in der Konsequenz, daß künftig die Angaben der Steuerpflichtigen praktisch ungeprüft übernommen und Steuererklärungen nur noch abgeschrieben werden können.

Versorgungsreformgesetz wird verabschiedet

Das Versorgungsreformgesetz wird vom Bundestag verabschiedet. Neben der Bildung einer Versorgungsrücklage sieht es u.a. eine Verlängerung der Wartefrist aus dem letzten Amt und eine Absenkung der Anwärterbezüge vor. Es wird von der bfg als unsozial und unausgewogen bewertet. "Hier geht es letztendlich nur darum, eine einseitige und dauerhafte 3%ige Gehaltskürzung zu Lasten der Beamtinnen und Beamte zu realisieren".

Teile der Versorgungsreform, wie der Versorgungsabschlag bei Dienstunfähigkeit und Schwerbehinderung werden zu einem späteren Zeitpunkt durch die neue Bundesregierung wieder ausgesetzt.

bfg und Personalrat gehören zusammen

Die Personalratswahlen bestätigen die bfg als führende Kraft der Vertretung der Beschäftigten in der Finanzverwaltung. Insbesondere bei den Wahlen zum Bezirkspersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Nürnberg kann die bfg ihre Position weiter ausbauen und es gelingt ihr, erstmals beide Arbeitersitze zu erringen.

Und was war sonst noch 1998?

Der Fortbildung kommt eine immer größere Bedeutung zu. Auch durch die Leitbilddiskussion sieht sich die bfg in ihren Forderungen bestätigt, die Fortbildung der Beschäftigten deutlich zu optimieren. Sie erarbeitet ein Eckpunktepapier für eine Neukonzeption der Fortbildung in der Bayerischen Finanzverwaltung.

Erst mit der siebten Verhandlungsrunde findet bei den Tarifverhandlungen eine Einigung auf der Basis eines Schlichterspruchs statt. Das Ergebnis von einer Anhebung der Vergütungen und Löhne von 1,5 % wird auch auf den Tarifbereich übernommen. Positiv bewertet wird insbesondere, daß die beabsichtigten Eingriffe bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abgewehrt werden können.

Nachdem im Bereich der OFD Nürnberg über 600 Kolleginnen und Kollegen auf eine Beförderung nach A 8 warten, werden nun auch die A 7 und A 10 Stellen knapp.

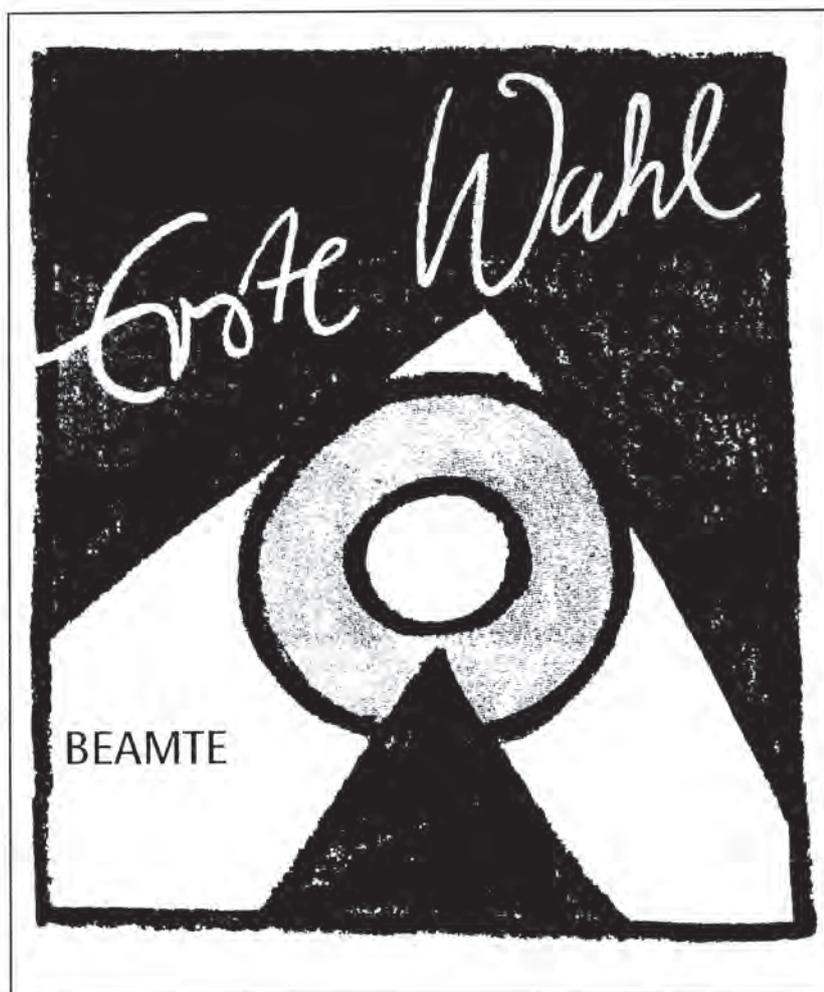
Die bfg macht mit Petitionen im Vorfeld der Haushaltsberatungen deutlich, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Um die größten Probleme zu lösen, werden auf Druck der bfg die Beförderungen nach A 7 und A 10 über eine Stellenausleihe sichergestellt.

Die Vorsitzende des Bezirksverbandes Nordbayern, Helene Wildfeuer, die als Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung seit Jahren erfolgreich für die Interessen der weiblichen Beschäftigten in der Steuerverwaltung eintritt, wird zur neuen Vorsitzenden der Bundesfrauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes gewählt.

Ministerpräsident Stoiber holt Erwin Huber in die Staatskanzlei zurück. Neuer Finanzminister wird Prof. Dr. Kurt Faltlhauser.



Den Vorsitz des Bezirksverbandes Nordbayern hat Helene Wildfeuer seit 1996 inne. Daneben engagiert sie sich seit Jahren an herausgehobener Position für die Belange der Frauen im öffentlichen Dienst. So ist sie von 1989 bis 1999 Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung und seit 1998 auch Vorsitzende der DBB-Bundesfrauenvertretung. Darüber hinaus ist Helene Wildfeuer seit 1995 Vorsitzende des Bezirkspersonalrats bei der OFD Nürnberg.



Erste Wahl seit 5 Jahrzehnten ist die bfg bei den Personalratswahlen. Das nebenstehende Bild zeigt das Wahl-Logo des Jahres 1998.

1999

**“Mit motiviertem Personal
die Finanzverwaltung
reformieren”**

Seit Anfang der 90er Jahre arbeitet das Finanzministerium an der Reform der Finanzämter. Das Reformvorhaben in der Finanzverwaltung ist Bestandteil der Verwaltungsreform der Bayerischen Staatsregierung und hat als Zielsetzung einen drastischen Aufgabenabbau, eine deutliche Straffung und Kürzung von Verwaltungsverfahren und Organisationsabläufen und eine weitere Verbesserung der Motivation der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Erreicht werden sollen diese Zielsetzungen zum einen durch die bereits eingeleitete Reform des Dienstrechts und zum anderen durch einen verstärkten Einsatz der EDV sowie weitreichender Organisationsänderungen.

Weiterer Bestandteil der Verwaltungsreform ist die Absicht, im Staatshaushalt einen Stellenabbau von insgesamt 12.000 Stellen in der Bayerischen Verwaltung bis zum Jahr 2007 vorzunehmen. Nach dem 20-Punkte-Programm der Staatsregierung zur Verwaltungsreform in Bayern sind deshalb 10% der Stellen in der Verwaltungen abzubauen. Ausgenommen von diesem Beschluß sind lediglich die Bereiche des Inneren (Polizei) und Kultus (Lehrer). Die Finanzämter werden mit 5% der Planstellen einbezogen. Dies bedeutet, daß bis zum Jahre 2007 insgesamt 866 Stellen abzubauen sind.

Orientieren soll sich dieser Stellenabbau in erster Linie an den Ergebnissen der Organisationsuntersuchung der Firma Arthur Andersen, die 1998 die Finanzämter “durchleuchtet” hatte und zu dem für die bfg wenig nachvollziehbaren Ergebnis kam, daß in der Finanzverwaltung 960 Stellen eingespart werden können. Die Realisierung der Einsparpotentiale soll über eine Neugestaltung der Organisation bzw. die Einführung neuer oder



Der bfg-Landesvorstand im Jubiläumsjahr.



Die bfg-Landesleitung: Wagner, Bauregger, Kittlaus, Friemel, Walter, Ruß, Hofmann, Markl, Wildfeuer, Schneider, Bugiel.

den Ausbau bestehender EDV-Verfahren erreicht werden. Die von der Fa. Arthur Andersen hierzu vorgeschlagenen Verfahren stammen jedoch alle von der Finanzverwaltung selbst, die diese als eigene Projekte entwickelt bzw. bereits erprobt.

Die bfg hatte auf die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung mit der Forderung nach einem Gesamtkonzept reagiert, in dem die vorgesehenen Maßnahmen, die zeitlichen Planungen und die personellen Auswirkungen zusammengefaßt werden müssen.

Im April 99 legt Finanzminister Faltlhauser dieses eingeforderte Konzept vor und die bfg macht eine Reihe von Grundsatzpositionen hierzu deutlich. Insbesondere stellt sie klar, daß Rationalisierungseffekte nicht



Die bfg-Bezirksleitung Südbayern: Dick, Scholz, Schneider, Drexl und Ruß (es fehlt G. Winkler).

zu Personalkürzungen führen dürfen, sondern zu Umschichtungen in andere Bereiche (z.B. Außendienste) und zur Intensivierung der Prüfungstätigkeit im Innendienst zu verwenden sind. Die Personalumschichtungen dürfen für die bfg jedoch erst dann realisiert werden, wenn alle EDV-Anwendungen fehlerfrei laufen und die Beschäftigten nach ausreichenden Schulungen und angemessener Einarbeitung damit arbeiten können.

1500 zusätzliche Beförderungen im Doppelhaushalt

1999 ist auch das Jahr in dem ein neuer Doppelhaushalt aufgestellt wird. Die bfg verkennt zwar nicht den Zwang zum Sparen, doch bei der Finanzverwaltung zu sparen, heißt für sie am falschen Fleck zu sparen. Ist doch nicht nur aus Gründen der Steuergerechtigkeit eine funktionsfähige Steuerverwaltung dringend notwendig, sondern auch gerade deshalb, weil die Steuerverwaltung den Finanzbedarf des Staates sicherstellt.

Die Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung läßt sich jedoch nur mit motiviertem und engagiertem Personal aufrecht erhalten. Der wichtigste Leistungsanreiz ist dabei für die bfg die Aussicht auf ein angemessenes berufliches Fortkommen. Die bfg fordert deshalb bei den Beratungen zur Aufstellung des Doppelhaushalts die Versprechungen der Staatsregierung ein, wonach Leistung sich lohnen müsse.

Auch die Basis der bfg untermauert diese Forderungen mit zahlreichen Petitionen zur Beförderungssituation in der Finanzverwaltung. Auch wenn nach Auffassung der bfg zur Stärkung des Leistungsgedankens und für eine funktionsgerechte Bezahlung eine volle Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen notwendig wäre, wird der hartnäckige Einsatz der bfg durch über 1.500 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten belohnt werden.



*Die bfg-Bezirksleitung Nordbayern:
Albeck, Werwein, Wildfeuer, Geißler,
Meyer und Wacker.*

Erfreut zeigt sich die bfg auch über die Aufstockung der Fortbildungsmittel. Damit wird einem jahrelangen Anliegen der Bayerischen Finanzgewerkschaft endlich Rechnung getragen. Ob allerdings die nun ausgebrachten Fortbildungsmittel tatsächlich ausreichen werden, um den erforderlichen Fortbildungsbedarf abzudecken, ist für die bfg trotzdem sehr zweifelhaft.

Was hat 1999 bereits gebracht und was wird das Jahr voraussichtlich noch bringen?

Zum 1.1.99 treten die neuen materiellen Beurteilungsrichtlinien in kraft. Die 1998 zurückgestellte Beurteilung des einfachen und höheren Dienstes kann nun nachgeholt werden. Einher geht mit der Novellierung des Beurteilungssystems ein Personalentwicklungskonzept und die Änderung der Beförderungsgrundsätze.

Die neue Bundesregierung will mit ihrer "Steuerreform" für Steuergerechtigkeit sorgen und gleichzeitig die seit 40 Jahren angekündigte durchgreifende Steuervereinfachung verwirklichen. Dieter Ondracek, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, hält die Steuerreform lediglich für mittelmäßig gelungen. Könnte man Noten verteilen, würde er sagen: Gerechtigkeit - Note 3; Steuervereinfachung - Note 6; und ansonsten noch einen Haufen Vierer". Für Chaos in den Finanzämtern sorgt jedenfalls ab 1.4. das neue "630-Mark-Gesetz".

Die Tarifrunde wird mit 3,1% mehr für die Tarifbeschäftigten abgeschlossen. Die Anpassung der Bezüge der Beamten erfolgt mit 2,9 % und einer 2monatigen Verzögerung, mit der die Gegenfinanzierung des Verfassungsgerichtsurteils zur angemessenen Alimentation kinderreicher Familien erfolgen soll.

Mit dem Inkrafttreten des 15. Änderungsgesetzes werden auch die Beamtinnen und Beamten in Bayern die Möglichkeit der Altersteilzeit in Anspruch nehmen können.

Als Josef Bugiel uns fragte, ob wir Interesse hätten, die Festschrift für das 50. Jubiläum der bfg zu erstellen, haben wir spontan zugesagt. Zurückblickend müssen wir einräumen, daß wir damals nicht gewußt haben, was auf uns zukommt. Wir konnten feststellen, daß wir mit der nun 50jährigen Geschichte ein ganzes Buch hätten füllen können.

Trotz dieser Fülle und Bandbreite haben wir versucht, die Geschichte der bfg möglichst kurz und informativ Jahr für Jahr zu Papier zu bringen. Bei den umfangreichen Arbeiten haben wir darauf geachtet, die Schwerpunkte der Arbeit der Finanzgewerkschaft herauszufiltern, aber auch die gesamte Bandbreite der vielfältigen Bemühungen darzustellen. Durch die Fülle von Papier und Aufzeichnungen mag es sein, daß vielleicht nicht alle notwendigen Punkte dargestellt wurden oder Einzelheiten verkürzt wiedergegeben sind. Auch die Auswahl von Themen und Darstellung unterliegen durchaus subjektiven Empfindungen. Wir bitten daher den interessierten Leser, dies bei seinem Urteil mit einzubeziehen. Die Sprache, die in die Zusammenstellung aus der damaligen Zeit mit übernommen wurde, soll die Wandlung erkennen lassen und widerspiegeln. Die Einbeziehung von allgemeinen oder gesellschaftspolitischen Ereignissen soll die Zeit erkennen lassen, in der sich der Leser gerade befindet.

Dank sagen möchten wir insbesondere den Autoren der einzelnen Kurzbeiträge. In die nun gedruckt vorliegende Geschichte der bfg wurden ca. 150 Stunden sehr interessanter Arbeit investiert. Die Leserinnen und Leser mögen bei der Lektüre beurteilen, ob die Arbeit sich gelohnt hat.

Matthias Bauregger und Thomas Wagner

im Frühjahr 1999

Die Jahre 2000 bis 2014

von Josef Bugiel

Das restliche Jahr 1999

50 Jahre Bayerische Finanzgewerkschaft

Das gewerkschaftspolitisch herausragende Ereignis ist der Festakt zum 50-jährigem Jubiläum der bfg-Gründung am 1. Juli 1999 im Münchener Künstlerhaus am Lenbachplatz. In seiner Ansprache geht der Landesvorsitzende Josef Bugiel noch einmal auf die Gründungsphase und die weitere Entwicklung der bfg ein, die ausführlich in der zum 50. Jubiläum aufgelegten Chronik nachzulesen ist. Den Festvortrag hält der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber. Er weist darauf hin, dass die bfg dieses Jubiläum in dem Bewusstsein feiern könne, ein bedeutender Berufsverband und ein gewichtiger Gesprächspartner der Staatsregierung zu sein. Der Stellenwert der bfg wird durch eine Vielzahl von Ehrengästen deutlich.

Das Maß ist voll! Über 1.000 bfg-Mitglieder protestieren in Berlin gegen die Sparpläne der Bundesregierung

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger für die nächsten beiden Jahre auf die Inflationsrate zu begrenzen, wird die Grenze des Zumutbaren überschritten, denn damit wird der gesetzliche Anspruch auf Teilhabe der Beamtinnen und Beamten am allgemeinen wirtschaftlichen Zuwachs und der Verbesserung der Einkommen in Deutschland ignoriert. Für den 19. Oktober 1999 ruft der Deutsche Beamtenbund zu einer großen Protestveranstaltung in Berlin auf. Dem Aufruf folgen insgesamt an die 40.000 Kolleginnen und Kollegen. Auch über 1.000 Mitglieder der bfg schließen sich dem Protestzug gegen die ständigen Einsparungen beim öffentlichen Dienst an.

Was war sonst noch im Jahr 1999?

Die bfg erkennt frühzeitig den Trend zum Internet und präsentiert sich mit einer eigenen Internetseite unter www.finanzgewerkschaft.de.

Beim 14. Steuer-Gewerkschaftstag in Lübeck wird Dieter Ondracek mit einer überwältigenden Mehrheit als DSTG-Bundesvorsitzender bestätigt.

Seit dem Jahr 1999 ist die bfg mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten.

Bayerische Finanzgewerkschaft		
Informationen	18.02.1999	Beitrag ist mit dem dreizehnten Personalrat nicht machbar
aktuelle Nachrichten	18.02.1999	Personalarbeitsrat spricht sich für Aufbaubemühung aus
Presseinfos	18.02.1999	Schulweise Tarifvertrag?
Organisations	18.02.1999	Termin für Sachverhalte 2000 stehen fest
aktuelle	18.02.1999	DSTG fordert A-Prozent
aktuelle Nachrichten	18.02.1999	Info über die über die Protestveranstaltungen des Deutschen Beamtenbundes
Landesverband	18.02.1999	Gewerkschaftsrat Abschl. von Steuererlassen, Steuerbefreiungen und Einzahlungsbeiträgen (Pensionsvorsorge der bfg)
Mitgliedsrat	18.02.1999	Reform der Finanzämter, Anwalt nach Jährl.
Gruppenebene	18.02.1999	Grundlagenarbeiten zur bfg
Tagung	18.02.1999	Steuerbefreiung der Beauftragten
aktuelle Nachrichten	18.02.1999	Anpassung Beamteneinkommens 1999
Landesverband	18.02.1999	Aktienfonds für Beamte
Gruppenebene	18.02.1999	Wahlverfahren der bfg
aktuelle Nachrichten	18.02.1999	Einleitung der bfg zum Jahr 1999/2000
Landesverband	18.02.1999	Stellenbefreiungen in DSTG 1999/2000
Gruppenebene	18.02.1999	Landesversammlung der Finanzämter

2000

18. bfg-Delegiertentag in Neu-Ulm „Der Mensch im Mittelpunkt“

Der bfg-Delegiertentag 2000 unter dem Motto „Der Mensch im Mittelpunkt“ beschäftigt sich mit den aktuellen Themen, die in fünf Entschlüssen des Landesvorstandes formuliert und einstimmig angenommen werden:

- Keine Nullrunde 2000 für Beamte und Pensionäre
- Einheitliche Besoldungsstruktur muss gewahrt bleiben
- Personalfehlbestand abbauen
- Reform der Altersversorgung darf nicht einseitig erfolgen
- Leistung muss sich lohnen

Finanzminister Faltlhauser verspricht, sich im Bundesrat für die berechtigten Anliegen der Beamten einzusetzen.

Neu in die Landesleitung gewählt werden Christoph Meier für den auscheidenden Schatzmeister Ernst Hofmann und Peter Stumpf als Justiziar für Rainer Friemel, der ebenfalls nicht mehr kandidierte.

Streit über die Umsetzung der Organisationsuntersuchung Arthur Andersen

Die von der bfg massiv kritisierte Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung mit dem Ziel eines Personalabbaus von insgesamt 866 Stellen führt zu einem offenen Konflikt mit dem Finanzministerium. Die Auseinandersetzung eskaliert dahingehend, dass in einem Schreiben des Finanzministeriums an die bfg unsere Darstellung als unzutreffend kritisiert wird.

Stellenhebungen gefordert, Rotationsprinzip kritisiert, Telearbeit zugestimmt

In einem Brief an Finanzminister Faltlhauser fordert die bfg für den Doppelhaushalt 2001/2002 die Stellenplanobergrenzen in vollem Umfang auszuschöpfen, um damit die Beförderungsmöglichkeiten zu verbessern.



Die beiden Ausschussvorsitzenden MdL Dr. Walter Eykmann und Manfred Ach sind über viele Jahre hinweg wichtige Ansprechpartner für bfg-Vorsitzenden Josef Bugiel und die bfg.

In einem Gespräch mit dem Finanzministerium bekräftigt die bfg ihre Kritik an dem mit dem Personalentwicklungskonzept neu eingeführten Rotationssystem. Dieses führe zu einem großen Verlust an steuerlichem Know-how und damit zu einem Qualitätsverlust der Steuerverwaltung insgesamt.

Nach der Zustimmung von bfg und HPR entscheidet das Finanzministerium, in verschiedenen Arbeitsbereichen der Steuerverwaltung einen Machbarkeitsversuch zur Telearbeit durchzuführen.

In einem Schreiben an den Finanzminister Faltlhauser begrüßt die bfg dessen Aussage, er wolle an den bisherigen sechs Standorten der Bezirksfinanzdirektionen sowie an den Außenstellen festhalten. Die bfg erklärt gleichzeitig ihre Bereitschaft, an den von der Beraterfirma BSL vorgeschlagenen Organisationsänderungen im Bereich der Bezirksfinanzdirektionen mitzuarbeiten.

Der Bayerische Landtag bringt die vom Finanzminister vorgesehene Streichung der Ballungsraumzulage ab 1.1.2001 zu Fall. Die bfg hatte sich ganz entschieden für eine Beibehaltung der Zulage ausgesprochen.

Der Bundesrechnungshof (BRH) kritisiert in seinem Jahresbericht die Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe durch Umsatzsteuerbetrug und stellt fest: „Kontrollmaßnahmen scheitern häufig an der mangelnden Personalausstattung der Ermittlungsbehörden“.

Was war sonst noch im Jahr 2000?

Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser überreichte am 7. April 2000 an den bfg-Landesvorsitzenden Josef Bugiel das Bundesverdienstkreuz am Bande. Dieser bedankte sich für die Auszeichnung und erklärte, diese gerne stellvertretend für alle bei der bfg ehrenamtlich engagierte Kolleginnen und Kollegen anzunehmen.



Die Landesleitung zusammen mit dem Finanzminister (v. l.): Johanna Markl, Helene Wildfeuer, Josef Bugiel, Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Peter Stumpf, Nicole Kittlaus, Siegfried Schneider, Matthias Bauregger und Thomas Wagner.

Der Ehrenvorsitzende der bfg, Senator a.D. Wolfgang Zimmermann, ist am 9. Juli 2000 im Alter von 90 Jahren verstorben. Zimmermann war von 1962 bis 1973 Vorsitzender des Vereins der Finanzbeamten.

Nach dem Scheitern der bis dahin bestehenden Zusammenarbeit mit der BBS, die immer stärker versucht, Einzelinteressen zu vertreten, gründet die bfg am 27. Juni 2000 eine eigene Fachgruppe für den höheren Dienst, den Arbeitskreis Steuerjuristen (ASt). Zum ersten Vorsitzenden wird Peter Stumpf berufen.

Auf dem Landesjugendtag in Ansbach wird Nicole Kittlaus als Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt, ebenso Birgit Fuchs als Schatzmeisterin und Sigrid Tiefenthaler als stellvertretende Vorsitzende. Als weitere Stellvertreter wurden Michael Kubiak und Astrid Meyer gewählt.

Das 25. DSTG-Deutschlandturnier findet in Augsburg statt. Bei herrlichem Wetter begrüßen die Moderatoren der Eröffnungsfeier Josef Dick und Johanna Markl stellvertretend für das Orga-Team des Finanzamts Augsburg-Stadt die über 1.200 Sportler und die zahlreichen Gäste aus den 16 Bundesländern. Die Kinder der benachbarten Fröbelschule bilden mit 2.000 weiß-blauen Luftballons die Zahl 25 auf der Aschenbahn. Dem Anstoß durch Schirmherrn Finanzminister Kurt Falthäuser und Fußball-Idol Helmut Haller folgt ein deutschlandweit viel gelobtes Turnier.

Die von Bundeskanzler Schröder trickreich durchgesetzte „große“ Steuerreform bringt große Entlastungen für die Kapitalgesellschaften und den Mittelstand. Die Lohnsteuerzahler gehen dagegen weitgehend leer aus.



Organisationsleiter Josef Dick, DSTG-Chef Dieter Ondracek und die stv. Landesvorsitzende Johanna Markl zusammen mit Skistar Irene Epple bei der Eröffnung des 25. DSTG-Deutschlandturniers in Augsburg.

2001

Verzögerte Bezügeanpassung und Versorgungskürzung; Verbesserungen bei den Reisekosten

Trotz eines Schlichterspruchs, die Tariflöhne im öffentlichen Dienst ab 1.4.2000 um 1,8 Prozent und ab 1.1.2001 um weitere 2,2 Prozent zu erhöhen, will Bundesinnenminister Schily die Beamtenbezüge nur um 0,7 Prozent anheben. Nach zähen Verhandlungen und zahlreichen Protestmaßnahmen verabschiedeten Bundesregierung und Bundesrat im März 2001 das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern, das die gleichen Prozenterhöhungen vorsieht wie im Tarifbereich, jedoch zeitlich deutlich verzögert.

In der vom Bund verabschiedeten Rentenreform mit einer neuen Rentenanpassungsformel wird festgelegt, die Reformmaßnahmen wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung zu übertragen. Dementsprechend wird mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 das Versorgungsniveau deutlich abgesenkt.

Der Höchstruhegehaltssatz wird ab dem 1.1.2003 stufenweise von 75 Prozent auf 71,75 Prozent abgesenkt. Die Absenkung erfolgt in acht Schritten, jeweils bei einer Besoldungs- und Versorgungsanpassung.

Nach den von bfg und Beamtenbund ständig vorgetragenen Forderungen auf eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung hatte Finanzminister Falthäuser bereits beim bfg-Delegiertentag zugesagt, diese anzuheben. Die zugesagte Neuregelung des Reisekostenrechts tritt zum 1. April 2001 in Kraft und bringt neben der Aufstockung der Wegstreckenentschädigung eine wesentliche Änderung des Reisekostenrechts. Die bfg begrüßt die mit der Neuregelung verbundenen Verwaltungsvereinfachungen und die Erhöhung der Entschädigungssätze.

Telearbeit wird eingeführt

Nach dem erfolgreichen Test der Telearbeit in verschiedenen Bereichen der Finanzämter beabsichtigt das Finanzministerium die Ausdehnung dieser Arbeitsform auf 200 Arbeitsplätze im Innendienst und weitgehende Freigabe für den Außendienst. Die bfg befasst sich sehr eingehend mit diesem Thema und signalisiert grundsätzliche Zustimmung, weist aber in aller Deutlichkeit auf die damit verbundenen Probleme hin. Kurz vor Weihnachten kommt es zum Abschluss einer Dienstvereinbarung für den gesamten Bereich der Finanzverwaltung

Im Jahr 2001 findet der Bundeshauptvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG in Bayreuth statt. DSTG-Vorsitzender Dieter Ondracek kann zur öffentlichen Veranstaltung den bayerischen Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthäuser und zahlreiche Ehrengäste begrüßen.



Was war sonst noch im Jahr 2001?

Der bfg-Ehrenvorsitzende Dieter Kattenbeck vollendet sein 65. Lebensjahr und tritt damit in den Ruhestand. Finanzminister Falthäuser verabschiedet ihn nach 35 Jahren aus dem Hauptpersonalrat und dankt ihm mit den Worten: „Sie haben sich um die Bayerische Finanzverwaltung in höchstem Maß verdient gemacht.“ Als besondere Auszeichnung überreicht er ihm die Medaille für Verdienste um das bayerische Finanzwesen in Gold.

Zum Nachfolger als Vorsitzender des Hauptpersonalrats und der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte wird Josef Bugiel gewählt.



Dieter Kattenbeck vollendet sein 65. Lebensjahr. Er war 35 Jahre Mitglied im Hauptpersonalrat. Zum Nachfolger als Vorsitzender des Hauptpersonalrats und der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte wird Josef Bugiel gewählt.

2002

Es reicht!

Der öffentliche Dienst hat die Schnauze voll

Das gesamte Jahr 2002 ist geprägt vom Kampf gegen Kürzungen im öffentlichen Dienst sowohl in Bayern als auch auf der Bundesebene. Nachdem bereits zum 1.1.2002 die massiven Kürzungen der Beamtenversorgung durch das Versorgungsänderungsgesetz in Kraft getreten sind, ist kein Ende der Sparmaßnahmen in Sicht. Die vorgesehene Streichung des Verheiratetenzuschlags in der Beamtenbesoldung kann jedoch erfreulicherweise verhindert werden.

Die schwächere Konjunktur führt zu rückläufigen Steuereinnahmen. Bundes- und Staatsregierung wollen dies durch Sparmaßnahmen im Personalbereich ausgleichen. Neben einer Nullrunde für die Beamten werden dabei vor allem Verschlechterungen bei Besoldung, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Beihilfe, Altersteilzeit und Arbeitszeit diskutiert.

Protestveranstaltung des Bayerischen Beamtenbundes in München. Auch die bfg ist stark vertreten.



Für den 12. November 2002 hat der Bayerische Beamtenbund zu einer Protestveranstaltung „gegen neue ‚Giftlisten‘ im Bund und in Bayern“ aufgerufen. Über 3.000 Kolleginnen und Kollegen, darunter mehr als 1.000 aus der Finanzverwaltung, machen im überfüllten Saal des Pschorrkellers in München ihrem Unmut lautstark Luft. Finanzminister Faltlhauser wird mit gellenden Pfiffen empfangen, als er sich den Demonstranten stellt.

Enttäuschung, Frust und Wut der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das unerträgliche Herumgetrampel der Politik auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes entladen sich am 14. Dezember 2002 bei der dbb-Großdemo in Berlin. Trotz Glatteis und eisiger Kälte machen sich auch mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen der Bayerischen Finanzverwaltung auf den Weg nach Berlin, wo der dbb-Bundesvorsitzende den rund 40.000 Demonstranten unter frenetischem Beifall zuruft: „Wir nehmen den Fehdehandschuh auf, denn statt Unterstützung und Anerkennung gibt es von Dienstherrn und Arbeitgeber nur den symbolischen ‚Tritt in den Hintern!‘“

Die bfg legt eine Weihnachtskarte an den Ministerpräsidenten mit fol-

40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes demonstrieren in Berlin vor dem Brandenburger Tor. Auch mehrer hundert Kolleginnen und Kollegen der bfg machen sich auf den Weg nach Berlin.



Ohne Interessenvertretung keine Demokratie

Das Recht zur freien Meinungsäußerung sowie zur Interessenvertretung in eigenen Vereinigungen ist wesentlicher Bestandteil eines demokratischen Staates und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 verankert. „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ und „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild zu äußern,“ heißt es in den Artikeln 2 und 5. „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann gewährleistet,“ sagt Artikel 9 und bestätigt damit das Recht zur Bildung von sozialen und wirtschaftlichen Interessenvertretungen. Damit auch völlig klar ist, dass die zu Staatsbürgern aufgerückten Untertanen sich nicht bloß untereinander, sondern auch gegenüber dem Staat ihrer Haut wehren dürfen, bestimmt Artikel 17: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen oder an die Volksvertretung zu wenden.“



Die Bayerische Verfassung, die bereits am 8. Dezember 1946 und damit mehr als 2 Jahre vor dem Grundgesetz in Kraft trat, ging darüber noch hinaus und schuf mit dem Bayerischen Senat eine zweite Kammer als Vertretung der sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gemeindlichen Körperschaften des Landes (Art. 34 der Bayerischen Verfassung). Die 60 Mitglieder des Senats wurden nicht – wie die Abgeordneten des Landtags – vom Volk direkt gewählt, sondern innerhalb der Gruppierungen des gesellschaftlichen Lebens aus dem sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und gemeindlichen Bereich, wie z. B. den Gewerkschaften demokratisch gewählt. Sie waren neben ihrer beruflichen Tätigkeit ehrenamtlich im Senat tätig. Folgende Repräsentanten der Bayerischen Finanzgewerkschaft (früher: Verein der Finanzbeamten in Bayern) waren über den Bayerischen Beamtenbund im Senat vertreten: 1962–1971 Angelo Kramel, 1972–1977 Wolfgang Zimmermann, 1984–1999 Dieter Kattenbeck. Als Mitglied des Präsidiums (Schriftführer) und Vorsitzender des Finanz- und Haushaltsausschusses des Senats konnte ich die Interessen des Bayerischen Beamtenbundes und der bfg wahrnehmen und die Stellungnahmen des Senats, insbesondere bei den jeweiligen Haushaltsberatungen, entscheidend beeinflussen.

Es ist daher sehr zu bedauern, dass durch den Volksentscheid vom 8. Februar 1998 der Artikel 34 der Bayerischen Verfassung gestrichen und der Bayerische Senat mit Wirkung vom 1. Januar 2000 aufgelöst wurde. Damit wurde ein Staatsorgan, das die Bayerische Verfassung 1946 in Ergänzung zum parteipolitisch geprägten Landtag als Vertretung der bedeutendsten gesellschaftlichen Organisationen des Landes eingeführt hatte, beseitigt, nur weil dieses Organ auch Geld gekostet hat. Der Senat hat wichtige Beiträge zur Entwicklung Bayerns geleistet. Dies gilt für die gutachtlichen Stellungnahmen zu den Initiativen der Staatsregierung und des Landtags ebenso wie für seine eigenen Initiativen. Es gilt nicht weniger für die sonst nirgendwo in Deutschland vorhandenen ständigen gemeinsamen Beratungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu Initiativen der Staatsregierung und des Landtags, zu aktuellen politischen Themen und zu Anliegen einzelner gesellschaftlicher Gruppen. Der Senat verkörperte wichtige Lebensbereiche der bayerischen Bevölkerung in seiner gesellschaftlichen Gliederung; er wirkte an der Gesetzgebung mit und sorgte für einen am Gemeinwohl orientierten Ausgleich von Einzelinteressen.

Dieter Kattenbeck

Der bfg-Ehrenvorsitzende Dieter Kattenbeck, der von 1973 bis 1989 Landesvorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg) war, vertrat vom 1. Januar 1984 bis zum 31.12. 1999 den Bayerischen Beamtenbund im Bayerischen Senat. Kattenbeck war von 1989 bis 2002 Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes. Dieter Kattenbeck ist Träger der Angelo-Kramel-Medaille der bfg.



Weihnachten erhält Ministerpräsident Edmund Stoiber mehrere tausend dieser Protestpostkarten.

gendem Text auf: FROHE WEIHNACHTEN HERR MINISTERPRÄSIDENT UND VIELEN DANK FÜR DIE SCHÖNEN GESCHENKE, die von den bfg-Mitgliedern tausendfach an Ministerpräsidenten Stoiber gesandt wird.

Mitarbeiterbefragung stellt Dienstherrn schlechtes Zeugnis aus

Erschrocken und betroffen reagieren Oberfinanzdirektionen und Finanzministerium auf die Ergebnisse der landesweiten Mitarbeiterbefragung in den Finanzämtern. Die Mitarbeiterzufriedenheit ist in weiten Bereichen mangelhaft bis ungenügend. Die bayerische Finanzgewerkschaft sieht sich durch die Ergebnisse der Befragung in ihren seit Jahren vorgetragenen Warnungen bestätigt und fordert den Finanzminister auf, so schnell wie möglich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Personalratswahlen bestätigen bfg als führende Kraft

Bei den Personalratswahlen am 11.6.2002 kann sich die bayerische Finanzgewerkschaft erneut als die führende Kraft in der Vertretung der Beschäftigten der Bayerischen Finanzverwaltung durchsetzen. Im Beamtensbereich erzielt die bfg über 80 Prozent der Stimmen. In den beiden Bezirkspersonalräten fallen bei den Arbeitern und Angestellten alle Sitze der bfg zu.

Was war sonst noch im Jahr 2002?

Mit stehenden Ovationen wird beim Delegiertentag des Bayerischen Beamtensbundes der langjährige Vorsitzende Dieter Kattenbeck verabschiedet. Als sein Nachfolger wird Rolf Habermann (BLLV) gewählt. Der bfg-Landesvorsitzende Josef Bugiel wird stellvertretender Vorsitzender.



Josef Bugiel gratuliert Rolf Habermann zur Wahl zum neuen Vorsitzenden des Bayerischen Beamtensbundes BBB. Bugiel selbst wird zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Beim Bundesfrauenkongress der dbb-bundesfrauenvertretung wird Helene Wildfeuer mit über 94 Prozent der Stimmen in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt.

Kurz vor Vollendung seines 89. Lebensjahres stirbt am 15. November 2002 das bfg-Ehrenmitglied Hanns Poeschl. Er war fast 20 Jahre lang stellvertretender Landesvorsitzender der bfg.

Nachdem der Euro in Deutschland bereits am 1. Januar 1999 als Buchgeld eingeführt wurde, ist er seit dem 1. Januar 2002 als Bargeld im Umlauf. Die Deutsche Mark wird im Verhältnis 1:1,95583 umgetauscht.

2003

Nach zähem Ringen einigen sich Gewerkschaften und Arbeitgeber Anfang Januar doch noch auf einen Abschluss im Tarifbereich. Danach werden die Tariflöhne wie folgt angehoben: 2,4 Prozent ab 1. Januar 2003 für die unteren Tarifgruppen und ab 1. April 2003 für die übrigen, weitere 1 Prozent jeweils ab 1. Januar 2004 und 1. Mai 2004. Dazu gibt es eine gestaffelte Einmalzahlung von maximal 185,- Euro.

Kampf gegen Kürzungen geht weiter,

Aber der Kampf gegen die geplante Nullrunde für Beamte und die Kürzungen in den verschiedensten Bereichen geht weiter. Erst im April legt Bundesinnenminister Schily einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Beamtenbesoldung vor. Die Beamtenbezüge sollen danach mit einer Verzögerung von drei Monaten entsprechend der Tariferhöhung angepasst werden. Gleichzeitig soll die Zuständigkeit für Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld an die Länder gehen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl am 21. September betreibt Bayern eine Hinhaltetaktik, die von der bfg massiv bekämpft wird. In einem Spitzengespräch des Bayerischen Beamtenbundes mit Finanzminister Faltlhauser am 22. Mai kündigt dieser weitere Kürzungen an. Am 29. Juli entscheidet die Staatsregierung, deutliche Abschlüsse bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorzunehmen. Die endgültige Entscheidung über diese Dezimierungen habe der neu zu wählende Landtag zu treffen. Ministerpräsident Stoiber erklärt dazu, er wolle den Beamtinnen und Beamten vor den Landtagswahlen klar sagen, welche Sparmaßnahmen er ihnen zumuten wolle. Die vorgesehenen Kürzungen und Streichungen Bayerns bei Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Jahre 2004 bis 2006 seien die bundesweit verträglichsten Maßnahmen.

Kaum ist jedoch die Landtagswahl vorbei, bei der die CSU einen fulminanten Wahlsieg erringen kann, werden von der Klausurtagung der Staatsregierung in Kloster Seeon neue umfangreiche Sparpläne bekannt. Ein Aufschrei geht durch die bayerische Beamtenschaft, als bekannt wird, dass Stoiber – entgegen seiner klaren Aussagen vor der Wahl – die Arbeitszeit der Beamten von 40 Stunden auf 42 Stunden in der Woche erhöhen will.

**Schaf sein?
Brav sein?
Dumm sein?**



**„Das Schaf, weil brav,
gilt drum als dumm!“**
(Bauernweisheit)

Nicht mit uns!!!

Am 21. September haben Sie die Möglichkeit die Abgeordneten des Bayerischen Landtages neu zu wählen. Als Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes bestimmen Sie dabei nicht nur die Volksvertreter Bayerns, sondern auch die Personen, die bald darüber zu beschließen haben, ob Ihr Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt wird.

Die Beschäftigten der Bayerischen Finanzverwaltung gehören zwar meistens zu den Braven, aber gewiss nicht zu den Dummen. Und damit Sie wissen, wenn Sie Ihre Stimme geben können und wenn möglicherweise besser nicht, weil er Ihnen am Feil bzw. am Weihnachts- und Urlaubsgeld will, wert Ihr bfg-Ortsverband Ihren Landtagskandidatinnen und -kandidaten schreiben und nachfragen, ob die feste Absicht der Staatsregierung, im nächsten Jahr das Weihnachts- und Urlaubsgeld zu kürzen, geteilt wird.

Unterstützen Sie diese Aktion und tragen Sie sich in die bei Ihrem bfg-Ortsverband ausliegende Unterschriftenliste ein. Ihr bfg-Ortsverband wird Sie über die Stellungsnahmen der Landtagskandidatinnen und -kandidaten informieren.

Nur wählen müssen Sie am 21. September dann noch selbst.

Bayerische Finanzgewerkschaft | Postfach 10 4 80228 München
Telefon 089 27 9 44020/21 22 10
info@bfg-werk.de
www.bfg-werk.de




VERSCHRÖDERT

Reinen Wein wollte Ministerpräsident Stoiber einschenken und versprach, den Beamtinnen und Beamten vor den Landtagswahlen klar zu sagen, welche Sparmaßnahmen er ihnen zumuten wolle. Stoibz verkündete ein, dass die vorgeschrittenen Kürzungen und Streichungen Bayerns bei Weihnachts- und Urlaubsgeld für die Jahre 2004 bis 2006 die bundesweit verträglichsten Maßnahmen seien. Kaum ist die Wahl vorbei, sagt der Ministerpräsident nach und kundigt nach der Kabinettsklausur in Klobler Sitten eine erneute Sparorgie im Bereich des öffentlichen Dienstes an. Unter anderem will er die Arbeitszeit erneut verlängern.

Die volle Wahrheit gibt es bei Stoiber offensichtlich wie bei Schröder erst nach der Wahl. Nachdem vor der Wahl aus der Staatskanzlei zu hören war, dass nicht beabsichtigt sei, die Wochenarbeitszeit zu verlängern, dürfen sich die bayerischen Beamtinnen und Beamten angesichts der Aussagen Stoibers nach der Wahl „verschrödert“ fühlen.

Bayerische Finanzgewerkschaft | Postfach 10 4 80228 München
Telefon 089 27 9 44020/21 22 10
info@bfg-werk.de
www.bfg-werk.de



Protestplakate der bfg gegen die Sparmaßnahmen, die Ministerpräsident Edmund Stoiber nach den Landtagswahlen einleitet.

Gegenüber Staatskanzleichef Erwin Huber bezeichnet bfg-Vorsitzender Josef Bugiel die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden als Wahllüge.

Bugiel bezeichnet diese Entscheidung gegenüber Staatsminister Huber als „Wahllüge“. Dieser weist das zurück, da es nur dann eine Wahllüge sei, wenn bereits vor der Wahl die Absicht bestanden hätte, die Arbeitszeit weiter zu verlängern.

Die bfg erklärt gegenüber der Presse, sie überlege, die Leute aufzufordern, streng nach Vorschrift zu arbeiten. „Das wird zur Folge haben, dass die Bearbeitung der Steuererklärungen doppelt oder dreimal so lange dauern kann. Dann kommen auch die Steuern nicht so schnell herein.“

Kein Beförderungsstopp, sondern 2.094 neue Beförderungsmöglichkeiten

Erfreulich ist, dass neben der Wiederbesetzungssperre weitere Eingriffe in die Beförderungspraxis verhindert werden können. So bringt der Doppelhaushalt 2003/2004 zahlreiche Stellenhebungen, die insgesamt 2.094 zusätzliche Beförderungen ermöglichen.

Einigungsstelle empfiehlt Einführung des Leistungsvergleichs der Finanzämter

Nachdem der Hauptpersonalrat die Einführung des Leistungsvergleichs der Finanzämter abgelehnt hat, ruft das Finanzministerium die Einigungsstelle an. Die Einigungsstelle entscheidet mehrheitlich, dem Antrag der Verwaltung zu entsprechen, und empfiehlt die Einführung des Leistungsvergleichs. Das Finanzministerium folgt dieser Empfehlung und führt Anfang 2004 die ersten Elemente des Leistungsvergleichs ein.



Was war sonst noch im Jahr 2003?

Der DStG-Vorsitzende Dieter Ondracek wird beim dbb-Gewerkschaftstag zum stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden gewählt.

Die bfg-Bezirksvorsitzende Nordbayern Helene Wildfeuer wird mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Der bayerische Staatsminister des Inneren Günter Beckstein händigt ihr die hohe Auszeichnung im Königssaal des Justizpalastes in Nürnberg im Beisein zahlreicher Ehrengäste aus.



Auch der höhere Dienst (heute Qualifikationsebene 4) organisiert sich in der bfg. Um Belange der Führungskräfte kümmert sich insbesondere der Arbeitskreis Steuerjuristen ASt der bfg (heute AST Arbeitskreis Steuer Q4). Im Bild: Dr. Heribert Zankl, Josef Zellmeier, Peter Stumpf, Rainer Friemel und Ursula Vorlauffer.

2004

Das Jahr 2004 geht leider genau so weiter, wie das Jahr 2003 geendet hat. Zahlreiche bfg-Mitglieder und bfg-Ortsverbände machen seit Monaten den Abgeordneten die bereits vorhandenen Belastungen der Beschäftigten deutlich und fordern, dem Spar-Diktat des Ministerpräsidenten entgegenzutreten. Anfang Januar sollen die CSU-Landtagsabgeordneten bei ihrer jährlichen Klausurtagung die Spar-Orgie des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Stoiber absegnen.

Auf dem Weg der Abgeordneten zur Tagungsstätte in Wildbad Kreuth machen unsere Mitglieder mit zahlreichen Transparenten und mit deutlichen Worten die Stimmung offenkundig.

„Wir sind als Staatsbürger und Steuerzahler von allen Sparmaßnahmen der Politik mitbetroffen. Wir wehren uns dagegen, dass immer dann, wenn Geld fehlt, zu allererst an die Beamten gedacht wird. Wir Beamte arbeiten seit über 10 Jahren 40 Stunden in der Woche. Das ist in keiner anderen Branche so üblich. Wir haben Kürzungen bei den Krankheitskos-

Sparmaßnahmen gipfeln in Einführung der 42-Stunden-Woche für Beamte

Wo immer Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser in diesen Monaten auftritt, trifft er auf den Protest der bfg.



ten, bei der Versorgung und beim Gehalt hinnehmen müssen, jetzt sollen das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld weiter gekürzt werden, und dazu will Bayern die Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden erhöhen – das bringt uns auf die Straße“, so fasst der bfg-Ortsvorsitzende vom Finanzamt Garmisch-Partenkirchen, Engelbert Rieger, die Stimmung der Kolleginnen und Kollegen gegenüber dem Bayerischen Fernsehen zusammen.

Auf zahlreichen Plakaten und in Interviews gegenüber den Medien verdeutlichen die Anwesenden bei strömendem Regen ihre Sorgen und ihren Ärger: „Stoiber heißt er... uns beschießt er“, fasst ein Demonstrant seine Enttäuschung vor einem der Mikrofone der zahlreichen Reporter in klare Worte.

Stoiber = Räuber: Diese Gleichung ist in einem Transparent aufgestellt.

Einstellungsstopp, Beförderungsstopp, Gehaltsstopp = Motivationsstopp: Diese Argumentationskette macht ein anderes Plakat deutlich.

40 Stunden sind genug – 42 sind Wahlbetrug, klagt ein weiteres an.

Edi und Erwin, was macht ihr aus meinem Bayernland?, lässt unser Karikaturist Rainer Volmerhausen den auf Flügeln schwebenden Franz-Josef Strauß stöhnen.

Doch Kreuth ist nur der Auftakt der Demonstrationen. Die massiven Proteste gegen die Sparpläne von CSU und Bayerischer Staatsregierung gehen in verstärkter Form weiter. Neben zahlreichen politischen Gesprächen mit dem Finanzminister und den Abgeordneten finden überall in Bayern Demonstrationen statt.

In einer Mitgliederbefragung wird die Bereitschaft der Kolleginnen und

Finanzbeamte treten in Bummelstreik

Länger warten auf den Steuer-Bescheid

Finanz-Gewerkschaft droht mit „Dienst nach Vorschrift“

von unserem korrespondierenden
— Michael Huchler —

Nach einer 42-Stunden-Woche die Beamten bereits schon länger möglicherweise auf die Zeit, eine Finanzbescheid zu erhalten, sind die Beamten bei der Bewegung in der Finanzverwaltung, keine Einigkeit über eine gemeinsame Protestform der Steuerbescheide zu erzielen. Die Beamten wollen, wie die Gewerkschaft fordert, keine Bescheide mehr annehmen. Man muss mindestens ein Jahr vor dem Protest nach überlegen werden. Die Vorgänge der Steuerbescheide, wie die Arbeitszeitverlängerung in der Finanzverwaltung, sind ein Thema, das die Beamten nicht nur im Dienst, sondern auch im privaten Leben betrifft. Die Gewerkschaft fordert die sofortige Rücknahme ihres Aufrufs.

Die Gewerkschaft bfg schätzt, dass die Staatsregierung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden rund 800 Stellen in der Finanzverwaltung einsparen könnte. Doch bereits jetzt fehlen nach Angaben von bfg etwa 1.700 Mitarbeiter in den Finanzämtern.

Finden sie es in Ordnung, dass die Finanzbeamten auf die mögliche Verlängerung ihrer Wochenarbeitszeit mit Dienst nach Vorschrift reagieren?

Ja. Mich würde es auch stören, wenn meine Arbeitszeit ohne Lohnausgleich einfach so erhöht würde.

90,79%

Nein. Beamte haben einen unkündbaren Job und müssen in schlechten Zeiten dem Staat durch Mehrarbeit helfen zu sparen.

9,21%

Beamte: Dienst nach Vorschrift

Ab 1. September Proteste in Bayerns Finanzämtern

München (dpa). Aus Protest gegen die geplante Verlängerung der Wochenarbeitszeit wollen Bayerns Finanzbeamte ab 1. September nur noch Dienst nach Vorschrift machen. Die Beamten würden voraussichtlich alle freiwilligen Zusatzleistungen einstellen, sagte der Vorsitzende der Finanzgewerkschaft, Bugiel. Nach Schätzungen der Gewerkschaft könnte die Staatsregierung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Stunden 800 Stellen in der Finanzverwaltung einsparen. Bereits jetzt fehlen aber 1700 Mitarbeiter. Rechtswidrige Maßnahmen wie einen Streik werde die Finanzgewerkschaft ihren Mitgliedern aber nicht empfehlen, sagte Bugiel. Das Finanzministerium forderte die sofortige Rücknahme ihres Aufrufs.

Mit „Dienst nach Vorschrift“ gedroht

Finanzbeamte wehren sich gegen die 42-Stunden-Woche

YAHOO! Nachrichten

Realty by Hy?



Artikel URL: <http://de.news.yahoo.com/040403/336/3yy2f.html>

Sonntag 4. April 2004, 13:32 Uhr

Nur noch Dienst nach Vorschrift - Finanzbeamte protestieren gegen 42-Stunden-Woche - Kommunale Arbeitgeber befürchten Streiks

München (dpa/bay). Der Protest gegen die geplante Einführung der 42-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst hält an. Die bayerischen Finanzbeamten drohen am Samstag mit „Dienst nach Vorschrift“ ab 1. September. Die kommunalen Arbeitgeber in Bayern warten.

Dienst nach Vorschrift beim Fiskus
Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) will, dass die Beamten im Freistaat künftig 42 Stunden arbeiten. Doch die wollen das nicht auf sich sitzen lassen: Jetzt haben die Finanzbeamten angekündigt, ab 1. September nur noch Dienst nach Vorschrift zu machen.



Akten mit nach Hause

Sollte die geplante Verlängerung der Arbeitszeit kommen, würden die Beamten alle freiwilligen Zusatzleistungen einstellen, sagte der Vorsitzende der bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg), Josef Bugiel. Das hätte zur Folge, dass sich die Bearbeitung von Steuererklärungen um einige Zeit verzögern würde.

München - Die bayerischen Finanzbeamten wollen mit „Dienst nach Vorschrift“ gegen die von der Landesregierung angekündigte Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst vorgehen. Die Finanzgewerkschaft kündigte „konkrete Vorschläge“ für ihre Mitglieder an, wie der Protest am wirkungsvollsten organisiert werden kann, ohne gegen das verfassungsrechtlich festgelegte Streikverbot für Beamte zu verstoßen. Die Arbeitnehmervertretung will sich außerdem möglichen Streikmaßnahmen der angestellten Tarifbeschäftigten anschließen.

Finanzbeamte wollen nur noch Dienst nach Vorschrift schieben

München (dpa/bay) - Aus Protest gegen die geplante Verlängerung der Wochenarbeitszeit wollen Bayerns Finanzbeamte ab 1. September nur noch Dienst nach Vorschrift machen. Voraussichtlich würden die Beamten alle freiwilligen Zusatzleistungen einstellen, sagte der Vorsitzende der bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg), Josef Bugiel, am Montag. Die Folge wären zum Teil sehr viel längere Bearbeitungszeiten für Steuererklärungen. Bereits heute mache ein Großteil der Finanzbeamten freiwillig Überstunden, sagte Bugiel.

Stichwort Bummelstreik beim Finanzministerium: Tanzen Ihnen die Beamten bald auf der Nase herum?

Stoiber: Nein. Der öffentliche Dienst in Bayern leistet hervorragende Arbeit. Das wird so bleiben. Aber der Staat steht vor einer zweifachen Herausforderung: Er muss umsteuern und mehr in die Zukunft investieren, also in Bildung, Kinderbetreuung, Forschung. Nur so können wir unseren Wohlstand halten. Gleichzeitig muss der Staat sparen. Und ein neues Ausweichen in Schulden kommt für uns nicht in Frage. In dieser Lage muss ich schon um Verständnis bitten, dass der öffentliche Dienst zwischen 40 und 42 Stunden arbeitet. Anders als in vielen anderen Wirtschaftsbereichen sind die Arbeitsplätze dort krisensicher und ortsfest. Ich stehe dafür, dass im öffentlichen Dienst in Bayern niemand gekündigt wird.

42-Stunden-Woche: Bayerische Beamte drohen mit Bummelstreik

Dienst nach Vorschrift in den bayerischen Finanzämtern?

Der Protest der bfg sorgt auch in den Medien für großes Aufsehen.

Kollegen zum „Dienst nach Vorschrift“ abgefragt. Finanzminister Falthauer reagiert überreizt und unangemessen darauf. Er bezeichnet „Dienst nach Vorschrift“ oder „kreativen Widerstand“ als unangemessen, unsolidarisch, und auch rechtswidrig. Er warnte die bfg und deren Vorsitzenden eindringlich vor solchen Rechtsbrüchen. Dem bfg-Vorsitzenden werden persönliche Disziplinarmaßnahmen angedroht. Rund 75 Prozent der bfg-Mitglieder erklären sich trotzdem bereit, an kollektiven Aktionen teilzunehmen.

Die Tatsache, dass der Vorsitzende einer Gewerkschaft persönlich mit dienstrechtlichen Konsequenzen bedroht wird, ist für die bfg eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung. Aufgrund der uneindeutigen

rechtlichen Situation sieht sich die bfg jedoch nicht in der Lage, den ins Auge gefassten Aufruf zu erlassen.

Trotz aller Proteste beschließt der Landtag in einem Nachtragshaushalt eine Verlängerung der Wiederbesetzungssperre auf 12 Monate, die Streichung des Urlaubsgeldes und eine deutliche Kürzung der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld). Die Arbeitszeitverlängerung wird von der Staatsregierung verordnet, ohne dass es eines Landtagsbeschlusses bedarf.

TdL kündigt Arbeitszeittarifvertrag, 42 Stunden auch für neu eingestellte Arbeitnehmer

Nachdem die Tarifgemeinschaft der Länder bereits die Tarifverträge über Sonderzuwendungen und Urlaubsgeld gekündigt hatte, kündigt sie zum 1. April 2004 auch den Arbeitszeittarifvertrag. Dies bedeutet, dass auch neu eingestellte Arbeitnehmer in Bayern wöchentlich 42 Stunden arbeiten müssen.

bfg-Delegiertentag am 15./16. November in Bad Kissingen

Der 19. Delegiertentag in Bad Kissingen stellt die gewerkschaftspolitischen Weichen für die nächsten vier Jahre. Die Politik der bfg wird auch in den nächsten Jahren davon geprägt sein, weitere Eingriffe in die Einkommen zu verhindern und die tägliche Arbeit einigermaßen erträglich zu gestalten. Wichtigstes Anliegen der bfg bleibt die Beseitigung des Beförderungsstaus und die Schaffung einer funktionsgerechten Bezahlung.

Gerhard Wipijewski wird als stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister neu in die Landesleitung gewählt. Neuer Bezirksvorsitzender Südbayern wird Matthias Bauregger. Er folgt Siegfried Schneider nach, der in seinen bewegenden Abschiedsworten die bfg mit einer Familie vergleicht, in der man – wie in jeder Familie – auch mal unterschiedli-



Der bfg-Landesvorstand im Jahr 2004.



Nach 26 Jahren wird Siegfried Schneider beim Gewerkschaftstag in Bad Kissingen als Bezirksvorsitzender verabschiedet.

cher Meinung sei und in der auch mal gestritten werde. Nach außen hin hätte man aber immer zusammengehalten und die „Familie“ gegenüber allem und jedem verteidigt, egal, ob dies die Verwaltung oder andere Gewerkschafts- oder Landesverbände waren. Letztlich seien wir darum immer beneidet worden. Und deshalb, so Siegfried Schneider, habe er den Wunsch, dass dies so bleiben möge.

Reformvorschlag „Verwaltung 21“ vom Kabinett gebilligt

Im Landtag wird das Konzept der Staatsregierung zur Verwaltungsreform „Verwaltung 21“ gebilligt. Danach ist für den Bereich der Finanzverwaltung folgendes vorgesehen: Bei den Oberfinanzdirektionen München und Nürnberg wird eine Trennung von Bundes- und Landesaufgaben vorgenommen. Für die Landesaufgaben wird ein Landesamt für Steuern mit Sitz in München und einem Standort in Nürnberg gebildet. Die bisherigen sechs Bezirksfinanzdirektionen werden aufgelöst und durch ein Landesamt für Finanzen ersetzt. Die bisherigen Standorte der Bezirksfinanzdirektionen bleiben jedoch erhalten. Die Aufgaben der Liegenschaften werden ausgegliedert und an ein Immobilienmanagement übertragen. Ferner soll die Abrechnung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung ressortübergreifend beim Landesamt für Finanzen konzentriert werden.

Was war sonst noch im Jahr 2004?

Auf dem 12. Landesjugendtag wählte die bfg-Jugend Michael Kubiak zum neuen Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden Hagen Bonesky, Martina Sixt und Susanne Ossiander gewählt; neuer Schatzmeister wurde Markus Müller.



Matthias Bauregger wird 2004 zum Vorsitzenden des bfg-Bezirksverbandes Südbayern gewählt. Begonnen hat er die Arbeit in der bfg 1980 in der bfg-Bezirksjugendleitung Südbayern. In der Personalratsarbeit war er 16 Jahre Vorsitzender im örtlichen Personalrat beim Finanzamt Traunstein. 2006 wurde er zum Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern in München gewählt. Außerdem ist er Mitglied des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat.

2005

Große Koalition beschließt Föderalismusreform und Sparmaßnahmen

Im Koalitionsvertrag der nach den Bundestagswahlen gebildeten „Großen Koalition“ wird festgelegt, die Gesamtausgaben für die öffentliche Verwaltung beim Bund jährlich um eine Milliarde Euro zu reduzieren. Dazu soll die Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden verlängert sowie das Weihnachtsgeld halbiert werden.

Außerdem soll im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Beamtenrecht auf die Länder übertragen werden.

Die bfg begrüßt letzteres und erwartet von der Bayerischen Staatsregierung eine grundlegende Reform der Besoldung mit dem Ziel einer stärker funktions- und leistungsbezogenen Bezahlung.

Trotz Sparhaushalts Stellenhebungen für die Finanzverwaltung

Die allgemeine Beförderungssituation in der Finanzverwaltung ist derart unbefriedigend, dass diese sich äußerst demotivierend auf die Beamtinnen und Beamten auswirkt. So haben die Beförderungswartezeiten zum Amtmann bzw. zum Hauptsekretär inzwischen die Dauer von 10 Jahren erreicht. Der im Vorjahr neu gewählte bfg-Landesvorstand beschließt, dass die Beseitigung des Beförderungsstaus oberste Priorität des gewerkschaftlichen Einsatzes habe.

Bei einem Spitzengespräch mit Finanzminister Faltlhauser kann die bfg einen kleinen Erfolg erzielen und trotz des Sparhaushalts erreichen, dass im Haushalt insgesamt 211 Stellenhebungen ausgebracht werden.

Auch bei der Gestaltung der Arbeitszeit zeigt sich das Finanzministerium entgegenkommend. Dies soll wohl als Trostpflaster für die 42-Stunden-Woche dienen.

Auch zu den Fraktionen der Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag pflegt die bfg enge Kontakte. bfg-Vorsitzender Josef Bugiel und die stellvertretende Vorsitzende hier bei einem Gespräch mit Haushaltsexperten MdL Eike Hallitzky, Fraktionsmitarbeiter Christoph Hau und MdL Adi Sprinkart, der in der Grünen-Fraktion für den öffentlichen Dienst zuständig ist.





Mit dem Reformkonzept „Verwaltung 21“ und der Gründung des Bayerischen Landesamts für Steuern am 1. August 2005 verliert Oberfinanzpräsident Dr. Horst Seelig die Zuständigkeit für die nordbayerische Steuerverwaltung. Der bfg-Bezirksverband Nordbayern verliert dadurch einen Partner auf Seiten des Dienstherrn, mit dem er über mehrere Jahre vertrauensvoll zusammengearbeitet hat. Eine der letzten „Amtshandlungen“ Seeligs ist die Übernahme der Schirmherrschaft beim Bezirkssportfest 2005, wo er zusammen mit der Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer die Siegerehrung durchführt.

Absenkung der Beamtenversorgung auf 71,75 Prozent verstößt nicht gegen Verfassung

Das Bundesverfassungsgericht hat drei Verfassungsbeschwerden gegen die Absenkung der Beamtenversorgung von 75 Prozent auf 71,75 Prozent abgewiesen. Das Gericht verneinte einen Verstoß gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG. Die Absenkung allein verstoße nicht gegen die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, insbesondere greife die Regelung nicht in den Kernbestand des Alimentationsprinzips ein, sagte das Gericht. Zwar sei im Beamtenrecht das Bemühen, Kosten zu sparen, in aller Regel für sich genommen keine ausreichende Legitimation für eine Kürzung der Altersversorgung. Die Verringerung des Versorgungsniveaus sei aber im Hinblick auf die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung gerechtfertigt.

Was war sonst noch im Jahr 2005?

Anfang Januar bezieht die Bayerische Finanzgewerkschaft eine neue Geschäftsstelle in eigenen Büroräumen. Nachdem die bfg-Geschäftsstelle ihre Tätigkeit seit 1949 in gemieteten Räumen ausgeübt hatte, konnten in zentraler Lage eigene Büroräume erworben werden.

2006

Föderalismusreform bringt Bayern volle Zuständigkeit für das Beamtenrecht

Die Bayerische Staatsregierung beschließt, die im Rahmen der Föderalismusreform neu gewonnenen Kompetenzen im Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrecht umfassend zu nutzen. Ziel sei es, durch ein leistungsorientiertes, modernes Dienstrecht die hohe Qualität in der Verwaltung zu erhalten und sie zugleich auf neue Anforderungen einzustellen. Der Leistungsgedanke im Besoldungsrecht solle gestärkt werden. Das neue Dienstrecht soll bis 2010 in Kraft treten. Als positiv sieht es die bayerische Finanzgewerkschaft an, dass dabei ein enger Dialog mit den Betroffenen geführt werden soll. Der Landesvorstand der bfg stellt die Thematik anlässlich seiner Herbsttagung am 22. September in Nürnberg in den Mittelpunkt und erarbeitet in intensiven Beratungen Positionen und Zielvorstellungen für eine Dienstrechtsreform in Bayern.

Als ersten „Vorgeschmack“ schafft Bayern zum 1.1.2007 eine eigene Beihilferegelung.

Die Schaffung einer eigenen Beihilferegelung für den Freistaat wird von der bfg begrüßt. Die Regelungen des Bundes, die bisher auch in Bayern gelten, haben gerade in der jüngeren Vergangenheit der Eigenständigkeit des Beihilfesystems nicht mehr ausreichend Rechnung getragen. So werden vom Bund immer mehr Regelungen aus dem Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung – wie beispielsweise die sogenannte Praxisgebühr – eins zu eins auf das Beihilfesystem übertragen.

Längster Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst beendet

Im Anschluss an wochenlange Streiks und zahlreiche Demonstrationen, an denen auch bfg-Mitglieder teilnahmen, ist es nach tagelangen Son-



Demo im Rahmen des Tarifkonflikts 2006 in München.

dierungsgesprächen und einem abschließenden 30-stündigen Verhandlungsmarathon dbb tarifunion und verdi am 19. Mai gelungen, mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einen neuen Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder („TV-L“) abzuschließen.

Damit ist der bisher längste Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst in Deutschland beendet – und zwar erfolgreich, wie sich alle Gewerkschaftsvertreter einig sind. Denn diese Einigung beinhaltet letztlich weit mehr, als das Ergebnis dessen, was gelegentlich von Journalisten despektierlich ein jährliches Tarifrival genannt wird.

Angelehnt an den seit Oktober 2005 im Bund und bei den Kommunen geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wird ein gänzlich neuer Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder vereinbart. Dieser tritt am 1. November 2006 in Kraft und löst damit den Bundesangestelltentarifvertrag BAT ab.

Dieser neue Tarifvertrag TV-L bringt für Arbeitnehmer auch für die Jahre 2006 und 2007 Einmalzahlungen und ab 1.1.2008 eine lineare Anhebung von 2,9 Prozent.

Die Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Bayern wird auf 40,1 Wochenstunden festgeschrieben. Dieser Wert entspricht der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit aller Tarifbeschäftigten (Vollzeit) in Bayern, wie sie sich in der „tariflosen Zeit“ durch den Fortbestand der Altverträge und die Neuverträge mit längerer Arbeitszeit ergeben hat.

Nach mehreren intensiven Gesprächen des Bayerischen Beamtenbundes mit Finanzminister Faltlhauser und Ministerpräsidenten Seehofer wird die Übernahme des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten zugesagt.

Erstmals seit der Föderalismusreform hat bei der Entscheidung über das Sonderzahlungsgesetz der Bayerische Landtag die alleinige Entscheidung



Auch mit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag pflegt die bfg seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit. Josef Bugiel hier zusammen mit Fraktionschef Franz Maget und seinen Fraktionskollegen.

über die Beamtenbesoldung zu treffen. Mit den Stimmen der CSU bei Enthaltung der Opposition wird beschlossen, dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zuzustimmen. Die von der bfg vorgetragene Forderung, zur Kompensation der 42-Stunden-Woche die Beträge spürbar aufzustocken, werden von der Regierungspartei leider völlig ignoriert. Es wird betont, dass die Beamten keinerlei Anspruch auf die Sonderzahlung hätten. Trotzdem ist der beschlossene Fortbestand des Weihnachtsgeldes bis 2009 zumindest ein kleiner Ausgleich.

Personalratswahlen: bfg behauptet ihre Mehrheiten

Bei den Personalratswahlen 2006 kann die bfg das gute Ergebnis der Wahlen 2002 weitestgehend halten und stellt in allen Stufenvertretungen weiterhin die Mehrheiten. Vorsitzender des Hauptpersonalrats bleibt Josef Bugiel und Vorsitzende des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern (Dienststelle Nürnberg) Helene Wildfeuer.

Neuer Vorsitzender des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern (Dienststelle München) wird Matthias Bauregger. Er folgt damit dem langjährigen Vorsitzenden Siegfried Schneider nach, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hatte und für den die Freistellungsphase der Alterszeit beginnt.

Zurückgekehrt in den HPR ist Gerhard Wipijewski. Der Personalratsvorsitzende vom Finanzamt Memmingen gehörte bereits als Vorsitzender der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung Ende der Achtziger Jahre für zwei Jahre und weitere vier Jahre als erstes Ersatzmitglied dem HPR an.



„engagiert & zuverlässig“ lautet das Motto der bfg zu den Personalratswahlen im Jahr 2006.



Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer wird beim Bundesfrauenkongress in Potsdam erneut zur Vorsitzenden der dbb-Bundesfrauenvertretung gewählt.

2007

Doppelhaushalt 2007/2008 bringt zusätzliche Beförderungstellen in A8 und A11

In zahllosen Gesprächen und Eingaben an Politik und Verwaltung hat die Bayerische Finanzgewerkschaft in den letzten Jahren auf die Probleme in der Finanzverwaltung hingewiesen. In einem Schreiben an die CSU-Landtagsfraktion und einer Eingabe an den Landtag tragen wir unsere Forderungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 erneut vor und konkretisieren diese. Der bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser kündigt in einem Gespräch mit der bfg an, der Forderung nach zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nachzukommen und insbesondere die Beförderungssituation in den Bereichen nach A 8 und A 11 nachhaltig zu verbessern. Im Doppelhaushalt 2007/2008 schlägt der Finanzminister rund 600 Stellenhebungen mit Schwerpunkt auf dem mittleren und gehobenen Dienst vor. Damit kann die Beförderungssituation im Bereich der Hauptsekretäre und Amtmänner deutlich verbessert werden. Die weitergehenden Forderungen der bfg allerdings werden zwar von der Opposition aufgegriffen, von der Regierungsmehrheit aber mit der Begründung abgelehnt, dass der strikte Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts fortgeführt werden müsse.

Die vom Landtag beschlossenen Stellenhebungen werden von der bfg begrüßt und sind als großer Erfolg der intensiven Gewerkschaftsarbeit der Finanzgewerkschaft anzusehen.

Bayerischer Oberster Rechnungshof bestätigt bfg

Zum wiederholten Male bestätigt der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) die Aussagen der bfg zur Personalsituation in der Steuerverwaltung. So stellt der ORH in seinem Jahresbericht vom 4. Dezember 2007 fest, dass zum Beispiel die Steuerfahndungsstellen ihren Auftrag nur noch in eingeschränktem Umfang erfüllen können.



Die Delegation der bfg beim Gewerkschaftstag des dbb in Berlin. DSTG-Vorsitzender Dieter Ondracek wird erneut zum stellvertretenden dbb-Vorsitzenden gewählt.

Landtagseingabe zur Situation der Staatsfinanzverwaltung

Da trotz der bfg-Forderungen im Doppelhaushalt 2007/2008 keine Verbesserungen für den Bereich des Staatsfinanzdienstes durchgesetzt werden können, wendet sich die bfg mit einer Eingabe zum Nachtragshaushalt erneut an den Landtag.

3 Prozent Besoldungs- und Versorgungsanpassung ab 1.10.2007

Nach einem über zweistündigen Spitzengespräch des Bayerischen Beamtenbundes mit dem Ministerpräsidenten Stoiber und Finanzminister Faltlhauser wird ein Durchbruch in der längst überfälligen Frage der Besoldungsanpassung für Bayerns Beamte erzielt. Danach gibt es 3 Prozent Erhöhung für Beamte und Versorgungsempfänger ab 1.10.2007 und eine Erhöhung des Familienzuschlags ab dem 3. Kind um jeweils 50 Euro. Damit ist dem ersten bayerischen Besoldungsanpassungsgesetz nach der Föderalismusreform der Weg bereitet.

Arbeiten an der Dienstrechtsreform beginnen

Zur Vorbereitung der geplanten grundlegenden Dienstrechtsreform in Bayern hat der Dialogprozess mit allen Betroffenen begonnen. In den dazu vom Finanzministerium durchgeführten vier „Fach-Hearings“ werden Experten aus Gewerkschaften, Verbänden, Verwaltung und Wissenschaft angehört und befragt. Umstritten ist vor allem die Frage, ob es auch künftig vier Laufbahngruppen geben soll. Die bfg tritt mit Nachdruck für eine größere Durchlässigkeit der Laufbahngruppen ein. Der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes berät die vom bfg-Landesvorstand erarbeiteten „Zielvorstellungen zur Dienstrechtsreform“ und beschließt, diese der Staatsregierung „zur Würdigung“ zu überweisen.



Die bfg-Bezirksleitung Südbayern um Bezirksvorsitzenden Matthias Bauregger zusammen mit LfSt-Vizepräsidenten Herbert Scheidel.



Beim Gewerkschaftstag der DSTG in Chemnitz wird Dieter Ondracek erneut zum DSTG-Vorsitzenden gewählt.

Was war sonst noch im Jahr 2007

Der 16. Steuergewerkschaftstag in Chemnitz wählt Dieter Ondracek erneut zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft. In der öffentlichen Kundgebung kritisiert Ondracek die Nullrunden, Arbeitszeitverlängerungen und diversen Kürzungen der letzten Jahre. Der Bundessteuerverwaltung erteilt er eine klare Absage.

Mit dem Rücktritt von Edmund Stoiber als Ministerpräsident am 30. September geht eine Epoche der bayerischen Landespolitik zu Ende, die geprägt ist durch das politische Ziel des ausgeglichenen Haushalts. Das Ziel wurde zwar erreicht, doch die negativen Folgen haben in der Verwaltung tiefe Spuren hinterlassen. Mit Günther Beckstein als neuem Ministerprä-



Erwin Huber kehrt zurück in das Finanzministerium. bfg-Vorsitzender Josef Bugiel und seine Stellvertreter Johanna Markl und Gerhard Wipijewski bei einem ersten Meinungsaustausch.

Einigkeit macht stark!

Mit Ablauf des 65. Geburtstags gehen Beamtinnen und Beamte, sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer normalerweise in den Ruhestand. Für die bfg gibt es keinen Ruhestand. Sie gibt es, so lange sie ihre Mitglieder für notwendig erachten und dies sind derzeit mehr denn je.

Mehr als 10.000 Beschäftigte der Steuer- und Finanzverwaltung in Bayern haben erkannt, dass man in einer Demokratie für politische Entscheidungen Mehrheiten braucht und diese nur erreicht werden, wenn man sich engagiert, selbst einbringt, sich solidarisiert und zusammenschließt und andere überzeugt.

Beschäftigte in der Steuer- und Finanzverwaltung haben keine natürliche Lobby wie andere Berufsgruppen. Wir müssen die Öffentlichkeit davon überzeugen, dass gute Finanzbeamte und -Beschäftigte auch in ihrem Interesse sind, dass nur mit einer ausreichenden personellen Ausstattung Steuergerechtigkeit sichergestellt werden kann, und dass die Steuergesetze praktikabel und stimmig sein müssen.



Hier hat die bfg in den 65 Jahren viel erreicht. Die bfg hat die politisch Verantwortlichen davon überzeugt,

- dass mehr Stellen notwendig waren und sind, um die Steuergerechtigkeit zu gewährleisten,
- dass es notwendig war und ist, die einzelnen Tätigkeiten leistungsgerecht zu bezahlen, um gute Kräfte zu erhalten,
- dass es zwingend war und ist, ausreichende Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen, um das Engagement der Beschäftigten zu würdigen und zu erhalten.

Notwendig war und ist es aber auch, das „Handwerkszeug“, die Gesetze und die Technik so zu schaffen und zu gestalten, dass die tägliche Arbeit rationell ablaufen und die Steuergerechtigkeit verwirklicht werden kann. Hier fallen die Entscheidungen auf Bundesebene. Um hier Einfluss nehmen zu können, bedarf es einer Organisation auf Bundesebene – die der Deutschen Steuergewerkschaft - DSTG.

Im Bundesvorstand der Deutschen Steuergewerkschaft haben der bfg-Landesvorsitzende und die bfg-Betriebsvorsitzenden Sitz und Stimme. Und diese haben sie erfolgreich eingebracht. Die Stimmen der bfg wurden beachtet und aufgenommen. Von 1995 bis 2011 wurde ich in das Amt des DSTG-Bundesvorsitzenden gewählt. In dieser Zeit war ich selbst gefordert, dem Anspruch der DSTG als die Interessenvertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steuer- und Finanzverwaltung gerecht zu werden und ihre Forderungen in der Öffentlichkeit zu vertreten, sie zu erklären und durchzusetzen.

Wir wurden gehört von den schreibenden Medien und von Rundfunk und Fernsehen. In den Nachrichten-

tensendungen aller Rundfunk- und Fernsehsender wurden unsere Forderungen transportiert, oftmals mit Direktinterviews. In den Talksendungen der Fernsehsender ARD - Anne Will, Günther Jauch, hart aber fair, Menschen bei Maischberger, ZDF – Maybrit Illner, im BR Fernsehen – Münchner Runde, bei servus TV – Talk im Hangar, bei Phönix, im Morgenmagazin und Mittagsjournal von ARD und ZDF, in diversen Fernsehsendungen von WDR, NDR, mdr, rbb, Sat1, RTL, Sport 1 hatte ich Gelegenheit, unsere Positionen zu vertreten. In den Magazinsendungen – Report, Panorama, Frontal, Monitor – konnte ich zu aktuellen Steuerthemen unsere Meinung einbringen. Ebenso In den Rundfunkanstalten BR, SWR, HR, WDR, NDR, MDR. Bei Anhörungen im Deutschen Bundestag fanden wir mit unseren Argumenten Beachtung.

Die heißen Themen – Bekämpfung der Steuerhinterziehung, personelle Verstärkung der Steuerverwaltung, Stärkung von Betriebsprüfung und Steuerfahndung, Steuergestaltung durch Gewinnverlagerung, Steuerflucht, Steuerbetrug, Ankauf von CDs, Defizite bei der Besteuerung von Kapitalerträgen, Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer und Erbschaftssteuer, Einschränkung der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige, Verfassungswidrigkeit der Einschränkung der Pendlerpauschale, Steuerhinterziehung bei prominenten Persönlichkeiten u.v.a. setzte sich unsere Ansicht durch.

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes forderte auch die bfg. Die bayerische Steuerverwaltung bekam Anfang 1989 den Auftrag, eine Steuerverwaltung nach westdeutschem Muster in Sachsen und Thüringen aufzubauen. Dies war auch das Signal in diesen Ländern, eine Steuer- und Finanzgewerkschaft und Personalvertretungen zu gründen und einzurichten. Hier haben sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der bfg erfolgreich eingebracht. Hierfür gebührt ihnen unser aller Dank.

Zurückschauend kann man feststellen, es waren 65 erfolgreiche Jahre, und ich hatte die Ehre, über 50 Jahre dabei zu sein – ab 1962 als Mitglied, ab 1984 als Bezirksvorsitzender Nordbayern, von 1995 bis 2011 als Bundesvorsitzender. Am Erfolg haben alle Anteil, die Mitglieder für ihre Treue, die Ortsvorsitzenden für ihre ehrenamtliche Arbeit, die Bezirksvorsitzenden für ihr zeitraubendes Engagement und ihre Arbeit für die Mitglieder, die Landesvorsitzenden für die engagierte Interessenvertretung in Politik und in der Öffentlichkeit. Sie alle gaben und geben ihr Bestes, damit die Steuer- und Finanzverwaltung eine gute Verwaltung mit zufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist und bleibt.

Als Ehrenvorsitzender des Bezirksverbandes Nordbayern sei es mir erlaubt, den heutigen Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer und Matthias Bauregger sowie dem Landesvorsitzenden Gerhard Wipijewski für ihre herausragende Arbeit zu danken. Dank auch den Mitgliedern in den Bezirksleitungen und der Landesleitung.

Dieter Ondracek

Dieter Ondracek war von 1995 bis 2011 DSTG-Bundesvorsitzender, davor bfg-Bezirksvorsitzender für Nordbayern. Er ist Träger der Angelo-Kramel-Medaille der Bayerischen Finanzgewerkschaft.

sidenten sowie Erwin Huber als neuem CSU-Vorsitzenden und neuem Finanzminister verbindet die bfg die Hoffnung auf einen Politikwechsel. Der nach neun Jahren Amtszeit als Finanzminister scheidende Prof. Dr. Kurt Faltlhauser bleibt den Beschäftigten vor allem dadurch in Erinnerung, dass er den von ihm mit allen Mitteln angestrebten ausgeglichenen Haushalt mit brachialen Einschnitten bei den Beamten durchgesetzt hat. Die Einsicht, damit die eigene Verwaltung zu sehr belastet zu haben, kam ihm leider zu spät, um dies noch korrigieren zu können.

Der langjährige Schriftleiter der bfg-Zeitung (damals: „vfb-Mitteilungsblatt“), Rudolf Mayer, verstirbt nach längerer Erkrankung im Alter von 84 Jahren. Er war mehr als 30 Jahre aktiv in verschiedenen gewerkschaftlichen Positionen der bfg und des BBB tätig. Der Delegiertentag 1988 in Weiden zeichnete ihn mit der goldenen bfg-Ehrendnadel aus.

2008

Neues Dienstrecht: Nur noch eine Laufbahngruppe, 240 Millionen Euro zusätzlich für Beförderungen, Wegstreckenentschädigung wird erhöht

Ein gutes Jahr nach der Auftaktveranstaltung im Dezember 2006 legt das Finanzministerium die Eckpunkte zur Dienstrechtsreform vor. Danach sollen Beförderungen das Kernelement zur Honorierung der Leistung bleiben und dazu über Stellenhebungen die Beförderungssituation deutlich verbessert werden. Daneben sollen aber auch die flexiblen Leistungselemente gestärkt werden. Geradezu revolutionär ist die Absicht, statt bisher vier künftig nur noch eine Laufbahngruppe zu schaffen. Die Sonderzuwendung („Weihnachtsgeld“) und die Ballungsraumzulage sollen dauerhaft erhalten bleiben.

Bei der Sitzung des BBB-Hauptausschusses am 18. Juni konkretisiert Finanzminister Erwin Huber die Absichten der Staatsregierung und beziffert die Kosten der Dienstrechtsreform mit 240 Millionen Euro, die zusätzlich zur Verfügung gestellt würden. Er kündigt darüber hinaus eine Erhöhung



Die Landesleitung kann bei Finanzminister Erwin Huber erreichen, dass die Einstellungszahlen wieder erhöht werden.



Mitglieder der Nürnberger bfg-Ortsverbände protestieren zusammen mit DSTG-Chef Dieter Ondracek in Nürnberg.

der Wegstreckenentschädigung um 0,05 Euro an, die zum 1.8.2008 in Kraft tritt.

420 neue Anwärter werden eingestellt, Wiederbesetzungssperre wird auf 3 Monate verkürzt

Zusätzlich zu den für den Doppelhaushalt 2007/2008 beschlossenen Stellenhebungen wird die zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre auf drei Monate zurückgeführt. Diese Verkürzung bringt zusätzliche 156 Beförderungsmöglichkeiten. Außerdem entscheidet Finanzminister Huber, die Zahl der Anwärtereinstellungen für 2008 auf 420 zu erhöhen.

Kein Zurück bei der 42-Stunden-Woche in Bayern

Das Bundesverfassungsgericht lehnt die Verfassungsbeschwerde gegen die 42-Stunden-Woche in Bayern ab, „da die Verlängerung der Arbeitszeit keinen verfassungsrechtlichen Bedenken begegne“. Finanzminister und CSU-Vorsitzender Huber erklärt in einem Spitzengespräch mit der bfg-Landesleitung kategorisch, dass er an der 42-Stunden-Woche strikt festhalten werde. „Hier gibt es kein Zurück“, so der Minister. Auch der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes lehnt die in mehreren Dutzend Eingaben (davon zahlreiche von bfg-Mitgliedern) und Anträgen der Opposition geforderte Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung der Beamten und eine Gleichbehandlung mit den Angestellten ab.

Postchef Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung verhaftet; Steuer-CD und eine Lawine von Selbstanzeigen

Das ganze Land ist in Aufruhr, als Mitte Februar Postchef Zumwinkel von Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung vor laufender Kamera zum Ver-

hör abgeführt wird. Der Vorwurf lautet Steuerhinterziehung – und das in Millionenhöhe. Kurz darauf wird klar, dass Zumwinkel nur der Anfang einer bundesweiten Aktion ist, in deren Rahmen mehrere Hundert Verdächtige ins Visier genommen werden. Grund ist eine Liste, die über den BND an die Finanzbehörden gelangte. In der Folge werden die Finanzämter von einer Lawine von Selbstanzeigen überrollt, und in Presse und Öffentlichkeit gibt es kein anderes Thema mehr. bfg und DStG nutzen die Gunst der Stunde und fordern vor allem zwei Dinge: Erstens ist die Steuerverwaltung personell so auszustatten, dass für Steuerbetrüger die Gefahr einer Entdeckung realistisch gegeben ist. Zweitens: Gegen Steuersünder ist mit aller Härte vorzugehen, und dies ist auch zur Abschreckung gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten.

Landtagswahlen in Bayern: CSU verliert absolute Mehrheit

Die Landtagswahlen am 28. September ändern die politischen Machtverhältnisse in Bayern gründlich. Die CSU verliert die absolute Mehrheit und vereinbart mit der FDP eine Koalitionsregierung. Aus Sicht des öffentlichen Dienstes in Bayern ist positiv, dass die Koalitionsvereinbarung eine klare Aussage „pro Dienstrechtsreform“ trifft. Grundlage dafür sind die Eckpunkte, die in den letzten beiden Jahren erarbeitet wurden. Ministerpräsident wird Horst Seehofer, neuer Finanzminister Georg Fahrenschohn.

bfg-Gewerkschaftstag am 10./11. November in Ingolstadt

Beim bfg-Gewerkschaftstag nutzt der bfg-Landesvorsitzende die Gelegenheit, den neuen Finanzminister Georg Fahrenschohn „ins Gebet“ zu nehmen. Bugiel bedauert zunächst, dass in der Koalitionsvereinbarung zwar neue Stellen für Lehrer und Polizei angekündigt werden, aber kein Wort darüber zu finden ist, wie die Steuerverwaltung künftig in die Lage versetzt werden soll, die dafür notwendigen Steuern zu erheben. Ein wei-



Einer der ersten Termine des neuen Finanzministers Georg Fahrenschohn – hier zusammen mit Matthias Bauregger, Josef Bugiel und Helene Wildfeuer – ist der bfg-Gewerkschaftstag in Ingolstadt.

terer Schwerpunkt seiner Rede ist die Beförderungssituation. Er weist darauf hin, dass 9.000 Beamtinnen und Beamte in der Steuerverwaltung und 1.000 in der Staatsfinanzverwaltung auf ihre Beförderung warten – und das bis zu 18 Jahren. Der Vorsitzende fordert einen sofortigen Abbau dieses massiven Beförderungsstaus.

Der Bayerische Staatsminister der Finanzen hat zwei Wochen nach seinem Amtsantritt einen schweren Stand. Er beginnt mit langen Ausführungen zur Finanzmarktkrise, um schließlich dort zu landen, wo seine Vorgänger auch schon ohne Finanzmarktkrise gelandet waren – bei der Generationengerechtigkeit und der Erfordernis eines ausgeglichenen Haushalts. Immerhin stellt er fest: „Die Belastbarkeit der Steuerverwaltung ist an ihren Grenzen angelangt“. Alle Mitglieder der bfg-Landesleitung werden mit großen Stimmenmehrheiten wiedergewählt.

Was war sonst noch im Jahr 2008?

Mit dem Zusammenbruch des Brokerhauses Lehmann Brothers in New York im September findet die 2007 begonnene Finanz- und Bankenkrise ihren vorläufigen Höhepunkt. Zahlreiche Banken müssen schließen oder vom Steuerzahler „gerettet“ werden. Nach und nach stellen die Regierungen weltweit bis dahin für unvorstellbar gehaltene Summen zur Rettung der Banken bereit. Insgesamt geht es um Billionenbeträge, von denen ein Großteil für Bürgschaften zur Verfügung gestellt wird. Nach einem Bericht der Deutschen Bundesbank vom 23.6.2015 kostete die Bankenrettung den deutschen Steuerzahler bisher insgesamt 236 Milliarden Euro.

Auf dem Landesjugendtag wurde Michael Kubiak (FA Fürth) erneut zum Landesjugendleiter gewählt. Stellvertreter wurden Susanne Ossiander, Hagen Bonesky und Florian Köbler.



2008 findet das DSTG-Deutschlandturnier in Würzburg statt. Organisiert wird es vom stv. bfg-Bezirksvorsitzendem Matthias Derleth und dem Team vom bfg-Ortsverband beim Finanzamt Würzburg.

2009

Durchschnittlich 5,8 Prozent Lohnerhöhung für Arbeitnehmer der Länder; entsprechende Anhebung auch für bayerische Beamte; Rückkehr zur 40-Stunden-Woche

Vorsitzender Josef Bugiel, Bezirksvorsitzender Matthias Bauregger und der stv. Vorsitzende Thomas Wagner überbringen Staatskanzleichef Siegfried Schneider die Postkarten der bfg-Mitglieder mit den Forderungen zur Einkommensrunde.



einem Gesamtumfang von 5,8 Prozent zu erhöhen. Bei einem Spitzengespräch des BBB-Vorstandes mit Ministerpräsident Seehofer, Finanzminister Fahrenschon und Staatssekretär Pschierer am 23. März kann der BBB zwar nicht alle Forderungen durchsetzen, aber vor dem Hintergrund der immer stärker um sich greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise kommt es zu einem erfreulichen Ergebnis.

Auch die Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger in Bayern werden durchschnittlich um 5,8 Prozent erhöht. Ab 1. März 2009 gibt es einen Sockelbetrag von 40 Euro und eine lineare Erhöhung um 3 Prozent. Zum 1. März 2010 erfolgt eine weitere lineare Erhöhung um 1,2 Prozent. Die Altersteilzeit wird in geringfügig veränderter Form fortgeführt.

Fester Bestandteil im bfg-Jahreszyklus sind die Ortsverbändetagungen der Bezirksverbände. Die Tagung des Bezirksverbandes Nordbayern findet über viele Jahre in Ebermannstadt statt. Oftmals sind bei der Tagung auch Politiker zu Gast. Im Jahr 2009 diskutierten unter der Leitung der stv. Landesvorsitzenden Nicole Kittlaus die Abgeordneten Peter Meyer (FW), Jörg Rohde (FDP), Winfried Bausback (CSU), Stefan Schuster (SPD) und Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen) mit Bezirksvorsitzender Helene Wildfeuer und den über 100 nordbayerischen bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden.





Die bfg setzt sich für die Belange der jungen Kolleginnen und Kollegen auch bei der politischen Spitze ein. Das Bild zeigt die Landesjugendleitung zusammen mit Finanzminister Georg Fahrenschon.

Einen Durchbruch gibt es in der Frage der Arbeitszeit. Ministerpräsident Seehofer sagt zu, die Arbeitszeit der Beamten auf das Niveau der Arbeitnehmer des Freistaats zurückzuführen.

In der Presse wird die Rückführung der Arbeitszeit überwiegend negativ kommentiert. Die Münchener Abendzeitung bezeichnet die geschätzten Kosten von 275 Millionen Euro als „Millionen-Wahlpräsent“. Der Münchener Merkur schreibt: „....ein Schlag ins Gesicht derer, die nicht nur um den eigenen Job bangen, sondern als Steuerzahler auch noch die nötigen Beamtenstellen finanzieren müssen.“ Trotz dieser massiven öffentlichen Kritik und erheblichem Widerstand der CSU-Haushaltspolitiker hält die Staatsregierung an der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche fest. In Anbetracht der dramatischen Zuspitzung der Finanzkrise und der damit verbundenen finanziellen und wirtschaftlichen Zwänge akzeptieren bfg und BBB den von Finanzminister Fahrenschon vorgelegten Stufenplan, die Arbeitszeit jeweils ab 1.8.2012 und 1.8.2013 um je eine Stunde abzusenden.



Die bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden vom Landesamt für Finanzen und der ImBy, hier zusammen mit der stv. Landesvorsitzenden Nicole Kittlaus, haben sich im bfg-Arbeitskreis Staatsfinanz zusammengeschlossen.

Doppelhaushalt 2009/2010 bringt weitere 2.000 Beförderungen und 500 zusätzliche Einstellungen

Beim anhaltenden Kampf der bfg für eine Verbesserung der Beförderungs- und Personalsituation zeichnen sich Erfolge ab. Finanzminister Fahrenschoen kündigt bei einem Spitzengespräch mit der bfg-Landesleitung an, im kommenden Doppelhaushalt über 2.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten und 500 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten zu schaffen. Der Minister nannte die Ausstattung mit Beförderungsstellen als entscheidenden Faktor für die Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten. bfg-Vorsitzender Bugiel würdigt die Planung als wichtigen und spürbaren Schritt in die richtige Richtung.

Zusammenlegung der Münchener Finanzämter ab 1.8.2009

Durch eine Änderung der Zuständigkeitsverordnung werden die sieben selbständigen Finanzämter in München mit rund 3.300 Beschäftigten zu einem Finanzamt verschmolzen. Für die bfg hat nun die Zusammenführung aller Beschäftigten in einem Neubau an der Deroystraße erste Priorität.



Die stellvertretende Landesvorsitzende Johanna Markl begrüßt die Mitglieder des Übergangspersonalrats vom Finanzamt München zu einer Besprechung im Finanzministerium.

Arbeit am Neuen Dienstrecht schreitet voran

Am 17. November beschließt das Bayerische Kabinett den Gesetzentwurf zum Neuen Dienstrecht in Bayern und setzt damit auf Seiten der Regierung einen vorläufigen Schlussstrich unter einen Entscheidungsprozess, der ziemlich genau drei Jahre zuvor begonnen hat. Das letzte Wort hat nun der Bayerische Landtag.

Was war sonst noch im Jahr 2009?

Stephan Mair, der seit 2002 als Assistent des Vorstandes bei der bfg tätig



Der Landesvorstand bei seiner Frühjahrstagung in Donauwörth.

ist, wird neuer Landesgeschäftsführer. Der bfg-Landesvorstand ernennt den bisherigen Landesgeschäftsführer Manfred Walter nach 34 jähriger Tätigkeit für die Bayerische Finanzgewerkschaft für seine besonderen Verdienste zum Ehrenmitglied.

Die Weltwirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Auch in Deutschland häufen sich Negativmeldungen. Erst gegen Ende des Jahres hellt sich die Wirtschaftslage wieder etwas auf. Durch die umfangreichen Konjunkturprogramme und die Bankenrettungen sind die öffentlichen Kassen aber stark belastet.

Durch die Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Banken- und Wirtschaftskrise sind verfügbare Reserven wie Haushaltsrücklagen und Privatisierungserlöse aufgebraucht. Im September beschließt die Staatsregierung eine ab 1. Oktober gültige Verlängerung der Wiederbesetzungssperre auf 12 Monate. Angesichts eines „strukturellen Defizits“ im Doppelhaushalt 2011/2012 von fünf Milliarden Euro kündigt Finanzminister Fahrenschon für die Zukunft eine strikte Ausgaben- disziplin an. Bei der Klausurtagung der CSU in Kloster Banz werden u.a. folgende Sparvorschläge diskutiert: Streichung Weihnachtsgeld, Streichung Jubiläumsszuwendung, Absenkung Eingangsbesoldung, Kürzung Reisekosten, Kürzungen bei der Beihilfe, keine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, Nullrunde, Beförderungsstopp, Kürzungen für Pensionisten, Verschiebung der Dienstrechtsreform. Die bfg stellt in einer Eingabe an den Landtag die Arbeits- und Personalsituation der Finanzverwaltung ungeschminkt dar und begründet ausführlich die Personalforderungen sowie die Notwendigkeit einer funktions- und leistungsgerechten Bezahlung. Bei einer Unterschriftenaktion des BBB bringen knapp 40.000 Personen ihren Unmut über die geplanten Sparmaßnahmen zum Ausdruck.

2010

Wiederbesetzungssperre wird (erneut) auf 12 Monate verlängert, Doppelhaushalt 2011/2012 als Sparhaushalt

In der Personal- und Dienstrechtsabteilung von Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel „entsteht“ das Neue Dienstrecht. Auch die bfg ist in den Entwicklungsprozess eng mit eingebunden.



Die Staatsregierung verabschiedet am 21. Dezember den Haushalt 2011/2012 und hält an ihrem Sparpaket fest. Ministerpräsident Horst Seehofer informiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter per E-Mail und Videobotschaft über die für das Jahr 2011 beabsichtigte Nullrunde für Beamte und Versorgungsempfänger und bittet um Verständnis für diesen „Sparbeitrag“.

Neues Dienstrecht wird im Landtag abschließend beraten

Nach intensiver und trotzdem zügiger Beratung verabschiedet der Landtag das Neue Dienstrecht für Bayern, das damit zum 1. Januar 2011 in Kraft tritt. Neben Altbewährtem gibt es einige gravierende Änderungen. Dazu gehört vor allem die Abkehr von den vier Laufbahngruppen und die Schaffung einer sogenannten Leistungslaufbahn. Das horizontale Einsteigen und Vorrücken in der Grundgehaltstabelle ist künftig nicht mehr an das Lebensalter gebunden. Die gesetzliche



Ehrungen durch Bezirksvorsitzenden Matthias Bauregger bei der Ortsverbändertagung des bfg-Bezirksverbandes Südbayern in Bad Endorf.



Erste Träger der „Angelo-Kramel-Medaille“ sind Dieter Kattenbeck und Dieter Ondracek. Die Verleihung erfolgt im Rahmen einer Landesvorstandssitzung in Regensburg, an der auch MdL Tanja Schweiger (links) und Stadtrat Norbert Hartl (2. von rechts) teilnehmen.

Altersgrenze wird schrittweise auf 67 Jahre angehoben, aber nach 45 Dienstjahren kann man bereits mit 64 Jahren abschlagsfrei in Pension gehen.

Was war sonst noch im Jahr 2010?

Der Ankauf von „Steuersünder-Daten“ aus der Schweiz führt zu einem massiven Anstieg der Selbstanzeigen. bfg und DStG nutzen das große Interesse der Medien, um eine deutliche Personalaufstockung der Steuerverwaltung zu fordern.

In Erinnerung an Angelo Kramel, der von der Gründung des Vereins der Finanzbeamten im Jahr 1949 bis 1962 Vorsitzender war, schafft die bfg eine eigene Medaille. Damit sollen Persönlichkeiten geehrt werden, die außerhalb der Bayerischen Finanzgewerkschaft die Ziele und Belange der bfg in besonderer Weise gefördert haben. Der Landesvorstand der bfg beschließt, Dieter Kattenbeck und Dieter Ondracek als erste mit der Angelo-Kramel-Medaille auszuzeichnen.

Die massiven Proteste der Beamten gegen das von der Regierung geschürte „Sparpaket“ zeigen erste Erfolge. Am 24. März beschließt der Haushaltsausschuss des Landtages einstimmig, einen Teil des Sparpakets der Staatsregierung zurückzunehmen. Zumindest die geplanten Kürzungen bei den Reisekosten und die Streichung der Jubiläumszuwendung können damit verhindert werden. Keine Zugeständnisse gibt es dagegen bei der Absenkung der Eingangsbesoldung, der Wiederbesetzungssperre und der Aussetzung der Leistungsbezahlung.

2011

Erster Erfolg beim Kampf gegen die Sparmaßnahmen: Jubiläumszuwendung bleibt erhalten, Reisekosten werden nicht gekürzt

Das Neue Dienstrecht in Bayern: ein Meilenstein in der Entwicklung des Beamten- rechts in Deutschland

Die Bedeutung des neuen bayerischen Leistungslaufbahngesetzes lässt sich am besten erschließen, wenn man dieses Gesetz in den Kontext der Entwicklung des Bundesbeamtenrechts stellt. Wurde unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Ermangelung anderer Rechtsvorschriften zunächst das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 (RGBl. I S. 39) weiter auf die Rechtsverhältnisse der Beamten angewendet – allerdings unter Ausnahme der Vorschriften, die typisches nationalsozialistisches Gedankengut enthielten – kam es in den Ländern schon sehr bald zum Erlass eigener Beamtengesetze. So wurde im Bayerischen Gesetz- und Ordnungsblatt (BayBS III S. 256) am 14. Dezember 1946 das Bayerische Beamtengesetz 1946 verkündet. Ausgehend von dieser Zersplitterung der Beamtenrechte der Länder waren die nächsten Jahre geprägt von dem Bemühen, auf dem Gebiet des Beamtenrechts zu bundesweit einheitlichen Rechtsvorschriften zu gelangen.



Erster Markstein auf diesem Weg war der Erlass des Beamtenrechtsrahmengesetzes vom 1. Juli 1957 (BGBl. I S. 667 ff.). Höhepunkt dieser Entwicklung war das 28. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 18. März 1971 (BGBl. I S. 206), mit der ein neuer Art. 74a in das Grundgesetz eingefügt wurde. Mit dieser Änderung wurde dem Bund die weitgehende Kompetenz zum Erlass von Rechtsvorschriften auf den Gebieten der Besoldung und Versorgung übertragen, die der Bund mit Erlass des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes ausfüllte.

Die weitgehende Vereinheitlichung des Bundesbeamtenrechts wurde von den Beteiligten über viele Jahre hinweg als wohltuend und durchaus auch als Kosten begrenzend empfunden. Trotz der Notwendigkeit zu häufig nicht ganz einfachen Abstimmungsprozessen in Bundestag und Bundesrat war man mit der erreichten Einheitlichkeit des Deutschen Beamtenrechts weitgehend zufrieden.

Eine erste größere Auseinanderentwicklung – bezeichnenderweise im Bereich des Besoldungsrechts – ergab sich mit der Neufassung des § 67 Bundesbesoldungsgesetz durch das BBVAnpG 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798), mit der die Länder bei Einhaltung bestimmter Schranken ermächtigt wurden, die Höhe der Sonderzuwendung eigenständig zu regeln. Seither hat eine rasante Auseinanderentwicklung der Sonderzuwendung bei Bund und Ländern eingesetzt, sowohl was die Höhe als auch was die Form der Gewährung anbetrifft, nachdem hier vielfach dazu übergegangen wurde, die Sonderzuwendung (nach entsprechender Kürzung) in die Besoldungstabellen einzuarbeiten.

Gegenpol des nunmehr in die andere Richtung ausschlagenden Pendels war die Aufhebung der Art. 74a und Art. 75 Grundgesetz a.F. durch Art. 1 Nr. 8 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034), das am 1. September 2006 in Kraft getreten ist. Seither erstreckt sich die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes nur mehr auf die Statusrechte und -pflichten der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie der Richter in den Ländern mit Ausnahme der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung. Die Regelung des Laufbahnrechts liegt damit nunmehr genauso wie Besoldung und Versorgung in der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder.

Begründet wurde die Grundgesetzänderung allgemein damit, die Rechtsetzungskompetenzen von Bund und Ländern wieder klarer zu trennen und zuzuordnen. Bezogen auf das Beamtenrecht wurde auf die Höhe

der Personalausgaben bei den Ländern verwiesen, wo die Personalausgaben im Durchschnitt mehr als 40 v.H. der Länderhaushalte binden. Im Gegensatz zu der Bedeutung dieses Kostenblocks in den Länderhaushalten wurde die Möglichkeit der Länder, die Rechtsbedingungen ihrer Beschäftigten selbst zu regeln, als zu gering bezeichnet. Eine Rolle hat in diesem Zusammenhang sicherlich auch die Tatsache gespielt, dass der Bund selbst nur ca. 10 Prozent seiner Ausgaben für das Personal aufwenden muss, er bis zur Grundgesetzänderung aber doch über einen erheblichen Einfluss auf die Gestaltung insbesondere der Besoldung und Versorgung, aber auch auf das Statusrecht einschließlich des Laufbahnrechts hatte. Die Rede war auch immer wieder vom „Wettbewerbsföderalismus“, mit dem es ermöglicht werden sollte, die Rechtsverhältnisse der Beamten in den einzelnen Ländern der jeweiligen Situation angepasst zu entwickeln und insoweit in einen (für alle?) fruchtbaren Wettbewerb einzutreten.

Es sei dahingestellt, ob man sich der These des Wettbewerbsföderalismus uneingeschränkt anschließen will. Unbestreitbar war bereits vor der Grundgesetzänderung eine stärker werdende Tendenz zur eigenständigen Regelung der Rechtsverhältnisse der Beamten durch die Länder zu verspüren. Betrachtet man die seither eingesetzte Entwicklung im Laufbahnrecht, so kann man tatsächlich auch einen erheblichen Gestaltungswillen der Länder erkennen und einen durchaus interessanten Wettbewerb in der bestmöglichen Gestaltung der Rechtsverhältnisse der Beamten.

Dieser Wettbewerb verspricht jetzt schon, das Laufbahnrecht sachgerecht fortzuentwickeln und damit auf der Höhe der Zeit zu halten. Die Unterschiede in der Besoldung, die seit der Grundgesetzänderung eingetreten sind, sind nicht unerheblich, aber auch nicht dramatisch. Möglicherweise werden sie den unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten der Länder durchaus zutreffender gerecht, als es eine bundeseinheitliche Besoldungsregelung gekonnt hätte.

Das Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern

Vor dem Hintergrund der durch die Grundgesetzänderung neu gewonnenen Kompetenzen im Beamtenrecht haben die maßgeblichen politischen Kräfte in Bayern von Anfang an erklärt, von den zur Verfügung stehenden Kompetenzen umfassend Gebrauch machen zu wollen. Hieran bestand auch seitens der Verwaltung und der Beschäftigten sowie ihrer Verbände ein hohes Interesse. Im Vordergrund stand nicht nur, eigenständige bayerische Regelungen zu erlassen, sondern das Beamtenrecht auf den Prüfstand zu stellen und zeitgemäß neu auszugestalten.

Erstes Ergebnis der daraufhin in Bayern aufgenommenen Arbeiten waren die „Eckpunkte für das Neue Dienstrecht in Bayern“, die der Bayerische Ministerrat am 3. Juni 2008 beschlossen hat und die am 10. Juni 2008 im Rahmen einer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag vorgestellt wurden. In diesen Eckpunkten wurde ausdrücklich betont, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tagtäglich einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren von Staat und Gesellschaft leisten. Es wurde festgestellt, dass eine moderne und effiziente Verwaltung ein wesentlicher Faktor für den Standort Bayern im nationalen und internationalen Wettbewerb ist. Auf den Punkt kommend wurde schließlich festgehalten, dass Grundlage der Leistungsfähigkeit der Verwaltung ein zukunftsorientiertes Dienstrecht ist.

Als Ziel der Bemühungen wurde die Schaffung eines modernen und zukunftsfähigen Dienstrechts bestimmt, das attraktive Rahmenbedingungen und Perspektiven für alle Beamtinnen und Beamten in Bayern bietet, indem es Leistung stärker honoriert, Flexibilität fördert und die demografischen Herausforderungen unserer Zeit berücksichtigt. Bereits in den Eckpunkten wurde deutlich gemacht, dass flexible Regelungen notwendig sind, die das berufliche Fortkommen der Beamten unterstützen und das Potenzial jedes Einzelnen fördern.

Nach intensiven Beratungen wurde schließlich das Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern am 14. Juli 2010 vom Bayerischen Landtag beschlossen. Das Gesetz zum Neuen Dienstrecht in Bayern (GVBl. Nr. 15 vom 12.08.2010) ist von einigen Ausnahmen abgesehen, die ein früheres Inkrafttreten vorgesehen haben, am 1. Januar 2011 in Kraft getreten.

Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen (Leistungslaufbahngesetz - LibG)

Das Herzstück der bayerischen Reform ist die Neugestaltung des Laufbahnrechts. Hier ist der Freistaat Bayern in mehrfacher Hinsicht neue Wege gegangen, zum Teil parallel zu anderen Ländern teilweise aber auch in singulärer Art und Weise.

Aufgegeben wurde die Aufteilung der laufbahnrechtlichen Vorschriften auf Grundnormen im Beamtengesetz und eine Ausfüllung dieser Vorschriften in einer Laufbahnverordnung. Die Regelungen des Bayerischen Beamtengesetzes und der Verordnung über die Laufbahnen der bayerischen Beamten wurden in einem eigenen Gesetz, dem Leistungslaufbahngesetz zusammengefasst. Dies dient nicht nur der Rechtsvereinfachung, sondern signalisiert auch die zentrale Bedeutung, die der bayerische Gesetzgeber den neuen laufbahnrechtlichen Vorschriften beimisst.

Die am weitesten in die Zukunft reichende Änderung ist die Abschaffung der bisherigen vier Laufbahngruppen des einfachen, mittleren gehobenen und höheren Dienstes. An ihre Stelle tritt eine durchgehende Leistungslaufbahn. Der Einstieg in diese Laufbahn erfolgt entsprechend dem Schul- und Hochschulrecht nach Vor- und Ausbildung in vier unterschiedlichen Qualifikationsebenen. Was den Einstieg betrifft, hat sich gegenüber dem bisherigen Recht nichts geändert. Völlig verändert ist aber das weitere berufliche Fortkommen des Beamten nach dem Einstieg in der Laufbahn.

Vom Einstieg weg soll sich der Beamte seinen Fähigkeiten entsprechend entwickeln können, ohne an Laufbahngruppengrenzen zu stoßen, deren Überwindung bisher mit bürokratischen Hürden verbunden war. Der Begriff Qualifikationsebene darf nicht dergestalt missverstanden werden, dass er wie bisher das Einstiegsamt und die darüberliegenden Beförderungsämtner (entsprechend den bisherigen Laufbahngruppen) umfasst. Qualifikationsebene meint nur die Ebene, in der der Einstieg erfolgt. Alle weiteren Ämter stehen dem Beamten entsprechend seiner Fähigkeiten zur Entwicklung offen. Logischerweise entfallen die bisherigen Verzahnungsämtner in A 6, A 9 und A 13. Diese Ämter sind nicht mehr wie bisher doppelt zu durchlaufen. Weggefallen sind demzufolge auch die unterschiedlichen Amtsbezeichnungen in diesen Verzahnungsämtner.

Neuland betritt der bayerische Gesetzgeber insbesondere in der Frage, wie der „Aufstieg“ künftig stattfindet. So entfallen der bisherige Aufstieg für besondere Dienstleistungsbereiche, der Verwendungsaufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst und der Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst. Das neue System der Modularen Qualifizierung baut ausdrücklich auf der vorhandenen beruflichen Erfahrung und Leistung auf. Mit modular aufgebauten, zeitlich über mehrere Ämter gestreckten Qualifizierungsmaßnahmen soll das Erklimmen weiterer Beförderungsämtner ermöglicht werden. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen handelt es sich nicht um die Aneignung von theoretischem Fachwissen, das möglicherweise für die eigene Dienstausbübung nur von untergeordneter Bedeutung ist. Vielmehr sollen im Hinblick auf die konkrete dienstliche Tätigkeit verwertbare Erkenntniszugewinne ermöglicht werden.

Das System der Modularen Qualifizierung entspricht dem Prinzip des lebenslangen Lernens. Es gibt in diesem System keine Stufen, bis zu denen man sich hochdient, um sich dann punktuell Wissen anzueignen. Vielmehr soll die Wissensvermittlung kontinuierlich erfolgen und soweit möglich sein und reichen, wie es

den Fähigkeiten des Beamten entspricht. Entsprechende Fähigkeiten unterstellt, sind dem Beamten bei seinem beruflichen Fortkommen damit tatsächlich „keine Grenzen mehr gesetzt“.

Auch in weiteren Bestimmungen ist das Leistungslaufbahngesetz geprägt von dem Ziel, mehr Flexibilität in der beruflichen Entwicklung der Beamtinnen und Beamten zu erreichen. Das gilt insbesondere auch für die Zusammenlegung der bisherigen hohen Anzahl an Laufbahnen in Bayern. Diese werden nunmehr in sechs Fachlaufbahnen gebündelt. Der Wechsel innerhalb dieser Fachlaufbahnen ist deutlich erleichtert gegenüber dem bisherigen Recht. Hohe Flexibilität sollen zukünftig auch die Vorschriften über den Eintritt in den öffentlichen Dienst bei einem sonstigen Qualifikationserwerb für eine Fachlaufbahn (der frühere Bewerber besonderer Fachrichtung) bzw. als anderer Bewerber bieten.

Alle neuen bzw. neu gestalteten Instrumente sind begleitet von einer unverzichtbaren Qualitätskontrolle. Das berufliche Fortkommen der Beamtinnen und Beamten soll erleichtert, die Qualität des öffentlichen Dienstes gleichzeitig aber weiter ausgebaut und verbessert werden.

Wilhelm Hüllmantel

Wilhelm Hüllmantel war von 1999 bis 2011 Leiter der Dienstrechtsabteilung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. Er ist Träger der Angelo-Kramel-Medaille der Bayerischen Finanzgewerkschaft.

Der vorstehende Aufsatz ist erstmalig in dem im Verlag C.H.Beck aufgelegten Kommentar „Leistungslaufbahnrecht“ von Hüllmantel, Eck, Hoffmeyer, Lubert, Weißgerber erschienen.

Tarifeinigung 2011/2012; Staatsregierung hält für Beamte an Nullrunde 2011 fest

In der 3. Verhandlungsrunde einigen sich am 10. März die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft der Länder auf eine Einmalzahlung von 360,-



Demo zur Einkommensrunde 2011 in der Nürnberger Fußgängerzone.

Mit den Kolleginnen und Kollegen der österreichischen Finanzgewerkschaft von der GÖD pflegt die bfg seit Jahren einen Austausch. Im Jahr 2011 folgte eine Delegation der bfg einer Einladung nach Villach.



Euro und ab dem 1. April 2011 eine Entgelterhöhung von 1,5 Prozent. Ab dem 1.1.2012 erfolgt eine weitere lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 1,9 Prozent bei einem Sockelbetrag von 17,- Euro. Mit diesem Ergebnis steht ein wesentlicher Eckpunkt für die Anpassung der Beamtenbesoldung fest; dennoch beharrt die Staatsregierung weiter auf einer Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten. Der Bayerische Beamtenbund fordert für 2011 eine Einmalzahlung von 750,- Euro und eine lineare Anpassung der Bezüge um 3,5 Prozent ab dem 1.1.2012 sowie eine anschließende Sockelerhöhung von 17,- Euro. Bei einem Spitzengespräch des BBB-Vorstandes gibt Finanzminister Fahrenschoen zwar zu, dass sich die Steuereinnahmen gut entwickeln. Sie lägen aber immer noch unter dem Niveau von 2008.

Personalratswahlen am 17. Mai 2011 – bfg baut Mehrheiten aus; Gerhard Wipijewski wird neuer Vorsitzender des Hauptpersonalrats

Die bayerische Finanzgewerkschaft erzielt bei den Personalratswahlen 2011 einen herausragenden Wahlerfolg. In den Stufenvertretungen errei-

Gerhard Wipijewski wird neuer Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen. In einer Feierstunde im Finanzministerium verabschiedet Finanzminister Georg Fahrenschoen den bisherigen Vorsitzenden Josef Bugiel und führt Gerhard Wipijewski in sein neues Amt ein.



chen die Listen der bfg bis zu 82,5 Prozent der Stimmen. Die bfg gewinnt damit 5 Sitze hinzu. Auch die hohe Wahlbeteiligung von knapp 80 Prozent ist ein deutliches Signal der Beschäftigten.

Gerhard Wipijewski wird zum neuen Vorsitzenden des Hauptpersonalrats gewählt. Er wird damit Nachfolger von Josef Bugiel, der dieses Amt seit 2001 ausübte. Aus Anlass dieses „Stabwechsels“ lädt Finanzminister Fahrenscho zu einer Feierstunde ein, in der der neue Vorsitzende in sein Amt eingeführt und der bisherige Vorsitzende verabschiedet wird. Der Finanzminister lässt die Amtszeit Bugiels Revue passieren und sagt, er freue sich, dass sich diese Zusammenarbeit aufgrund dessen gewerkschaftlicher Funktionen noch eine Weile fortsetzen lasse. Zum Dank für sein langjähriges Engagement zeichnet er Bugiel mit der Finanzmedaille in Gold aus. Dem neuen HPR-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski gratuliert Fahrenscho herzlich. Er sei davon überzeugt, dass der Hauptpersonalrat eine gute Wahl getroffen habe und freue sich auf den gemeinsamen Weg.

Was war sonst noch im Jahr 2011?

Florian Köbler wird in der Sitzung des Landesjugendausschusses der bfg-Jugend zum neuen bfg-Landesjugendleiter gewählt. Er folgt damit Michael Kubiak, der dieses Amt seit 2004 inne hatte.



Der „amtierende“ Landesjugendleiter Florian Köbler mit seinen Vorgängerinnen und Vorgängern Michael Kubiak, Gerhard Wipijewski, Nicole Kittlaus, Johanna Markl und Thomas Wagner.

Nach über 15 Jahren als DSTG-Bundesvorsitzender legt Dieter Ondracek am 8. Juni sein Amt nieder und übergibt die Führung des Verbandes an seinen bisherigen Stellvertreter Thomas Eigenthaler. Ondracek begann seine Gewerkschaftskarriere als bfg-Ortsvorsitzender beim Finanzamt Regensburg und war Vorsitzender des bfg-Bezirksverbandes Nordbayern, bevor er den Vorsitz des bfg-Dachverbandes übernahm.

Der HPR-Vorsitzende Gerhard Wipijewski wird zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte gewählt. Johanna Markl wird wieder Geschäftsführerin des Gremiums.

Finanzminister Georg Fahrenscho wird Präsident des Deutschen Spar-

Nach über 15 Jahren als DSTG-Bundesvorsitzender legt Dieter Ondracek am 8. Juni sein Amt nieder und übergibt die Führung des Verbandes an seinen bisherigen Stellvertreter Thomas Eigenthaler. Mit auf dem Bild die ehemaligen DSTG-Vorsitzenden Werner Hagedorn und Erhard Geyer.



kassen- und Giroverbands (DSGV) und tritt als Finanzminister zurück. Neuer Finanzminister wird der bisherige Umweltminister Dr. Markus Söder.

2012

Finanzminister Söder kündigt Ende der Sparwelle an und will mehr Personal für die Steuerverwaltung einstellen

Beim ersten Gespräch der bfg-Landesleitung mit dem neuen Finanzminister Markus Söder kündigt dieser an, die Einstellungen für das laufende Jahr in der 2. und 3. Qualifikationsebene auf insgesamt 951 Nachwuchskräfte zu erhöhen. Weitere Verbesserungen sagt er für den Doppelhaushalt zu. Außerdem wolle er die Wiederbesetzungssperre mit dem kommenden Haushalt zurückzuführen. Er habe den Auftrag gegeben, zuerst an die eigenen Leute zu denken. Mehr Finanzbeamte seien zwar schwierig in der Öffentlichkeit zu vermitteln, aber eine massive Einseitigkeit zu Gunsten der Lehrer und der Polizei lehne er ab.

Die bfg konkretisiert in einem Schreiben an Finanzminister Söder ihre



Dr. Markus Söder wird neuer Finanzminister. Er kündigt an, „zuerst an die eigenen Leute zu denken“.



Josef Bugiel, Helene Wildfeuer und Johanna Markl treffen bei der Bundeshauptvorstandssitzung des dbb in Berchtesgaden mit Ministerpräsident Horst Seehofer zusammen und werben für Verbesserungen im Doppelhaushalt 2013/2014.

Forderungen zum Doppelhaushalt 2013/2014. Dabei weist sie insbesondere auch auf die Kritik des Bayerischen Obersten Rechnungshofs hin, der deutliche Schritte zum Abbau des Personalmangels gefordert hat. In seinem Jahresbericht 2012 stellt der ORH fest: „Die Steuerverwaltung ist die zentrale Einnahmeverwaltung. Der ORH hat in mehreren Berichten aufgezeigt, dass mit mehr Mitarbeitern in der Steuerverwaltung auch Mehreinnahmen erzielt werden können, die die zusätzlichen Personalkosten bei Weitem übersteigen. Dieser Sondersituation sollte Rechnung getragen werden. Personaleinsparungen in der Steuerverwaltung dienen – anders als das Finanzministerium behauptet – gerade nicht der Haushaltskonsolidierung. Mehreinnahmen der Steuerverwaltung schaffen Gestaltungsspielräume in anderen Bereichen oder zum Schuldenabbau. Der ORH hält deutliche Schritte zum Abbau des Personalmangels beginnend mit dem nächsten Doppelhaushalt 2013/2014 für notwendig.“

Anfang Juli, beim Hauptausschuss des BBB, kündigt Söder an, „ein deutliches Signal pro Beamte“ zu setzen. Es sei wichtig, den öffentlichen Dienst am Aufschwung teilhaben zu lassen.



Von 2008 bis 2013 war die FDP Koalitionspartner der CSU. Josef Bugiel, Gerhard Wipijewski und Thomas Wagner zusammen mit FDP-Fraktionsvorsitzendem Thomas Hacker und seinem Stellvertreter Karsten Klein.

Die Freien Wähler FW sind seit der Legislaturperiode 2008 bis 2013 im Landtag vertreten und seitdem wie alle anderen Fraktionen Gesprächspartner der bfg für die Belange der bayerischen Finanzverwaltung.



Dieser Zusage lässt Söder im Doppelhaushalt 2013/2014 Taten folgen. Er setzt bei der Kabinetts taggedung in St. Quirin trotz größter Widerstände 200 neue Stellen für die Steuerverwaltung sowie weitere Verbesserungen bei den Einstellungsmöglichkeiten durch. Es werden insgesamt 45 Millionen Euro für Beförderungen zum 1.1.2013 zur Verfügung gestellt, die Leistungselemente beim Neuen Dienstrecht werden wieder eingeführt, die Absenkung der Eingangsbesoldung entfällt zum 1. Mai 2013, und die Wiederbesetzungssperre wird zum 1.1.2013 auf 3 Monate zurückgeführt.

Besoldungserhöhung ab 1.1.2012, Nullrunde 2011 bleibt bestehen

Trotz der sich ständig überbietenden Erfolgsmeldungen über die rasante wirtschaftliche Entwicklung und der daraus folgenden steigenden Steuereinnahmen hält die Staatsregierung an der Nullrunde für das Jahr 2011 fest. Die Besoldung und Versorgung der Beamten wird erst zum 1.1.2012 mit einer linearen Erhöhung von 1,9 Prozent plus 17,- Euro Sockel angepasst. Erst mit dem zweiten Schritt, einer weiteren linearen Erhöhung um 1,5 Prozent zum 1.11.2012 ist damit wieder der Gleichklang mit dem Tarifbereich hergestellt.

Versorgungsrücklagen werden nicht aufgelöst

Der Koalitionspartner FDP verhindert die vom Finanzminister geplante Auflösung der Versorgungsrücklagen und die Verwendung der angesparten Mittel zur Schuldentilgung. Die beiden Versorgungstöpfe „Sondervermögen Versorgungsrücklage“ und „Versorgungsfonds“ werden zu einem einheitlichen Sondervermögen unter der Bezeichnung „Bayerischer Pensionsfonds“ zusammengeführt, und es werden ab 1.1.2013 jährlich pauschal 100 Millionen Euro zugeführt.



Die bfg-Bezirksleitung Nordbayern zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Steuern, Dr. Roland Jüptner.

Nach achtjährigem Kampf: 42-Stunden-Woche fällt weg

Zum 1.8.2012 wird die Wochenarbeitszeit für Beamte um 1 Stunde und im Folgejahr um eine weitere Stunde verkürzt. Damit gehört die zum 1.9.2004 vom damaligen Ministerpräsidenten Stoiber und Finanzminister Faltlhauser eingeführte Arbeitszeiterhöhung für bayerische Beamte endlich der Vergangenheit an. Trotz unseres erheblichen Widerstands und mehrerer Gerichtsverfahren dauert es acht Jahre, bis diese Ungleichbehandlung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten endlich wieder beseitigt wird. Erst im Laufe des Jahres 2009 gelingt mit dem neuen Ministerpräsidenten Seehofer der Durchbruch in der Arbeitszeitfrage. Nach zähen Verhandlungen wird schließlich am 29.12.2009 die Änderung der Arbeitszeitverordnung im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht.

Neue Entgeltordnung für Tarifbeschäftigte ab 1.1.2012

Zum 1.1.2012 tritt die neue Entgeltordnung zum TV-L für die Tarifbeschäftigten in Kraft, die von den Gewerkschaften am 31.10.2011 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder abgeschlossen wurde. Bereits 5 Jahre vorher ist mit dem TV-L ein neuer Tarifvertrag in Kraft getreten, der den Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) abgelöst hat. Wegen der sehr unterschiedlichen Positionen der Verhandlungspartner zogen sich die Verhandlungen über die neue Entgeltordnung über Jahre hin.

Was war sonst noch im Jahr 2012?

Bei den 50. Winterspielen des Finanzsportvereins Traunstein in Ruhpolding übergibt Martin Baumann nach über 25-jähriger Tätigkeit als Präsident sein Amt an seinen Nachfolger. Im Namen der Bayerischen Finanzgewerkschaft sprechen ihm Matthias Bauregger und Josef Bugiel Dank

und Anerkennung aus und zeichnen ihn mit der Angelo-Kramel-Medaille aus.

Neue Maßstäbe setzt das 51. Bayernturnier in Nürnberg. Genau 1.111 Aktive treffen sich beim ersten bfg-Turnier ohne Vorausscheidungen. In 13 Sportarten verteilt auf 30 Wettbewerbe messen sich die Sportler. Zusätzliche Mitmach-Angebote, insbesondere für die vielen jungen Kolleginnen und Kollegen, sind in das Programm aufgenommen. An der Siegerehrung mit attraktiver Tombola nehmen 650 Sportler und Schlachtenbummler teil.

Beim Gewerkschaftstag des dbb wird eine Verschmelzung von dbb und dbb Tarifunion beschlossen.

2013

Tarifrunde 2013: 5,6 Prozent Erhöhung für 24 Monate; zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die bayerischen Beamten

Nach der Verschmelzung des dbb mit der dbb-Tarifunion steht dem neu-strukturierten dbb bei der Tarifrunde 2013 für die Arbeitnehmer der Länder die erste Bewährungsprobe bevor. Der dbb geht mit dem Motto „Starke Länder – faire Löhne“ in die Verhandlungen. Die Hauptforderung lautet: Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent inklusive einer sozialen Komponente. Nach der Zusage von Finanzminister Söder, das Ergebnis voll inhaltlich auch auf die bayerischen Beamten zu übertragen, kommt den Tarifverhandlungen für alle Beschäftigten der Finanzverwaltung eine große Bedeutung zu.

An den bundesweiten Warnstreiks und Kundgebungen beteiligen sich daher auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen. Bei der zentralen Kundgebung am 4. März in Nürnberg mit rund 3.500 Teilnehmern sind 750 bfg-Mitglieder dabei – nicht zuletzt viele Beamtinnen und Beamte.

Am 9. März kommt es bei der 3. Verhandlungsrunde zur Einigung. Danach werden die Tabellenentgelte bei einer Laufzeit von 24 Monaten in zwei Stufen um 2,65 Prozent sowie um 2,95 Prozent erhöht. Auch über den



Wieder wird in Nürnberg demonstriert. An dem Demozug nehmen über 750 Kolleginnen und Kollegen aus der Finanz- und Steuerverwaltung teil.

Jahresurlaub kann Einigung erzielt werden. Er umfasst künftig 27 Tage für Auszubildende und 30 Tage für alle anderen Arbeitnehmer.

Unmittelbar nach der Tarifeinigung begrüßt Finanzminister Söder das Ergebnis. Der entsprechende Gesetzentwurf zur Übernahme auf die Beamten und Versorgungsempfänger wird in der letzten Plenarsitzung vor den Landtagswahlen verabschiedet. Damit übernimmt Bayern in der Besoldung wieder den Spitzenplatz vor dem Bund und weit vor anderen Ländern.

In jeder Hinsicht überzeugend!

Mit der Einweisungszeit am Finanzamt Dingolfing habe ich 1994 meinen Dienst in der Steuerverwaltung begonnen. Nach einer kurzen Zwischenstation in Deggendorf durfte ich dann fast acht Jahre als Sachgebietsleiter in der Bearbeitungsstelle Straubing des Finanzamtes München II tätig sein. An allen drei Ämtern habe ich sehr schnell die Erfahrung gemacht, dass sich die bfg mit engagierten Führungskräften, großer Kompetenz und realistischen Zielen für alle Beschäftigten einsetzt. Deshalb bin ich 1998 aus Überzeugung Mitglied geworden und halte der bfg natürlich auch in meiner jetzigen Funktion als Abgeordneter die Treue. Denn die bfg ist gerade in der Landespolitik ein gesuchter und geschätzter Gesprächspartner. Der gute Kontakt und die Informationen aus der Praxis sind für unsere Arbeit im Parlament sehr nützlich und viele bfg-Forderungen konnten dadurch erfolgreich umgesetzt werden. Dies gilt umso mehr, seit im Rahmen der Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Beamtenrecht auf den Freistaat Bayern übergegangen ist. Bei der Erarbeitung des Neuen Dienstrechts, mit dem Bayern Maßstäbe in ganz Deutschland gesetzt hat, war mir die Einschätzung durch die bfg besonders wichtig.



Gerne erinnere ich mich auch an die Gründung des Arbeitskreises Steuerjuristen (ASt) im Jahr 2000. Unter Führung von Peter Stumpf haben Michael Alt, Uschi Vorlauffer, Dr. Heribert Zankl und ich gemeinsam mit bfg-Justitiar Rainer Friemel die Initiative ergriffen und den Gedanken der laubahnübergreifenden Interessenvertretung auch für den höheren Dienst mit Leben erfüllt. Am schwierigsten war dabei die Aufgabe, die Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass Juristen in der Finanzverwaltung nicht nur Vorgesetzte, sondern natürlich auch Arbeitnehmer mit spezifischen Anliegen sind. Dank der Rückendeckung durch die bfg-Spitze unter Führung von Josef Bugiel waren wir erfolgreich. Viele Ziele des Arbeitskreises sind heute Realität geworden und sorgen dafür, dass die 4. QE auch in Zukunft attraktiv bleibt.

Allen Mitstreitern aus meiner aktiven bfg-Zeit und allen, die sich heute engagiert einbringen, wünsche ich alles Gute und weiterhin viel Elan.

Josef Zellmeier, MdL
Stellv. Vorsitzender und
Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
der CSU-Landtagsfraktion

Bei der abschließenden Kundgebung spricht Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer für die dbb bundesfrauenvertretung.



„Offshore-Leaks“ und „Fall Hoeneß“: Bekämpfung der Steuerkriminalität wird politisches Thema

Knapp 50.000 Steuerhinterzieher haben sich in Folge der Ankäufe von „Steuersünder-CDs“ in den letzten Jahren selbst angezeigt. Während all diese Einzelfälle entsprechend der Abgabenordnung nicht öffentlich bekannt werden, beschäftigt der Fall „Hoeneß“ wochenlang die deutschen Medien.

Der Grund liegt sicher auch darin, dass die breite Öffentlichkeit nach den „Offshore-Leaks“ innerhalb weniger Wochen zum zweiten Mal eine Ahnung davon bekommt, in welchem Maße vermögende Menschen durch Geldanlagen in Steueroasen den deutschen Staat betrügen. Die bfg ist ein gefragter Gesprächspartner von Presse und Fernsehen zum Thema Steuerhinterziehung. Der Freistaat sieht sich von verschiedenen Seiten dem Vorwurf ausgesetzt, Bayern sei eine Steueroase. Zusammen mit Finanzminister Söder tritt die bfg diesem Vorwurf entgegen. Bei einem Gespräch mit dem Finanzminister macht der bfg-Vorsitzende allerdings deutlich, dass die vom Finanzminister zu Recht gelobten bayerischen Finanzbeamten am Limit angelangt sind und dringender Handlungsbedarf bestehe, wenn Bayern auch weiterhin bei den bundesweiten Leistungsrankings vorn dran sein möchte.

50 Jahre bfg-Jugend

Die Jugendorganisation der bfg feiert ihr 50-jähriges Bestehen. Die damalige VFB-Jugend führte am 4. Mai 1963 ihren ersten Landesjugendtag durch. Dieter Kattenbeck wurde seinerzeit zum ersten Landesjugendleiter gewählt.

Im Jubiläumsjahr werden auf dem Landesjugendtag im September 2013



Die bfg-Jugend feiert beim Landesjugendtag in Regenstauf ihr 50-jähriges Bestehen. Das Foto zeigt die Ehrenvorsitzende der bfg-Jugend und stv. Landesvorsitzende Johanna Markl im Kreis der Delegierten des Landesjugendtages.

Florian Köbler als Landesjugendleiter sowie Dominik Bauer und Stefanie Dippl als stellvertretende Vorsitzende im Amt bestätigt. Bei den Bezirksjugendtagen wird Hermann Abele in seinem Amt als Bezirksjugendleiter Süd bestätigt. Neuer Bezirksjugendleiter Nord wird Jonas Hofmann.

Landtagswahl in Bayern: CSU sichert sich absolute Mehrheit; Söder bleibt Finanzminister und erhält erweiterte Aufgaben

Am 15. September wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt. Die CSU gewinnt bei der Wahl ihre absolute Mehrheit zurück. Wie die verschiedenen Auswertungen zeigen, ist das Ergebnis nicht zuletzt den vielen Beamten zu verdanken, die bei der letzten Wahl zu den Nichtwählern gehörten oder die FDP gewählt haben. Damit honorieren sie die positive Entwicklung des Beamtenrechts und die Rücknahme der massiven Sparmaßnahmen der „Stoiber-Ära“. Die CSU hat beim öffentlichen Dienst leichtfertig verspieltes Vertrauen zurückgewonnen. Korrekturen bei der Arbeitszeit, Gleichklang von Tarif und Besoldung, Stellenverbesserung durch das Neue Dienstrecht und klare Bekenntnisse zu Pensions- und Beihilfeanspruch werden von den Betroffenen anerkannt.

Bei der Regierungsbildung wird Horst Seehofer als Ministerpräsident bestätigt und Markus Söder bleibt Finanzminister. Er verbessert seine Stellung im Kabinett durch die zusätzlichen Aufgaben Landesentwicklung und Heimatpflege sowie Digitalisierung und Demografie in Bayern.

Stabwechsel und Weichenstellung beim bfg-Gewerkschaftstag in Schweinfurt

Der bfg-Gewerkschaftstag am 18./19. November in Schweinfurt wählt Gerhard Wipijewski zum neuen Vorsitzenden der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Er folgt nach fast einem Vierteljahrhundert Josef Bugiel nach, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Mit der Beratung und Beschlussfassung über sechs Entschlüsse und über 300 Anträgen stellt

Beim Gewerkschaftstag in Schweinfurt wird Gerhard Wipijewski zum neuen Vorsitzenden gewählt.



der Gewerkschaftstag die Weichen für die nächsten fünf Jahre. Auf den beiden Bezirksverbandstagen werden Helene Wildfeuer (Nordbayern) und Matthias Bauregger (Südbayern) als Bezirksvorsitzende wiedergewählt. Durch einstimmigen Beschluss des Gewerkschaftstages werden Josef Bugiel zum Ehrenvorsitzenden und Dieter Ondracek zum Ehrenmitglied der Bayerischen Finanzgewerkschaft ernannt.

Wilhelm Hüllmantel, der langjährige Leiter der Dienstrechtsabteilung des Finanzministeriums und „Vater des Neuen Dienstrechts,“ wird mit der Angelo-Kramel-Medaille ausgezeichnet.

Antrittsbesuch bei Finanzminister Dr. Markus Söder

Nachdem der Finanzminister wegen einer kurzfristig anberaumten Kabinettsitzung nicht am bfg-Gewerkschaftstag teilnehmen konnte, trifft er sich wenige Tage später zu einem Vier-Augen-Gespräch mit dem neu gewählten bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski. Er gratuliert Wipijewski zur

Josef Bugiel war 24 Jahre lang Vorsitzender der bfg. Der Gewerkschaftstag ernennt Bugiel zum Ehrenvorsitzenden der bfg.





Die bfg-Landesleitung: Johanna Markl, Thomas Wagner, Birgit Fuchs, Florian Köbler, Gerhard Wipijewski, Norbert Reichel, Helene Wildfeuer, Matthias Bauregger und Christoph Werwein.



Die bfg-Bezirksleitung Nordbayern: Nicole Kittlaus, Gerhard Wacker, Matthias Derleth, Helene Wildfeuer, Annette Feldmer und Konrad Adam.



Die bfg-Bezirksleitung Südbayern: Sebastian Kellerer, Bernhard Gruber, Jörg Kothe, Hermann Abele, Matthias Bauregger, Engelbert Rieger und Josef Dick.

Das Organisationsteam der Augsburger bfg-Ortsverbände für das Bayernturnier 2013 in Augsburg. Das Bayernturnier wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut und um attraktive Sportarten wie Bowling ergänzt.



Wahl und wünscht ihm viel Erfolg bei der neuen Aufgabe. Der bfg-Vorsitzende überreicht dem Minister die sechs Entschlüsse des Gewerkschaftstages und erläutert dazu die Positionen der bfg. Insbesondere die schlechte Personalausstattung der Finanzverwaltung habe im Mittelpunkt des Gewerkschaftstages gestanden. Wipijewski gesteht zu, dass Söder im letzten Doppelhaushalt eine Kehrtwende eingeleitet habe; dieser Weg müsse aber weiter verfolgt werden.



Mit dem Gewerkschaftstag und der Neuwahl des Vorsitzenden als Aufmacher erscheint die bfg-Zeitung im neuen 4/4-farbigem Layout.

Was war sonst noch im Jahr 2013?

Als Auszeichnung für ihre Verdienste um das Gemeinwohl erhält die stellvertretende bfg-Landesvorsitzende Johanna Markl das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Die Auszeichnung wird durch Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer im Finanzministerium ausgehändigt.

Am 8. August verstirbt der langjährige frühere DSTG-Bundesvorsitzende Hermann Fredersdorf im 89. Lebensjahr. Er war von 1957 bis 1979 Bundesvorsitzender der DSTG.

Ein Teil der Fachhochschule Herrsching soll nach Kronach ausgelagert werden. Die bfg begrüßt diese Auslagerung nach Nordbayern, nachdem bereits vor einigen Jahren ein Teil der Fachhochschule nach Kaufbeuren verlagert wurde.

Die bfg-Zeitung erscheint mit der Ausgabe 12/2013 erstmals in Farbe und in einem neuen Layout.

2014

Zahlreiche politische Gespräche des neuen bfg-Vorsitzenden

Der neue bfg-Landesvorsitzende Gerhard Wipijewski nutzt seine Antrittsbesuche bei Politik und Verwaltung, um die Arbeits- und Personalsituation der Finanzverwaltung deutlich zu machen. Nach seinem Gespräch mit dem Finanzminister im Dezember stehen im Januar und Februar Gespräche mit den Finanzstaatssekretären Johannes Hintersberger und Albert Füracker auf dem Programm. Auch ein Besuch bei den Verwaltungsspitzen, den beiden Landesamtspräsidenten Dr. Roland Jüptner (Landesamt für Steuern) und Klaus Herzog (Landesamt für Finanzen), darf nicht fehlen. Ein intensives Gespräch führt der bfg-Vorsitzende mit dem neuen Landtagsabgeordneten Wolfgang Fackler, der als bfg-Mitglied und früherer BP-Stellenleiter ein ausgewiesener Steuerfachmann ist. Von besonderer Bedeutung für die politische Arbeit der bfg sind die beiden Landtagsausschüsse für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie für Fragen des öffentlichen Dienstes. Mit den beiden Vorsitzenden MdL Ingrid Heckner und MdL Peter Winter führt Wipijewski daher zwei ausführliche Gespräche. Die Reihe der politischen Unterredungen wird fortgeführt mit den Abgeordneten Peter Meyer und Günther Felbinger von den Freien Wählern sowie Verena Osgyan und Markus Ganserer von Bündnis90/Die Grünen. An einem intensiven Meinungsaustausch mit der SPD-Fraktion (MdLs Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Günther Knoblauch, Martina Fehlner, Dr. Herbert Kränzlein, Stefan Schuster und Harald Güller) nehmen neben Wipijewski auch die beiden stellvertretenden bfg-Vorsitzenden Matthias Bauregger und Thomas Wagner teil.



Hoeneß wird wegen Steuerhinterziehung zu 3,5 Jahren Gefängnis verurteilt

Am 10. März beginnt im Münchener Justizpalast der Prozess gegen Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung. Die Besonderheit des Falls ergibt sich aus der Prominenz des Angeklagten, aber auch daraus, dass Hoeneß



Den Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit findet der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski über eine zwölfjährige Tätigkeit in der bfg-Landesjugendleitung, deren Vorsitzender er von 1989 bis 1992 war. Über viele Jahre ist er Personalratsvorsitzender und bfg-Vorsitzender beim Finanzamt Memmingen. Der frühere Betriebsprüfer ist seit dem Jahr 2011 Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte in Bayern, dem Personalratsgremium, das bei ressortübergreifenden Maßnahmen der Staatsregierung anzuhören ist.

Rund 40 Fernsehinterviews gibt Gerhard Wipijewski während des Prozesses gegen Uli Hoeneß. Der bfg-Vorsitzende nutzt das große Medieninteresse, um die Probleme bei der Personalsituation in der Steuerverwaltung deutlich zu machen.

Im Frühjahr 2014 besucht Finanzminister Dr. Markus Söder die Landesvorstandssitzung in München und steht zusammen mit den Spitzen seines Ministeriums den Landesvorstandsmitgliedern zur Diskussion zur Verfügung.



vielen Menschen lange Jahre gleichsam als moralische Instanz galt. Die bfg nutzt das öffentliche Interesse, um erneut auf die Personalsituation der Steuerverwaltung in Bayern hinzuweisen. Die Verurteilung von Hoeneß zu 3 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe erscheint angesichts 28 Millionen Euro hinterzogener Steuern als angemessen. Der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski gibt im Zusammenhang mit dem Prozess rund 40 Fernsehinterviews.

Finanzminister Söder beim bfg-Landesvorstand

Nachdem Finanzminister Söder seinen geplanten Besuch beim bfg-Gewerkschaftstag im vergangenen Jahr kurzfristig absagen musste, hat er im Frühjahr 2014 den Landesvorstand der bfg besucht. Er wurde begleitet vom Amtschef des Staatsministeriums für Finanzen, Landentwicklung und Heimat, Wolfgang Lazik, dem Leiter der Steuerabteilung, Eckehard Schmidt, Personalabteilungsleiter Dr. Alexander Voitl sowie Referatsleiter Wolfgang Bauer. Für Landesvorsitzenden Gerhard Wipijewski und den rund 40-köpfigen Landesvorstand war es eine besondere Ehre, sich sowohl mit dem Minister als auch seiner hochkarätigen Führungsriege direkt auf der bfg-Landesvorstandssitzung über die besonders dringlichen Themen auszutauschen. Dabei bekräftigte Söder, dass er Einwendungen und Kritik der bfg stets ernst nehme und für die Vorschläge der bfg offen sei.



Unter dem neuen Vorsitzenden Gerhard Wipijewski intensiviert die bfg-Landesleitung die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Landtagsfraktionen noch einmal. Die Landesleitung zusammen mit den CSU-Abgeordneten um die Ausschussvorsitzenden Ingrid Heckner und Peter Winter.



Die Landesleitung zusammen mit den Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion.

Nachtragshaushalt 2014: bfg begrüßt Verbesserungen

Erstmals seit vielen Jahren wird ein Nachtragshaushalt für Personalmaßnahmen geöffnet. Finanzminister Söder schlägt für die Finanzämter 150 neue Stellen in der 3. Qualifikationsebene vor. Die bfg begrüßt diese Maßnahme ausdrücklich. In einer Eingabe und zahlreichen Gesprächen mit Abgeordneten aller Parteien wirbt die bfg für weitere Verbesserungen, leider ohne Erfolg. Doch aufgrund der zusätzlichen Stellen können sich rund 140 Kolleginnen und Kollegen unverhofft über eine Beförderung freuen. Erfreulich ist auch, dass im Nachtragshaushalt 66 Millionen Euro für den Neubau des Münchner Finanzamts an der Deroystrasse enthalten sind. Unser Kampf dafür hat sich – auch Dank der Hartnäckigkeit der Opposition im Landtag – gelohnt.

EDV-Probleme werden angepackt

Der bfg-Arbeitskreis Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) beschäftigt sich bei seiner Sitzung Mitte Januar in Nürnberg mit der unbefriedigenden Verfügbarkeit der EDV an den Finanzämtern. Als eine der Ursachen wird der gewaltige Arbeits- und Zeitdruck der Kolleginnen und Kollegen beklagt. In einem Gespräch mit dem Leiter der IuK, dem Vizepräsidenten des Landesamtes für Steuern, Paul König, verdeutlicht die bfg die Probleme.



Die Landesleitung und die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen.

Die Landesleitung mit den Abgeordneten der Freien Wähler.



Der Amtschef im Finanzministerium Wolfgang Lazik, der beim bfg-Gewerkschaftstag die Stimmung der Beschäftigten zu diesem Thema deutlich zu spüren bekam, lädt Anfang April zu einem Runden Tisch ein, bei dem sich die Spitzen des Ministeriums, des Landesamts für Steuern, der Personalvertretung und der LuK unter Beteiligung von Vertretern der Ämter ein Bild der Situation machen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten sollen. Am Schluss steht ein 10-Punkte-Plan, der nun zügig umgesetzt werden soll.

Länderfinanzausgleich

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland führt zu immer größeren Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich. Im Jahr 2013 finanzierte Bayern so mit 4,3 Mrd. Euro mehr als die Hälfte des gesamten Ausgleichssystems. Die Bayerische Finanzgewerkschaft kritisiert bei mehreren Anlässen die Wirkmechanismen des Ausgleichssystems, insbesondere die Grenzwirkungen. Denn diese führen auf die Zahlen von 2013 bezogen dazu, dass 11 der 13 Nehmerländer von einer im eigenen Land zusätzlich vereinnahmten Million an Einkommensteuer keinerlei Nutzen gehabt hätten. Dies hemme jedes Engagement zur Stärkung der Wirtschaft und der Steuerverwaltung im jeweiligen Land. Die bfg fordert daher eine stärkere Deckelung des Ausgleichsvolumens, eine Neuregelung der Wirkmechanismen im Hinblick auf die Grenzwirkungen und den wirksamen Abzug der jeweiligen Kosten für die Steuerverwaltung bei der Berechnung der Ausgleichszahlungen..

Deutschland ist Weltmeister – Plädoyer gegen die Unterbesetzung

Den Sieg der deutschen Fußballnationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in Brasilien nimmt der bfg-Vorsitzende zum Anlass, in seinem Kommentar auf der „Seite 3“ der bfg-Zeitung Lehren aus dem Erfolg für die Finanzverwaltung zu ziehen. Dies gipfelt in der Feststellung, dass kein Trainer auf der Welt auf die Idee käme, weniger als die genehmigte Anzahl an Spielern anzubieten. Genau das geschehe aber weiterhin in den Finanzämtern, wo den vom Landtag genehmigten 16.600 Beamten- und



Die Verbesserung der Arbeits- und Personalsituation ist das zentrale Anliegen der Landesleitung in den Gesprächen mit Finanzminister Dr. Markus Söder.

Arbeitnehmerstellen nur eine Besetzung von umgerechnet 14.791 Vollzeitbeschäftigten am 1.1.2014 gegenüberstehe. Diese Zahlen stammen aus dem Jahresbericht des Obersten Rechnungshof, in dem dieser zwar die Verbesserungen der letzten zwei Jahre anerkennt (Verbesserung des Personalstands um 242 Vollzeitkräfte), aber auch fordert, „den Personal-mangel in den Finanzämtern entschieden anzugehen und die Besetzung der offenen Stellen weiter voranzutreiben.“ Nach Feststellungen des ORH belegt die bayerische Steuerverwaltung gemessen an ihren Aufgaben bei der Personalausstattung im Vergleich mit anderen Bundesländern weiterhin hinterste Plätze.

Doppelhaushalt 2015/2016: „Mütterrente“, Anwärterstellen, Beförderungsmöglichkeiten, EDV-Ausstattung, Übernahme Tarifergebnis 2015

Die zahlreichen Initiativen der bfg zeigen Wirkung. Im Doppelhaushalt 2015/2016, der vom Landtag in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten beschlossen wird, finden sich zahlreiche Verbesserungen, die zum 1.1.2015 in Kraft treten. Neben Verbesserungen im Sach- und Personalhaushalt werden auch die Verbesserungen im Rentenrecht hinsichtlich der „Müt-



Es gelingt, den Minister zu überzeugen. Der Finanzminister leitet mit den deutlich gestiegenen Einstellungszahlen eine Trendumkehr bei der Personalsituation ein.

terrente“ umgesetzt und die Zurechnungszeiten bei Berufsunfähigkeit im Beamtenbereich verbessert. Für die Finanzverwaltung gibt es über 600 zusätzliche Anwärterstellen und mehrere hundert Stellenhebungen, die in 2015 und 2016 die Beförderungssituation deutlich verbessern werden. Die Mittel für die EDV-Ausstattung werden erheblich aufgestockt. Nicht zu vergessen ist die Zusage des Finanzministers, das Ergebnis der anstehenden Tarifrunde 2015 ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Die bfg erkennt an, dass viele der Fortschrittte auf Finanzminister Söder zurückgehen. Der Dank gilt auch den Abgeordneten des Bayerischen Landtags, die trotz des inzwischen erkennbar gewordenen großen Finanzbedarfs für akute Probleme an den Verbesserungen für den öffentlichen Dienst und insbesondere die Finanzverwaltung festhalten.

Verbeamtungen im Datenerfassungszentrum Wunsiedel

Nachdem sich die bfg intensiv für die Beschäftigten in der Datenerfassungsstelle Wunsiedel eingesetzt hat, entscheidet der Finanzminister, die Möglichkeit einer Verbeamtung anzubieten. Für Verbeamtungen stehen 45 Stellen zur Verfügung. Beschäftigte, bei denen eine Verbeamtung nicht mehr möglich ist, beispielsweise, weil sie die Altersgrenze von 45 Jahren erreicht haben, oder die eine Verbeamtung nicht wünschen, werden weiterhin als Tarifbeschäftigte geführt. Für diese Arbeitnehmer fordert die bfg eine Eingruppierung nach EG-4.

Staatsfinanz an der Grenze der Belastungsfähigkeit

Die „Staatsfinanz“ nach der Steuer- und Vermessungsverwaltung der drittgrößte Personalkörper innerhalb des Finanzministeriums, ist an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit angekommen. Dies ist der Tenor eines Interviews des bfg-Vorsitzenden und seines Stellvertreters Thomas Wagner mit Klaus Herzog, dem Präsidenten des Landesamts für Finanzen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Arbeits- und Personalsituation, die Situation in der EDV sowie der Ausblick auf die personelle und organisatorische Entwicklung der nächsten Jahre. In einer eigenen Eingabe zum Nachtragshaushalt verdeutlicht die bfg die anstehenden Probleme und fordert, die bestehende Personalabbauverpflichtung zu streichen sowie die Nachwuchsausbildung zu verstärken. Der bfg-Vorsitzende spricht das Thema auch gegenüber dem Finanzminister an. Die zusätzlichen Stellen im laufenden Doppelhaushalt werden die Abbauverpflichtung etwas abmildern.

Was war sonst noch im Jahr 2014?

Zum Nachfolger des bisherigen Leiters der Dienstrechts- und Personalabteilung des Finanzministeriums, Wilhelm Hüllmantel, der zum 1.12.2013 in den Ruhestand getreten ist, wird Dr. Alexander Voitl bestellt.



Der Bundeshauptvorstand der Deutschen Steuer-Gewerkschaft DSTG tagt in Garmisch-Partenkirchen. Das Bild zeigt die Bayerische Delegation zusammen mit DSTG-Vorsitzendem Thomas Eigenthaler, dem Leiter der Personalabteilung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Alexander Voitl, und dem Präsidenten des Bayerischen Landesamts für Steuern, Dr. Roland Jüptner.

Im Rahmen einer Feierstunde auf der Kaiserburg in Nürnberg verleiht Staatsminister Dr. Markus Söder der Vorsitzenden des bfg-Bezirksverbandes Nordbayern, Helene Wildfeuer, die Medaille für besondere Verdienste um das Bayerische Finanzwesen. In seiner Laudatio sagt der Minister unter Anspielung auf die zusätzlichen Planstellen für die Finanzämter: „ ... Sie setzen sich ebenfalls vehement für die Interessen Nordbayerns ein, und die Gespräche mit Ihnen haben dazu geführt, dass ich für Verbesserungen im letzten Haushalt gesorgt habe.“

Der DSTG-Bundeshauptvorstand tagt bei seiner 104. Sitzung in Grainau bei Garmisch-Partenkirchen. Die Internet-Seite der bfg wird neu gestaltet, und die bfg ist nun auch auf Facebook zu finden.

Fortschreibung der Chronik der Bayerischen Finanzgewerkschaft „Die Jahre 2000 – 2014“

Gern habe ich dem Wunsch von Gerhard Wipijewski entsprochen, eine Fortschreibung der bfg-Chronik für die Jahre von 1999 bis 2014 zu erstellen.

Dem Charakter einer „Fortschreibung“ entsprechend habe ich versucht, diese Zeit kurz und doch aufschlussreich darzustellen. Dabei habe ich mich in Stil und Darstellung an die vorliegende Chronik für die „Die ersten 50 Jahre von 1949 – 1999“ gehalten.

im September 2015

Josef Bugiel
bfg-Ehrenvorsitzender

Die Jahre 2014 bis 2024

von Johanna Markl

2014

Jahresbilanz des bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski: Ein intensives Jahr geht zu Ende

Mit dem Nachtragshaushalt 2014 und dem Doppelhaushalt 2015/16 sind der bfg einige Erfolge gelungen, jedoch nicht in dem Maße, wie wir es für erforderlich gehalten haben. 150 bereits gestrichene Stellen aus der Verlagerung der Kfz-Steuer-Bearbeitung konnten erhalten werden und die Anwärterstellen für die Finanzämter wurden um 500 erhöht. Auch beim Landesamt für Finanzen (LfF) konnten die Abbaupflichtungen durch zusätzliche Stellen etwas abgemildert werden. Mit vielen Gesprächen und dank des Einsatzes Staatsministers Dr. Markus Söder im Kabinett, der Ausschussvorsitzenden MdL Ingrid Heckner und MdL Peter Winter und Abgeordneter aller Fraktionen konnte dies erreicht werden. Sie wollen den Verbesserungen in der Finanzverwaltung weiterhin Priorität einräumen. Erfolgreich waren auch die Bemühungen um bessere Beförderungsmöglichkeiten. Mehrere Hundert Beförderungen werden in den nächsten beiden Jahren möglich sein.

Unsere Kritik an der EDV der Finanzämter beim Gewerkschaftstag hat zu wichtigen Weichenstellungen geführt. Bei der Konsolidierung der Rechenzentren konnte Schlimmeres verhindert werden, beim Scanzentrum Wunsiedel wurden dauerhafte Verbesserungen erreicht.

2015

Flüchtlingsströme erreichen Bayern und Deutschland

Verwaltung soll weiter regionalisiert werden, sie steht vor Rekordausbildungszahlen

Die Beschäftigten ersticken in Nebenarbeiten

dbb-Jahrestagung: „Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel“ Das Thema der dbb-Jahrestagung Anfang Januar hat durch die Terroranschläge auf Meinungsfreiheit und Pluralismus in Frankreich eine zusätzliche beklemmende Aktualität erreicht. Auch die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes steht im Fokus.

Einkommensrunde bringt 2,1 % und 2,3 %

bfg'ler sind stark vertreten bei den Protesten des dbb um Einkommensverbesserungen durchzusetzen.



Finanzminister Söder hält Wort: Übernahme für Beamtinnen und Beamte

Der dbb fordert in der Tarifrunde eine Einkommenserhöhung von 5,5 %, mindestens 175 €. Das Geld dafür ist da, die Steuereinnahmen sind in 2014 um 4 % auf 593 Milliarden gestiegen. In Bayern sind die Gemeinschaftssteuern seit 2007 um jährlich durchschnittlich 5 % gestiegen. Da es auch bei der 3. Runde kommt es zu keinen wirklichen Fortschritten in den Verhandlungen kommt, folgen Protestmaßnahmen und Warnstreiks, bei denen die bfg stark vertreten ist

Schließlich einigt man sich auf eine Erhöhung um 2,1 % zum 1. März 2015 und um 2,3 % zum 1. März 2016, mindestens jedoch um 75 €. Verbunden damit ist auch die Sicherung der Zukunft der Zusatzversorgung als wesentlicher Pfeiler der Altersvorsorge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bayern hält Wort und kündigt umgehend die Übernahme des Ergebnisses für die Bayer. Beamtinnen und Beamte an. Gleichzeitig bringt die Staatsregierung Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Privat- und Berufsleben auf den Weg.

„Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“

Die jährliche Klausur der bfg Anfang des Jahres hat MdL Hans Herold, CSU, und die Abteilungsleiter Eckehard Schmidt und Dr. Alexander Voitl zu Gast.

Dass Bayern so gut dasteht, sei auch der Finanzverwaltung zu verdanken, so MdL Hans Herold. Er verspricht, sich für weitere Verbesserungen einzusetzen. Die Ausbildung liege ihm sehr am Herzen.

Eckehard Schmidt stellt das geplante gemeinsame Konzept von Bund und Ländern „Modernisierung des Besteuerungsverfahrens“ vor, mit dem nicht weniger als eine Neuausrichtung der Arbeitsabläufe in steuerlichen Massenverfahren, die aufgrund der technischen Entwicklung möglich und der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung notwendig sei. Dafür seien weitreichende rechtliche, technische und organisatorische Anpassungen notwendig. DSTG und bfg befassen sich mit dem Thema intensiv weiter und stellen das Konzept in den Zeitschriften mehrfach ausführlich dar.

Weitere Regionalisierung der Verwaltung – Finanzverwaltung ist wieder einmal am stärksten betroffen

Mit 2.225 Arbeitsplätzen sollen im Konzept zur Regionalisierung der Ver-

waltung weit mehr als die in der Regierungserklärung genannte Zahl von 1.500 verlagert werden. Das Finanzressort ist mit über 800 der zu verlagernden Stellen voll getroffen: 360 in der Steuer, 155 beim LfF und 338 in anderen Bereichen. Die Steuerverwaltung kommt damit auf bald 1.200 verlagerte Arbeitsplätze. Beim LfF ist man mit den früher beschlossenen Maßnahmen noch nicht fertig. Die bfg ist nicht gegen Verlagerungen, sie bekräftigt ihren Grundsatz: Die Arbeit zu den Menschen bringen, bei Verlagerungen den Versetzungsströmen folgen, Effizienzverluste verhindern. Aktuell sieht sie wieder strukturpolitische Interessen, die die Beschäftigten belasten und erhebliche Reibungsverluste bringen werden.

Die nun geplanten Maßnahmen sind für viele Beschäftigten ein Schock. Das ist vorgesehen: Ein dritter 3. Standort des LfSt in Zwiesel, Verlagerungen aus dem RZ Nord nach Neustadt/Saale, aus den Finanzämtern Nürnberg-Nord und Erlangen nach Neustadt/Saale, Miltenberg, Lohr und Cham, aus dem Großraum München nach Nördlingen, beim LfL Errichtung einer Reisekostenstelle in Vohenstrauß, eines Abrechnungszentrums „Arbeitnehmer Süd“, eine Stärkung des Standorts Kaufbeuren des Fach-

Die bfg führt Gespräche auf allen politischen Ebenen um Verbesserungen bei den beabsichtigten Verlagerungen zu erreichen – mit MdL Ludwig Hartmann und Christoph Hau von Bündnis 90/DIE GRÜNEN...



...mit MdL Wolfgang Fackler, CSU...

bereichs Finanzen und Gründung eines 3. Standorts in Kronach, Errichtung eines Standorts Dinkelsbühl der Landesfinanzschule, Konzentration der Verwaltung der Königsschlösser in Garmisch-Partenkirchen.

Die bfg führt mehrere Gespräche mit der Spitze des Finanzministeriums um Verbesserungen beim Verlagerungskonzept zu erreichen.

Auch auf allen anderen Ebenen von Politik und Verwaltung werden bfg und die Personalvertretungen aktiv und fordern Nachbesserungen bei den Standortentscheidungen, massive Unterstützung bei der Umsetzung, zusätzliche Stellen für zusätzlich anfallende Aufgaben, Erhalt der Beförderungsperspektiven, Ausweitung der Telearbeit, ein verbindliches Rahmenkonzept und eine realistische Zeitschiene.

Der bfg gelingen schließlich Verbesserungen beim Personalrahmenkonzept: Zeitliche Streckung von Maßnahmen und die Nutzung von Personalfuktuation, Verschiebung des Personalabbaus nach Art. 6 b HHG bis 2022, wenn Verwaltungen von Aufgabenverlagerungen betroffen sind,



...mit dem Vorsitzenden des wichtigen Haushaltsausschusses Peter Winter, CSU...



...und mit Abgeordneten der SPD.

und sog. kw-Stellen, wenn der Abbau bereits erbracht wurde – eine erste Tranche schon im Nachtragshaushalt 2016. Weiter gibt es Verbesserungen bei der Dauer von Abordnungen, Ausweitung von Telearbeit, übertarifliche Regelungen für Tarifbeschäftigte. Eine Entschärfung gibt es für die faktische Auflösung des Standort Ingolstadt des LfF.

Sie kann die Verlagerungen insgesamt nicht verhindern. Dazu gibt es im politischen Raum keine Bereitschaft. Es wird jetzt im Detail auf die Arbeitsgruppen vor Ort ankommen.

Eine Zäsur: Flüchtlingsströme erreichen im September 2015 Deutschland – Bayern reagiert im Nachtragshaushalt

64.000 Menschen landen allein in der ersten Septemberhälfte am Münchner Hauptbahnhof und müssen versorgt und untergebracht werden. Erwartet werden in Deutschland 800.000 bis eine Million bis Ende des Jahres. Zahlreiche Helferinnen und Helfer, aber auch der Öffentliche Dienst sind im Dauereinsatz. Die bfg fordert eine ehrliche Diskussion, wie dies alles gesellschaftlich und finanziell bewältigt werden soll.

Bayerns Nachtragshaushalt 2016 steht im Zeichen der neuen Herausforderungen durch die Flüchtlinge und Asylbewerber. Es sind 5.449 neue Stellen für Unterbringung, Versorgung, Bildung und Integration und 600 für die Verbesserung der Inneren Sicherheit vorgesehen. Dies entspricht in etwa den Stelleneinsparungen der vergangenen 10 Jahre! Die Ausgaben werden sich allein im NT-Haushalt auf 3,25 Mrd. summieren. Rücklagen im Haushalt werden im großen Umfang aufgelöst. „Das können wir uns einmal leisten, aber nicht öfter“, so Minister Söder.



Die Ausbildung ist ein wichtiges Anliegen der bfg und der bfg-Jugend – hier bfg-Landesjugendleiter Florian Köbler, HJAV-Vorsitzender Thomas Kuhn, bfg-Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski und seine Stellvertreterin Johanna Markl mit dem Ausbildungsreferenten Dr. Arnd Weißgerber.

Das LfF bekommt zusätzliche Stellen und Aushilfskräfte für den Scanbereich der Beihilfe, das IT-Dienstleistungszentrum und die Sonderkommission schwerer Steuerbetrug – SKS – erhalten zusätzliche Stellen.

Für Zwecke der Behördenverlagerung gibt es zusätzliche Planstellen mit kw-Vermerken. Zur Milderung der von der bfg immer wieder beklagten Wohnungsnot vor allem in München wird mit dem Bau von Stadi-Wohnungen innerhalb der nächsten 5 Jahre begonnen.

Die bfg hat wie immer den Entwurf des Nachtragshaushalts auch mit Abgeordneten der Opposition, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, erörtert und die Notwendigkeiten fürs Finanzressort aufgezeigt.

Ein Hilferuf: Die Veranlagung erstickt in Nebenarbeiten und die Finanzverwaltung steht vor Rekordausbildungszahlen

EIStAM, RBM, FnD, BiFi, Auftragsübersicht und nun überrollt auch noch GINSTER-Master die Finanzämter. All diese Arbeiten laufen „nebenzu“. Sie finden keinen Niederschlag in der Statistik und der Personalverteilung.

Die bfg stellt zu Feststellungen des Bayer. Obersten Rechnungshofs über Bearbeitungsmängel in den Finanzämtern klar: das ist ohne ausreichendes Personal nicht zu schaffen.

Nach der Personalbedarfsprognose des Ministeriums für 2015 bis 2027 müssen auf der Grundlage der erwarteten Alters- und sonstigen Personalabgänge in den kommenden Jahren ständig weit mehr als 2.000 und in der Spitze 2.500 Anwärterinnen und Anwärter der QE 2 und 3 in Ausbildung sein. Es sind in großem Umfang zusätzliche Anwärterstellen nötig, damit nicht Beamtenstellen blockiert werden. Dazu kommen hohe Durchfallquoten in der 3. QE, die die bfg schon seit einiger Zeit besorgen. Nach einem Runden Tisch vor 1 ½ Jahren werden die daraus resultierenden Maßnahmen mit dem HPR erörtert. Die bestehende Auslagerung nach Kaufbeuren und die vorgesehene nach Kronach erfordern einen enormen Verwaltungs- und damit Personalaufwand.

Rund 1.200 Anwärterinnen und Anwärter beginnen im Herbst ihren Dienst in der Finanzverwaltung. Die bfg-Jugend begrüßt sie und versorgt sie mit Infomaterial.

Beihilfebearbeitung dauert zu lange

Die Klagen über die Dauer der Beihilfebearbeitung sind Thema im Landtag. Fallzahlensteigerungen, Umstellung auf die papierlose Sachbearbeitung, Probleme beim Scanverfahren und Krankheitsfälle führten zu Verzögerungen. Umschichtungen oder Aushilfen aus anderen Bereichen sind keine Lösung – das Hemd bleibt zu kurz. Zumindest in der Umstellungsphase sieht die bfg Effizienzgewinne für unmöglich.

Die bfg bemüht sich mit Abteilungsleiter Dr. Rainer Bauer vom Finanzministerium um Verbesserungen bei der Dauer der Beihilfebearbeitungen.



Eine personelle Aufstockung, Stopp der Abbaupflichtung und weitere Investitionen in die IT sind nötig.

Schlösserverwaltung

Auch die Schlösserverwaltung gehört zum Organisationsbereich der bfg. Sie ist keine Verwaltung wie viele andere. Kreativität ist vielfach gefordert und die kollidiert oft mit Stellenbeschreibungen und den Erfordernissen für Höhergruppierungen nach dem TV-L. Die bfg fordert Teilhabe an den Verbesserungen durch das neue Dienstrecht für Beamte und das Ausnutzen von Ermessensspielräumen bei Eingruppierungen.

Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf treten in Kraft

Zum 1. August treten wichtige Verbesserungen bei der Vereinbarung von Privat- und Berufsleben in Kraft. Der Öffentliche Dienst Bayerns soll eine Vorbildfunktion haben. Die Eckpunkte waren in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zwischen BBB und Finanzministerium erarbeitet worden. Es wird insbesondere die lange geforderte Verbindung von Alterszeitzeit im Blockmodell und Antragsruhestand möglich, es gibt sog. Familientage zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, die familienpolitische Beurlaubung zur Pflege von Angehörigen ist künftig auch über die bisherige Höchstdauer von 15 Jahren möglich. Für beurlaubte Beschäftigte soll eine fiktive Laufbahnnachzeichnung mögliche Nachteile in der beruflichen Entwicklung verhindern.

Bayer. Oberster Rechnungshof: Die Bedeutung des Öffentlichen Dienstes wird oft unterschätzt

Der ORH stellt die Ergebnisse seiner Prüfungen in jährlichen Berichten dar. Die bfg dankt Dr. Heinz Fischer-Heidelberg für die Feststellung, dass die Wiederbesetzungssperre für die Finanzämter dem Bemühen um einen ausgeglichenen Haushalt zuwiderlaufe. Viele Defizite der Finanzverwaltung, so der bfg-Vorsitzende, seien der schlechten Personalausstattung geschuldet. Einig ist man sich, dass die Bedeutung des Öffentlichen Dienstes und Finanzverwaltung leider vielfach unterschätzt werde.

Das sog. Tarifeinheitgesetz (TEG) tritt trotz massiver Proteste in Kraft. Der dbb erhebt umgehend Verfassungsbeschwerde dagegen.



Der Vorsitzende und Dr. Fischer Heidelberg, Chef des Bayer. Obersten Rechnungshofes stimmen überein, dass zu einem ausgeglichenen Haushalt eine gut ausgestattete Steuerverwaltung nötig ist.

Bamberg zaubert:

Während des Internationalen Straßenfests findet bei herrlichem Wetter das 54. Bayernturnier mit über 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.



Die Ehrengäste des Bayernturniers beim Empfang in der Würzburger Residenz



dbb-Bundesfrauenkongress bestätigt Helene Wildfeuer in ihrem Amt als Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretungen.

Wolfgang Kurzer wird erneut zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen bei den obersten Landesbehörden des Freistaats Bayern – kurz – AGSV Bayern gewählt. Er hat dieses Amts seit 2000 inne.

Dieter Kattenbeck, langjähriger Vorsitzender und Ehrenvorsitzender der bfg und **Ernst Hofmann**, langjähriger Schatzmeister und bfg-Ehrenmitglied werden im Rahmen der Landesvorstandssitzung in Würzburg für ihre 60jährige bfg-Mitgliedschaft und ihre Verdienste geehrt.

2016

Finanzminister Söder beim bfg-Landesvorstand „Super Arbeit! Respekt! Ich bin stolz auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung!“

bfg: Die Richtung stimmt, es liegt noch ein ganzes Stück Weg vor uns

Finanzminister Söder trifft zum 2. Mal seit seinem Amtsantritt den bfg-Landesvorstand und lobt die Beschäftigten. Er stimmt aber auch auf schwieriger werdende Zeiten ein. Der Vorsitzende dankt dem Minister für die positive Entwicklung in den letzten Jahren. „Die Richtung stimmt, aber es liegt noch ein ganzes Stück Weg vor uns.“ Obwohl wir seit Söders Amtsantritt 400 Vollzeitkräfte mehr haben, sind das doch 700 weniger als vor gut 10 Jahren. Er erinnert: Wir sorgen dafür, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann und: Mehr Aufgaben erfordern mehr Personal – und das auch beim LfF.

Söder kündigt an, die Prüfungsdienste, aber auch den Innendienst weiter zu stärken und die Dienstpostenwertigkeit in der BNV, bei den Sachgebietsleitungen und der Umsatzsteuer anzuheben. Auch die EDV soll gestärkt und vorgebracht werden, damit sie den Beschäftigten Erleichterungen bringen kann. Trotz der Herausforderungen der Flüchtlingskrise will er keine Sparpakete auf Kosten der Beamten machen. Sein Ziel sei es, den positiven Trend in der Finanzverwaltung beizubehalten.

Erfreuliche Verbesserungen aus dem Doppelhaushalt 2015/16 gibt es für das Jahr 2016: Es gibt Stellenhebungen und der Art. 6 i HHG bringt weitere Hebungen.

Delegiertentag des Bayer. Beamtenbundes – die bfg ist weiterhin gut in den Führungsgremien des BBB vertreten.

Rolf Habermann wird als BBB-Vorsitzender bestätigt.

Gerhard Wipijewski wird neu zum stellvertretenden Vorsitzenden des BBB, Johanna Markl erneut in den BBB-Hauptvorstand gewählt. Zum Ehrenmitglied wählen die Delegierten den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden und früheren bfg-Landesvorsitzenden, Josef Bugiel. Der Ministerpräsident, Horst Seehofer, hält die Festansprache und verspricht, den Öffentlichen Dienst weiter attraktiv zu halten.



Doppelhaushalt 2017/2018 steht an

Die bfg ist seit Monaten in Gesprächen mit dem Finanzminister und hat bei Parlamentarischen Abenden mit Abgeordneten des Bayer. Landtags auch abseits des oft hektischen Parlamentsbetriebs die Situation der Finanzverwaltung und die Anliegen deren Beschäftigter vertieft. Sowohl die CSU- wie die SPD- und die Freie Wähler-Fraktion sind jeweils mit hochkarätigen Gästen vertreten.

Letztlich bringt der DHH zusätzliche Stellen für die Finanzverwaltung – 935 zusätzliche Anwärterstellen, 145 neue Beamtenstellen insbesondere für eine „Sicherheitsinitiative“, Stellen für die Bildungseinrichtungen und weitere Stellenhebungen aus einer weiteren Tranche des Neuen Dienstrechts Bayern. Die CSU-Fraktion hat das Anliegen der bfg umgesetzt und unbefristete Arbeitsverhältnisse für Scankräfte beim LfF ermöglicht. Die weitergehenden Anträge der Opposition nach mehr Personal für die Steuerverwaltung finden keine Mehrheit.



Der Vorsitzende ist Ehrengast des CSU-Parteitags und führt Gespräche mit der Vorsitzenden des Ausschusses Öffentlicher Dienst, Ingrid Heckner und dem CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer.



Panama-Papers, Fall Engelhorn, Steueroasen ... Der bfg-Vorsitzende prangert eine Entartung der Globalisierung an und fordert konkrete Maßnahmen

Der „Fall Engelhorn“ beschäftigt die Medien, aber auch die bfg bezieht Stellung: Zum wiederholten Mal zeigt sich die Bedeutung von „CD-Ankäufen“. Die Auswertungen haben bislang zu mehreren Milliarden Steuermehreinnahmen geführt. In der Folge hat es über 100.000 Selbstanzeigen gegeben. Auch die Enthüllungen unter dem Namen Panama-Papers sorgen für Aufsehen. Gerhard Wipijewski ist gefragter Gesprächspartner der Medien. Er weist auf die Vielzahl der Steueroasen hin und fordert konkrete Maßnahmen im Kampf gegen diese „Entartung der Globalisierung“.



Gerhard Wipijewski ist gefragter Interviewpartner zum Fall Engelhorn und anderen Steuerskandalen

Es seien gesetzgeberische Maßnahmen notwendig, die die Verlagerung von Vermögen erschweren. Mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und der Einführung der Abgeltungsteuer hätten Staat und Gesellschaft jeglichen Blick auf große Geldvermögen verloren. Die Finanzämter könnten einen wirksamen Beitrag zur Sicherung der Steuereinnahmen



Der Finanzexperte von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MdL Thomas Mütze, kritisiert die aktuell bekannt gewordenen Steuerbetrügereien wie Cum-Ex, Panama-Papers usw., und beklagt die damit entstehenden großen finanziellen und gesellschaftspolitischen Schäden.

leisten – sie müssten dazu personell in die Lage versetzt werden.

Die bfg tauscht sich mit dem Finanz- und Wirtschaftspolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, dem Abgeordneten Thomas Mütze, aus zu Fragen der Finanzverwaltung und des Haushalts, aktuell besonders zu den „Panama-Papers“, die Cum ex-Geschäfte, die Swiss- und andere Leaks und die dadurch entstehenden finanziellen, aber auch gesellschaftlichen Schäden

Steuerpolitik ist Gesellschaftspolitik

Auch der neu gegründete bfg Arbeitskreis Steuerpolitik befasst sich mit der Entwicklung der Steuerpolitik. Eine Steuererhebung sei nötig, um die staatlichen Aufgaben zu finanzieren. Die Menschen müssten das Gefühl haben, dass dies gerecht und gleichmäßig erfolgt. Es gibt, so der Arbeitskreis, erhebliche Zweifel bei den Menschen, dass es gerecht zugeht. Er stellt eine zunehmende Vermögensungleichheit fest, die gesellschaftlich sehr gefährlich ist. Lösungsansätze könnten die Abschaffung der Abgeltungsteuer und eine Besteuerung hoher Vermögen sein.



Der bfg-Landesvorstand richtet einen Arbeitskreis Steuerpolitik ein. Vorsitzender ist Florian Köbler.

Weil es den Menschen braucht – unter dieses Motto hat die bfg die Personalratswahlen 2016 gestellt.

Die Beschäftigten haben gewählt und haben bei den diesjährigen Personalratswahlen den Kandidatinnen und Kandidaten der bfg einen überwältigenden Vertrauensbeweis gegeben.

Bei hoher Wahlbeteiligung – zwischen 70 und 80 % – kann die bfg ihre Stimmenanteile bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat und den Bezirkspersonalräten um bis zu 6 % ausbauen und im Beamtenbereich auf bis 87 % steigern. Auch bei den Gesamt- und den örtlichen Personalräten ist die bfg weiterhin die bestimmende Kraft. Gerhard Wipijewski wird erneut zum HPR-Vorsitzenden gewählt, Matthias Bauregger und Helene Wildfeuer führen weiter die Bezirkspersonalräte an und Bernhard Lechner bleibt Vorsitzender des Gesamtpersonalrats beim Landesamt für Finanzen.

Auch bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen erzielen die Kandidatinnen und Kandidaten bis zu 93 % der Stimmen bei den Stufenjugendvertretungen. Vorsitzende der HJAV ist Lena Oelschlegel, bei den BJAV'en stehen Janet Höfling und Dominik Bauer an der Spitze, in der GJAV im Landesamt der Finanzen ist ebenfalls Lena Oelschlegel Vorsitzende.



Die bfg ist weiterhin die bestimmende Kraft im Hauptpersonalrat

Länderfinanzausgleich wird neu geregelt

Nach jahrelangem Gerangel verständigen sich der Bund und die Länder auf eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs für die Zeit nach 2019, wenn die bisherige Lösung ausläuft. Der Bund gibt zur Kompensation kräftig Umsatzsteueranteile ab. Der Vorsitzende sieht keine großen Anreize für ein einzelnes Land künftig stärker in seine eigene Steuerverwaltung zu investieren, um das eigene Steueraufkommen zu steigern. Daneben lässt sich der Bund seine höheren Leistungen mit stärkeren Einflussnahmen kompensieren, u. a. durch eine Stärkung der Rechte des Bundes in der Steuerverwaltung.



Die bfg-Mitglieder im neugewählten
Bezirkspersonalrat Nürnberg...



...im Bezirkspersonalrat München...



...und im Gesamtpersonalrat beim
Landesamt für Finanzen.



Weil es den
Menschen
braucht



21.06.2016
Personalratswahlen
www.personalratswahlen.bayern

Bayerische
Finanzgewerkschaft

Sehr geehrte Herren Wipijewski
und – aus noch längerer Verbundenheit – Bugiel,

liebe Kolleg*innen,

was wäre Bayern ohne seine verlässlich und außergewöhnlich gut arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung und was wäre die Steuer- und Finanzverwaltung ohne die bfg als ihre außergewöhnlich starke gewerkschaftliche Interessenvertretung?

Mein Name ist Eike Hallitzky, ich war von 2003 bis 2013 als Mitglied im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags u.a. zuständig für den Einzelplan des Finanzministeriums und bin auch als Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in Bayern (2014-2021) in ständigem Kontakt mit der Spitze der bfg geblieben.

Was die bfg so besonders macht? Da ist zum einen ihre Offenheit und die von gegenseitiger Wertschätzung getragene Diskussions- und Verhandlungskultur. Ich erinnere mich noch sehr gerne daran, wie ich auf einem Parteitag der Grünen im Jahre 2019 Herrn Wipijewski als Ehrengast in der ersten Reihe begrüßen durfte und ich angesichts seiner knallgrünen Krawatte in meiner Rede beiläufig gestand, überhaupt keine Krawatte zu besitzen ... zwei Stunden später hatte das grüne Schmuckstück seinen Besitzer gewechselt und ich trug sie den gesamten Parteitag mit Stolz. Das mag nun ein sehr persönliches Beispiel von Wertschätzung sein, aber es steht für eine Haltung, die bei viel zu vielen Akteuren im politischen Raum und in der immer rauer werdenden „Kultur“ des gesellschaftlichen Diskurses Tag für Tag etwas mehr zu erodieren scheint. Man kann und muss hart in der Sache verhandeln, dabei aber stets die Person des Gegenübers achten. Genau dafür steht die bfg in ihrem täglichen Umgang ebenso wie mit ihrer klaren Kante gegen die Bedrohung unserer Demokratie von Rechtsaußen – und das ist sehr, sehr viel in unserer Zeit schleichender Enthemmung.

Verbindlich, transparent, aber hart in der Sache. Es ist die vornehmste Aufgabe einer Finanzgewerkschaft, optimale Bedingungen für alle Mitarbeiter*innen der Bayerischen Finanzverwaltung zu erzielen. Die bfg hat auch hier Maßstäbe gesetzt, hat mit ihrer Beharrlichkeit wesentlich dazu beigetragen, dass nicht nur die 42-Stunden-Woche nach jahrelangem Kampf vor rund zehn Jahren von der Staatsregierung wieder abgeschafft werden musste, sondern dass auch die Arbeitsbedingungen, die Möglichkeiten von Telearbeit im Homeoffice, die beruflichen Perspektiven und die Bezahlung der Beschäftigten von der harten Arbeit der bfg profitieren. Und ich bin mir sicher und es ist auch im Interesse der finanziellen Basis Bayerns, dass es Ihnen gemeinsam mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof und den demokratischen Oppositionsparteien gelingen wird, die für das finanzielle Fundament Bayerns notwendige Personalausstattung in der Finanzverwaltung zu erstreiten.

Klug, wertschätzend, erfolgreich. Die bfg ist nicht wegzudenken aus unserem Bayern. Wahrlich keine schlechte Bilanz für einen 75 Jahre jungen Jubilar. Danke schön, liebe bfg – und alles, alles Gute für Ihre Zukunft!

Ihr Eike Hallitzky



Grußwort von
MdL Eike Hallitzky

Gefährdungsbeurteilung wirft Fragen auf

Die Verpflichtung im Rahmen der Gefährdungsbeurteilungen der Arbeitsplätze die psychischen Belastungen der Arbeitsplätze zu ermitteln, stellt Verwaltung, Personalräte und Beschäftigte vor viele Fragen.

bfg wird die Interessenvertretung der Beschäftigten des Rechenzentrums-Süd

Seit 1.1.2014 gehört das Rechenzentrum-Süd als IT-Dienstleistungszentrum zum Finanzressort. Es wird Teil des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Da es für viele Verfahren in der Finanzverwaltung zuständig ist und die Beschäftigten eine wirksame gewerkschaftliche Vertretung brauchen, wird vereinbart, dass die bfg die Interessenvertretung und Betreuung wahrnimmt.

Das Bayer. Gleichstellungsgesetz wird 20 Jahre

Gerhard Wipijewski bezeichnet bei einem Kongress und einer Feierstunde der CSU-Fraktion aus diesem Anlass das Gleichstellungsgesetz als eine Erfolgsgeschichte für den Öffentlichen Dienst Bayerns und erinnert an die Einführung der fiktiven Laufbahnnachzeichnung nach Elternzeit oder familienpolitischer Beurlaubung im vergangenen Jahr.

Neues Dienstrecht Bayern wird zum besten Gesetz Deutschlands gekürt

Gut fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten wird das Neue Dienstrecht Bayerns von der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung zum besten Gesetz Deutschlands gekürt. Betont werden der Mut, die größere föderale



Zuständigkeit umfassend zu nutzen, z.B. zur Einführung einer einheitlichen Leistungslaufbahn, der Möglichkeit der modularen Qualifizierung und Verbesserungen in der Besoldung.

55. Bayernturnier in Landshut und Premiere des Drachenbootrennens

Das 55. Bayernturnier in Landshut findet mit über 2.100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Zum ersten Mal gibt es ein Drachenbootrennen, das auf der Olympiaregattastrecke in Oberschleißheim ausgetragen wird. Es stößt auf Riesenbegeisterung, auch Amtsleiter steigen mit ins Boot. Daneben ist das Bowlingturnier ein großer Magnet.



60+ Jugend unverzichtbar!

Unter diesem Motto findet der Landesjugendtag der dbb-Jugend Bayern statt. Jörg Kothe als Vorsitzender und Michael Kubiak als Stellvertreter stellen sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl.

Mit Lena Oelschlegel als Vorsitzende und Beatrice Kanoff als Schatzmeisterin werden wieder zwei bfg'lerinnen an die Spitze gewählt.

Nachwuchsgewinnung, die Bindung der Nachwuchskräfte an die Verwaltung und die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes sind die Hauptthemen.

Gefeiert wird dabei auch das 60jährige Bestehen der dbb-Jugend Bayern, die Dieter Kattenbeck einst gegründet hatte und deren Vorsitzender er war.

Gründung des bfg-Arbeitskreises Senioren

Auch wenn das Berufsleben endet, die Interessenvertretung durch die bfg und ihrer Dachorganisationen bleiben weiterhin notwendig, von Fragen der Rente, der Versorgung bis hin zur Beihilfe. Der neue Arbeitskreis Senioren des bfg-Landesvorstands nimmt sich der Anliegen älterer Mitglieder auf dem Weg und im Ruhestand an. Vorsitzende wird Johanna Markl.

Der bfg-Landesvorstand richtet einen Arbeitskreis Senioren ein, mit dem Auftrag, speziell die Anliegen der älteren Mitglieder im Blick zu haben.



200 Jahre bfg

Die runden Geburtstage der früheren und des amtierenden Vorsitzenden, Dieter Kattenbeck, Josef Bugiel und Gerhard Wipijewski im Herbst nimmt die bfg zum Anlass, sie mit zahlreichen Spitzenvertretern aus Politik, Verbänden und Verwaltung zu feiern. Minister Söder würdigt die Jubilare und dankt ihnen und der bfg für ihren Einsatz.





Zahlreiche Spitzenvertreter aus Politik und Verwaltung gratulieren den Jubilaren Dieter Kattenbeck, Josef Bugiel und Gerhard Wipijewski.



Man muss zufrieden sein

So resümiert der Landesvorsitzende in der letzten Seite 3 des Jahres. Er sorgt sich aber um den zunehmenden Populismus in Politik und Gesellschaft, um Hass und Menschenverachtung, Lügen und leere Versprechungen. Der 70. Jahrestag der Bayer. Verfassung sollte Anlass sein, sich deren Werte und deren Entstehung aus den Ruinen des Nationalsozialismus zu erinnern.

2017

Wann, wenn nicht jetzt?- Die Steuereinnahmen steigen trotz Welt- und Eurokrise

FIRST EDITION: Die bfg-Jugend präsentiert ihren ersten Jugendkalender.

Mitglieder der bfg-Jugend standen in professionellen Fotoshootings für 12 Kalendermotive als „Models“ zur Verfügung. Das Ergebnis beeindruckt auch Minister Söder. Er lädt die jungen Leute ins Ministerium ein und lobt das Engagement der bfg-Jugend.



Kanzlerin Angela Merkel bei der dbb- Jahrestagung: Unsere Lebensqualität hängt vom Öffentlichen Dienst ab

Der Flüchtlingszustrom dominiert auch den Beginn des neuen Jahres. Nach über einer Million Flüchtlingen in 2015 werden wieder mehr als 50.000 Menschen erwartet. Unruhen und Übergriffe in der Silvesternacht in Köln bringen einen Einschnitt in der Flüchtlingsdebatte. Die bfg warnt: Der Staat darf seine originären Aufgaben nicht hintanstellen.



Die Mitglieder der bfg bei der dbb-Jahrestagung mit den Gästen des Finanzministeriums und des Landesamts für Steuern

Unter dem Motto „Europa quo vadis?“ steht die Jahrestagung des dbb zum Auftakt des Jahres. Kanzlerin Merkel ist zu Gast und betont die Bedeutung des Öffentlichen Dienstes für Staat und Gesellschaft. Von Europa profitierten wir, dieser Raum der Freiheit müsse durch Grenzen geschützt werden. In der Flüchtlingspolitik müsse klar sein, wer kein Bleiberecht habe, müsse Deutschland wieder verlassen.

Dies müssten Bund, Länder und Kommunen durchsetzen.

Bundesinnenminister de Maiziere warnt vor und findet deutlich Worte für sog. Reichsbürger: Sie hätten keinen Platz in der Gesellschaft und vorneweg nicht im Öffentlichen Dienst.

Klausurtagung der bfg mit hochrangigen Gästen: Der Ersatz von Altersabgängen allein reicht nicht aus

Nach dem Jahresauftakt in Köln diskutiert die bfg in einer Klausurtagung Anfang des Jahres mit dem stellv. Fraktionsvorsitzenden der CSU, MdL Josef Zellmeier, dem parl. Geschäftsführer der CSU, MdL Tobias Reiß und Abteilungsleiter Dr. Alexander Voitl die Arbeits- und Personallage der Finanzverwaltung. Die bfg erkennt wichtige Verbesserungen der letzten Jahre an, man sei aber immer noch um mehrere Hundert Beschäftigte vom Notwendigen entfernt. Dazu kämen neue Aufgaben und Belastungen durch die IT-Umstellungen. Angesichts der demographischen Entwicklung sei der Ersatz von Altersabgängen immens wichtig, das werde aber nicht ausreichen. Und wichtig sei, dass die EDV läuft.

In der Steuerverwaltung stehen 16.423 Beamten- und AN-Stellen 14.936 besetzte Stellen gegenüber. Auch wenn Minister Söder gemeinsam mit dem Landtag Wichtiges erreicht hat: Seit dem Tiefststand 2012 hat sich wenig gebessert, nur die Aufgaben sind ständig mehr geworden.



„Wann, wenn nicht jetzt?“ Der dbb fordert 6 % in der Einkommensrunde

Da in den ersten Tarifgesprächen keine Annäherung in Sicht ist, finden im Februar Protestdemonstrationen u. a in Nürnberg statt, an denen sich die bfg-Mitglieder zahlreich beteiligen. Der bfg-Vorsitzende in seiner Seite 3 zur Haltung der Arbeitsgeber: „Wann, wenn nicht jetzt?“ – Die Steuereinnahmen stiegen in den letzten 10 Jahren trotz Welt- und Eurokrise ständig an.

Wieder ist die bfg vorn dabei beim Kampf um Einkommensverbesserungen.



Die bfg-Landesleitung wirbt bei Finanzminister Söder für die Unterstützung Bayerns bei den laufenden Tarifverhandlungen



Die Tarifeinigung bringt dann dieses Ergebnis für 2017 und 2018: 2,0 und 2,35 %, Ausweitung der Erfahrungsstufe 6 auf alle Entgeltgruppen, Mindestbetrag 75 €. Das Ergebnis wird im Volumen und systemgerecht auf die Bayer. Beamten übertragen. Da die strukturellen Verbesserungen im Tarifbereich nicht in der Form auf die Besoldung übertragbar sind, erfolgt eine Einmalzahlung in Höhe von 500 € als sog. Bayernbonus.

Die bfg erreicht als außertarifliche Leistung ein Budget zur Gewährung von Leistungsprämien auch für Tarifkräfte

Eine Ära geht zu Ende

Johanna Markl tritt nach 46 Dienstjahren die Freistellung der Altersteilzeit an und verabschiedet sich nach 33 Jahren Zugehörigkeit aus dem Hauptpersonalrat, mit dem sie 1974 als Mitglied der neu installierten Hauptjugendvertretung in Berührung kam und später als stellv. Vorsitzende tätig ist. Gerhard Wipijewski dankt seiner Stellvertreterin für die engagierte und



Die stellvertretenden HPR-Vorsitzende Johanna Markl verabschiedet sich nach 33 Jahren Zugehörigkeit aus dem Hauptpersonalrat

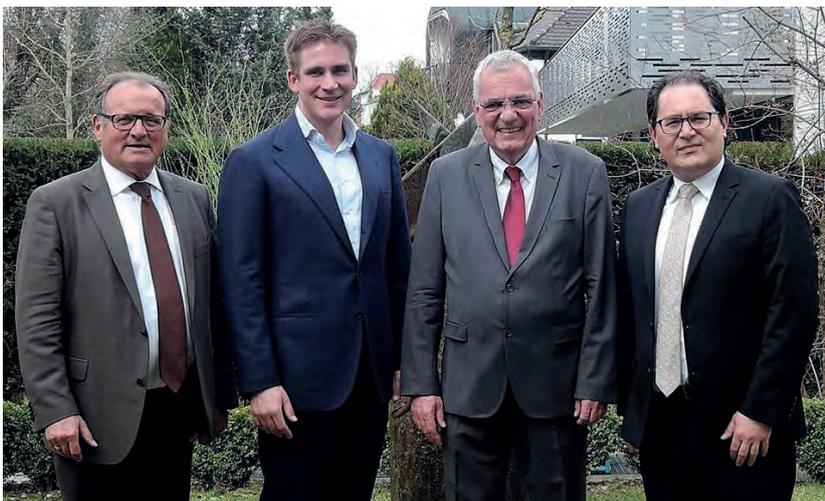
disziplinierte Arbeit in den vielen Jahren. Abteilungsleiter Dr. Alexander Voitl dankt für die erfolgreiche und angenehme Zusammenarbeit, auch als Vorsitzende der BBB-Dienstrechtskommission. Florian Köbler wird sowohl im HPR wie auch als Geschäftsführer der ARGE ihr Nachfolger.

Schweiz spioniert deutsche Steuerbeamte aus

Scharfe Kritik kommt von der DSTG zu Berichten, dass ein mutmaßlicher Spion der Schweiz deutsche Steuerbeamte ausspioniert haben soll.

Gespräche mit Partnern der Steuerverwaltung

Die bfg führt Gespräche mit der Lohi – Lohnsteuerhilfe Bayern e.V., mit der Steuerberaterkammer München und dem LSWB – Landesverband steuerberatender und wirtschaftsprüfender Berufe in Bayern e.V. und wirbt für gegenseitiges Verständnis.



Die bfg im Gespräch mit der Spitze der Steuerberaterkammer München, Dr. Hartmut Schwab,...

...der Lohnsteuerhilfe – Lohi- Bayern e.V.
Robert Dottl...



...und des LSWB, Manfred Klar.



Richtfest beim Finanzamt München

Das Richtfest für den ersten Bauabschnitt des FA München wird gefeiert.

Wie sollen, wie wollen wir künftig arbeiten?

Die Fachtagung der bfg Nordbayern für bfg-Orts- und Personalratsvorsitzende in Bayreuth beschäftigt sich mit der Entwicklung von Automation, Digitalisierung, flexiblem Arbeiten. Ausbildung und Personalaufbau sind weitere Diskussionsthemen mit hochrangigen Gästen aus der Verwaltung.

Wipijewski zu Gast bei der Amtsleitertagung

Der bfg- und HPR- Vorsitzende ist zu Gast bei einer Podiumsdiskussion zum Risikomanagement RMS im Rahmen der Amtsleitertagung. „Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen“, so Wipijewski.

Frauenpolitische Fachtagung der dbb-Bundesfrauenvertretung in Berlin

Wilhelm Hüllmantel, ehem. Abteilungsleiter Dienstrecht im FM und „Vater des neuen Bayer. Dienstrechts“ ist zu Gast bei der Frauenpolitischen Fachtagung der dbb-Bundesfrauenvertretung und betont: „Dienstherren, die Frauen nicht fördern schaden sich selbst!“



Der bfg- und HPR-Vorsitzende ist zu Gast bei der Amtsleitertagung und diskutiert mit Vertretern der Verwaltung zum Risikomanagement

Baumaßnahmen an der Landesfinanzschule im Plan

Die bfg überzeugt sich: Die Baumaßnahmen an der Landesfinanzschule sind im Plan, Ende 2018 wird die Fertigstellung sein. Mit der Schulleiterin, Frau Knoll, werden auch die personellen Anforderungen erörtert.

DSTG-Gewerkschaftstag: „Wir sind Steuergerechtigkeit“

Beim DSTG-Gewerkschaftstag in Hannover wird Florian Köbler mit hervorragendem Ergebnis als stellv. DSTG-Bundesvorsitzenden gewählt; Conny Deichert wird als Tarifvertreterin der DSTG in die Bundestarifkommission des dbb und Birgit Fuchs wieder als stellv. Vorsitzende in die Geschäftsführung der DSTG-Bundesfrauenvertretung gewählt.



Florian Köbler wird in die DSTG-Bundesleitung gewählt

Vorbereitung des Nachtragshaushalts

Die bfg listet die wesentlichen neuen Aufgaben und zusätzlichen Belastungen in allen Bereichen des Finanzressorts auf.

Minister Söder zeigt in einem Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Verständnis für die bfg-Forderungen. Die Aufgabenmehrungen erfordern zusätzliche Stellen und es besteht die Sorge ums Gewinnen und Halten hochqualifizierten Personals. Die Ausbildung ist eine große Herausforderung. Wipijewski dankt für zusätzliche Anwärterstellen, nun müsse es jedoch weitergehen. Nach der Rückkehr zum G 9 werde in wenigen Jahren ein ganzer Abiturjahrgang fehlen. Der Aufbau des LSI dürfe nicht zu Lasten der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung gehen. Die IT sei von zentraler Bedeutung. Neue Aufgaben gibt es für die Steuerverwaltung – z. B. in den Erbschaft- und Schenkungssteuerstellen, der Kassennachschau, der zentralen Bearbeitung der polnischen Werkvertragsunternehmen, dem Aufbau von Spezialteams in Steufa und BP. Das LfF bekommt durch Mehreinstellungen vor allem im Bereich Bildung und Sicherheit neue „Kunden“, für die es Personal braucht.

In vielen politischen Gesprächen zeigt die bfg während des ganzen Jahres die Situation der Finanzverwaltung auf und bringt ihre Forderungen an. Intensive Gespräche finden mit dem CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler statt, der auch bfg-Mitglied ist. Auch mit dem Freie Wähler-Chef und Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger folgt ein ausführliches

In vielen politischen Gesprächen zeigt die bfg die angespannte Situation der Finanzverwaltung auf – hier mit MdL Wolfgang Fackler, CSU, MdL Ludwig Hartmann und Thomas Mütze, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, mit MdL Stefan Schuster und Harald Güller. Schließlich unterstützt auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Peter Winter, CSU die Forderungen der bfg.





Gespräch, ebenso mit Mitgliedern der SPD-Fraktion, die sich ausführlich mit dem „Steuervollzug in Bayern“ und im Ländervergleich befasst haben. Schließlich trifft sich die bfg mit den Haushaltspolitikern von Bündnis 90/Die Grünen, MdL Thomas Mütze und MdL Ludwig Hartmann.

Dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, MdL Peter Winter dankt Wipijewski schließlich für die Unterstützung der Anliegen der Finanzverwaltung: Vorgesehen sind 50 Stellen für das LfF, 10 für die Hochschule, die Ballungsraumzulage soll um 50 % erhöht werden, ein IT-Paket auf den Weg gebracht werden, der Stadi-Wohnungsbau vorangebracht werden. Druck macht der Vorsitzende für Stellenverbesserungen im Steuerbereich.

**„Das LfF ist das Herz der Staatsverwaltung.
Es könnte aufhören zu schlagen!“**

Der AK Staatsfinanz schlägt Alarm: Die bfg listet die Aufgabenmehrungen genau auf und stellt die Personalentwicklung dagegen: Das Fazit: Die immer noch bestehenden Abbaupflichtungen aus ganz anderen Zeiten müssen ersatzlos weg und es braucht neue Stellen.

**Neuer Vorsitzender des Ausschusses Öffentlicher Dienst:
„Ihre Anliegen sind mir wichtig!“**

Nachdem die bisherige Vorsitzende des Landtagsausschusses Öffentlicher Dienst, MdL Ingrid Heckner, stellv. Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion wird, gibt es einen Wechsel an der Spitze: MdL Tobias Reiß führt den Ausschuss nun an.

Der bfg-Landesvorstand trifft mit ihm zu einer ersten Diskussion über die Probleme und Herausforderungen der Bayer. Finanzverwaltung zusammen. Stichworte sind Aufgabenzuwächse in Finanzämtern, LfF und IuK, Aufgabenverteilung, Ausbildung und Satellitenarbeitsplätze. Reiß nimmt sich viel Zeit und verspricht, sich der Anliegen der Finanzverwaltung anzunehmen.



„Waffengleichheit sieht anders aus!“

Der bfg-Vorsitzende nimmt die Veröffentlichungen zu den Paradise Papers zum Anlass, die erschreckenden Defizite bei der internationalen Zusammenarbeit in Steuerrechtsetzung und beim Steuerrechtsvollzug anzuprangern und fordert klare Regelungen und die notwendigen Ressourcen. Der bfg-Vorsitzende ist gefragter Interviewpartner in der BR-Rundschau, im Magazin Quer, in der ARD-Reportage zu den „Paradise Papers“, bei „Hart aber fair“ sowie in verschiedenen Hörfunkbeiträgen des BR.

Auch im Fall „Fahrenschon“, gegen den ein Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung erhoben wird, ist Wipijewski gefragt als Studiogast im BR-Tagesgespräch und nimmt dabei auch zu diversen Zuhörer- und Zuschauerfragen Stellung.

Ausbildung – Debakel verhindern!

Der Vorsitzende sorgt sich in seiner Seite 3 um hohe „Verluste“ in der Ausbildung der QE 3. Das könne man sich nicht leisten! Die bfg führt in dem Zusammenhang ein intensives Gespräch mit Abteilungsleiter Dr. Alexander Voitl zur Nachwuchsgewinnung, dem LPA-Testverfahren, den strukturierten Interviews und zu Ausbildungsfragen.

Rekordzahl: Im Oktober werden von Staatssekretär Albert Füracker in der Nürnberger Meistersingerhalle 1.280 neu eingestellte Anwärterinnen und Anwärter aus der Steuerverwaltung, 136 aus dem Staatsfinanzdienst und 4 aus der Vermessung vereidigt. Insgesamt befinden sich derzeit über 2.600 Anwärterinnen und Anwärter in der Finanzverwaltung in Ausbildung!



Die bfg und die bfg-Jugend suchen mit Abteilungsleiter Dr. Alexander Voitl Wege zur Verbesserung der Nachwuchsgewinnung und Reduzierung der hohen „Verluste“ während der Ausbildung

Willkommen im Club

Die bfg-Jugend stellt sich an den Lehrgangsorten Ansbach, Dinkelsbühl, Herrsching und Kaufbeuren mit verschiedenen Veranstaltungen bei den neuen Anwärterinnen und Anwärtern vor.

Gründung eines Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik – LSI -

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – LSI – wird am Standort Nürnberg gegründet. Aufgabe ist der Schutz und die Gefahrenabwehr der staatlichen Infrastruktur. Es wird unter dem Dach der Finanzverwaltung angesiedelt. Die bfg leistet Unterstützung bei den durchzuführenden Personalratswahlen und knüpft Kontakte zur Gründung eines bfg-Ortsverbandes.

bfg-Arbeitskreis Frauen gegründet.

Um die Arbeit der bfg-Vertreterinnen in den übergeordneten Frauengremien beim BBB und der DSTG zu stärken, wird ein Arbeitskreis Frauen in der bfg eingerichtet. Birgit Fuchs wird zur Vorsitzenden gewählt. In der ersten Sitzung geht es um die Beurteilungsstatistiken und Änderungen in der Urlaubs- und Mutterschutzverordnung.

Bayernturnier: Grandioses Drachenbootrennen und herausragende Organisation in Regensburg



Das 2. Drachenbootrennen ist wieder ein Riesen-Event mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das Sportfest in Regensburg glänzt mit herausragender Organisation und der neuen, zusätzlichen Sportart Kicker.

Sternstunde in der Bayer. Steuerverwaltung: 46. Deutschlandturnier der Finanzämter in Augsburg

Über 2.600 Aktive und weitere 600 Fans und Betreuer erleben bei wunderbarem Wetter beeindruckende sportliche Leistungen und zwei tolle Abendveranstaltungen im Bayer. Bierzelt.

Österreich und Bayern

Nach 6 Jahren Pause kommt wieder ein Arbeits- und Informationstreffen der Finanzgewerkschaften aus Österreich und Bayern zustande. Digitalisierung, die Vorstellung des Finanzamts München, Auswirkungen der Abschaffung des Beamtenstatus' in Österreich sind interessante Themen.

Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes

Der Gewerkschaftstag des Deutschen Beamtenbundes wählt Ulrich Silberbach zum neuen Vorsitzenden; DSTG-Bundesvorsitzender Thomas Eigenthaler wird als Stellvertreter gewählt und mit dem dbb-Landesbundvorsitzenden Friedhelm Schäfer ein weiterer DSTG'ler.

Eckehard Schmidt in Ruhestand – Dr. Volker Freund wird zum Nachfolger bestellt

Der langjährige und bundesweit anerkannte Abteilungsleiter III (Steuer, Organisation der Steuerverwaltung) im Finanzministerium, Eckehard Schmidt, tritt in den Ruhestand. Er war ein guter Begleiter der Arbeit der bfg.

Sein Nachfolger wird Dr. Volker Freund. In einem ersten Gespräch mit der bfg bezeichnet Freund als zentrale Aufgaben die fundierte Information der Politik, andererseits den Finanzämtern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Große Herausforderungen sieht er im Projekt KONSENS bis es gelingt, alle Software zu vereinheitlichen. Die Kolleginnen und Kollegen der Finanzämter in ihrer Arbeit sinnvoll zu unterstützen und entlasten – das ist sein Ziel.

Karl Meyer, langjähriger Schatzmeister der bfg-Nordbayern, Rechnungsprüfer der bfg und der DSTG verstirbt am 12.2. 2017.

Johanna Markl wird in die neue Seniorenkommission des BBB gewählt.

Christoph Strehle wird beim dbb-Bundesjugendtag zum stellv. Vorsitzenden gewählt; beim DSTG-Bundesjugendtag wird **Carolin Rau** stellv. Vorsitzende.

Carolin Rau wird als Nachfolgerin von Hermann Abele zur Bezirksjugendleitern Süd gewählt,

Xaver Maier wird nach über 40 Jahren Schwerbehindertenarbeit, beim FA Deggendorf und als Bezirksvertrauensperson in den Ruhestand verabschiedet. Präsident Dr. Jüptner, Wolfgang Kurzer und Matthias Bauregger danken ihm für sein großes Engagement und die gute Zusammenarbeit.

Mit der bfg verreisen

Die bfg bietet zum zweiten Mal mit einem Reiseveranstalter eine Reise für Mitglieder an. Ziel ist Südafrika. Die Resonanz ist äußerst positiv.

Danke für 1.000 Likes

Nach rund eineinhalb Jahren bfg auf Facebook freut sich die bfg über den 1.000. Like.

Nach langem Ringen und Verhandeln gibt es wieder eine Große Koalition im Bund.

Es folgt eine große Personalrochade in Bayern. Horst Seehofer stellt sein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung und tritt als Innenminister ins Kabinett Merkel ein.



2018

Die neue Bundesregierung steht – große personelle Veränderungen in Bayern

Der bfg-Vorsitzende ehrt den scheidenden Finanzminister und neuen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder mit der Angelo-Kramel-Medaille.

Der bisherige Finanzminister Markus Söder wird als neuer Ministerpräsident gewählt. Die bfg verleiht ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Finanzverwaltung die Angelo Kramel-Medaille. Er habe nach den langen Jahren des Kaputtsparens in der Finanzverwaltung eine Kehrtwende vollzogen und die Leistungen der Beschäftigten anerkannt. Der Vorsitzende äußert die Hoffnung, dass der Ministerpräsident die Finanz nicht aus den Augen verliert und sein Nachfolger den eingeschlagenen Weg weiter gehen wird.

Sein Nachfolger wird der bisherige Finanzstaatssekretär Albert Füracker; ihm folgt Dr. Hans Reichhart nach.



Der neue Finanzminister Albert Füracker, verspricht die Fortsetzung des positiven Kurses der letzten Jahre.

Der bisherige Amtschef Wolfgang Lazik wechselt in die Privatwirtschaft, Harald Hübner wird sein Nachfolger. Der Chef des Leitungsstabs, Dr. Gregor Biebl folgt seinem „Chef“ in die Staatskanzlei. Dr. Alexander Voitl, bisheriger Abteilungsleiter II (zuständig für Dienstrecht und Personal) wird zum Stellvertreter des Amtschefs ernannt und leitet künftig den Dienst-sitz Nürnberg des Finanzministeriums. Frau Dr. Nicole Lang wird seine Nachfolgerin als Abteilungsleiterin II.

Die Immobilien Bayern (Imby) und die Stadibau müssen im Zuge der Kabinetts-umbildungen das Finanzressort verlassen und gehören künftig zum neu geschaffenen Staatsministerium Wohnen, Bau und Verkehr unter Ilse Aigner; unser Mitglied, MdL Josef Zellmeier, wird dort Staatssekretär. Die bfg bedauert und kritisiert, dass eine zentrale Dienstleistung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes das klassische Personalministerium verlassen muss.

Der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Tobias Reiß, wird Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU. Unser bfg-Mitglied Wolfgang Fackler wird zu seinem Nachfolger gewählt.



Der bfg-Vorsitzende und der bfg-Ortsvorsitzende der IMBY, Erwin Heidingsfelder, erörtern mit dem neuen Bau-Staatssekretär Josef Zellmeier Themen der IMBY und der Stadi-Bau.



Tobia Reiß wird parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Fraktion. Wolfgang Fackler wird sein Nachfolger als Vorsitzender des Ausschusses Öffentlicher Dienst.

Als bald führt der bfg-Vorsitzende ein erstes Gespräch mit dem neuen Finanzminister Albert Füracker. Dieser verspricht die Fortsetzung des Kurses der letzten Jahre.

Auch mit dem neuen Staatssekretär Dr. Hans Reichhart trifft der Vorsitzende sehr schnell zusammen. Beide würdigen die positiven Entwicklungen der letzten Jahre. Der Staatssekretär sagt zu, sich für weitere Verbesserungen der Personal- und auch der Beförderungssituation einzusetzen.

Das Personaldefizit muss weiter verringert werden; schwieriger werdende Aufgaben müssen besser honoriert werden

Der bfg-Landesvorstand tagt am Dienstsitz Nürnberg des StMFLH. Der stellv. Amtschef, Dr. Voitl erläutert, dass die Ist-Besetzung der Finanzämter leicht gesteigert werden konnte. „Alleine die Altersabgänge zu ersetzen reicht nicht aus, wir müssen das Personaldefizit insgesamt verringern“, so der bfg-Vorsitzende.

Die bfg macht erneut deutlich, dass die Fallzahlen in der Finanzverwaltung – Steuer wie Staatsfinanz – durch neue Aufgaben und Gesetze und die Wirtschaftskraft Bayerns- seit Jahren durch die Decke gehen, ohne dass die Personalbesetzung damit standhält. Trotz der Anstrengungen der letzten Jahre ist noch nicht einmal der Personalstand von vor 10 Jahren erreicht. Um die in der Regierungserklärung versprochenen Zusatzausgaben in Milliardenhöhe zu schultern, muss die Einnahmeverwaltung gestärkt werden.

Landespflegegeld Bayern – Die Finanz, die macht das schon

Nachdem sich weder das zuständige noch ein anderes Ministerium in der Lage sehen, die Umsetzung des im Landtagswahlkampf versprochenen Landespflegegelds zu stemmen, wird das Finanzressort auserkoren und mit der Organisation und Projektierung beauftragt. Man geht von 350.000 Antragsberechtigten aus! „Die Finanz“ erarbeitet innerhalb kurzer Zeit das Konzept, das Antragsverfahren und Formulare, so dass im Herbst tatsächlich mit der Auszahlung begonnen werden kann. Gestemmt werden kann das alles nur, weil die Beamtinnen und Beamte das im Nebenamt machen.

Klassenkampf Bürgerversicherung

Der bfg-Landesvorstand lehnt die immer wieder aufkommende Forderung nach einer Bürgerversicherung und die Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung – GKV – ab und bezeichnet die Diskussion als Klassenkampf. Vielmehr müssten in den jeweiligen Systemen Verbesserungen erfolgen. Zuletzt war das Thema Gegenstand der Koalitionsgespräche im Bund.

Nachtragshaushalt verabschiedet

Der Nachtragshaushalt wird verabschiedet. Der Staatshaushalt steigt auf fast 60 Mrd. Euro, die Ausgaben steigen um mehr als 500 Mio. und all das kann dank der Steuereinnahmen ohne neue Kredite finanziert werden. Es gibt Verbesserungen beim LfF und der Hochschule sowie ein Sonderprogramm für die IT. Finanzämter, LfSt und LFS gehen leider leer aus. Die Ballungsraumzulage wird um 50 % erhöht. Stadi-Wohnungen sind auch für Nürnberg vorgesehen. Die Anträge der SPD-, Grünen- und Freie Wähler-Fraktionen werden von der CSU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Erste Absolventen der Qualifizierung Tarifbeschäftigter

Die ersten Teilnehmerinnen eines Pilotprojekts zur Qualifizierung Tarifbeschäftigter für Sachbearbeitungsaufgaben in der AN-Stelle oder ZEB

haben ihre Qualifizierung und die 6-monatige Probezeit erfolgreich beendet. Für 2018 konnten lediglich 8 Bewerber/innen zugelassen werden. Die bfg setzt sich dafür ein, dieses Projekt fortzuführen.

Ausbildung First

Ausbildung, Mitarbeiterbefragung, Modernisierung des Besteuerungsverfahrens – das sind die Themen der Fachtagung des bfg-Bezirksverbands Nordbayern mit hochkarätigen Gästen.

Armut und Steuergerechtigkeit

Jesuitenpater Dr. Alt SJ forscht seit langem auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und hat eine Studie zu Zusammenhängen zwischen Steuergerechtigkeit und Armut erarbeitet. Unterstützt wurde er vom stellv. Landesvorsitzenden Christoph Werwein. Mit ihm stellt er die Ergebnisse vor und diskutiert mit Vertretern der Landtagsfraktionen und der bfg. Dr. Alt stellt seine Erkenntnisse auch als Gast beim bfg-Landesvorstand vor.



Die Studie des Jesuitenpaters Dr. Alt zum Zusammenhang von Armut und Steuergerechtigkeit ist für die bfg von Interesse und sie diskutiert dazu mit Vertretern der Landtagsfraktionen.

Analyse zur Mitarbeiterbefragung der Finanzämter

Die Analyse zur Mitarbeiterbefragung der Finanzämter ist abgeschlossen: 51,6 % Teilnahmequote, 1.350 überörtliche Maßnahmenvorschläge, 33 Seiten Abschlussbericht des LfSt. Stellensituation, IT und Arbeitsplatzausstattung, Beurteilung als Beförderungsranking, Investition in Ausbildung soll sich lohnen, sind Schwerpunkte. – Das LfSt will künftig die Personalsituation deutlich darstellen und Forderungen nach Personalmehrungen unterstützen

Bundesverfassungsgericht: Einheitsbewertung nicht verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht kommt in seinem seit Langem erwarteten Urteil zu dem Ergebnis, dass die derzeitige Einheitsbewertung nicht verfassungsgemäß ist und setzt eine Frist für eine Neubewertung. Der DSTG-Bundesvorsitzende fordert bundesweit 3.000 zusätzliche Kräfte um die geforderte Reform der Einheitsbewertung und Grundsteuer bewältigen zu können

Bundesverfassungsgericht bestätigt Streikverbot für Beamte

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 12. Juni 2018, dass das beamtenrechtliche Streikverbot eng verknüpft ist mit den verfassungsrechtlichen Fundamenten des deutschen Berufsbeamtentums, d. h. der beamtenrechtlichen Treuepflicht und dem Alimentationsprinzip. Das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte in Deutschland stehe sowohl mit dem Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes sowie explizit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Einklang.

Personalratswahlen beim Finanzamt München bestätigen Arbeit der bfg-Personalräte

Nach dem Erreichen der sog. Zielstruktur des FA München und den Verselbständigungsbeschlüssen der Abteilungen, der Außenstelle Höchstädt und der Zentralabteilung finden am 19. Juni 2018 Personalratswahlen statt. Die bfg-Kandidaten und -kandidatinnen erzielten höchste Zustimmungswerte.



Finanzminister Füracker sagt im Spitzengespräch mit der bfg-Landesleitung ein weiter hohes Einstellungsniveau zu.

Vor dem nächsten Doppelhaushalt

Finanzminister Füracker versichert im Gespräch der bfg-Landesleitung am eingeschlagenen Kurs festhalten zu wollen und weiter auf hohem Niveau auszubilden.

Die bfg erörtert mit den CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler und Max Gibis die Forderungen der bfg zum neuen Doppelhaushalt 2019/20. Schwerpunkte müssten sein: Höhere Einstellungen, zusätzliche hauptamtliche Dozenten, Verbesserung bei der Beförderungssituation. Darüber hinaus sei im kommenden Doppelhaushalt die Verlängerung – oder besser noch Streichung – der kw-Vermerke bei den Anwärterstellen nötig.

Bündnis 90/Die GRÜNEN versichern bei einem Parlamentarischer Abend, sich weiter für Verbesserungen in der Personalsituation einzusetzen.

Landtagswahl in Bayern

Vor der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober 2018 appelliert der bfg-Vorsitzende in seiner Seite 3 das Wahlrecht zu nutzen und erstellt eine Bestandsaufnahme der ablaufenden Wahlperiode.

Bayern hat gewählt: CSU nun in einer Koalition mit den Freien Wählern

Nach deutlichen Verlusten ist die CSU auf einen Koalitionspartner angewiesen und regiert nun mit den Freien Wählern. Albert Füracker bleibt Finanzminister, das Finanzministerium „verliert“ den Staatssekretär. Dr. Hans Reichhart wird Bauminister.

Eine Vielzahl erfahrener Abgeordneter gehört dem neuen Parlament nicht mehr an, u.a. Erwin Huber, langjähriges bfg-Mitglied, zweimal Finanzminister, der nicht mehr kandidiert hatte.



Mit Erwin Huber verlässt ein parlamentarisches „Urgestein“ den Bayerischen Landtag.

Albert Füracker führt weiterhin das Finanzministerium. Er „verliert“ seinen Staatssekretär.

Drei bfg-Mitglieder leiten Landtagsausschüsse: Wolfgang Fackler den Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, Petra Guttenberg ist neue Vorsitzende des Verfassungs- und Rechtsausschusses und Josef Zellmeier steht an der Spitze des „Königsausschusses“, dem Haushaltsausschuss.

Tag der Steuergerechtigkeit – bfg stellt Personal-ausstattung vor

Aus Anlass des Tags der Steuergerechtigkeit, den die DSTG jeweils für den 26. September aufruft, stellt die bfg die Entwicklung der Personal-ausstattung in der Steuerverwaltung in einem umfassenden Artikel in der bfg-Zeitung vor. Die Feststellungen des Bayer Obersten Rechnungshofes und auch die Antworten auf Anfragen des GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Thomas Mütze und auch der SPD-Fraktion der letzten Jahre lieferten dazu wichtige Zahlen: Bei den Finanzämtern hat sich die Personalstärke zwischen 2011 und 2018 von 14.554 gerade mal auf 15.025 MAK erhöht, die Zahl der Beamten- und Arbeitnehmerstellen sich sogar um 180 Planstellen verringert!! Die Personalsteigerung bei der Steuerfahndung ist anerkennenswert. Zur Bekämpfung der Steuerkriminalität, gehört zwingend auch eine Stärkung der Außendienste und eine konstant gute Arbeit der Innendienste. In der BP ist man kaum vorangekommen und im Innendienst gilt weiter „Land unter“. Nur dank der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer insgesamt guten Organisation funktioniert die Steuerverwaltung und bringt immer neuen Rekord-Steuereinnahmen. Es könnte um einiges mehr sein – und damit gerechter zugehen! Im bundesweiten Ranking der Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zu den Einkommen- und Körperschaftsteuerfällen belegt Bayern den 15. Platz!

Unsere Zukunft: Vereidigung in Nürnberg

1.714 Anwärtnerinnen und Anwärter der 2. und 3. QE der Steuer- und Staatsfinanzdienstes werden von Finanzminister Füracker in der Nürnberger Meistersingerhalle vereidigt. Gerhard Wipijewski dankt allen an der Ausbildung Beteiligten für ihr Engagement. Er äußert die Sorge, in den nächsten Jahren ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden und fordert eine weitere Erhöhung der Einstellungsermächtigungen.

Yes we can – in Scansiedel

Mit diesen Worten lobt LfSt-Präsident Dr. Jüptner das Erfolgsmodell Scanzentrum Wunsiedel: Das 2011 mit 7 Beschäftigten gegründete Scanzentrum hat nun 157 Beschäftigte und hat 7 Millionen Erklärungen gescannt. Die bfg hatte erfolgreich für eine Entfristungs- und Verbeamtungswelle gekämpft. Nun erfolgen wiederum 12 Entfristungen und 44 Beschäftigte können verbeamtet werden.



Die Beschäftigten des Scann-Zentrums in Wunsiedel freuen sich über den erfolgreichen Einsatz der bfg zur Verbeamtung bzw. Entfristung ihrer Arbeitsverträge.

Einweihung bei der Landesfinanzschule

Die Neubauten an der Landesfinanzschule Bayern in Ansbach – ein zusätzliches Gästehaus für 270 Anwärter und Anwärterinnen und eine Tiefgarage, ein mächtiges Kombigebäude mit großer Mensa, Technikraum, 11 neuen Lehrsälen und einem Großhörsaal – werden eingeweiht. Was für eine Entwicklung seit der Gründung der LFS!



Die bfg-Jugend als ständiger Gast bei der LFS feiert mit der Schulleiterin Andrea Knoll den gelungenen Erweiterungsbau.

Einweihung des Steuercampus in München



Finanzminister Albert Füracker und Bauministerin Ilse Aigner weihen den ersten Bauabschnitt des Steuercampus, des FA München ein.

Der erste Bauabschnitt des Steuer-campus, des Finanzamts Münchens, wird in Anwesenheit von Finanzminister Albert Füracker und Bauministerin Ilse Aigner sowie Gerhard Wipijewski eingeweiht. Die bfg hat maßgeblich zu dieser Lösung beigetragen und einen Umzug in eine Anmietung außerhalb des Stadtzentrums verhindert.



Das Drachenbootrennen – ein Riesenfest!

Bayernturnier und Drachenbootrennen 2018

Das 57. Bayernturnier findet in Kempten mit einer neuen Rekordbeteiligung von rund 2.900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Das Drachenbootrennen ist wieder ein Riesenfest mit 1.900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 69 Booten. Staatssekretär Reichhart ist mit der gesamten Familie anwesend und nimmt die Siegerehrung vor.

Verfassungsbeschwerde gegen das Tarifeinheitsgesetz

Die Nachbesserungen beim Tarifeinheitsgesetz überzeugen den dbb nicht. Er erhebt auch gegen das geänderte Gesetz Verfassungsbeschwerde.

Start der Direktabrechnung von Krankenhauskosten mit der Beihilfestelle

Die Direktabrechnung von Krankenhauskosten mit der Beihilfestelle wird eröffnet. bfg und BBB begrüßen das und drängen auf eine breite Einbeziehung von Krankenhäusern.

Die Beschäftigten gestalten trotz Digitalisierung die Arbeitswelt

Die Landesarbeitstagung des bfg-Bezirksverbands Südbayern findet mit einer Rekordbeteiligung von 116 Orts- und Personalratsvorsitzenden statt.

Arbeitskreis Staatsfinanz der bfg im Gespräch mit dem Finanzministerium

Die bfg'ler zeigen auf, die Personalmehrungen in der Staatsverwaltung führen zu Mehraufwand beim LfF, die papierlose Sachbearbeitung in der Beihilfe bringt zumindest zunächst Mehraufwand und längere Bearbeitungszeiten. Aushilfe aus anderen Arbeitsgebieten reißt dort Löcher. Sie fordern ein Ende der Befristung bei den Scan Kräften und die Einführung von Flexitagen.

Riesenerfolg der bfg bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung.

Die bfg-Kandidatinnen und Kandidaten haben bei den Wahlen alle zu vergebenden Sitze in den Stufenjugendvertretungen erreicht. Als Vorsitzende der HJAV wird Katja Strobl gewählt, bei der BJA Nord David Dietz und bei der BJA Süd Sabrina Regenold.

Änderung des Personenstandsgesetzes:

Neben der Zuordnung zum männlichen oder weiblichen Geschlecht oder ohne Zuordnung kann die Bezeichnung „divers“ gewählt werden. Stellenausschreibungen im Öffentlichen Dienst berücksichtigen dies künftig.

Zukunftsweisende Wahl bei der Union des Finanzpersonals Europa UFE:

Florian Köbler wird einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt.



Florian Köbler – der neue Präsident der Union des Finanzpersonals Europa – UFE!

6 % mehr Gehalt – mindestens aber 200 €

Mit dieser zentralen Forderung des dbb Beamtenbund und Tarifunion für die Einkommensrunde 2019 geht das Jahr 2018 zu Ende.

2019

Der Mensch gestaltet den Prozess!

Der bfg-Gewerkschaftstag wählt das Führungsgremium und legt die inhaltlichen Schwerpunkte der künftigen Arbeit fest.

Minister Füracker will echten Personalaufbau

Bei der 60. dbb-Jahrestagung Anfang Januar stehen 100 Jahre Frauenwahlrecht, 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre friedliche Revolution im Mittelpunkt.

Tarifergebnis mit 8 % Gesamtvolumen

Demos und Warnstreiks begleiten die Tarifrunde für die Länder. Auch die bfg-Mitglieder beteiligen sich zahlreich. Helene Wildfeuer und Christoph Strehle machen bei der Abschlusskundgebung in Nürnberg deutlich: Wir in den Finanzämtern sind es, die dafür sorgen, dass überhaupt Geld in die Haushaltskassen fließt. Unsere Forderungen sind nicht unverschämt, sondern dringend notwendig für einen zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst.

Nach der 3. Verhandlungsrunde wird eine Tarifeinigung im Gesamtvolumen von 8 % erzielt. Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, dbb Beamtenbund und Tarifunion und ver.di, die seit Jahren die Tarifverhandlungen gemeinsam führen, einigen sich mit den Arbeitgebern auf eine 33-monatige Laufzeit mit folgenden Erhöhungen: je 3,2 % zum 1.1.2019 und 1.1.2020 sowie 1,4 % zum 1.1.2021. Dabei gibt es jeweils vereinbarte Mindestbeträge. Die Ausbildungsvergütungen werden in zwei Schritten um je 50 € erhöht. Leider wird die Sonderzahlung für vier Jahre auf dem Stand 2018 eingefroren.



Füracker: Bayern übernimmt Tarifabschluss

Finanzminister Füracker erklärt unmittelbar nach der Einigung, die Ergebnisse zeit- und systemkonform auf die Beamten und Versorgungsempfänger zu übertragen. Die Übertragung der Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich ist wegen der systematischen Unterschiede zunehmend schwieriger zu bewerkstelligen. „Volumengleich, aber systemkonform“ lautet die neue Formel. Die prozentualen Erhöhungen werden 1:1 übernommen. In der Besoldungstabelle werden die ersten mit einem Wert

besetzten Stufen in allen Besoldungsgruppen gestrichen. Das bedeutet eine Verbesserung im Bereich der Eingangsbesoldung. Das Weihnachtsgeld bleibt unverändert. Die Anwärterbezüge werden zunächst um 50 € und im folgenden Jahr um 100 € erhöht. Der Erholungsurlaub für Anwärter wird auf 30 Tage erhöht.

Wechsel beim Bezirkspersonalrat Süd Ein Vollblutgewerkschaftler sagt leise Servus.

Nach fast 47 Dienstjahren, über 40 Jahren Personalratstätigkeit, seit 2006 als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats Süd, geht Matthias Bauregger am 1. Januar 2019 in den Ruhestand. „Rüstig und viel zu früh, sagen wir. Es ist an der Zeit, sagen Sie“ – so verabschiedet ihn Präsident Dr. Roland Jüptner und dankt für den stets von gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung geprägten Umgang. Auch aus dem HPR, dem viele Jahre angehörte, wird er verabschiedet.

Birgit Fuchs wird als Nachfolgerin gewählt. Sie ist auch stellv. Vorsitzende des bfg-Bezirksverbands Süd. Sie dankt ihrem Vorgänger für die jahrelange vertrauensvolle, engagierte und souveräne Art der Aufgabenbewältigung.



Der Präsident des LfF Dr. Roland Jüptner verabschiedet den Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats Süd, Matthias Bauregger.

Doppelhaushalt 2019/2020 steht an

Der bfg-Vorsitzende erörtert mit Finanzminister Füracker vor der Kabinettsklausur die Erwartungen der bfg zum Doppelhaushalt 2019/2020. Er verweist auf die stetigen Fallzahlensteigerungen und fordert weitere Anwärterstellen sowie zusätzliche Stellen bei den Schuleinrichtungen. Darüber hinaus müssten die personellen Weichen für die Umsetzung der Grundsteuerreform gestellt werden und die Entfristung der Arbeitsverhältnisse der Scanbereiche beim Landesamt für Finanzen sowie in Wunsiedel erfolgen.

Im Vorfeld der Landtagsberatungen zum DHH führt Wipijewski zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Landtagsfraktionen.

Abschied von Lena Keim

Die Amtszeit der bisherigen Vorsitzenden der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung, Lena Keim, endet mit Ablauf der Amtszeit am 31. Januar. Als Vorsitzende hat sie auch sehr eng mit dem HPR zusammengearbeitet und an den Sitzungen des HPR teilgenommen. Der HPR-Vorsitzende dankt Lena für ihre Arbeit.

Landesjugendtag der bfg – Florian Köbler übergibt an Katja Strobl

Beim Landesjugendtag der bfg-Jugend in Regenstauf tritt der bisherige Vorsitzende, Florian Köbler, der die bfg-Jugend seit 2011 sehr erfolgreich geführt hatte, nicht mehr an. Er wird mit viel Beifall und Anerkennung für seine Arbeit bedacht. Als Nachfolgerin wählen die Delegierten Katja Strobl. Bei den Bezirksjugendtagen werden für den Bereich Nord David Dietz und im Süden die bisherige Vorsitzende Carolin Rau wiedergewählt. Beide gehören kraft Amtes der Landesjugendleitung bzw. der Bezirksleitung an.

Die Jugend spielt in der bfg schon seit über 40 Jahren eine Rolle. Viele Aktive der bfg-Jugend wachsen in Aufgaben des Gesamtverbandes hinein – so auch die auf dem Foto abgebildeten ehemaligen Landejugendleiter.



Die neue bfg-Landesjugendleiterin, Katja Strobl, mit ihren Vorgängern und ihrer Vorgängerin

Prüfungsvorbereitungsseminare der bfg-Jugend

Die bfg-Jugend bietet für junge Mitglieder im Grundstudium I Prüfungsvorbereitungsseminare an. Rund 350 Studierende nutzen die Veranstaltungen, in denen erfahrene Dozenten die Klausurtechnik und wichtige Inhalte vermitteln.

22. bfg-Gewerkschaftstag März 2019

Bereits beim Gewerkschaftstag 2013 war erkennbar, dass ein Termin im Herbst, kurz nach den Landtagswahlen, ungünstig ist: Die Regierungsbildung und die Bestellung der Ausschüsse sind erst kurz oder möglicherweise auch noch nicht erfolgt und so fehlen möglicherweise die politischen Ansprechpartner. Der bfg-Landesvorstand hat deshalb beschlossen, den Gewerkschaftstag nicht im Herbst 2018, sondern im Frühjahr 2019 durchzuführen

Der Mensch gestaltet den Prozess!

Unter diesem Motto findet der bfg-Gewerkschaftstag mit weit über 300 Delegierten in Augsburg statt. Über 500 Anträge, Entschlüsse, eine Öffentlichkeitsveranstaltung mit hochkarätigen Gästen und einer wunderbaren musikalischen Umrahmung, personelle Neuausrichtung und die Verabschiedung von drei langjährigen Spitzenkräften sind in zwei fordernden Tagen zu bewältigen und dank guter Vorbereitung, vielen Helferinnen und Helfern und dem perfekten Rahmen im Kongresszentrum gelingt das.



Die Landesleitung erlebt eine Zäsur.

Die langjährige stellvertretende Landesvorsitzende Johanna Markl und die beiden Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer und Matthias Bauregger treten nicht mehr zur Wahl an. Der Gewerkschaftstag wählt sie in Anerkennung ihrer Verdienste zu Ehrenmitgliedern. Gerhard Wipijewski wird erneut zum Vorsitzenden gewählt. Nachdem die Landesleitung nach einer Satzungsänderung um eine Position aufgestockt wurde, werden Bärbel Wagner als Schatzmeisterin und Hermann Abele, Florian Köbler, Annette Feldmer und Cornelia Deichert als Stellvertreter und Stellvertreterinnen gewählt.



Als weiterer Höhepunkt findet die Öffentliche Veranstaltung mit hochkarätigen Gästen statt. Der wieder gewählte Vorsitzende lobt in seiner Ansprache die Staatsregierung, dass sie das Ruder bei der Personalausstattung herumgerissen habe, die Finanzverwaltung stehe aber nicht viel besser da als vor fünf Jahren und die Aufgaben stiegen weiter, die Beschäftigten sieht er weiter am Anschlag. Auf das Motto des Gewerkschaftstages eingehend fordert er, der Mensch müsse beim Einsatz von Technik „Chef im Ring“ bleiben. Technik könne auch nur von Standardaufgaben entlasten, das Schwierige bleibe und konzentriere sich bei den Menschen. Eine entsprechende Personalausstattung und hochwertige Stellendotierung müssten folgen.

Der Finanzminister bekennt sich zur Finanzverwaltung.

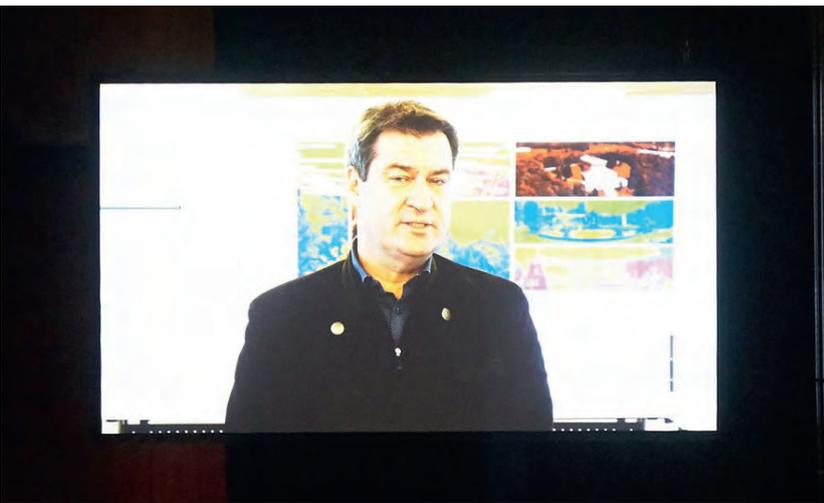
Finanzminister Albert Füracker dankt der bfg für ihren konstruktiv-kritischen Dialog. Auf so eine engagierte und gut vernetzte Gewerkschaft könne die Verwaltung stolz sein. Motivierte und engagierte Mitarbeiter seien das Rückgrat der Finanzverwaltung und diese sei die Grundlage für jede Volkswirtschaft und die Demokratie. Die Grundsteuerreform solle man nutzen für eine Vereinfachung. Jedoch – zur Umsetzung – „Dann braucht’s Personal!“ Dem Druck der bfg sei manches zu verdanken, so die Aufstockung der Einstellungszahlen, der „Tod“ von Stelleneinsparungen nach Art. 6 b HHG, Entfristungen in Wunsiedel und zusätzliche Stellen fürs LfF und LSI im Doppelhaushalt. Die Digitalisierung sehe er auch als Chance für größere Attraktivität. „Wir müssen aber darauf achten, dass – wie das bfg-Motto fordert – der Mensch den Prozess gestaltet.“ Beim ortsungebundenen Arbeiten und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sieht er noch Luft nach oben.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder schaltet sich in einer Videobotschaft zu. Er würdigt die Arbeit der Beschäftigten. „Finanzbeamte sind schon eine ganz besondere Spezies!“ Und er dankt der bfg – einer der bedeutendsten Gewerkschaften – und deren Repräsentanten.

Wechsel bei den Bezirksverbänden

Auch bei den Bezirksverbandstagen stehen entscheidende personelle Wechsel an:

Helene Wildfeuer kandidiert nach 23 Jahren an der Spitze des Bezirks Nordbayern nicht erneut. Die Delegierten wählen sie zur Ehrenvorsitzenden. Der ebenfalls ausscheidende langjährige Stellvertretende Vorsitzende Gerhard Wacker wird als Ehrenmitglied gewählt. Nachfolger an der Spitze wird Thomas Wagner. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Konrad Adam, Matthias Derleth, Nicole Kittlaus, Katharina Hacker und Martina Sixt, sowie erstmals auch Christoph Werwein, der von der Landes- in die Bezirksleitung wechselt.



Die neugewählte bfg-Landesleitung...



...die bfg-Bezirksleitung Südbayern...



...und die neue Bezirksleitung Nordbayern.



Auch im Bezirk Südbayern gibt es einen Wechsel an der Spitze: Matthias Bauregger nimmt nach fast 20 Jahren im Vorsitz Abschied. Die Delegierten wählen auch ihn zum Ehrenvorsitzenden. Seine Nachfolge tritt Birgit Fuchs an. Ihre Stellvertreter sind Josef Dick, Bernhard Gruber, Sebastian Kellerer, Engelbert Rieger sowie neu Waltraud Schwaiger und Michael Freimooser.

Über 500 Anträge der Ortsverbände legen die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten fünf Jahre fest.

Den großen Rahmen benennen die einstimmig verabschiedeten Entschlüsse: Arbeitsbelastung, Aufgabenmehrung und Personalausstattung der Finanzverwaltung, Automatisierung und Einhaltung des Grundsatzes „Der Mensch gestaltet den Prozess“, Reformierung des Zulassungsverfahrens zur Ausbildung, Steuerpolitik mit dem aktuellen Fokus auf der Grundsteuerreform.

Finanzminister Füracker will echten Personalaufbau

Im ersten bfg-Spitzengespräch der neuen Landesleitung mit Finanzminister Füracker geht es, anknüpfend an den bfg-Gewerkschaftstag, um die Digitalisierung, die bei den Beschäftigten zu einer zunehmenden Konzentration schwieriger Fallgestaltungen führen wird, um die Notwendigkeit einer besseren Dienstpostenbewertung und um die Personalausstattung. Sein Ziel, so der Minister, sei ein echter Personalaufbau. Verbesserungen kündigt er bei der Telearbeit an, eine Öffnung für Führungskräfte und eine flexiblere Handhabung sollen mit dem HPR in einer Dienstvereinbarung abgestimmt werden.



Anknüpfend an den Gewerkschaftstag erörtert die neugewählte bfg-Landesleitung mit Finanzminister Albert Füracker Verbesserungen bei der Personalausstattung und, der Dienstpostenbewertung. Er kündigt Fortschritte bei der Telearbeit an.

One more thing – die bfg-App

In Anlehnung an die Worte des legendären Apple-Chef Steve Jobs „One more thing“ kündigt die bfg ihr „One more thing“ an, die bfg-App, einen geschlossenen Mitgliederbereich auf der Homepage, der als web-App ausgestaltet ist. Dort sind nunmehr aktuelle Infos und auch die bfg-Zeitung zu finden. Das Angebot und die Ausgestaltung sollen laufend weiterentwickelt werden.



75 Jahre bfg – zu diesem besonderen Jubiläum möchte ich recht herzlich gratulieren. Die Bayerische Finanzgewerkschaft steht für mich für gute und vertrauensvolle Gespräche, Erinnerungen, Kameradschaft und Zusammenarbeit. Aus tiefer Überzeugung kann ich sagen: die bfg und ich sind mehr als alte Bekannte – wir sind gute Freunde!

Schließlich bin ich mit der bfg als Mitglied seit vielen Jahren und dem Beginn meiner beruflichen Tätigkeit eng verbunden: Zwischen 1995 und 2000 war ich im Finanzamt Nördlingen-Donauwörth sowie in Augsburg-Stadt tätig und bin schon früh mit den damaligen Personalräten Josef Dick, Claus Braun oder Jörg Walter sowie Stefan Deubler in Kontakt gekommen. Nicht zuletzt als Jugendpersonalrat im Jahr 1996/97. Und die bfg war aber auch schon bei mir zu Hause präsent, sind doch bis heute mein Vater und mein Bruder bfg-Mitglieder.

Der Personalrat war für mich auch immer eng verbunden mit der Bayerischen Finanzgewerkschaft. Als junger Mensch war die Unterscheidung nicht so wichtig. Und so sind mir auch die vielen Fußball-Turnier in ganz Bayern in guter Erinnerung, bei denen ich damals schon den damaligen Vorsitzenden Josef Bugiel kennenlernen durfte. Später 2013 kreuzte sich mein Weg erneut mit Josef Bugiel, als ich im Finanzamt Nürnberg-Nord als Leiter der Betriebsprüfer-Stelle tätig war und er mich zur Mitgliedschaft bei der bfg ermunterte.

Diese Erinnerungen spannen auch den Bogen zum fachlichen und politischen Wirken der bfg. Mit dem heutigen Vorsitzenden Gerhard Wipijewski pflegte ich als Vorsitzender im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienst stets eine konstruktive und fachlich versierte Zusammenarbeit, selbst in den Jahren der Pandemie. Die teils erheblichen Beschränkungen hinderten uns nicht am notwendigen fachlichen und politischen Austausch. Dann saßen wir eben mit Maske und auf Distanz beieinander oder im Freien. Um für diese Gespräche gewappnet zu sein, lass ich deshalb die Kommentare des Vorsitzenden Gerhard Wipijewski auf Seite 3 der Mitgliederzeitschrift um so aufmerksamer, in denen er aktuelle politische Themen aufgreift, um pointiert und zugespitzt seinen Anliegen im Spannungsfeld zwischen Politik und Gewerkschaft Gehör zu verschaffen.

Und so erinnere ich mich auch an die vielen parlamentarischen Grill-Abende in der Geschäftsstelle und der dazugehörigen Terrasse. Diese besondere Atmosphäre für das politische Gespräch machen so einen Abend unvergesslich. Ich denke aber natürlich auch an die Klausurtagungen sowie die vielen Gespräche über Rahmenbedingungen im Öffentlichen Dienst, Bezügeanpassungen, Personalaufbau, Behördenverlagerungen, Ausbildung, Beförderungsmöglichkeiten, Personalvertretungsrecht, Jobrad, Beihilfe, Pensionsfonds, etc. Bei diesen Weiterentwicklungen habe ich die bfg so erlebt, wie es aus Beschäftigten-Sicht sein soll: Als ihre starke Stimme, die ihre Interessen im Blick hat und auf die Steuerverwaltung aufmerksam macht. Denn eines muss klar sein: ohne Steuereinnahmen gibt es keine staatlichen Leistungen und auch kein soziales Miteinander. Ohne Moos wäre auch in diesem Staat nichts los.

Umso mehr freue ich mich über eine wertvolle Interessenvertretung im Sinne der Beschäftigten, die diesen Staat am Laufen halten. Bleibt diesem Weg treu und sorgt für Interesse und Begeisterung an und in der Steuerverwaltung. Denn ohne Euch war und ist kein Staat zu machen.

Wolfgang Fackler, MdL



© Foto-Studio Herzig

Grußwort von
MdL Wolfgang Fackler

Rechnungshof sieht Mängel in der Bearbeitung von Steuerfällen

Der bfg-Vorsitzende sieht die vom Bayer. Obersten Rechnungshof dargestellten Mängel bei der Bedarfsbewertung und der Erbschafts- und Schenkungssteuer als Beleg dafür, wie aufwändig die Fallbearbeitung ist und appelliert für die anstehende Grundsteuerreform ein einfaches Bewertungsmodell zu schaffen. Bei weiteren Kritikpunkten an der Bearbeitungsweise bedauert der Vorsitzende, dass der ORH diese nicht – wie in Vorjahren geschehen – in Zusammenhang mit der Unterbesetzung der Finanzämter gebracht hat, denn die tatsächliche Personalausstattung habe sich weiter verschärft.

Appell zur Europawahl 2019

Gerhard Wipijewski appelliert, bei den Europawahlen verantwortlich zu wählen. Für Deutschland, für den Öffentlichen Dienst sei ein funktionierendes Europa von immenser Bedeutung.

EuGH-Entscheidung zur Arbeitszeiterfassung

Der EuGH entscheidet, dass Arbeitgeber zu verpflichten sind, Systeme zur täglichen Arbeitszeiterfassung einzurichten. Daraus ergeben sich auch für die Finanzverwaltung Fragen – z.B. bei der Telearbeit und der „Vertrauensarbeitszeit“. Es dürfe nicht zu Gesamtverschlechterungen kommen, im Gegenteil, die bfg fordert den Ausbau und Flexibilisierung von Telearbeitsmöglichkeiten – Stichwort Flexitage.

BayZeit – das Zeiterfassungssystem beschäftigt den HPR zum wiederholten Mal wegen seiner unzureichenden Barrierefreiheit und schlechter Bedienung

Bayerischen Inklusionsrichtlinien

Zum 1. Juni treten die Bayerischen Inklusionsrichtlinien in Kraft und ersetzen die Teilhaberichtlinien.

„Privileg Beamtenversorgung“

Alle Jahre wieder – im Sommerloch geht es regelmäßig um die angeblichen Privilegien in der Beamtenversorgung. Dieses Mal beteiligt sich auch der Sozialverband vdk mit seiner Kampagne „#Rentefüralle“ daran. Die Boulevard-Medien springen in Großbuchstaben darauf an. In der bfg-Zeitung werden die Halbwahrheiten und Neiddebatten mit Fakten widerlegt.

Neue bfg-Spitze führt Parlamentarische Abende weiter

Beim parlamentarischen Abend der bfg mit zahlreichen Abgeordneten der CSU-Fraktion, angeführt vom Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer und seinem Stellvertreter Tobias Reiß, steht die Grundsteuerreform im Mittelpunkt. Der bfg-Vorsitzende begrüßt, dass die Staatsregierung eine möglichst einfache Umsetzung angestrebt. Dennoch: „Das werden wir nun wirklich nicht ohne zusätzliche Stellen hinbekommen!“

Auch beim Parlamentarischen Abend mit den Freien Wählern geht es um die gravierenden Auswirkungen der Grundsteuerreform: 7 Millionen Erstfestsetzungen werden auf die Bewertungsstellen zukommen. „Ohne zusätzliches Personal wird das nicht funktionieren, das müssen wir auf den Weg bringen“, so Fraktionsvorsitzender Florian Streibl.

Im Gespräch mit Vertretern der FDP-Landtagsfraktion erläutern die bfg-Vertreter u. a. die Notwendigkeit einer weiteren Personalaufstockung beim LfF.

Beim Parlamentarischer Abend in der bfg-Geschäftsstelle mit Landtagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen sagt MdL Tim Pargent weitere Unterstützung bei der Verbesserung der Personalausstattung zu.



Parlamentarischer Abend mit den Freien Wählern ...



...mit Bündnis 90/DIE GRÜNEN ...

...und mit Abgeordneten der CSU.



Helene Wildfeuer im Ruhestand



Finanzminister Albert Füracker verabschiedet die langjährige Vorsitzende des Bezirkspersonalrats beim Landesamt für Steuern Nürnberg, Helene Wildfeuer, in den Ruhestand. Er dankt und würdigt ihre jahrzehntelange Leistung. Sie habe die Finanzverwaltung maßgeblich mitgeprägt. Der BPR wählt Thomas Wagner, bisher Stellvertretender Vorsitzender, zum Nachfolger. Auch er dankt Helene Wildfeuer. Sie trage zu Recht den Namen „Fränkische Löwin“, denn sie habe sich nie entmutigen lassen.

Beihilfe online am Start

Mit Beihilfe online wird ein weiterer Baustein des Mitarbeiterportals eingeführt, auf den viel Beschäftigte gewartet haben. In der bfg-Zeitung wird der neue Weg anschaulich dargestellt.

Präsident Klaus Herzog zu Gast beim bfg-Landesvorstand

Die erste Landesvorstandssitzung nach dem Gewerkschaftstag hat den Präsidenten des Landesamts für Finanzen, Klaus Herzog, zu Gast, der



die breite Aufgabenpalette des LfF und die personelle Situation darstellt. Zu Klagen über die Dauer der Beihilfebearbeitung weist er darauf hin, dass man „genau“ arbeiten müsse und ein „Risikomanagement“ wie bei Krankenversicherungen nicht zulässig sei. Einig war man sich, gemeinsam weiter für eine bessere Ausstattung der Dienststellen zu arbeiten.

58. Bayernturnier – Würzburg setzt Maßstäbe!

Das 58. Bayernturnier erlebt mit über 3.200 Aktiven erneut eine Rekordbeteiligung. Beim Drachenbootrennen in Oberschleißheim sind 1.700 Paddler in 72 Teams auf und im Wasser unterwegs. Die bfg'ler der FÄ Freising, Erding und Dachau, der bfg-Jugend, Sebastian Kellerer und viele andere sorgen für ein tolles Event.



Wohnraum schaffen für Beschäftigte

Die bfg fordert gegenüber Bauminister Dr. Reichhart die Bereitstellung günstigen Wohnraums für Beschäftigte der Finanzverwaltung in den Metropolen.

Am 9. November vor 30 Jahren fiel die „Mauer“

Der bfg-Vorsitzende erinnert in seiner Seite 3 an den Mut der ostdeutschen Landsleute und die friedliche Revolution, an die Freude und die Euphorie und an die anschließende Aufbauhilfe.

NEIN – keine Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes!

Der BBB und das Finanzministerium erstellen und vereinbaren ein Gewaltschutzkonzept.

Landesarbeitstagung Süd – Der Mensch im Mittelpunkt

Unter diesem Motto findet die erste Landesarbeitstagung Süd unter der Führung von Birgit Fuchs statt.

Die bfg fordert einen eigenen Fachbereich IT.

Angesichts der steigenden Bedeutung der IT in der Verwaltung sieht die bfg die Gründung eines eigenen Fachbereichs IT innerhalb der Hochschule für den Öffentlichen Dienstes als notwendig an.

Nachtragshaushalt: nicht ausreichend

So titelt der bfg-Vorsitzende in seiner Seite 3 und meint damit insbesondere die vorgesehenen Stellen im Nachtragshaushalt für die Bewältigung der Grundsteuerreform, aber auch die zusätzlichen Beförderungen für Grund- und Mittelschullehrer. So berechtigt dies dort sein mag, umso mehr berechtigt sind Verbesserungen in der Finanzverwaltung.

20 Jahre Bayer. Pensionsfonds

Der Pensionsfond wurde 1999 als ergänzender Beitrag zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben eingerichtet. Seitdem wurden 2 Milliarden Euro zugeführt und auch künftig sind pauschale Zuführungen von 110 Millionen Euro jährlich vorgesehen. Der Fond hat durchschnittlich 4,7 % Rendite erwirtschaftet und beläuft sich derzeit auf 3,2 Milliarden.

Werner Hagedorn, der frühere Bundesvorsitzende von DSTG- und dbb verstirbt am 19. Februar 2019. Er war der bfg immer sehr freundschaftlich verbunden.

Martina Sixt wird bei der 100. Sitzung der DSTG-Bundesfrauenvertretung in Nürnberg als Nachfolgerin von Birgit Fuchs zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

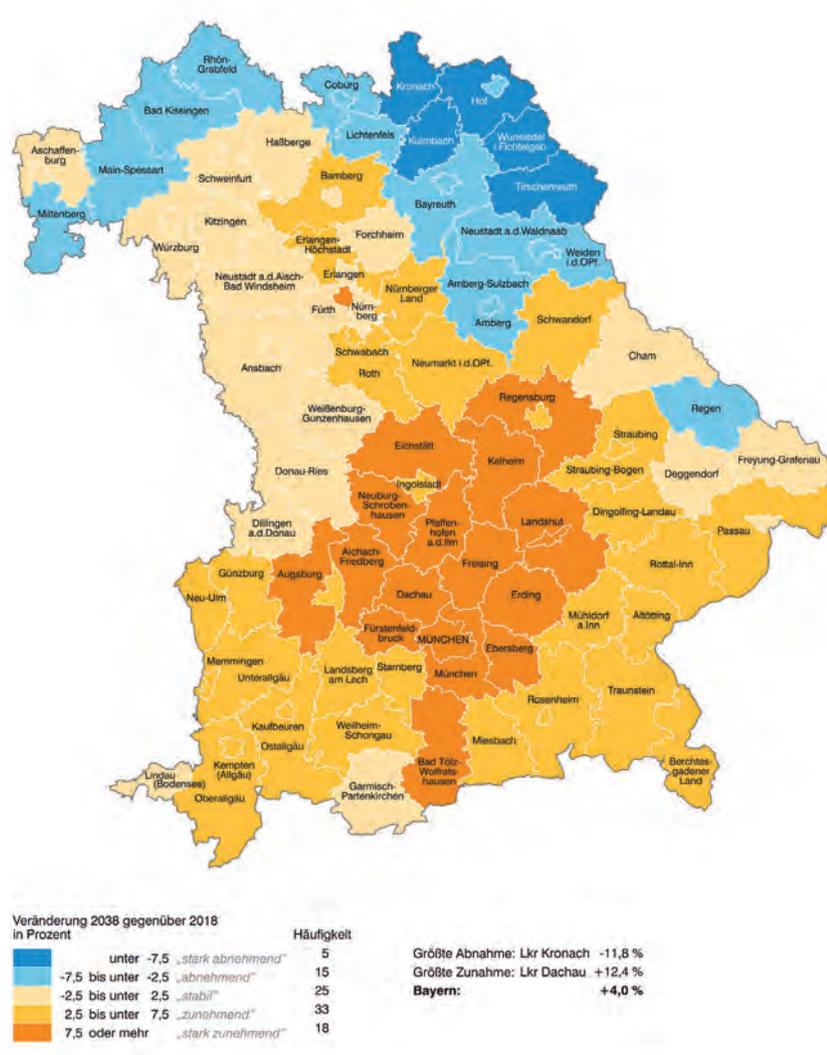
Weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die angekündigten Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf treten in Kraft. Die Höchstbeurlaubungsdauer wird weiter ausgedehnt, es gibt eine bessere Berücksichtigung von Elternzeit in der Probezeit und die Mütterrente II wird auf die Beamtenversorgung übertragen. Darüber hinaus wird ein Bayer. Krippengeld eingeführt.

Ein Jahr im Ausnahmezustand – so wird der bfg-Vorsitzende im Dezember in der bfg-Zeitung das zu Ende gehende Jahr, das "normal" begann, zusammenfassen.

Ministerpräsident kündigt neue Stufe der Behördenverlagerungen an

Der Ministerpräsident kündigt am 20. Januar überraschend eine 2. Stufe der Behördenverlagerung an. Die Steuerverwaltung ist erneut betroffen.



Die „regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik prognostiziert stark unterschiedliche Entwicklungen für die Regionen und Landkreise Bayerns.

Der Standort Herrsching des Fachbereichs Finanzen soll komplett aufgelöst und nach Kronach verlagert werden, in Weiden eine Dienststelle des LfF mit Aufgaben aus München eingerichtet, ein „Grundsteuer-Finanzamt“ in Zwiesel und dem Standort Viechtach gegründet und eine Bearbeitungsstelle des FA München nach Schweinfurt verlagert werden. Die bfg sieht eine Komplettverlagerung des Fachbereichs Finanzen nach Kronach wegen der Dozentengewinnung überaus kritisch. Sie schlägt vielmehr die Gründung eines eigenen Fachbereichs IT der HföD in Kronach vor. In ersten Gesprächen wird der bfg bezüglich der Grundsteuer zugesagt, die Zuständigkeit für die Münchner Fälle bei der Bearbeitungsstelle Höchstädt zu belassen. Die weiteren zentralen Forderungen der bfg sind eine zeitliche Streckung, für den Aufbau die natürliche Fluktuation zu nutzen, Beförderungserwartungen sichern. (Grafik Siehe S. 222)

Der Nachtragshaushalt wird im Haushaltsausschuss beraten

Die Oppositionsfraktionen bringen Änderungsanträge für die Finanzverwaltung ein. Die SPD-Fraktion fordert mehr Personal für einen besseren Steuervollzug und für die Umsetzung der Grundsteuerreform auch Tarifbeschäftigte einzusetzen. Die Grünen fordern Stellenhebungen, die AFD legt kurz vor der Sitzung einen Antrag vor, alle Mittel und Stellen für die Grundsteuerreform zu streichen. Die einzige vorliegende Eingabe stammt von der bfg.

Am 19. März erfolgt die Beschlussfassung. Es gibt 400 Stellen für Beamte im Widerruf im Vorbereitungsdienst zur Bewältigung der Grundsteuerreform. Insgesamt können 843 Anwärter in der QE 2 und 511 in der QE 2 eingestellt werden. Die Schulen werden personell aufgestockt. und auch der IT-Bereich des LfSt erhält zusätzliche Stellen.

BBB-Chef Rolf Habermann geht in Ruhestand – Die Nachwahl findet als Briefwahl statt

Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayer. Beamtenbundes, tritt nach Erreichen seiner gesetzlichen Altersgrenze und nach 18 Jahren Tätigkeit beim BBB Ende März von seinem Amt zurück. Die vorgesehene Nachwahl durch den BBB-Hauptausschuss kann wegen des Corona-Lockdowns nicht stattfinden. Der bisherige stellv. Vorsitzende Reiner Nachtigall wird zunächst vom Vorstand mit der kommissarischen Wahrnehmung des Amts betraut. In einer Briefwahl wird er im Mai vom Hauptausschuss, dem zuständigen Gremium zwischen den Delegiertentagen, zum Vorsitzenden gewählt.



BBB-Vorsitzender Rolf Habermann geht in den Ruhestand, Reiner Nachtigall wird sein Nachfolger.

Corona bricht über die Welt herein

Im Januar erkrankt der erste Deutsche und im Februar treten die ersten Infektionen in italienischen Skigebieten auf, das Corona-Virus wird in Windeseile in alle Welt getragen. Börsen brechen ein, Fluglinien schränken ihre Flüge ein, Reisen werden massenhaft storniert, die Wirtschaft lahmt angesichts unterbrochener Lieferketten. Noch ist völlig unklar, wo das Virus herkommt und welche Folgen die steigenden Infektionszahlen haben werden. Das Finanzministerium erlässt am 20. März ein erstes FMS zu personalrechtlichen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus. Um die Gefahr einzudämmen verkündet Bayern am Freitag, 20. März, einen Lockdown, zwei Tage später, am 22. März, wird er bundesweit verkündet – und er wird erst Anfang Mai schrittweise gelockert. Weitgehende Beschränkungen bleiben jedoch bestehen und begleiten die Menschen in wechselnder Ausprägung bis ins Frühjahr 2023. Aber auch dann ist die Ansteckungsgefahr nicht gänzlich gebannt.



Die Auswirkungen der Pandemie sind überall vorhanden, das Wissen um Gefahren fehlt, die Betroffenheit ist unterschiedlich: Kontaktbeschränkungen, Isolation älterer, alleinlebender oder schwerkranker Menschen, Schließung von Schulen, Kinderbetreuung, Homeschooling und Home-Office, Schließung von Geschäften und Lokalen und Umsatzeinbrüche, Hamsterkäufe und Gewinnmitnahmen, hektische Beschlüsse für steuerliche Erleichterungen mit Mehraufwand für die Finanzämter, Auszahlung von Unterstützungsgeldern, Stundungen, utopische Preise für Masken und Schutzkleidung usw.

Öffentlicher Dienst und Finanzverwaltung bleiben funktionsfähig

Dem Öffentlichen Dienst, nicht zuletzt dem Finanzressort, kommt eine zentrale Rolle zu, nicht nur, dass der Haushalt nicht zusammenbricht, sondern auch dafür, die Bedingungen für den gesamten Öffentlichen Dienst so anzupassen, dass die Funktionsfähigkeit des Staates erhalten bleibt. Das Finanzministerium ist rund um die Uhr beschäftigt, politische Entscheidungen vorzubereiten und Beschlüsse in Verwaltungsregelungen umzusetzen. Damit die Kommunikation sichergestellt ist, gibt die bfg die oft kurzfristig getroffenen Entscheidungen auf ihren digitalen Wegen oder per E-Mail etc. weiter.

Auch die nachgeordneten Bereiche sind gefordert, eine besondere Rolle kommt der IT zu. Bewundernswert, wie sie in kürzester Zeit die Voraussetzungen fürs Homeoffice herstellt. In den Dienststellen ist täglich Neues zu regeln, die Bildungseinrichtungen werden geschlossen, die Anwärterinnen und Anwärter zum Lernen daheim verpflichtet, die Zwischenprüfung in der QE 3 entfällt, das Auswahlverfahren beim LPA, der Aufstiegstest zur Ausbildungs-





Die bfg leistet wertvolle und schnelle Informationen zu vielen oft kurzfristig getroffenen Entscheidungen in der Corona-Krise.

qualifizierung, die Abstimmung für die periodische Beurteilung müssen mit dienstrechtlichen Ausnahmen angepasst werden. Der Forderung der bfg nach Schließung der Servicecenter wird erst nach intensiver Intervention entsprochen.

Und es zeigt sich wieder: In der Not wird die Finanzverwaltung angerufen und die jungen Nachwuchskräfte, in Ausbildung oder auf Probe machen das. Viele von ihnen werden zur Unterstützung an die Gesundheitsämter, Regierungen und IHK abgeordnet. Die Auswirkungen auf ihre Ausbildung und die Probezeit werden später besprochen...

Die bfg übernimmt das und fordert: die jungen Beschäftigten vor Gesundheitsgefahren beim Einsatz schützen und keine Nachteile für die weitere Ausbildung und die Probezeit! Als die Unterstützung weiterhin angefordert wird, lehnt die bfg dies ab und zeigt Alternativen außerhalb der Verwaltung für die Unterstützung auf. Sie fordert die von der Staatsregierung beschlossenen Corona-Prämien für Beschäftigte im Gesundheitsdienst auch den Aushilfe leistenden Finanzler zu gewähren.

Ob dies erfolgreich ist, bleibt zunächst offen. Beschäftigte der Außendienste unterstützen die Innendienste. In kürzester Zeit werden 175.000 Anträge auf Steuererleichterungen mit einem Volumen von 3,8 Mrd. Euro bewilligt. Die Präsenz in den Büros muss entzerrt werden, viele arbeiten erstmals überwiegend von zu Hause aus, bis vor wenigen Wochen nicht vorstellbar, aber es muss – irgendwie – organisiert werden. Jeder und jede Einzelne trägt dazu bei, dass alles – irgendwie – weiter funktioniert.

Auch die Personalratsgremien müssen neue Wege gehen. Das Finanzministerium erklärt Video- und Telefonkonferenzen und Delegationen auf den oder die Vorsitzende für zulässig. Auch auf bfg-Ebene werden digitale Wege und Begegnungen zur Normalität.

Ergebnisse

Umfrage zur Wohnraumarbeit / Arbeit von daheim



Bayerische
Finanzgewerkschaft

Mai/Juni 2020

bfg startet vielbeachtete Umfrage zur Wohnraumarbeit

Stand 2019 noch die Forderung der bfg im Raum, gegenüber Telearbeit „Vorurteile begraben, Möglichkeiten nutzen“, wird das Arbeiten von daheim quasi über Nacht zur Notwendigkeit, um „den Laden am Laufen zu halten“. Die bfg will die Erfahrungen, Einschätzungen und Erwartungen in einer Internet-Umfrage erkunden. Es beteiligen sich über 7.000 Beschäftigte aus allen Bereichen, Innen- und Außendienst, Jung und Alt, Bearbeiter und Vorgesetzte, also das breite Spektrum unserer Beschäftigten. Die Auswertung erfolgt von einem Profi, Frau Dr. Micha Strack, Privatdozentin Psychologie, in der Marktforschung und als Statistikerin tätig. Das Ergebnis stellt die bfg in einer viel beachteten Broschüre dar. Es zeigt sich, die Beschäftigten wollen mehr Flexibilität, sie sehen aber auch den persönlichen Kontakt als wichtig. Die Ergebnisse zeigen aber auch, wie unterschiedlich in den einzelnen Bereichen des Finanzressorts die Möglichkeit zu einem Arbeiten von daheim aus eingeschätzt werden und wie unterschiedlich die dienstlichen Anforderungen sind. Das Ergebnis, so der bfg-Vorsitzende, wird Wegweiser sein für die Zeit nach der Pandemie.

Finanzminister Füracker zeigt sich beeindruckt von der Teilnehmerzahl und der Tiefe der Auswertung. Er stehe Flexibilisierungen aufgeschlossen gegenüber. Die Ergebnisbroschüre wird auch den Verantwortlichen in Ministerium, Landesämtern und Dienststellen – coronakonform – übergeben.



Rahmendienstvereinbarung getroffen

Der HPR bringt die Ergebnisse in die schon seit einigen Jahren laufenden Bemühungen um eine Fortentwicklung der bestehenden Dienstvereinbarung ein. Um der Breite des Ressorts und den unterschiedlichen Möglichkeiten gerecht zu werden, sieht die Vereinbarung eine Öffnungsklausel für einzelne Verwaltungsbereiche vor, so dass dort mit Zustimmung des HPR ergänzende und sogar abweichende Dienstvereinbarungen getroffen werden können. Ende des Jahres steht das Werk und kann zum 1. Januar 2021 in Kraft treten. Überlagert wird sie derzeit noch von den zu Pandemiebeginn getroffenen Regelungen. Die Vereinbarung eröffnet nachgeordneten Bereichen erneut die Möglichkeit ergänzende Regelungen zu vereinbaren.

Der HPR setzt sich für eine Fortführung der Modularen Qualifizierung ein.

Sie findet ab Juni als Mix aus digitalem und coronagerechten Präsenzunterricht statt. Nach einer Evaluation wird beschlossen, für 2021 einen rein digitalen Weg zu wählen, aber das Modul „Vertiefung Führungskompetenz“ möglichst in Präsenz anzubieten.

Konsolidierung im Sommer – neuer Lockdown im November

Im Sommer finden wieder Termine und Gespräche in Präsenz – mit Abstand, Maske und viel Desinfektionsmitteln – statt. Es tritt eine gewisse Konsolidierung im Krisenmodus ein. Es gibt wieder eingeschränkten Publikumsverkehr, die Außendienste legen vorsichtig wieder los. Man bereitet sich mit den gemachten Erfahrungen auf den herausfordernden Winter und mögliche steigende Infektionen vor. Das tritt dann im Herbst auch ein und es folgt im November ein weiterer Lockdown, der bis Anfang 2021 dauert. Dann gibt es die ersten Corona-Impfungen, wegen des zunächst knappen Impfstoffangebots beginnend bei älteren und kranken Menschen. Die Forderung der bfg, mindestens bestimmte Beschäftigte in ein bevorzugtes Impfprogramm aufzunehmen, bleibt erfolglos. Es gelingt schließlich, die Studierenden in die Impfkampagne einzubeziehen.

Die anderen Aufgaben machen keine Pause!

Portal – Mitarbeiterservice Bayern

Im Portal „Mitarbeiterservice Bayern“ wird die elektronische Beantragung von Beihilfe eingeführt. Im Digitalen Ordner werden auf Antrag Bezügemittelungen, Lohnsteuerbescheinigung und Beihilfebescheide bekannt gegeben.

Gute Noten für die Beschäftigten der Finanzämter

Noten zwischen 1,8 und 2,2 geben die Steuerzahler und -zahlerinnen den Beschäftigten in einer Bürgerbefragung, für eine Eingriffsverwaltung ein Spitzenwert!

Helene Wildfeuer gibt ihr Amt als Vorsitzende der dbb-Bundesfrauenvertretung nach 22 Jahren ab.

Melanie Hengst (DSTG Köln) wird ihre Nachfolgerin. Die geplante Staffelübergabe beim vorgesehenen Kongress fällt Corona zum Opfer. Eine Ehrung und Würdigung der Leistungen Wildfeuers sollen später nachgeholt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hält Alimentation in Teilen für verfassungswidrig – Bayern prüft Auswirkungen auf die Besoldung in Bayern

Das Bundesverfassungsgericht erklärt am 4. Mai 2020 die Alimentation von Beamten und Richtern in Berlin und Nordrhein-Westfalen in bestimmten Konstellationen für verfassungswidrig zu niedrig. Bayern kündigt an, mögliche Auswirkungen auf die Bayer. Besoldung zu prüfen und ggf. notwendige Nachzahlungen rückwirkend zum Jahresbeginn leisten.

Der Freistaat Bayern erstellt erstmals seit langem keinen Doppelhaushalt

Der Freistaat Bayern erstellt erstmals seit langem nur den Einzelhaushalt für 2021. Es wird „auf Sicht“ gefahren. Dem Freistaat fehlen coronabedingt rund 11 Mrd. Die Schuldenbremse wird ausgesetzt. Die Investitionen, Baumaßnahmen, Stellen und Bezügeanpassungen zum 1.1.2021 werden unverändert umgesetzt.

Die bfg stellt die Leistungen während der Corona-Krise heraus und warnt vor Sparmaßnahmen, hält sich angesichts der schwierigen Haushaltslage aber zurück und fordert nur das Allernötigste: Stellenmehrungen wegen enormer Zusatzaufgaben durch Corona-Steuerbeschlüsse, für das „Schul-Rechenzentrum“ beim ITDLZ und schließlich für die Jahrhundertaufgabe Grundsteuerreform.

bfg-Landesvorstand tagt im Herbst wieder in Präsenz

Der bfg-Landesvorstand tagt im Herbst wieder in Präsenz mit viel Abstand, Lüftungskonzept und Masken, aber mit Freude über ein persönliches Treffen.

Engelbert Rieger, langjähriger stellv. bfg-Bezirksvorsitzender Südbayern erklärt krankheitsbedingt seinen Rücktritt. Der Bezirksvorstand wählt **Claus Braun** vom FA Augsburg-Stadt nach. In den Bezirksvorstand wird **Günter Dendorfer** vom FA München, Abt. I gewählt.



Norbert Reichel, Amtsleiter beim FA Regensburg, ist seit 2011 Justiziar der bfg. Da sein Ruhestand naht, erklärt er seinen Rücktritt. Er war auch Leiter des bfg-Arbeitskreises AStQ4. Im Herbst wird er auch bei einer Sitzung des AStQ4 verabschiedet. Als Nachfolger wählt der Landesvorstand **Martin Porzner**, Amtsleiter beim FA Aschaffenburg.

Helene Wildfeuer erhält auf Beschluss des Landesvorstands die Angelo-Kramel-Medaille für ihre Verdienste um den Aufbau von Personalratsstrukturen und die Verankerung der DSTG in Thüringen und Sachsen und als langjährige Vorsitzende der dbb-Frauenvertretung.

Eine Ära geht zu Ende

Dr. Roland Jüptner, Präsident des Landesamts für Steuern, tritt Ende November in den Ruhestand.

Die beiden Bezirksvorsitzenden, Birgit Fuchs und Thomas Wagner, würdigen ihn in einer eigenen Seite 3 der bfg-Zeitung. Er habe zugehört, hineingehört, wertgeschätzt – „äschtimiert“, hätte er gesagt – er habe die Menschen mitgenommen und er habe konsequent gehandelt. Die bfg verleiht ihm in Anerkennung seiner großen Verdienste die Angelo-Kramel-Medaille.



Die bfg dankt und ehrt den scheidenden LfSt-Präsidenten Dr. Roland Jüptner.



Dr. Volker Freund wird neuer Präsident des Landesamts

Die beiden Bezirkspersonalratsvorsitzenden treffen gleich am ersten Tag nach der Amtsübernahme zu einem ersten Gespräch mit ihm zusammen und gratulieren zur Ernennung.

Dr. Volker Freund ist als bisheriger Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium seit langem ein geschätzter Gesprächspartner. Auch der bfg-Vorsitzende ist schnell bei Dr. Volker Freund zu Gast und wünscht ihm Kraft, Freude und Erfolg.

Versorgungsbericht Bayern sieht Tragfähigkeit des Haushalts gesichert

Der Versorgungsbericht wird vorgestellt. Er stellt die Entwicklung von 1999 bis 2019 dar, liefert Daten über die Altersstruktur und gibt einen Ausblick auf die künftige Entwicklung. Das Fazit: Die Tragfähigkeit des Haushalts ist auf lange Sicht nicht gefährdet.

Konzept „Mitarbeiterschutz vor Gewalt“

Finanzminister Albert Füracker und BBB-Vorsitzender Rainer Nachtigall stellen das gemeinsame Konzept „Mitarbeiterschutz vor Gewalt“ vor. Es beinhaltet einen Dreiklang aus Prävention, Intervention und Nachsorge.

bfg-Jugend-Kalender „Fernweh-Edition“

Die bfg-Jugend bringt ihren Jugendkalender 2021 heraus – passend zur Pandemie und ihren Beschränkungen – als „Fernweh-Edition“.

Corona und kein Ende

Corona und kein Ende! Über 63.000 Menschen, die an oder mit Covid-19 gestorben sind. So geht es ins Neue Jahr.

Die Menschen sind müde und erschöpft, auch die Beschäftigten der Finanzverwaltung. Sie erledigen ihre Arbeit weiter unter schwierigsten Bedingungen.

Im Verlauf des Jahres werden Abstandsregelungen gelockert.

2021

Corona nimmt kein Ende

Motto der Personalratswahlen: MUT. NÄHE. VERTRAUEN.
Die Arbeitswelt mutig mitgestalten

Nahe dran und wissen was die Menschen bewegt

Vertrauen als Basis des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit



Auch in der bfg und der bfg-Jugend müssen die vielen Entscheidungen digital diskutiert und beschlossen werden.

Es kommt leider zu einigen absurden, widersprüchlichen Regelungen. Wird zunächst über die Impfreiheitenfolge gestritten, gibt es später Impfskeptiker, Impfgegner, Coronaleugner. Die Auseinandersetzung und die Sprache werden rauer, es wird vom Versagen DER Politik gesprochen, die Impfbereitschaft erlahmt. Die Impfzentren werden geschlossen, dann folgt in den Herbst hinein die befürchtete „vierte Welle.“

Beihilfe-App startet

Viele haben darauf gewartet: die Beihilfe-App startet. Ab Februar können Beschäftigte unkompliziert und rechtssicher Beihilfeanträge mit der Beihilfe-App stellen. Die bfg erklärt in der bfg-Zeitung anschaulich, wie das funktioniert.

Prüfungsstoff in der Ausbildung

Der Prüfungsstoff in der Ausbildung wird angepasst. Die bfg fordert seit längerem, die Stofffülle in der Ausbildung aufgrund des Ausfalls von Präsenzunterricht anzupassen. Hier gibt es jetzt Bewegung. Die bfg fordert auch Verbesserungen in der digitalen Lehre.

Grundsteuerreform nimmt Gestalt an – bfg macht Kosten-Nutzen-Rechnung auf

Die bfg hat nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine einfache Lösung gefordert und rechnet vor, dass die Grundsteuer den bayerischen Kommunen weniger als 2 Mrd. gebracht hat, während die Steuerverwaltung fast 120 Mrd. vereinnahmt hat. Während die Grundsteuer gerade mal mit 1,65 % zu Buche schlägt, bindet sie fast 3 % der Beschäftigten in den Finanzämtern. Dazu kommen Tausende in den Kommunen. Das, so das Fazit, steht in keinem vernünftigen Verhältnis. Die Staatsregierung wird sich nicht ans Bundesmodell halten und legt den Entwurf eines Bayer. Grundsteuergesetzes vor. Die bfg hält es für dem Bundesmodell überlegen, jedoch für erheblich komplizierter als das diskutierte Bodenwertmodell und sie sieht es als streitanfällig und verfassungsrechtlich bedenklich an. Letztlich bedarf es des notwendigen Personals, um die Bewertung bis 1.1.2025 abschließen zu können.

Staatshaushalt 2021

Die bfg steht in engem Austausch mit den Ausschussvorsitzenden Öffentlicher Dienst und Haushalt, unseren bfg-Mitgliedern Wolfgang Fackler und Josef Zellmeier und führt zahlreiche Gespräche mit den Landtagsabgeordneten und wendet sich auch an Finanzminister Füracker.

bfg-Landesvorstand tagt in Videokonferenz. Auch der Finanzminister und der neue Präsident des Landesamts für Steuern schalten sich online zu

Die Landesvorstandssitzung kann nur per Videoschaltung stattfinden. Trotz – oder wegen – der Pandemie sind viele Dinge zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Der Landesvorsitzende freut sich über einen stetigen Mitgliederzuwachs. Ein Höhepunkt der Sitzung ist das Gespräch mit Finanzminister Albert Füracker, dem stellv. Amtschef Dr. Alexander Voitl, der Leiterin der Personalabteilung, Dr. Nicole Lang und dem neuen Chef der Steuerabteilung, Norbert Rossmesl.

Der Vorsitzende dankt für die gute Zusammenarbeit in den letzten Monaten. Er stellt die hohen Anforderungen an die Beschäftigten und die Unterstützungsleistung für andere Verwaltungen dar. Besonders ärgerlich sei die bis heute noch teilweise ausstehende Zahlung des Coronabonus'. Die Bildungseinrichtungen und die Dienststellen leisteten Großartiges in der Ausbildung, aber man müsse weiter aufrüsten. Er würdigt die Maßnahmen im Haushalt, stellt aber heraus, dass der Bedarf weit höher sei. Zur Grundsteuer appelliert Wipijewski erneut: „Halten Sie den Aufwand so gering wie möglich und stellen Sie uns das erforderliche Personal zur Verfügung.“ Der Minister lobt die Spitzenleistungen der Beschäftigten in einer Ausnahmesituation. Die Ausbildungssituation bedrücke ihn sehr, leider gingen derzeit nur digitale Elemente. Etwaige Ausbildungsdefizite sollen in Fortbildungsmaßnahmen ausgeglichen werden. Bei der Grundsteuer setzt er auf die Automation und eine hohe Autofallquote. Dennoch sei zusätzliches Personal nötig und es seien 400 zusätzliche Stellen für die Finanzämter, 50 für das LfSt, für die Bildungseinrichtungen sowie die IT im Nachtragshaushalt enthalten. Mit der Unterstützung der bfg sei es gelungen, 400 Anwärterstellen in A11-Stellen umzuwandeln und zum 1.11. noch weitere 30 Beförderungen nach A9+Z vorzunehmen. Dazu kämen noch 1,11 Mio. Euro für Stellenhebungen im Ressort.



Finanzminister Albert Füracker, der stellvertretende Amtschef Dr. Voitl, Abteilungsleiterin Dr. Lang und der neue Abteilungsleiter Rossmesl schalten sich zur Landesvorstandssitzung digital zu.

Bei der im Raum stehenden Änderung der Betriebsgrößenklassen äußert der Landesvorstand die Besorgnis vor negativen Auswirkungen auf die Stellenbewertung in den BP-Stellen. Füracker versichert, es sei weder das Ziel, die Anzahl der Außenprüfungen zu reduzieren noch die Dienstpostenbewertung zu verschlechtern.

Im anschließenden Gespräch mit dem neuen Präsidenten des Landesamts für Steuern, Dr. Freund, besteht Übereinstimmung, die Pandemiemonate so gut wie möglich hinbekommen zu haben. Insbesondere die IuK-Abteilung habe es richtig gut gemacht, in kurzer Zeit Homeoffice zu ermöglichen. Die Rahmendienstvereinbarung zur Wohnraumarbeit hält der Präsident für großartig und ist mit im Boot, diese mit Leben zu erfüllen.



Norbert Rossmeisl, neuer Leiter der Steuerabteilung – Die Verwaltung ist für die Menschen da

Norbert Rossmeisl, der Nachfolger von Dr. Volker Freund als Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium, stellt sich in einem Interview in der bfg-Zeitung vor. Seine Hauptaufgaben sieht er in der Koordination, das Bund-Länder-Geschäft mitzugestalten und steuerpolitische und fachliche Fragen zu lösen. Als Bindeglied zwischen Verwaltung und Politik will er die Belange der Verwaltung in die politischen Überlegungen einbringen und politische Entscheidungen bestmöglich in der Verwaltung umsetzen. Er betont: Verwaltung ist kein Selbstzweck; wir sind letztlich für die Menschen da.

Hartnäckigkeit belohnt: Verbesserungen für die Scan-Kräfte in Wunsiedel und beim LfF möglich

Die bfg bespricht mit dem Ministerium die Auswirkungen des letzten Tarifabschlusses, die eine Verbesserung in der Bezahlung der Scan-Kräfte möglich macht. Die betroffenen Beschäftigten sollten einen Antrag auf Überprüfung der Eingruppierung stellen. Ein erneutes Nachhaken Ende des Jahres beim Finanzminister erzielt einen Erfolg.

Auch für die Scan-Kräfte beim LfF sind Verbesserungen möglich. Allerdings ergeben sich in der Folge durch Details des Tarifrechts Verwerfungen, die erneutes Eingreifen nötig machen. Das Ministerium sagt bei finanziellen Verschlechterungen eine aufzehrbare Besitzstandswahrung zu.

Conny Wild wird zur Vorsitzenden des Bezirkspersonalrats bei der Bayerischen Schlösserverwaltung gewählt. „Für uns ist klar, dass wir für die Beschäftigten da sind und sie nach besten Kräften vertreten“, bekräftigt sie nach ihrer Wahl.

bfg Ortsverbände aktiv

Die bfg stellt in der bfg-Zeitung die verschiedenen Aktionen der bfg-Ortsverbände für die Mitglieder in Coronazeiten vor. Von Weihnachtsaktionen bis zu Osterüberraschungen gehen die kreativen Ideen.

Personalratswahlen in Pandemiezeiten

Die bfg zieht Bilanz und stellt ihren vielfältigen Einsatz für die Beschäftigten in den vergangenen 5 Jahren vor. Sie bittet die Beschäftigten, den Kandidatinnen und Kandidaten der bfg ihr Vertrauen bei den anstehenden Personalratswahlen zu geben.

Danke für Rekordergebnisse für die bfg

Die bfg kann ihr Ergebnis von 2016 noch verbessern. Sie gewinnt im Hauptpersonalrat und im Bezirkspersonalrat beim Landesamt für Steuern München je einen weiteren Sitz und stellt im HPR nun 15 von 17 Mitgliedern, im BPR Süd 16 von 17 und im BPR Nord 13 von 15 Mitglieder. Der Vorsitzende zeigt sich froh und dankbar für das Vertrauen der Wählerinnen und Wählern und verspricht vollen Einsatz für die neue Amtszeit. Er bedauert einen Rückgang bei der Wahlbeteiligung. Es zeige sich, dass pandemiebedingt der persönliche Kontakt fehlte und doch „der Mensch“ und die persönliche Ansprache wichtig sind. Besonders gering war die Wahlbeteiligung bei den Jugendwahlen. Viele junge Beschäftigte hatten durch die online-Ausbildung keine persönlichen Kontakte zu den Jugendvertretungen.

Wipijewski, Fuchs, Wagner und Lechner bleiben Vorsitzende

Bei den konstituierenden Sitzungen wird im HPR Gerhard Wipijewski wieder gewählt, bei den Bezirkspersonalräten beim LfSt Birgit Fuchs und Thomas Wagner und beim GPR des LfF Bernhard Lechner. Gerhard Wipijewski wird auch als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte – ARGE – in die 3. Amtszeit gewählt.

Zur neuen Vorsitzenden der HJAV wird Nina Gürkner gewählt, bei der BJAV Süd Tobias Ringelmann, bei der BJAV Nord wird David Dietz bestätigt und bei der GJAV beim LfF übernimmt Sebastian Thessel den Vorsitz.

BBB-Delegiertentag als Livestream

Die rund 600 Delegierten schalten sich beim Delegiertentag des BBB per Livestream ins „Übertragungsstudio“ in der Veranstaltungshalle in Oberschleißheim zu. Rainer Nachtigall wird als Vorsitzender bestätigt,



ebenso Gerhard Wipijewski als stellvertretender Vorsitzender. Hermann Abele wird in den Hauptvorstand gewählt und Michael Kubiak als Rechnungsprüfer bestätigt. Auch Ministerpräsident Söder und Finanzminister Füracker werden für ihre Reden auf den Großbildschirm zugeschaltet.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder nimmt per Videoschaltung am BBB-Delegiertentag teil.

Die bfg im Gespräch mit den Ausschussvorsitzenden Wolfgang Fackler und Josef Zellmeier

Nach vielen Monaten findet ein – coronagerechtes – Treffen mit den Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes und des Haushaltsausschusses statt. Themen sind natürlich das Arbeiten und die Belastungen in und durch die Pandemie, zusätzliche Aufgaben, erhöhte Fallzahlen, eingeschränkte Außendienste. Gerhard Wipijewski und Bärbel Wagner fordern weiter digital aufzurüsten und im Haushalt 2022 die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Die Schulen hätten zwar dankenswerterweise eine Mittelaustockung bekommen, die bfg hält weitere Investitionen für notwendig.





Nach dem Haushalt 2021 ist vor dem Haushalt 2022.

Die Vorbereitungen sind am Laufen und die bfg-Vertreter bringen die Anliegen für die Finanzverwaltung vor: im Mittelpunkt steht die Personalausstattung. Nachdem die bfg sich 2021 Zurückhaltung geübt hat, fordert sie, die Unterbesetzung in weiten Bereichen zu reduzieren, die digitalen Möglichkeiten an den Bildungseinrichtungen zu verbessern und weiter dafür zu sorgen, dass die Grundsteuerreform umgesetzt werden kann.

Da die traditionellen Parlamentarischen Abende mit den Fraktionen nicht möglich sind, finden die Gespräche zum Haushalt 2022 mit den Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und Bündnis 90/Die Grünen in kleinem Rahmen oder per Videokonferenz statt.

Der Arbeitskreis IT der bfg befasst sich mit den besonderen Herausforderungen durch die Pandemie. Er fordert für die Ausbildung der Verwaltungsinformatiker einen eigenen Fachbereich IT und hat dazu ein Arbeitspapier vorgelegt. Insgesamt führt für den AK nichts an einer Weiterentwicklung der Digitalisierung vorbei.

Die notwendigen Gespräche mit den Fraktionen zum neuen Haushalt können zum Teil wieder nur per Videokonferenz stattfinden.

Zurück in die Zukunft – dbb-Frauenkongress digital

Der Kongress findet pandemiebedingt digital statt. Melanie Kreutz wird zur neuen Vorsitzenden gewählt. Helene Wildfeuer, die über Jahre das Gesicht der dbb-Bundesfrauenvertretung war und maßgebliche Impulse gesetzt hat, wird zur Ehrenvorsitzenden ernannt.

Wir dürfen die Menschen nicht aus den Augen verlieren

Die nordbayerischen bfg- und Personalratsvorsitzenden tauschen sich in einer Videokonferenz aus. Thomas Wagner und Gerhard Wipijewski informieren die fast 100 Vertreterinnen und Vertreter. Präsident Dr. Volker Freund nimmt sich viel Zeit für die Diskussion. Er lobt die Arbeit der Beschäftigten unter den immer schon schwierigen Bedingungen. Die Verhandlungen zur Dienstvereinbarung Telearbeit für die Steuerverwaltung sieht er auf einem guten Weg zu einem baldigen Abschluss. Auch der DSTG-Vorsitzende Thomas Eigenthaler schaltet sich zu aktuellen Informationen digital zu.

bfg-Podcast: Neues digitales Informationsformat der bfg

Der bfg-Podcast stellt neben der bfg-App, der bfg-Zeitung, der bfg-Homepage, bfg-Facebook und bfg-Onlineschulungen eine weitere digitale Alternative zur Information dar.

Anhörung zur Änderung des Bayer. Personalvertretungsgesetzes

Im Ausschuss Öffentlicher Dienst findet eine Sachverständigenanhörung zum BayPVG statt. Gerhard Wipijewski fordert Verbesserungen bei den Beteiligungstatbeständen und Freistellungen und aus den Erfahrungen mit Corona die Öffnung digitaler Wege der Personalratsarbeit.

DiPA-IP – die Personalakte wird digital

Seit 2019 wird an einem Mammutprojekt, der Digitalisierung der Personalakte, gearbeitet. Rund 2 Mio. Blatt Papier sollen allein im Rahmen einer Pilotierung bei drei Dienststellen bis Mitte 2022 digital überführt werden. Dazu wurde mit dem Scanzentrum Wunsiedel ein Konzept erarbeitet und auf deren Erfahrungen zurückgegriffen. Das Projekt hat eine Vorreiterrolle und zieht die Aufmerksamkeit anderer Ressorts in Bund, Land und Kommunen auf sich, ist es doch eines der ersten Projekte auf Verwaltungsebene in dieser Dimension.

Wipijewski wirft Ex-Minister und -Staatssekretär Franz Pschierer Populismus vor

Franz Pschierer, MdL a. D. früherer Staatssekretär im Finanzministerium und Wirtschaftsminister äußert in einem Interview in der Zeitschrift „klartext“ des Bundes der Steuerzahler merkwürdige Aussagen zu Politikern, Beamten und Pensionären. Beamte hätten Privilegien, wären Corona-Gewinner, die Pensionäre hätten in Coronazeit „selbstverständlich“ Versorgungsanpassungen erhalten, es seien jede Menge zusätzlicher Beamtenstellen geschaffen worden, die Sprengstoff für die künftigen Haushalte seien. Bayern habe mit die teuersten Beamten Deutschlands und es gebe keine nennenswerten Rückstellungen für die Pensionszahlungen der Zukunft. Wipijewski zählt zu jeder der Aussagen die richtigen Fakten auf und fordert Pschierer zum Überdenken seiner Aussagen auf.

Der Bund der Steuerzahler lädt daraufhin den bfg-Vorsitzenden ein und es folgt ein langes, sehr gutes Gespräch. Übereinstimmung besteht in der Ablehnung einer Bürgerversicherung und dem Erhalt des Berufsbeamtentums.

Wieviel „e“ steckt in unserer Verwaltung?

Zu der Frage ist Gerhard Wipijewski zu Gast beim „DIGITALEN DIENSTAG“ von MdL Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP. Übereinstimmung besteht, dass von digitalen Prozessen beide Seiten, „Nutzer“ wie Beschäftigte, profitieren müssen. Wipijewski sieht aber einen noch früheren Ansatz für Vorteile, wenn bereits bei der Gesetzgebung die digitale Umsetzung mitgedacht würde.

Bericht des Landespersonalausschusses: Hoher Personalbedarf bei sinkenden Bewerbungen

Der jährliche Bericht des LPA zeigt das auf, was die bfg schon seit längerem besorgt: Die Teilnahme am Auswahlverfahren ist weiter rückläufig, in den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl für die QE 2 halbiert. Eine Analyse zeigt auch den Zusammenhang von erzielter Platzziffer im LPA-Verfahren und der Wahrscheinlichkeit des Durchfallens. Mittlerweile greift man auf alle Bewerber zurück, die das Auswahlverfahren bestanden haben. Bei den Qualifikationsprüfungen bestehen 28 % die Erstprüfung nicht. Ob der Crashkurs etwas verbessert, muss man sehen. Dabei besteht ein Dauerdefizit in der QE 2. Es fehlen 1.000 Vollzeitkräfte zum Zuteilungssoll. Die Einstellungszahl für 2022 wird erhöht, wohl wegen Entlassungen während der Ausbildung aufgrund gravierender Leistungsmängel. Für die bfg ist klar: die Nachwuchswerbung muss intensiviert, die Attraktivität erhöht und das LPA-Verfahren überarbeitet, schneller und flexibler gestaltet werden.

Die Bundestagswahl steht an

Die bfg prüft die Wahlprogramme auf die besonderen Belange der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der Finanzverwaltung und stellt diese vor.

Sturm im Haus – die Arbeiten zur Grundsteuerreform treffen auf (zu) viele andere Zusatzaufgaben

Die bfg beklagt die (zu) vielen Zusatzaufgaben und das fehlende Personal. Und dazu kommen neue Aufgaben! Beim geplanten Grundsteuerfinanzamt in Zwiesel wird nur eine Hotline und eine zentrale ZEB eingerichtet. Das war's! Die Hauptfeststellung bleibt somit bei den Finanzämtern. Das ZuSo für die Finanzämter wird deshalb angehoben. Ein Großteil des vorgesehenen zusätzlichen Personals muss aber erst die Ausbildung bestehen. Deshalb muss Personal aus Bordmitteln in die Bewertung, fehlt aber dann in der Veranlagung. Und darauf kommt die vorgesehene Einführung der ÜVSt, die nicht unumstritten ist. Zumindest erreichen die BPRäte eine Streckung bis Mitte 2024.

Barbara Lindl vom FA Regensburg wird als stellv. Vorsitzende der DSTG-Bundesjugendleitung gewählt. **Carolin Hausladen** kandidiert nicht mehr; sie wird Rechnungsprüferin.

bfg-Landesvorstand tagt

bfg-Landesvorstand tagt wieder in Präsenz und ist im Austausch mit MdL Wolfgang Fackler und LfF-Präsident Klaus Herzog.

Die Ausbildung Verwaltungsinformatik feiert 20-jähriges Jubiläum

Die Forderung der bfg nach einem Ausbildungsgang Verwaltungsinformatik war zunächst provokant, zum Jubiläum trifft sich die bfg mit Fachleuten des Fachbereichs AIV. IT-Fachleute sind dringend notwendig, es werden aber viele Schwachstellen benannt, von der Nachwuchswerbung, über Dozenten, Lehr-Deputate und Abwanderungen. Es wird eine Erneuerung dieses Ausbildungsweges für notwendig gehalten.

Pandora-Papers enthüllen weltweite Steuerflucht und Geldwäsche

Der DSTG-Vorsitzende kritisiert die unzureichende deutsche Finanzpolitik. Das „Steuerparadiesabwehrgesetz“ bezeichnet er als unzureichend und als einen Papiertiger.

Deutschland sei auch unzureichend gegen Geldwäsche aufgestellt, dabei sei es dafür geradezu ein Magnet.

Das war überfällig! Florian Köbler, Präsident der UFE – Union des Finanzpersonals Europa – begrüßt den Beschluss der G20-Staaten zur Einführung einer globalen Mindest- und einer Digitalsteuer und eine Neuverteilung von Besteuerungsrechten.

Heidi Spiller, über Jahrzehnte Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle des Bezirksverbands Nordbayern, geht in den Ruhestand.

bfg-Frauenpower beim BBB

Michaela Schaller wird zur Vorsitzenden der BBB-Frauenkommission gewählt, **Johanna Markl** zur stellv. Vorsitzenden der BBB-Seniorenkommission und **Conny Deichert** zur stellv. Vorsitzenden der BBB-Tarifkommission.

„Neustart digital“ – Landesjugendtag der dbb-Jugend Bayern

Die Veranstaltung erfolgt „hybrid“. Lena Keim tritt nicht mehr zur Wahl an. Nina Gürkner und Beatrice Schönstein werden als Stellvertreterinnen gewählt.

Enttäuschendes Ergebnis der Einkommensrunde der Länder:

Die in der Corona-Pandemie vorgetragene Wertschätzung der Arbeitgeber gegenüber den Beschäftigten ist offenbar vergessen: Anstatt die Leistung besonders zu honorieren, wollen sie Verschlechterungen beim „Arbeitsvorgang“ durchsetzen. Es sind schwierige Bedingungen. Streiks und Demonstrationen sind angesichts steigender Infektionen schwer zu organisieren. Eine Großdemo am 16. November in Nürnberg wird abgesagt. bfg-Mitglieder treffen sich zum Protest in „aktiven Mittagspausen“. Und sie bekräftigen die Forderung des dbb: 5 % mehr, mindestens 150 €.



Der notwendige Druck für ein gutes Tarifergebnis kann wegen der steigenden Infektionszahlen nur im kleinen Rahmen aufgebaut werden.

In dieser schwierigen Situation lassen die Arbeitgeber zwei Verhandlungsrunden ohne Angebot verstreichen!

In der dritten Runde Ende November einigt man sich auf ein enttäuschendes Ergebnis: Steuerfreie Coronaprämie von 1.300 € spätestens zum 1. März 2022, die Hälfte für Auszubildende und Studierende. Erhöhung der Tabellenentgelte zum 1. Dezember 2022 um 2,8 % bei einer Laufzeit von 24 Monaten; dazu die Erhöhung verschiedener Zulagen, insbesondere im Gesundheitsbereich. Das Thema „Arbeitsvorgang“ wird fallen gelassen.

Bundestagswahl bringt Ampelkoalition

Bei der Bundestagswahl wird die SPD stärkste Kraft, CDU/CSU, Grüne, FDP und AFD folgen. Die Linke zieht aufgrund ihrer erzielten Direktmandate ein. Zwei Monate nach der Wahl einigen sich SPD, Grüne und FDP auf einen Koalitionsvertrag – „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ und eine sogenannte Ampelregierung. Olaf Scholz wird am 8. Dezember zum Bundeskanzler gewählt.

Entfremdung – Nach zwei Jahren in der Corona-Krise beklagt der Vorsitzende fehlende Anerkennung für die Leistung der Beschäftigten.

Die Einkommensrunde wäre eine Gelegenheit gewesen, die großartige Leistung der Beschäftigten in den letzten zwei Jahren anzuerkennen. Stattdessen nutzt man den fehlenden Druck durch Streiks für ein mageres Ergebnis. Der Vorsitzende fühlt sich an die Geringschätzung und blindwütige Sparbeschlüsse in der Ära Stoiber erinnert.

2022

Präsenz stiftet Gemeinschaft – Digitale Formate können Präsenzveranstaltungen nicht ersetzen.

Der Mensch braucht sozialen Kontakt und auch der Verwaltung tut das gut.

Der 22. Februar verändert unsere Welt – Krieg in Europa.

Corona-Einschränkungen werden im Lauf des Jahres nach und nach gelockert und aufgehoben. Und nach und nach können wieder Veranstaltungen, Besprechungen, Geselligkeiten stattfinden. Es zeigt sich, die Menschen freuen sich auf die Gemeinsamkeit. Die Finanzsperre geht ins Risiko und plant schon Ende 2021 ein Bayernturnier. Und sie gewinnt damit. Ein Riesenfest wird gefeiert – eine Team-building-Maßnahme per excellence. Die bfg holt viele Ortsverbandsversammlungen nach, sie kann Mitglieder wieder persönlich erreichen, informieren, mit ihnen diskutieren. Sie führt viele Schulungen für neugewählte Personalräte durch, mit Hygienekonzept, aber in Präsenz. Auch mit der Verwaltung und Politik finden wieder persönliche Gespräche statt. Die Jugend nimmt ihre Informations- und gesellige Veranstaltungen an den Bildungseinrichtungen auf, z.B. ein Bubble-Soccer-Turnier in Herrsching. Unverständlich ist es für die bfg, dass nicht alle Verantwortlichen in der Verwaltung das genauso se-

hen und weiterhin lieber auf online-Formate setzen. Diese will die bfg als wertvolle Ergänzung erhalten, aber: Der Mensch muss raus, er braucht den sozialen Kontakt. Und die Verwaltung braucht ihn auch!

Armes Bayern!?

Die vereinnahmten Steuern (soweit sie zumindest zum Teil in Bayern bleiben, also Gemeinschafts- und Landessteuern) sind 2021 mit über 121 Mrd. um satte 6,8 % gegenüber dem Corona-Vorjahr 2019 gestiegen – durch die Arbeit der Beschäftigten der Steuerverwaltung! Auch die Lohnsteuereinnahmen sind gestiegen – trotz steuerfreiem Kurzarbeitergeld. Der Staatshaushalt ist von 2006 mit 38,38 Mrd. auf 78,54 Mrd. in 2019 gestiegen, die Personalkostenquote dagegen von 43,1 auf 36,6 % gesunken, trotz zig-tausend neuer Stellen im Bildungs- und Sicherheitsbereich.

Mageres Tarifergebnis wird auf Beamte übertragen – Versorgungsempfänger werden abgehängt

Das neue Jahr beginnt, wie das alte geendet hat: mit Enttäuschung. Zwar sieht der Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung die 1:1 Übertragung des Tarifergebnisses zu, die Versorgungsempfänger aber sollen die 1.300 Euro Coronaprämie nicht erhalten. Begründet wird es damit, dass sie ja nicht unter erschwerten Bedingungen zu arbeiten gehabt hätten und die Rechtsgrundlage dazu fehle. Man hätte andere Regelungen finden können! Denn tatsächlich und ganz offensichtlich soll die Prämie die „Null-Monate“ abfedern. Erstmals seit der Stoiber-Regierung – vor 10 Jahren – gibt es damit einen Bruch bei der Gleichbehandlung von Besoldung und Versorgung. Und das, obwohl Bayern sich Besseres leisten könnte. Unterm Strich hat die Finanzverwaltung mit diesem Ergebnis wieder ein Stück Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verloren, denn die Finanz- und IT-Experten sind anderswo gefragte Leute!

bfg-Landesleitung in Klausur

Die bfg-Landesleitung legt zu Jahresbeginn in einer Klausurtagung ihre Planungen für 2022 fest. Norbert Rossmeisl, Steuerabteilungsleiter im Finanzministerium, ist zu Gast. Die bfg thematisiert die äußerst angespannte Personalsituation. Auch wenn die Ist-Besetzung im Innendienst gestiegen ist, bleibt wegen der vielen Verwaltungstätigkeiten kaum Zeit irgendwas zu prüfen.

Die Personalverstärkung für die Bewertungsstellen kommt aus „Bordmitteln“ und darunter leidet insbesondere die AVSt, die überall völlig neu geschnitten werden muss. Sie berichtet über die große Unzufriedenheit der Beschäftigten mit dem Start der Grundsteuerreform und geben Rossmeisl die Kritikpunkte mit. Mit Sorge sieht die bfg, dass

mit der geplanten Neueinteilung der Betriebsgrößenklassen bis zu 50% der Betriebe aus der Prüfung fallen, könnten. Dabei muss mehr geprüft werden. Auch eine Verschlechterung der Dienstpostenbewertung könne nicht akzeptiert werden. Die Stellenausstattung in BP und Steufa müsse verbessert werden, arbeiten dort doch die gefragtesten Experten. Rossmeißl betont, ihm sei der Austausch mit der bfg wichtig und versichert, dass es nicht um Stelleneinsparungen gehe.

Seit dem 22. Februar ist unsere Welt eine andere: Krieg in der Ukraine – Krieg in Europa

Die bfg-Landesleitung verurteilt in einer Erklärung Putins Angriff auf die Ukraine und solidarisiert sich mit den Menschen der Ukraine und denen, die sich in Russland mutig gegen Putin stellen.

Menschen flüchten vor dem Krieg, Zerstörung, Tod und Gewalt – auch nach Deutschland und Bayern. Auch für sie müssen Unterkünfte gefunden werden. Es sind in erster Linie Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Der Krieg bringt einschneidende wirtschaftliche Folgen, insbesondere im Energiebereich steigen die Preise. Die Bevölkerung, Firmen und die Behörden werden aufgefordert, Energie zu sparen. In den Dienststellen soll die Raumtemperatur auf 19 Grad abgesenkt werden. Das Land kommt energiemäßig ganz gut durch den Winter.

Lobbyregistergesetz – Die bfg zieht vors Verfassungsgericht

Als eine Reaktion auf die Maskengeschäfte mehrerer Unionsabgeordneter wird ein Lobbyregistergericht eingeführt. Ab 1.1.2022 muss jede gegenüber dem Landtag oder die Staatsregierung agierende Interessenvertretung am Jahresende umfassende Daten für ein öffentlich einsehbares Register vorlegen, von der Mitgliederzahl bis zu Jahresabschlüssen. Auch die Fachgewerkschaften sind davon erfasst. Die bfg sieht darin eine verfassungsrechtliche Schieflage und eine unzulässige Gleichstellung mit Interessenverbänden der Wirtschaft o.ä. Sie hat sich, wie andere Mitgliedsverbände, ans Bundesverfassungsgericht gewandt, eine Popularklage beim Bayer. Verfassungsgerichtshof und eine Feststellungsklage beim Verwaltungsgericht München erhoben.

Haushaltsberatungen stehen an: trotz Sparhaushalt gibt es wichtige Verbesserungen für die Finanz

Die bfg bedankt sich bei MdL Arif Tasdelen, Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für den Öffentlichen Dienst, der nach einem intensiven Gespräch der bfg mit dem neuen SPD-Landesvorsitzenden Florian von Brunn zwei parlamentarische Anfragen gestellt hat. Es geht um die Betriebsprüfun-

gen in Bayern von 2017 bis 2020 sowie um die Personalausstattung der bayer. Steuerverwaltung im Ländervergleich. Die Zahlen sowie die Erläuterungen des Ministeriums werden in der Zeitung vorgestellt, die bfg überzeugen diese nicht; sie sieht sich in ihrer immer geäußerten Kritik bekräftigt und stellt Forderungen zu den Haushaltsberatungen.

In einer Videokonferenz mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen erläutert der Vorsitzende die Notwendigkeiten für die Finanz.

Obwohl die Staatsregierung wegen der pandemiebedingten Neuverschuldung erklärt hat, dass es außer im Gesundheitsbereich nur das geben wird, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, sind dem Finanzminister Füracker einige wichtige Verbesserungen für sein Ressort gelungen. Die bfg hat dazu im vergangenen Jahr bereits viele Gespräche geführt und der Vorsitzende bedankt sich nun für dieses erfolgreiche Engagement. Es gibt Stellen fürs LSI, das LfF, bei den Finanzämtern Stellenumwandlungen, Mittel für Scankräfte, ein Arbeitnehmerbudget fürs IT-DLZ und eine Verlängerung von kw-Stellen im Rahmen der Heimatstrategie.

Zu den Beratungen in Haushaltsausschuss liegen mehrere Änderungsanträge vor allem von der Opposition vor. Die bfg sieht diese als wichtig und wertvoll an, auch wenn sie bei der Regierungsmehrheit keine Zustimmung finden. Gänzlich anders unterwegs ist die AFD. Sie beantragt Kürzungen zu Lasten des LfF und des IT-DLZ, die der Förderung traditioneller Vereine und Heimatpflege zugutekommen sollen. Aus der sog. Fraktionsreserve kommen 200.000 Euro für die ELSTER-Vor-Ort-Registrierung.

Rückkehr zum Präsenzunterricht

Die Bildungseinrichtungen kehren im Lauf des März zum Präsenzunterricht zurück. Es gelten 3G, Abstand und Maske.

Ergänzende Dienstvereinbarungen zur Telearbeit



Die Bezirkspersonalratsvorsitzenden Birgit Fuchs und Thomas Wagner unterzeichnen mit dem Präsidenten des LfSt, Dr. Volker Freund, die neue Dienstvereinbarung zur Telearbeit.

Das LfF hat die Rahmendienstvereinbarung um ergänzende Regelungen in einer Dienstvereinbarung festgelegt. Kurz darauf folgt das LfSt. Die beiden Bezirkspersonalräte und das Landesamt für Steuern vereinbaren ergänzende Regelungen. Es besteht Übereinstimmung, dass Weiterentwicklungen möglich sind und zu gegebener Zeit geprüft werden sollen. Auch im LSI werden weitergehende Regelungen vereinbart.

Fahrten für den Staat – Wegstreckenentschädigung

Die bfg fordert eine deutliche Anhebung der Wegstreckenentschädigung. Die Benzinpreise sind enorm gestiegen, ebenso die Neuwagenpreise. Bei den vielen Dienstwagen in der Privatwirtschaft mag das keine Rolle spielen, für unsere Außendienstler sind es Mehrkosten und ein Wertverlust beim Fahrzeug. Es ist ein zäher Kampf, für den es Ende des Jahres ein gutes Ende gibt: Zum 1.1.2023 gibt es eine Erhöhung von 35 auf 40 Cent. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten, die das doch noch ermöglicht haben.

BBB beim „Bayerischen Bündnis für Toleranz“

Der Bayer. Beamtenbund wird in dieses Bündnis aufgenommen, in dem über 80 Akteure aus Politik und Gesellschaft, Ministerien, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen vertreten sind mit dem gemeinsamen Ziel Demokratie und Menschenwürde zu schützen.

Der bfg-Landesvorstand tagt in Bamberg und nach 2 Jahren wieder in Präsenz

Der scheidende DSTG-Vorsitzende Thomas Eigenthaler begeistert mit einer motivierenden Rede, mit MdL Holger Dremel (CSU) ist ein Fachmann für den Öffentlichen Dienst zu Gast, der sich immer auch den Anliegen der Finanzverwaltung annimmt. In der Kritik steht vor allem die Einkom-



MdL Holger Dremel (CSU) und der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler sind zu Gast beim bfg-Landesvorstand.

mensrunde und die Abkopplung der Pensionäre. Lob kommt für die Verbesserungen im Haushalt, die kein „Selbstläufer“ waren. Die bfg fordert eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung. Dremel geht auf die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs ein und zeigt Verständnis für die Verärgerung über die Einkommensrunde. Für eine Coronaprämie für Pensionisten habe es keine Rechtsgrundlage gegeben.

Endlich wieder von Angesicht zu Angesicht – Landesarbeitstagung der nordbayerischen bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden in Bayreuth



Neben der Freude eines persönlichen Treffens gibt es viele, auch schwierige, Themen zu besprechen und zu diskutieren. Einer der Höhepunkte ist der Besuch und das Gespräch mit dem LfSt-Präsident Dr. Volker Freund. „Wir machen uns große Sorge um die Grundsteuerreform“ setzt Thomas Wagner den Hauptpunkt an den Präsidenten. Weitere Gäste sind der Präsident des LfF Klaus Herzog, der LfSt-Vize Paul König, Referatsleiter Hubertus Rust, Referatsleiterin Stephanie Zuleger und der Chef des „gastgebenden Finanzamts“ Matthias Hollmann.

Eine große Zahl von bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden freut sich über den Austausch und die Informationen bei der Landesarbeitstagung.

Regierungsratgeber

Keinen Ratgeber für Regierungen, sondern ein Nachschlagewerk für junge Beschäftigte der QE4 legen die bfg und der Arbeitskreis AStQ4 vor.

Mitarbeiterbefragung – Teilnahmequote gestiegen, Gesamtzufriedenheit verbessert

Bei der Mitarbeiterbefragung, die seit 2010 durchgeführt wird, steigt die Zufriedenheitskurve leicht, aber stetig nach oben. Die Gesamtzufriedenheit steigt von 2,73 auf 2,53. Ein befriedigend – aber mit Tendenz zum Gut. Die besten Noten erhalten die Flexibilität der Arbeitszeit,

das Betriebsklima und die Führungskräfte. Schlecht sieht es weiter mit der EDV-Zufriedenheit aus. Der Verfügbarkeit der EDV kommt bei der zunehmenden Abhängigkeit von EDV-Verfahren eine besondere Rolle zu. Daran muss gearbeitet werden. Auch bei der Beförderungssituation ist noch viel zu tun. Das Corona-Management war dieses Mal gefragt, mit einem 2,62 ist die Krisensituation offenbar ganz gut gemanagt worden.

bfg-Arbeitskreis Schlösser

Ein bfg-Arbeitskreis Schlösser wird gegründet. Er befasst sich mit den vielfältigen Berufsbildern und Bedürfnissen der dortigen Beschäftigten.

„Energiekrise“ – Energiepauschale

Mit einem „Energie-Entlastungspaket“ der Bundesregierung sollen die steigenden Energiepreise abgefedert werden. Neben einer Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe sollen alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 € erhalten. Ausgenommen werden sollen Versorgungsempfänger, Rentner und Studierende. Beamtenbund und die bfg üben massive Kritik. Dafür gebe es keinerlei Rechtfertigung. Schließlich bessert der Bund doch bei Rentnern nach und Bayern reagiert schnell mit der Zusage der Zahlung auch für Versorgungsempfänger.

Im Bayer. Pensionsfonds beläuft sich das Vermögen Ende 2021 auf rund 3,8 Mill. und kann seit seiner Auflegung 1999 eine Wertsteigerung von 1,5 Mill vorweisen.

Der 1. Juli 2022

So lautet die ominöse Überschrift der Seite 3 der Mai-Ausgabe der bfg-Zeitung. Insider wissen, das ist der Start für die Abgabe der Grundsteuererklärung. Innerhalb 4 Monaten sollen die Grundsteuererklärungen für 6,3 Mio. wirtschaftliche Einheiten eingehen. Die Eingänge sind schleppend, es gibt mehrere Fristverlängerungen und die Zeit wird immer knapper. Der Vorsitzende kritisiert, dass auf politischer Ebene seit April 2018 viel zu viel Zeit vertan worden ist. Umso mehr würdigt er die Anstrengungen in Organisation und Programmierung auf allen Ebenen der Steuerverwaltung in den vergangenen Monaten.

59. Bayernturnier in Nürnberg

Es gibt 3.400 Anmeldungen zum größten „Klassentreffen“ der Bayer. Finanzverwaltung. Auch das Drachenbootrennen startet wieder – mit 88 Booten und 2.200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Oberschleißheim.

Das Risiko, zwei derart große Veranstaltungen in der Pandemie Monate im Voraus zu planen, auszuschreiben, Buchungen vorzunehmen war groß – und hat sich gelohnt – und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Veranstalter belohnt. In Nürnbergs Rathaus kann der Empfang der Ehrengäste stattfinden.



Politische Gespräche

Mit den Vorsitzenden der Ausschüsse Öffentlicher Dienst und Haushalt, unseren bfg-Mitgliedern Wolfgang Fackler und Josef Zellmeier erörtert der Vorsitzende mehrfach die drängenden Themen, zuvorderst die Grundsteuerreform, für die weniger Personal bereitgestellt wurde als notwendig. Die Verlängerung der Frist zur Abgabe von Steuererklärungen führt nun zu drei offenen Veranlagungszeiträumen im Innendienst, für Fachleute eines der schlimmsten Szenarien. Noch immer sind über 100 Kolleginnen und Kollegen bei den Gesundheitsämtern im Einsatz, angesichts der derzeitigen Herausforderungen insbesondere bei der Grundsteuer völlig

unverständlich. Ein Erfolg des Gesprächs ist, dass dieser Einsatz zum 1. Juni endgültig beendet wird.

Nach zwei Jahren Zwangspause findet wieder ein Parlamentarischer Abend der bfg mit Abgeordneten der CSU-Fraktion statt. In ungezwungener Atmosphäre werden viele Gespräche geführt. Die bfg appelliert: Halten Sie unseren Kolleginnen und Kollegen der Rücken frei.

Auch mit Abgeordneten der anderen Fraktionen sucht die bfg die Begegnung und die Gelegenheit zum Austausch.



bfg-Landesleitung beim Spitzengespräch mit Finanzminister Albert Füracker

Nach 2 Jahren findet ein Spitzengespräch mit dem Finanzminister wieder von Angesicht zu Angesicht statt. Die bfg zeigt die Steigerung der Fallzahlen um 25 % in den letzten 10 Jahren auf. Mit der digitalen Entwicklung



können einfachere Arbeiten erledigt werden, bei den Beschäftigten konzentrieren sich die schwierigen Aufgaben. Das erfordert zum einen mehr Personal, eine hochwertige Stellenbewertung und bessere Beförderungsmöglichkeiten. Die bfg fordert auch ein weiteres IT-Paket, um dort Personal zu gewinnen und zu halten, das aber nicht zu Lasten der Finanzämter gehen darf. Die Grundsteuerreform überlagert derzeit alles andere. Die Nachwuchsgewinnung sieht die bfg mit Sorge. Es müssten neue Wege gegangen werden. Es kann in vielem Übereinstimmung erzielt werden, das erhoffte Signal für eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung bleibt aus.

Verabschiedung von Robert Dottl, dem langjährigen Chef der Lohnsteuerhilfe Bayern

Die bfg war in regelmäßigem gutem Austausch mit der Lohi Bayern und ihrem Vorstandsvorsitzenden und nimmt mit Gerhard Wipijewski und Florian Köber an seiner Verabschiedung teil. Nachfolger ist Jörg Gabes.

Florian Köbler ist neuer Vorsitzender der Deutschen Steuer-gewerkschaft!

Die 260 Delegierten wählen im Juni Florian Köbler zum neuen Vorsitzenden und damit zum Nachfolger von Thomas Eigenthaler, der nicht mehr kandidiert. Eigenthaler wird als Ehrevorsitzender ernannt. Florian ist nach Dieter Ondracek der zweite Bayer – und der zweite Regensburger – an der DSTG-Spitze. Er war bisher stellv. Bundesvorsitzender und ist seit 2018 Vorsitzender der UFE, der Union des Finanzpersonals Europa. Sein Handwerk hat er in Bayern gelernt als bfg-Landesjugendleiter, als stellv. Landesvorsitzender und stellv. HPR-Vorsitzender.

Köbler kündigt den energischen Kampf gegen die Arbeitsbelastung an.



Die große Zahl bayerischer Delegierter gratuliert dem neuen DSTG-Vorsitzenden Florian Köbler



In der BP müssen Erschwernisse bei den Prüfungen verhindert werden. Besonders wichtig ist ihm das Gewinnen und Halten von Nachwuchskräften. Höhepunkt ist der Auftritt des Bundesfinanzministers Christian Lindner.

Bericht im Landtag über die Bewältigung der Pandemie

Das Finanzministerium gibt gegenüber dem Landtagsausschuss Öffentlicher Dienst einen Bericht über die Bewältigung der Pandemie im Öffentlichen Dienst Bayerns.

Problematisch war insbesondere die Ausbildung, kritisch wurden die teils kurzfristigen Maßnahmen zum Arbeitsschutz gesehen. Dank geht an die bfg, die mit ihrer Umfrage zum Homeoffice wichtige Erkenntnisse für eine neue Dienstvereinbarung geliefert hat.

bfg-Arbeitskreis Schlösserverwaltung wird gegründet



Der neue bfg-Arbeitskreis Schlösser nimmt sich der besonderen Probleme der Beschäftigten der Schlösserverwaltung an. Conny Deichert leitet den Arbeitskreis.

bfg-Arbeitskreis Steuerfahndung

Die bfg gründet einen Ausschuss Steuerfahndung, in dem sich Steuerfahnder und -fahnderinnen künftig regelmäßig austauschen und ihre speziellen Themen diskutieren und Forderungen bündeln können.

Arbeitswelt der Zukunft

Ein Pilotprojekt – Arbeitswelt der Zukunft – soll Erkenntnisse bringen, wie Arbeitsplätze in der Zukunft aussehen könnten.

Amtsangemessene Alimentation – auch in Bayern gibt es Handlungsbedarf

Das Bundesverfassungsgericht hat 2020 die Alimentation von Beamten und Richtern in Berlin und Nordrhein-Westfalen in bestimmten Konstellationen für verfassungswidrig zu niedrig erklärt. War Bayern nach der bisherigen Rechtsprechung nie tangiert, besteht nun gerade in Bayern Handlungsbedarf, da nach dem Urteil auch auf das Mietpreisniveau abzustellen ist und bundesweit von den Menschen in der höchsten Mietstufe 7 mehr als 95 % in Bayern zuhause sind.

Der Entwurf der Staatsregierung sieht einen Systemwechsel vor, der zum einen mit 7 Ortsklassen, die den Mietstufen entsprechen, die hohen Mietkosten berücksichtigt und der auf eine Doppelverdiener-Ehe abstellt und Kinder finanziell viel stärker berücksichtigt, die Ehe dagegen erheblich geringer. Dazu gibt es Erhöhungsbeträge für die BesGr A 3 bis A 6. Als bedenklich und bedauerlich sieht die bfg, dass sich damit der Schwerpunkt der Besoldung weg vom Gedanken von Funktion und Leistung bewegt,

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		70,00	277,58	405,52	396,51	474,69
II				434,05	408,41	512,64
III			296,57	462,58	420,66	550,96
IV		90,00	315,56	491,11	433,28	589,64
V		110,00	334,55	554,41	446,28	628,69
VI						
VII	136,21	136,21	436,84	627,87	459,66	668,14

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	30,94	25,09	24,16	22,30	19,35	17,36	13,60	7,30
II	32,26	28,19	27,14	25,05	21,74	19,50	15,28	8,20
III	33,57	31,32	30,15	27,83	24,16	21,67	16,98	9,11
IV	37,30	34,80	33,50	30,92	26,84	24,07	18,86	10,12
V	40,99	38,24	36,81	33,98	29,49	26,45	20,73	11,12
VI	44,55	41,56	40,01	36,93	32,05	28,75	22,53	12,09
VII	48,95	45,67	43,97	40,58	35,21	31,59	24,75	13,28

der für die bfg immer Richtschnur der Bezahlung der Beschäftigten in der Finanzverwaltung war. Für die bfg ist unverständlich, dass gerade die Bayer. Staatsregierung vom besonderen Schutz der Ehe abgeht! Die bfg sieht die Gefahr von Verschlechterungen und begleitet die Gesetzgebung kritisch und mit vielen politischen Gesprächen. Sie kann damit Verbesserungen und Besitzstandswahrungen erreichen. Positiv ist die Bereitschaft, Verbesserungen rückwirkend zum 1.1.2020 vornehmen zu wollen.

Sie erreicht bessere Übergangsregelungen, höhere Beträge bei den unteren Ortsklassenstufen. Die Beschäftigten des LfF, die diese Umstellung umzusetzen haben, machen – wie gewohnt – einen tollen Job!

Bedeutend ist ein ganz neuer Ansatz: Im Haushalt aufgenommene pflegebedürftige Angehörige mit einem Pflegegrad von mindestens 2 sollen sich bei den orts- und familienbezogenen Bezügebestandteilen wie Kinder auswirken.

Trotz dieser Verbesserungen bleiben punktuell für einzelne Gruppen künftig Verschlechterungen zum bisherigen Recht. Politisch besteht keine Bereitschaft zu weiteren Änderungen des Gesetzes. Verabschiedet wird es zum 1. März 2023.

Die haushaltsmäßige Auswirkung wird mit Mehrkosten von jährlich 138 Mio. beziffert, die Nachzahlungen auf 450 Mio.

Hilfe, wir ertrinken in Arbeit! Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten erreicht neue Dimensionen: Der bfg-Landesvorstand sieht die Fürsorgepflicht tangiert

Der Personalnotstand ist seit Jahrzehnten in der Finanzverwaltung ein Dauerzustand. Den Mangel hat die Technik nicht kompensieren können. Die Zuwächse gerade in Bayern sind größer und schneller.



Dazu Corona, zu wenig Nachwuchs – es ist eine neue Dimension erreicht. Die Unterbesetzung in den Finanzämtern gegenüber der bundesweiten Personalbedarfsberechnung liegt bei über 8.000 Vollzeitkräften – bei knapp 30 %. Der neuen Hauptfeststellung wird fast alles untergeordnet, die zugebilligten Stellen reichen nicht aus, die erhoffte Vereinfachung durch eine hohe Quote von „Autofällen“ ist trügerisch, die Fälle müssen dennoch verwaltet werden und dann bleiben die schwierigeren Fälle. In der Not muss Personal aus der Veranlagung aushelfen.

Das reißt dort aber Lücken, denn dort sind gerade 3 Veranlagungszeiträume offen, sind Zusatzaufgaben wegen Corona und jetzt der Energiekrise zu erledigen.

Die bfg sieht die Gesundheit der Beschäftigten bedroht, sie sieht zu wenig Wertschätzung in der Dienstpostenbewertung und den vorhandenen Stellen. Die bfg fordert von Verwaltung und Politik eindringlich Rückhalt zu geben, zu handeln, Prioritäten zu setzen. Kaschieren geht nicht mehr.

Die schrittweise Anhebung der Besoldung im gesamten Lehrerbereich nach A 13 veranlasst die bfg, die Aufgabensteigerung, die permanenten Gesetzesänderungen, immer schwierigere Sachverhalte in den Finanzämtern herauszustellen. Sie fordert, alle Dienstposten mit den entsprechenden Beförderungsstellen zu hinterlegen, in den Führungsebenen und der IT die Dienstpostenbewertung anzuheben.

„Ab in die Zukunft: Wir führen Sie hin – gestern war heute noch morgen!“

Der Arbeitskreis AStQ4 bietet in der Corona-Zeit Informationen und Austausch im Videoformat an. Nun kann das schon traditionelle Seminar des AStQ4 für junge Führungskräfte in der Finanzverwaltung wieder stattfinden. Es befasst sich damit, wie Führung gestaltet werden kann mit Blick auf Age Diversity, Wissensteilung, Generationenwechsel und Homeoffice. Auch aktuelle Themen, die der bfg-Landesvorsitzende vorträgt, sind von großem Interesse und werden diskutiert.



2022

Regierungsratgeber

Leitfaden für Führungskräfte im Einweisungsjahr
in der Bayerischen Finanzverwaltung



**Herzlich
willkommen!**

powered by
Arbeitskreis Steuerjuristen und Q4 in der



Bayerische
Finanzgewerkschaft

75 Jahre bfg – „Weil es den Menschen braucht!“

„Weil es den Menschen braucht!“ Dafür steht die Bayerische Finanzgewerkschaft (bfg) und diese Überzeugung hat zu 75 Jahren erfolgreicher, respektierter und anerkannter gewerkschaftlicher Arbeit in Bayern geführt. Dazu möchten wir allen Mitgliedern und an der Spitze dem Vorsitzenden der bfg, Gerhard Wipijewski, ganz herzlich im Namen der SPD-Landtagsfraktion gratulieren.

Wir wünschen der Gewerkschaft auch weiterhin klaren Kurs und, wenn es sein muss, auch klare Kante bei der legitimen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder. Dafür schafft nicht zuletzt die intensive Jugendarbeit der bfg die besten Voraussetzungen. So ist die Jugendorganisation mit Sitz und Stimme im Landesvorstand der bfg vertreten, und der ehemalige Vorsitzende der bfg-Jugend, Florian Köbler, ist seit Juni 2022 Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Für eine gute Zukunft der bfg spricht auch die starke Einbindung von Frauen. In den Führungsgremien liegt der Frauenanteil ganz selbstverständlich bei rund 50 Prozent. Die bfg betont dabei, dass ihr das ganz ohne Quote gelingt. Stellvertretend für die Frauen in der ersten Reihe der bfg möchten wir die ehemalige Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer und die amtierende Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs nennen.

Die bfg ist die Fachgewerkschaft der Bediensteten und Arbeitnehmer der Bayerischen Finanzverwaltung. Sie wurde 1949 – im selben Jahr wie die Bundesrepublik Deutschland – als Verein der Finanzbeamten in Bayern gegründet und hat sich zu einer echten Erfolgsgeschichte entwickelt. Bei den letzten Personalratswahlen hat die bfg auf allen Ebenen überragende Ergebnisse erzielt. Das ist die Folge eines hohen Organisationsgrades und des großen Zusammenhalts innerhalb der Gewerkschaft.

Eine Gewerkschaft ist in erster Linie Interessenvertretung ihrer Mitglieder, das ist ihre Kernaufgabe. Aber die bfg hat immer auch den Blick weit über den Tellerrand hinaus und bezieht klar Position gegenüber Landes- und Bundespolitik. Dafür empfiehlt sich die Kolumne des Vorsitzenden, die ihren festen Platz auf Seite 3 der monatlich erscheinenden bfg-Zeitung hat. Ganz aktuell warnt Gerhard Wipijewski vor einem zweiten Kahlschlag in der Staatsverwaltung angesichts des angekündigten Abbaus von 5.000 Stellen bis 2035. Und er kritisiert, wie wenig der Aspekt des „Bürokratieabbaus“ bei der Gesetzgebung in Bund und Land von der Politik wirklich mitgedacht wird.

Für uns ist die bfg ein wichtiger und außerordentlich interessanter Gesprächspartner und auch sehr freundlicher Gastgeber. Wir denken dabei an die schönen Abende auf der Terrasse der bfg-Geschäftsstelle, an denen immer gute Gespräche bei bester Bewirtung geführt werden. Dafür und für den regelmäßigen fachlichen und politischen Austausch möchten wir uns beim gesamten Landesvorstand und allen Gesprächspartnern der bfg ganz herzlich bedanken. Wir freuen uns darauf, den Kontakt weiterhin gemeinsam und intensiv pflegen zu können.

Arif Taşdelen, MdL

Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes

Volkmar Halbleib

Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
Haushalts- und finanzpolitischer Sprecher



Grußwort von
MdL Arif Taşdelen



MdL Volkmar Halbleib

Kassenmanipulationen

Zwei Jahre ohne Bewährung, lautet das Urteil gegen den Starkoch Alfons Schuhbeck, der mithilfe von Kassenmanipulationen Steuern in Höhe von 2,2 Mio. hinterzogen hat. Schuhbeck ist kein Einzelfall, er ist als Steuerhinterzieher ein Wiederholungstäter. Finanzbeamte wissen, dass bargeldintensive Bereiche in hohem Maß betrugsanfällig sind. Das ist Betrug an der Gesellschaft, es ist ein Betrug an ehrlichen Mitbewerbern in der Branche.



Die bfg trauert um ihren Ehrenvorsitzenden, Senator a.D. Dieter Kattenbeck



Die bfg trauert um ihren Ehrenvorsitzenden, Senator a.D. Dieter Kattenbeck.

Dieter Kattenbeck verstirbt am 15. September im 86. Lebensjahr. Die bfg und der Öffentliche Dienst verlieren mit ihm eine über Jahrzehnte prägende Persönlichkeit. Dieter Kattenbeck war bfg-Landesvorsitzender von 1973 bis 1989. Von 1989 bis 2002 war er Vorsitzender des Bayer. Beamtenbundes. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er Ehrenvorsitzender beider Gremien. Die bfg verlieh ihm zudem die Angelo-Kramel Medaille. Er war Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Finanzministerium, er gründete und leitete die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte. Er engagierte er sich von 1984 bis zu dessen Auflösung im Bayer. Senat. Er wurde u. a. mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet. Bereits 1963 war er Mitbegründer der bfg- und dbb-Jugend Bayern. Dieter Kattenbeck hat maßgeblich Anteil an der Entwicklung des damaligen vfb zu einer modernen Gewerkschaft. Er hatte ein großes Gespür für die richtigen Lösungsansätze, taktisches Geschick und die Gabe politische Situation zu bewerten und gewerkschaftliche Ansätze daraus zu entwickeln. Er konnte andere begeistern und steht so für eine ganze Generation des Aufbruchs in der Bayer. Finanzgewerkschaft. Die Bayer. Finanzgewerkschaft hat Dieter Kattenbeck viel zu verdanken. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Carl M. Drexler, der ehemalige Präsident der Beamtenfachhochschule verstorbt am 26. März im Alter von 92 Jahren. Vielen Studierenden ist er in Erinnerung als Leiter des Fachbereichs Finanzwesen von 1978 bis 1990, vielleicht auch über seine Segelkurse am Ammersee. Dr. Drexler war ein den Menschen zugewandter, humorvoller Mensch. Er hatte eine natürliche Autorität und die Gabe Menschen zu führen und gerade junge Menschen zu motivieren. Der bfg war er fast 61 Jahre treu verbunden und ein wichtiger und geschätzter Gesprächspartner.

Florian Köbler scheidet nach der Wahl zum DSTG-Bundesvorsitzenden aus dem HPR aus.

David Dietz, FA Aschaffenburg, wird als Nachfolger zum stellv. HPR-Vorsitzenden gewählt. Er übernimmt auch die Geschäftsführeraufgabe in der ARGE HPR.

Barbara Lindl vom FA Regensburg wird neue bfg-Bezirksjugendleiterin Nordbayern und damit Nachfolgerin von David Dietz, der zum stellv. Landesvorsitzenden gewählt wurde.

Sebastian Kellerer geht in den Ruhestand und tritt als stellv. Bezirksvorsitzender zurück. Birgit Fuchs dankt ihm für seinen langjährigen Einsatz. Als seine Nachfolgerin in der Bezirksleitung wird **Claudia Schiermeier** vom FA Passau, in den Bezirksvorstand wird **Andrea Rössel** vom FA Landshut nachgewählt

Ulrich Silberbach wird beim dbb-Gewerkschaftstag erneut zum Vorsitzenden gewählt. **Conny Deichert**, die stellv. bfg-Landesvorsitzende und ausgewiesene Tarifexpertin, wird zur stellv. Vorsitzenden der Geschäftsführung der dbb-Tarifkommission gewählt.



Die Delegierten der bfg beim dbb-Vertretertag.

Mitgliederehrungen

Die Münchner Ortsverbände ehren über 60 langjährige bfg-Mitglieder bei einer Veranstaltung im Bayerischen Landtag. Das ist ein besonderes Beispiel der Mitgliederehrung. Daneben werden Ehrungen jahraus, jahrein bei Ortsverbandsversammlungen durch die beiden Bezirksvorsitzenden vorgenommen.



2023

**Fit für die Zukunft –
oder nah am Abgrund?**

**Wir brauchen einen
revolutionär anderen
Ansatz!**

Fit für die Zukunft – oder nah am Abgrund?

Den Jahresauftakt für die bfg-Landesleitung bildet die traditionelle Klausurtagung, dieses Mal mit dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler Florian Streibl, dem stellv. Amtschef Dr. Alexander Voithl und dem Präsidenten des LfSt, Dr. Volker Freund.

Diese Themen bestimmen den Einsatz der bfg für das anstehende Jahr: Die Arbeitsbelastung und die Fallzahlen erreichen immer dramatischere Höhen und sind eine konkrete Bedrohung für die Funktionsfähigkeit des Staates und der Finanzverwaltung als einziger Einnahmeverwaltung.



Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, MdI Florian Streibl ist Gast bei der bfg-Klausurtagung.

Nachwuchs – dringend gesucht!

Die bfg stellt das Thema Nachwuchsgewinnung in den Mittelpunkt mehrerer Ausgaben ihrer Zeitung und fordert radikales Umsteuern. Hinweise der bfg auf die Altersabgänge, den demographischen Wandel, die Rückkehr zum G 9 und zu vorausschauendem Handeln wurden lange missachtet. Was dem Staat zunächst billig war, kommt nun teuer zu stehen. Die Teilnehmerzahlen beim LPA-Test sind seit Jahren rückläufig, es muss auf die hintersten Plätze der Zuteilungsliste zurückgegriffen werden. 2022 konnten erstmals 120 Anwärterplätze für die Steuerverwaltung nicht besetzt werden! Für 2023 sieht es noch düsterer aus.

Es bedarf einer zeitgemäßen Image- und Attraktivitätskampagne. Das LPA-Verfahren muss schneller und flexibler werden, Die Teilnehmerzahlen laut dem Bericht des LPA sind alarmierend. Es müssen neue Zielgruppen erschlossen und Quereinstiege ermöglicht werden. Es geht auch um attraktive Bezahlung und Karriereaussichten. Die guten Steuer- oder IT-Experten sind anderswo sehr gefragt und Beschäftigte des LfF werden von Kommunen abgeworben, meist heimatnäher und oft zu besseren Konditionen. Die bfg kämpft seit Jahren um das Bewusstsein bei der Politik, die ausgebildeten und guten Leute zu halten, ihre Leistung anzuerkennen, sie zu motivieren.

Kleine Erfolge sind die Umsetzung der bfg-Forderung, die Gültigkeit des LPA-Ergebnisses zu verlängern, die sog. 2. Chancen-Regelung und, der Not gehorchend, Wechsel zu Kommunen zu versagen.



Minister Füracker: zeitnah kein Beförderungspaket wie bei Lehrerinnen und Lehrern

Auch das Spitzengespräch mit dem Finanzminister dreht sich um die Attraktivität der Finanzverwaltung. Angesichts der Menge und Qualität der Arbeit hält die bfg Verbesserungen wie bei der Besoldung der Grund- und Mittelschullehrer für überfällig. Finanzminister Füracker hält die Forderungen der bfg für nachvollziehbar, mit Verweis auf die Personalkostenquote



Im sog. „to go“ werden kurz und knapp wichtige Fakten zu interessanten und aktuellen Themen erklärt.

Die bfg fordert neue Wege in der Nachwuchs-Werbung.



im Haushalt erteilt er einer zeitnahen Umsetzung eine deutliche Absage, ebenso einer Anhebung der Eingangsbesoldung. Er sieht den Wert eines sicheren Arbeitsplatzes nicht ausreichend gewürdigt. Er sagt zu, nach der Wahl im Rahmen eventueller Koalitionsverhandlungen die Finanzverwaltung gerecht zu berücksichtigen.

Die bfg prophezeit, die Verwaltung werde mit der heutigen Arbeitsweise total Schiffbruch erleiden und fordert gegenüber dem Minister: „Wir brauchen einen revolutionär anderen Ansatz. Die Gesetzgebung muss einen maximalen und optimalen Einsatz der IT ermöglichen und wir müssen weg von der Einzelfallgerechtigkeit. Das Risikomanagement muss weiter ausgebaut werden, Arbeitnehmerfälle vollautomatisch zu Bescheiden führen.“



Der Landesvorstand diskutiert mit den Ausschussvorsitzenden Josef Zellmeier und Wolfgang Fackler

Die Mitglieder des Landesvorstandes schildern den Ausschussvorsitzenden die Situation vor Ort deutlich. „Das Fass ist am Überlaufen“ und „Viele Leistungsträger wollen und können einfach nicht mehr.“ Und weiter: „Es fehlt am Nachwuchs, wir sind nicht attraktiv und konkurrenzfähig. Das hat auch mit der Bezahlung zu tun!“.

Dazu kommt der Unmut über die Bezahlung und Beförderungssituation, die Neuregelung der Alimentation zum einen und besonders auch, dass bei den Lehrerinnen und Lehrern eine Anhebung nach A 13 erfolgt, während in der Finanzverwaltung nicht einmal die früheren Stellenplanobergrenzen ausgeschöpft sind. Josef Zellmeier erkennt die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen an. Aber: die Zinsen seien im Steigen begriffen und in der Coronazeit sei sehr viel Geld ausgegeben worden. „Das können wir uns nicht auf Dauer leisten.“



Er kündigt für den nächsten Haushalt Verbesserungen an. Die Stellen für die Grundsteuerreform werden dauerhaft erhalten bleiben. Weiter verweist er auf die Nachbesserungen bei der Alimentation, für die sich Wipijewski so eingesetzt habe.

Wolfgang Fackler teilt im Grunde die Einschätzungen der bfg.

Der Freistaat Bayern erhält Spitzennoten der Rating-Agenturen

Sowohl die Rating-Agentur Standard & Poor's vergibt erneut die Bestnote „AAA/A-1+“ mit positivem Ausblick, wie auch Moody's mit Aaa stable.

Die bfg verfolgt mit großer Sorge die Entwicklung der Inflationsrate: Sie liegt für 2021 bei 3,9 %, für 2022 bei 7,9 %

Die Staatsregierung beschließt den Haushalt 2023

Wegen der Belastungen aus der Pandemie und den Unsicherheiten aufgrund des andauernden Ukrainekriegs wird der Haushalt wiederum nur für ein Jahr beschlossen. Es gibt insgesamt rund 3.000 neue Stellen, die Finanzverwaltung profitiert bescheiden: 120 zusätzliche Beamtenstellen für das LfSt, die Finanzämter, das Ministerium, die Landesfinanzschule, die Finanzgerichte und das LSI. Ungenutzte Arbeitnehmerstellen werden in Beamtenstellen umgewandelt. Der Art. 6 i HHG bedient mit fast der Hälfte der gut 34 Mio. die Stellenhebungen bei den Lehrerinnen und Lehrern. Das Finanzressort erhält 3,8 Mio. Euro. Schließlich ergeben sich daraus 595 zusätzliche Beförderungen, der Großteil für die LuK, in bescheidenerem Umfang auch in die anderen Bereiche des Ressorts.

Die Änderungsanträge von SPD für zusätzliche Stellen und der Grünen für zusätzliche Anwärterstellen finden keine Mehrheit.

bfg-Seminar Eigensicherung

Die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes veranlasst die bfg, für Mitglieder in der Steuerfahndung und Vollstreckung ein Seminar anzubieten, in dem Techniken zur Eigensicherung vermittelt werden. Es wird sehr gut angenommen und bewertet.

Die Neuordnung der orts- und familienbezogenen Besoldungsbestandteile tritt am 1. April 2023 in Kraft.

Der BBB legt einen online-Rechner auf zur Berechnung des neuen Orts- und Familienzuschlags.

Die bfg-Landesleitung ist weiter im Gespräch mit der Politik

Bei den Parlamentarischen Abenden in der Geschäftsstelle der bfg macht die CSU-Fraktion mit Fraktionschef Thomas Kreuzer und einer prominenten Zahl weiterer Abgeordneter den Anfang. Es folgen die Freien Wähler mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl und mehreren seiner

Zahlreiche Abgeordnete folgen der Einladung der bfg zu den Parlamentarischen Abenden in der Geschäftsstelle der bfg.



Kolleginnen und Kollegen. Dann ist die Fraktion der Grünen zu Gast und den Abschluss macht die SPD-Fraktion.

Darüber hinaus gibt es bei vielen Gelegenheiten Kontakte und Gespräche mit Abgeordneten der Fraktionen, mit Dr. Helmut Kaltenhauser, FDP, Johannes Hintersberger, CSU, Sascha Müller, Grüne, Kultusminister Prof. Michael Piazzolo, Freie Wähler. Der bfg-Vorsitzende besucht die Parteitage von CSU, Grünen und SPD und kann auch dort wichtige Gespräche führen.



Ein besonders interessanter Austausch findet mit dem früheren Finanzminister Nordrhein-Westfalens, **Norbert Walter Borjans**, auf Einladung des SPD-Landtagskandidaten, unserem Mitglied Sebastian Koch statt. NoWaBo, wie sein Name gern abgekürzt wird, hat sich mit dem Ankauf von Steuer-CD's einen Namen gemacht und war zwei Jahre SPD-Vorsitzender.

Erfolgreiche Rechtschutzverfahren für Anwärtinnen und Anwärtern

Als nach Ausbruch der Pandemie die Bildungseinrichtungen geschlossen wurden, vertritt die Verwaltung die Auffassung, die Heimfahrt fiel nicht unter Ausbildungsreisen, sondern wäre dem Privatbereich zuzuordnen und verweigert die entsprechenden Reisekosten. Für bfg-Mitglieder führt die bfg Rechtschutzverfahren, die zum Teil bis zum Bayer. Verwaltungsgerichtshof gehen und erfolgreich beendet werden.

Steuerrevolution

Im Gespräch mit dem ehem. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, MdL Ralph Brinkhaus und Torsten Lüth, Präsident des Steuerberaterverbands, mit dem DSTG-Bundesvorsand besteht Übereinstimmung, dass es einer grundlegenden Neuausrichtung im Steuerrecht bedarf.

Die digitale Versorgungsauskunft des LfF startet

Im Mitarbeiterportal des LfF gibt es seit Mai eine digitale Versorgungsauskunft.

Mit der Versorgungsauskunft über die Mitgliedschaft in der bfg können sich Mitglieder auf Antrag unter Vorlage des Personalstamm- und Werdegangsblatts, aus denen sich die Beschäftigungsdaten ergeben, unproblematisch die oft wichtigen Alternativberechnungen erstellen lassen.

Miteinander vor die Welle kommen

Die nordbayerischen bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden treffen sich zur Landesarbeitstagung. Der Leiter der Steuerabteilung, Dr. Volker Freund, verdeutlicht die Notwendigkeit, die Möglichkeiten von KI zu nutzen. Er wirbt dafür, die Dienstvereinbarung zur Telearbeit zu leben und schließlich für ein Miteinander, Solidarität und Wertschätzung. Das Personal aus der Grundsteuerbearbeitung werde bleiben.

Der DStG-Vorsitzende Köbler lehnt Aiwangers Vorschlag für eine Steuerentlastung von Rentnern als Populismus ab

Freie Wähler-Chef Hubert Aiwangers Vorschlag, weiterarbeitende Rentnerinnen und Rentner mit einem pauschalen Freibetrag steuerlich zu entlasten, lehnt der DStG-Vorsitzende als populistisch ab. Gut situierte Rentner würden profitieren, während Empfänger niedriger Renten nichts oder kaum etwas davon hätten. Vielmehr sollte im Fokus stehen, die unteren und mittleren Einkommen zu entlasten und die wirtschaftlichen Herausforderungen anzugehen. Dazu zählt er Entbürokratisierung und eine bessere digitale Infrastruktur.

Es kreit der Berg – Änderungen beim BayPVG treten in Kraft

Nach hochrangiger Expertenanhörung bleibt von deren Änderungsvorschlägen nicht viel übrig. Auch die Opposition hat weitreichendere Anträge eingebracht. Aufgenommen wurden die in der Pandemiezeit erprobten digitalen Möglichkeiten für Sitzungen usw. und insbesondere neu ist die Beteiligung des Personalrats bei Versagung oder Widerruf der Telearbeit im Einzelfall.

Vor der Landtagswahl

Sieben bfg-Mitglieder kandidieren für den Bayer. Landtag: Stefanie Dippl (CSU), Elke Drack (SPD), Wolfgang Fackler (CSU), Petra Guttenberger (CSU), Sebastian Koch (SPD), Melitta Thamm (SPD) und Josef Zellmeier (CSU).

Bürokratieabbau mit Bayernplan

Kurz vor der Landtagswahl stellt Ministerpräsident seinen „Bayernplan“ für einen Bürokratieabbau vor.

Nach der Landtagswahl – die Koalition bekennt sich zu attraktivem Öffentlichen Dienst

Bei der Landtagswahl kann die CSU ihr Ergebnis gegenüber 2018 einigermaßen halten. Die AFD und Freien Wähler erzielen Rekordergebnisse und Bündnis 90/Die Grünen und SPD verlieren deutlich. Es gibt relativ schnell eine Wiederauflage der Koalition aus CSU und Freie Wähler. Die bfg-Mitglieder Fackler, Guttenberger und Zellmeier werden wiedergewählt. Sebastian Koch scheidet denkbar knapp.

Albert Füracker bleibt Finanzminister, er erhält Unterstützung durch Martin Schöffel als neuem Staatssekretär.

Der Vorsitz im Haushaltsausschuss bleibt bei Josef Zellmeier, CSU, der Ausschuss Öffentlicher Dienst geht an Dr. Martin Brunnhuber von den Freien Wählern.

Im Koalitionsvertrag steht das Bekenntnis zu einem attraktiven Öffentlichen Dienst in Bezahlung, Fortkommen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Martin Schöffel ist neuer Staatssekretär im Finanzministerium.



Unser Mitglied Josef Zellmeier (CSU), leitet weiter den wichtigen Haushaltsausschuss. Bernhard Pohl (Freie Wähler) wird sein Stellvertreter.



Neuer Vorsitzender des Ausschusses Öffentlicher Dienst wird Dr. Martin Brunnhuber (Freie Wähler), sein Stellvertreter ist Alfred Grob (CSU).

Das JobBike Bayern ist da

Ab 1. August gibt es ein Dienstrad-Leasing-Angebot, das vielzitierte Jobbike im Beamtenbereich, zum 1. November gibt es eine entsprechende Regelung in einem Tarifvertrag. Ob und wie sich das im Einzelfall rechnet, muss genau geprüft werden.

Der Wille zu Freiheit und Demokratie

Der Vorsitzende erinnert an den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23. August 1948, bei dem in dieser kurzen Zeit der Entwurf unseres Grundgesetzes erarbeitet wurde. In einem Festakt mit Bundespräsident Walter Steinmeier wird diese Leistung gewürdigt. Der Vorsitzende appelliert Freiheit und Demokratie zu verteidigen und ruft auf, bei den anstehenden Landtagswahlen vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Wieder ein Superlativ beim Drachenbootrennen – Abschied beim Bayernturnier

126 Drachenboot-Teams und rund 3.500 Menschen sind vor Ort in Oberschleißheim.

Die Augsburgers, die kurzfristig als Organisatoren eingesprungen sind stellen ein tolles Bayernturnier auf die Beine.

Es ist das letzte Turnier, das Annette Feldmer und Josef Dick organisieren – wegen privater Veränderungen und nahendem Ruhestand. Die bfg dankt ganz herzlich!



Gerhard Wipijewski dankt Josef Dick und Annette Feldmer für tolle Bayernturniere!



Tarifverhandlungen: die dbb Tarifunion fordert 10,5 %, mindestens 500 €.

Es geht um die Zukunft der Finanzverwaltung. Da die 2. Runde der Tarifverhandlung ergebnislos bleibt, ruft die bfg ihre Mitglieder im Scanzentrum zum Warnstreik auf. Rund 100 Tarifbeschäftigte beteiligen sich. Daneben kommen noch gut 100 Beamtinnen und Beamte zur bfg-Kundgebung.

Vor der 3. Verhandlungsrunde erhöhen über 3.000 Mitglieder aus den Fachgewerkschaften des BBB den Druck mit einer Demonstration in Nürnberg. Die bfg stellt gut die Hälfte der Demonstranten und hat einen eigenen Demonstrationzug mit über 1.500 Kolleginnen und Kollegen organisiert, der sich zur Schlusskundgebung vor dem Finanzministerium in Nürnberg mit dem Zug der anderen Verbände vereinigt.

Auch in Berlin beteiligen sich junge bfg'ler an einer Demo der DSTG.

In der 3. Runde kommt es zur Einigung, die dem Abschluss beim TVöD ähnelt. Die Beschäftigten erhalten insgesamt 3.000 € als



Erst nach massivem Druck kommt Bewegung in die Tarifverhandlungen. Mitglieder der bfg streiken in Wunsiedel, über 1.500 Demonstranten in Nürnberg.



Inflationsausgleichzahlung, wovon 1.800 € zum frühestmöglichen Zeitpunkt gezahlt werden und der Rest von Februar bis Oktober 2024 zehnmal zu 120 €. Bei Teilzeit ergeben sich die Beträge entsprechend des Teilzeitumfangs. Auszubildende erhalten 1.000 € Einmalzahlung und 10 mal 50 € für die Monate Februar bis Oktober 2024. Zum 1. November 2024 erhöhen sich die Tabellenentgelte einheitlich um 200 €. Darauf kommt zum 1. Februar 2025 eine Erhöhung um 5,5 Prozent, zusammen mindestens 340 €. Die Entgelte der Auszubildenden werden zum 1. November 2024 um 100 € und zum 1. Februar 2025 noch einmal um 50 € erhöht.

Wie im Koalitionsvertrag festgelegt, kündigt Finanzminister Füracker die Übertragung des Ergebnisses auf dem Beamtenbereich an.

DiPA-IP – die Personalakte wird digital – Dienstvereinbarung abgeschlossen

Nach vier Jahren intensiver Arbeit wird das Projekt DiPa – Digitale Personalakte – abgeschlossen und flächendeckend als sog. Basiskomponente eingeführt. Seit 2019 wird an der Digitalisierung der Personalakte gearbeitet. An die 10 Mio. Blatt Papier waren zu digitalisieren. In einer Dienstvereinbarung werden Regelungen zum Schutz der Beschäftigten vor technischer Überwachung getroffen.

Wir brauchen einen anderen Ansatz – Landesarbeitstagung der bfg Südbayern

Die ständig steigenden Fallzahlen und die Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung stehen auch bei der Landesarbeitstagung Süd im Mittelpunkt. Die bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden waren sich mit den Gästen der Tagung, Präsident Dr. Volker Freund und seinem Vize Paul König einig, dass es neuer Wege in der Werbung bedarf und die IT mit Hochdruck weiterentwickelt werden muss.



Hochinteressante und aktuelle Themen stehen auf der Tagesordnung der bfg-Landesarbeitstagung Süd in Landshut.

Bayerturnier wird neu strukturiert

Das Bayerturnier hat sich zu einer Mammutveranstaltung mit bis über 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entwickelt. Um dieses verbindende Event der Finanzverwaltung zukunftsfest zu machen, sollen die Wettbewerbe künftig an drei Tagen unabhängig voneinander stattfinden: der bfg-Drachenboottag in Oberschleißheim, das bfg-Bowling in Unterföhring und die bfg-Classics in einer jährlich wechselnden Stadt. Die BFSH wird in BFSV, Bayer. Finanzsportverein e.V., umbenannt. Der Vorsitz liegt weiter bei Gerhard Wipijewski, seine Stellvertreter sind Hermann Abele als Organisationschef und Bärbel Wagner, als Chefin der Finanzen.

Wechsel an der Spitze des Landesamts für Steuern

Dr. Volker Freund, Präsident des Landesamts für Steuern, tritt in den Ruhestand. Die bfg dankt ihm für die gute Führung durch die Corona-Pandemie, seine Nähe zu den Anliegen der Beschäftigten und die gute Zusammenarbeit mit der bfg und den Personalvertretungen.



Die bfg dankt dem scheidenden Präsidenten des LfSt Dr. Volker Freund und gratuliert seinem Nachfolger Paul König.

Mit Paul König, bisheriger Vizepräsident und Leiter der luK Abteilung, wird ein ausgewiesener Kenner der Finanzverwaltung und langjähriger guter Gesprächspartner der bfg sein Nachfolger.

Blick über die Grenze – Treffen mit der österreichischen Finanzgewerkschaft

Interessante Einblicke bietet ein Treffen mit der Österreichischen Finanzgewerkschaft. In einem „Finanzamt Österreich“ sind mittlerweile die meisten Aufgaben der früheren selbständigen Finanzämter Österreichs bundesweit zusammengefasst. Die „Autofallquote“ bei Arbeitnehmerfällen liegt bei rund 80 %! Eine zentrale Telefonhotline erledigt den Großteil der Anrufe.



bfg-Jugend ist vielseitig aktiv

Die neu eingestellten Anwärterinnen und Anwärter werden mit Werbe- und Infomaterial versorgt, an den Bildungseinrichtungen gibt es Begrüßungsveranstaltungen, eine Infotheke, Quizabende, ein Herbstfest. Für die Aufstiegsprüfung bietet die bfg-Jugend Vorbereitungsseminare an, für neugewählte JAV-Mitglieder und bfg-Ortsjugendleiter Schulungen.



Die bfg-Jugend ist immer präsent an den Lehrgangsorten mit Informationen, Veranstaltungen und Spaß!

Personen

Nico Löwinger, Amtsleiter des FA Deggendorf und **Stefan Poxleitner**, Finanzamt München, werden in den bfg-Landesvorstand nachgewählt.

Wolfgang Kurzer wird erneut als Vorsitzender der Hauptschwerbehindertenvertretung gewählt, bei den Bezirksschwerbehindertenvertretungen beim LfSt werden **Kevin Söll** und **Roland Bohner** werden bestätigt.

Annette Feldmer legt nach mehreren Jahrzehnten Tätigkeiten in der bfg und der Personalvertretung aus persönlichen Gründen ihre Mandate nieder, auf Ebene des FA Nürnberg-Süd, im Hauptpersonalrat und insbesondere als stellv. bfg-Landesvorsitzende.





Julia Strehle wird vom bfg-Landesvorstand als stellv. Landesvorsitzende nachgewählt. Sie leitet u. a. den bfg-AK Staatsfinanz.



Die bfg trauert um Gertrud Schäffler-Kroner

Gertrud Schäffler-Kroner, Ehrenmitglied der bfg, stirbt am 22. November 2023 nach langer Krankheit in Alter von 75 Jahren. Sie war eine der ersten Frauen in vielen gewerkschaftlichen Funktionen der bfg. Beginnend in der damaligen vfb- und der dbb-Jugend, war sie lange Jahre stellv. bfg-Landesvorsitzende und Mitglied im Hauptpersonalrat. Nach ihrer vorzeitigen Ruhestandsversetzung engagierte sie sich im Bund der Ruhestandsbeamten und der dbb-Seniorenvertretung.

2024

75 Jahre Grundgesetz

75 Jahre Bayerische Finanzgewerkschaft

Europawahl

bfg-Gewerkschaftstag: Was ist uns unser Staat wert?

Der neue Vorsitzende des Ausschusses Öffentlicher Dienst, MdL Dr. Martin Brunnhuber, informiert sich bei der bfg-Klausurtagung über die Lage der Finanzverwaltung.

Auch im neuen Jahr – viele politische Kontakte

Beim Neujahrsempfang des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder und beim Finanz- und Heimatempfang des Finanz-



ministers Albert Füracker ergeben sich die ersten Gesprächskontakte mit Politik und Verwaltung. Auch beim Neujahrsempfang der Freien Wähler führt die bfg intensive Gespräche, nicht zuletzt mit Freie Wähler-Chef und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger und dem Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl.

„Ich will wissen, wo es Ihnen unter den Nägeln brennt.“

Beim Jahresauftakt, ihrer Klausurtagung, trifft die bfg-Landesleitung mit dem neuen Vorsitzenden des Landtagsausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes, MdL Dr. Martin Brunnhuber von den Freien Wählern zu einem ersten intensiven Meinungsaustausch zusammen und schildert ihm die prekäre Lage der Finanzverwaltung: steigende Fallzahlen, Personalnot, Nachwuchs- und EDV-Probleme. Sie stoßen bei Dr. Brunnhuber auf großes Interesse und offene Ohren. „Vieles ist bei der Bezahlung einfach nicht mehr zeitgemäß“, bestätigte er. Der öffentliche Dienst müsse flexibel reagieren können. „Motivierte leistungsorientierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen entsprechend honoriert werden können.“

DSTG-Vorsitzender Florian Köbler im Kampf um sinnvolle Gesetzgebung und gegen Steuerbetrug

Der DSTG-Vorsitzende wirbt im Bereich von Politik und Verwaltung, bei Verbänden und Organisationen der Wirtschaft und steuerberatenden Berufen und vielen Auftritten in den Medien für einen neuen Ansatz bei der Besteuerung und bei der Prüfung von Firmen und Unternehmern. Ansonsten werde die Steuerverwaltung Schiffbruch erleiden.

Die DSTG fordert mit dem Deutschen Fachverband für Kassen- und Abrechnungssystemtechnik (DFKA) eine Registrierkassenpflicht, eine Bargeldobergrenze und eine wirksame Prüfpraxis. Er begrüßt das Plattformtransparenzgesetz, mit dem Umsätze gewerblicher Händler auf online-Marktplätzen kontrollierbarer werden. Als DSTG-Vorsitzender und als Präsident der Union des Finanzpersonals Europas, UFE, stößt er mit Investigativ-Journalisten auf mutmaßlichen Milliardenbetrug asiatischer Plattformen.

Besoldungserhöhung folgt dem Tarifergebnis

Wie zugesagt enthält der Gesetzentwurf zur Bezügeanpassung die im Tarifvertrag enthaltenen Elemente. Die Versorgungsempfänger sind einbezogen; die Sonderzahlung erhalten sie entsprechend ihrem Ruhegehaltssatz. Erst durch Nachhaken der bfg werden die Zulagen analog dem Tarifbereich zum 1. November 2024 und zum 1. 2 2025 erhöht. Unterm Strich kann sich das Ergebnis sehen lassen. Es entspricht weitgehend dem des TVÖD, das unter schlechteren Prognosen vereinbart wurde.



Bericht des Rechnungshofs – kein Wegschauen bei der Personalausstattung

Im aktuellen Jahresbericht des Bayer. Obersten Rechnungshofs unter die Überschrift „Solide Haushaltsführung bleibt das Gebot der Stunde“ ist die Finanzverwaltung bei Einzelprüfungsergebnissen wieder stark vertreten. Die bfg sieht im ORH einen wichtigen Partner in der Sorge um eine solide Haushaltspolitik und bei der Fortentwicklung einer modernen Finanzverwaltung. Die aktuellen Feststellungen müssen nach Ansicht der bfg aber unter der Personal- und Arbeitssituation in der Finanzverwaltung im Allgemeinen und den Finanzämtern im Besonderen gesehen werden. Seit der ORH zuletzt 2012 einen erheblichen Personalmangel festgestellt hat, haben sich die Fallzahlen um 40% gesteigert. Die bfg fordert vom ORH dringend, sich der Personalausstattung der Steuerverwaltung wieder anzunehmen. Denn, wie er 2014 festgestellt hat: wer an der Personalausstattung der Finanzämter spart, spart an der falschen Stelle. „Mit mehr Mitarbeitern würden weitaus mehr Steuern eingenommen, als das zusätzliche Personal kosten würde.“

Doppelhaushalt 2024/25

Das Haushaltsvolumen soll für den neuen DHH bei rund 149 Mill Euro liegen. Schwerpunkte sind die Einhaltung der Schuldenbremse und die Investition von 52 Milliarden in Bildung und Wissenschaft, einschließlich 4.100 neuer Stellen für den Schulbereich, sowie Verbesserungen im Sicherheitsbereich.

Die bfg kann den Finanzminister überzeugen, dass auch in der Finanzverwaltung neue Stellen dringend notwendig sind. Ihm gelingt es, in der Staatsregierung 300 neue Stellen durchzusetzen, davon etliche in den Bereichen, die für das Thema IT und KI wichtig sind. Die Landesfinanzschule wird leider außen vorgelassen.



Rotation muss weg

Wenig hat die Beschäftigten seit 1999 so beschäftigt, wie die im damals erarbeiteten „Personalentwicklungskonzept“ enthaltene „Rotation“, verpflichtende Dienstpostenwechsel als Beförderungsvoraussetzung. Damit wollte man Korruptionsprävention betreiben und dienstliche Flexibilität voranbringen. Auch wenn die Regelungen im Lauf der Jahre in „Leitlinien Personalentwicklung“ modifiziert wurden, die Kritik an der Rotation blieb. Vielfach scheiterten Wechsel an der Personalsituation und Organisationsänderungen haben diese ebenso erschwert. Die bfg ist aktuell im Gespräch mit dem Ministerium mit dem Ziel das Punktesystem der Rotation ersatzlos zu streichen.

Sparen mit künstlicher Intelligenz?

Kritisch betrachtet die bfg das vom Ministerpräsidenten ausgegebene politische Ziel eines Stellenabbaus von bis 5.000 Stellen bis 2035 „durch den Abbau von Bürokratie, weniger Gesetzen und vor allem den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.“ Wenn gleichzeitig Polizei, Justiz und Bildung gestärkt werden sollen stellt sich die Frage, wo dann gespart würde. Viele erinnern sich noch mit Schrecken an den Stoiber'schen Kahlschlag vor 20 Jahren. Wenn sich zwischen 2010 und 2025 die Zahl der Stellen in den Finanzämtern lediglich um 5 Prozent erhöht hat, während die allgemeine Ausweitung der Haushaltsstellen bei 19 Prozent liegt, die Fallzahlen in den Ämtern aber um über 40 % gestiegen sind, die Steuergesetze immer komplizierter geworden sind und so weiter, dann liegt es in erster Linie an den Beschäftigten, dass der Laden noch einigermaßen läuft. Die Unterstützung durch KI ist sicher wünschenswert, eine aktuelle Aussage eines Kollegen spricht dabei Bände: „Mir würde ein funktionierendes UNIFA, welches nicht bei jedem Update die Arbeit behindert, schon reichen ...“

Den Weg zu einem Bürokratieabbau sieht die bfg noch als sehr sehr weit an, angesichts von aktuellen Gesetzeswerken wie dem Mindeststeuergesetz, dessen § 7 alleine 38 Absätze hat. Weiteres Herumdoktern wird nicht ausreichen. Was einzig hilft, sind eine stabile IT unter Einsatz von Elementen der KI, vor allem aber IT-kompatible Gesetze und ein entsprechender Gesetzesvollzug.

Landesjugendtag der bfg-Jugend

Beim 16. Landesjugendtag wird Stefan Bloch vom Finanzamt München zum neuen Vorsitzenden gewählt. Als Bezirksjugendleiterinnen werden Barbara Lindl und Janet Höfling im Amt bestätigt. Der bfg-Landesvorsitzende, Gerhard Wipijewski, gratuliert dem neuen Vorsitzenden und dem ganzen Gremium zur erfolgreichen Wahl stellt die enge und vertraute Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation heraus. Der ausscheidenden Landesjugendleiterin Katja Strobl und ihrem Team dankt er für die großartige Arbeit der letzten 5 Jahren.



Weichenstellung beim bfg-Landesjugendtag mit Wahl der Landesjugendleitung und Beratung von Anträgen. Der neue Staatssekretär, Martin Schöffel gratuliert und dankt der bfg-Jugend für Ihre Arbeit.



Kontinuität und Entwicklung: fünf ehemalige und ein neuer Landesjugendleiter der bfg.

Schöne neue Welt Arbeitsplatz im Finanzamt wird sich grundlegend verändern

Im Finanzressort sollen die Weichen für die „Arbeitswelt der Zukunft“ gestellt und mit Hochdruck an einer modernen und funktionierenden Technik gearbeitet werden.

Mit dem Projekt IKONOS sollen neue Technologien für Telefonie, Chat, Videokonferenz, elektronisches Fax, E-Mail, Dateiaustausch und Dateibearbeitung bereitgestellt werden, auf SINA-Laptops sollen alle Anwendungen, interne Fachprogramme wie externe, zusammengefasst werden. Auch eine neue Bürostruktur ist angedacht, in der Büroräume nach Bedarf vergeben werden, vom Einzelarbeitsplatz bis zum Team-Raum. Dafür sind zunächst Erprobungen vorgesehen.

Die bfg bekräftigt ihre wiederholten Forderungen alles zu tun, um Personal zu gewinnen und zu halten. Sie begrüßt, wenn man sich nun endlich auf den Weg macht, in moderne Arbeitsplätze und funktionierende Technik zu investieren. In der Konkurrenz um Nachwuchskräfte werde das nicht ausreichen. Die Finanzverwaltung müsse beworben, bekannter gemacht werden, die Bezahlung und die Aufstiegsaussichten verbessert werden und letztlich brauche es IT-kompatible Gesetze und einen entsprechenden Gesetzesvollzug. Bei all den Vorhaben dürfen die Beschäftigten, die mit dieser schönen neuen Welt nicht mehr zurechtkommen, nicht vergessen werden.

Jubiläum unseres Staates und Wahltag

Der Vorsitzende erinnert an die Verkündung des Grundgesetzes vor 75 Jahren, den 23. Mai 1949, dem Geburtstag unseres Staates und an die darauf folgende Entwicklung – mit den Nachbarn und dem Wachsen der Europäischen Union. Er erinnert an den Satz eines prägenden bayerischen Politikers der Nachkriegszeit, wonach Bayern unsere Heimat sei, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.

Er bittet, an der Europawahl teilzunehmen und Europa, bei aller berechtigten Kritik im Detail, nicht von Populisten, Extremisten und Nationalisten auf der Rechten wie auf der Linken kaputt machen zu lassen. „Sorgen Sie mit Ihrer Stimme dafür, dass die Europäische Union handlungsfähig bleibt! Das muss uns unser Staat wert sein.“

„Was ist unser Staat uns wert?“ 23. Gewerkschaftstag der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Der 23. Gewerkschaftstag der Bayer. Finanzgewerkschaft findet in der Zeit vom 17. bis 18. Juni in Würzburg statt. Dort werden die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommenden fünf Jahre Gewerkschaftsarbeit bestimmt und die Führung der bfg neu gewählt. Die Bayer. Finanzgewerkschaft, gegründet 1949 – im selben Jahr wie die Bundesrepublik Deutschland – als Verein der Finanzbeamten in Bayern, feiert in diesem Zusammenhang ihr 75-jähriges Bestehen. Es wird eine Vielzahl hochkarätiger Gäste und Wegbegleiter erwartet. Ministerpräsident Dr. Markus Söder wird die Festrede halten und Prof. Dr. Dr. Udo die Fabio den Festvortrag zum Motto des Gewerkschaftstags.

HERZLICH WILLKOMMEN!

Die Bayerische Finanzgewerkschaft lädt Sie am 17. Juni 2024 im Rahmen ihres 23. Gewerkschaftstages herzlich ein zur öffentlichen Veranstaltung mit anschließendem Empfang. Außerdem feiert die bfg in diesem Rahmen ihr 75-jähriges Bestehen.

Wir freuen uns sehr, Sie im Congress Centrum in Würzburg willkommen zu heißen!

Programm:

15:00 Uhr Öffentliche Veranstaltung des 23. Gewerkschaftstages

- Begrüßung und Einführung durch den/die bfg-Vorsitzende(n)
- Fastrede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL
- Festvortrag von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio zum Motto des Gewerkschaftstages „Was ist uns unser Staat wert?“
- Grußwort Finanzminister Albert Scharmer, MdL
- Grußwort DSTG-Vorsitzender Florian Köbler
- Schlusswort durch den/die bfg-Vorsitzende(n)

Die musikalische Umräumung erfolgt durch das Unterfränkische Finanzamtsorchester

17:30 Uhr Stehempfang

Anreiseinformationen:

Mit dem PKW

Ein Parkplatz und eine öffentliche Tiefgarage mit 228 Plätzen sind vorhanden (16 € pro Tag). Sollten Sie ein Navigationssystem verwenden, so geben Sie als Zielpunkt bitte „Fleischtorstraße“ ein. Außerdem besteht eine weitere (kostenfreie) Parkmöglichkeit auf dem Parkplatz Talavera am anderen Mainufer (ca. 10 Gehminuten).

Mit der Bahn

Als ICE-Knotenpunkt verfügt Würzburg über hervorragende Bahnverbindungen. Eine Online-Buchung von Bahn-Tickets zum Veranstaltungs-Festpreis ist möglich unter: www.maintim.de/de/angebote/veranstaltungsticket-maintim-bahn

Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln

Ab Hauptbahnhof erreichen Sie das Congress Centrum mit der Straßenbahn (Linie 2, Richtung Zellerau, 3. Haltestelle „Congress Centrum“), mit dem Taxi (ca. 1 km) oder zu Fuß (durch die Ringparkanlage, ca. 10 Gehminuten).

Ort:

Congress Centrum Würzburg
Turmgasse 11, 97070 Würzburg

Ihre Teilnahme:

Bitte teilen Sie uns bis zum 8. Mai 2024 mit, ob Sie an der öffentlichen Veranstaltung und dem Empfang zugegen sein können. Mitteilung bitte an gewerkschaftstag@bfg-mail.de

oder telefonisch:

089 / 54 59 17 - 0

oder über QR-Code

zum E-Mail-Formular:



Die letzten zehn Jahre ...

Die letzten zehn Jahre unserer Verwaltung und der bfg habe ich für die Fortführung der bfg-Chronik Revue passieren lassen und möchte Sie teilhaben lassen.

Die letzten zehn Jahre haben die Welt, unser Leben, die Gesellschaft, die Politik und unsere Verwaltung gefordert wie lange nicht und haben vieles verändert.

Die letzten zehn Jahre haben auch die bfg enorm herausgefordert.

Die letzten zehn Jahre sind ein wichtiger Abschnitt der nunmehr 75-jährigen Arbeit der Bayerischen Finanzgewerkschaft.

Ich bin stolz darauf, wie „meine bfg“ und die vielen ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in dieser langen Zeit erfolgreich und zum Wohl unserer Mitglieder und der gesamten Finanzverwaltung gearbeitet haben und bin überzeugt, sie werden das auch weiter tun –

weil es den Menschen braucht!

Weil es den

Menschen
braucht

im Mai 2024

Johanna Markl

bfg-Ehrenmitglied

Gründungsversammlung:

Gründungsvorsitzender:
Zweiter Vorsitzender:
Dritter Vorsitzender:

Angelo Kramel
Karl Dausch
Alois Hofer

1. Delegiertentag 1950 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Karl Dausch, August Kaiser
Dr. Walter Stiller
Max Storch

2. Delegiertentag 1952 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Karl Dausch, August Kaiser
Dr. Walter Stiller
Koll. Kanofski

3. Delegiertentag 1954 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Karl Dausch, August Kaiser
Dr. Walter Stiller
Georg Galsterer

4. Delegiertentag 1956 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Franz Berwein, Anton Dirigl
Alois Hofer
Georg Galsterer

5. Delegiertentag 1958 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Anton Dirigl, Alois Reule
Alois Hofer
Georg Galsterer

6. Delegiertentag 1960 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Angelo Kramel
Anton Dirigl, Wolfgang Zimmermann
Alois Hofer
Georg Galsterer

7. Delegiertentag 1962 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Wolfgang Zimmermann
Anton Dirigl, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Georg Galsterer

8. Delegiertentag 1964 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Wolfgang Zimmermann
Anton Dirigl, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Georg Galsterer

9. Delegiertentag 1967 in Nürnberg

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Wolfgang Zimmermann
Anton Dirigl, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Dr. Eckhart Ulmer

10. Delegiertentag 1970 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Wolfgang Zimmermann
Anton Dirigl, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Dr. Eckhart Ulmer

11. Delegiertentag 1973 in Nürnberg

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Dieter Kattenbeck
Wolfgang Kunte, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Herbert Niewiera

12. Delegiertentag 1976 in München

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Dieter Kattenbeck
Wolfgang Kunte, Hanns Poeschl
Alois Hofer
Herbert Niewiera

13. Delegiertentag 1980 in Regensburg

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Dieter Kattenbeck
Josef Bugiel, Wolfgang Kunte
Siegfried Schneider
Herbert Niewiera

14. Delegiertentag 1984 in Ingolstadt

Vorsitzender:
Stellvertreter:
Bezirksvorsitzender München:
Bezirksvorsitzender Nürnberg:

Dieter Kattenbeck
Josef Bugiel, Wolfgang Kunte
Siegfried Schneider
Dieter Ondracek

15. Delegiertentag 1988 in Weiden

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Bezirksvorsitzender Südbayern:
Bezirksvorsitzender Nordbayern:

Dieter Kattenbeck
Josef Bugiel, Wolfgang Kunte,
Ernst Hofmann (Schatzmeister)
Gertrud Schäffler (Schriftführerin)
Siegfried Schneider
Dieter Ondracek

16. Delegiertentag 1992 in Ingolstadt

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Bezirksvorsitzender Südbayern:
Bezirksvorsitzender Nordbayern:

Josef Bugiel
Wolfgang Kunte, Gertrud Schäffler
Ernst Hofmann (Schatzmeister),
Johanna Markl (Schriftführerin)
Siegfried Schneider
Dieter Ondracek

17. Delegiertentag 1996 in Weiden

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Bezirksvorsitzender Südbayern:
Bezirksvorsitzende Nordbayern:

Josef Bugiel
Johanna Markl, Thomas Wagner,
Matthias Bauregger,
Ernst Hofmann (Schatzmeister)
Siegfried Schneider
Helene Wildfeuer

18. Delegiertentag 2000 in Neu-Ulm

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Bezirksvorsitzender Südbayern:
Bezirksvorsitzende Nordbayern:

Josef Bugiel
Johanna Markl, Thomas Wagner,
Matthias Bauregger,
Christoph Meier (Schatzmeister)
Siegfried Schneider
Helene Wildfeuer

19. Delegiertentag 2004 in Bad Kissingen

Vorsitzender:	Josef Bugiel
Stellvertreter:	Johanna Markl, Thomas Wagner, Nicole Kittlaus, Gerhard Wipijewski (Schatzmeister)
Bezirksvorsitzender Südbayern:	Matthias Bauregger
Bezirksvorsitzende Nordbayern:	Helene Wildfeuer

20. Gewerkschaftstag 2008 in Ingolstadt

Vorsitzender:	Josef Bugiel
Stellvertreter:	Johanna Markl, Thomas Wagner, Nicole Kittlaus, Gerhard Wipijewski (Schatzmeister)
Bezirksvorsitzender Südbayern:	Matthias Bauregger
Bezirksvorsitzende Nordbayern:	Helene Wildfeuer

21. Gewerkschaftstag 2013 in Schweinfurt

Vorsitzender:	Gerhard Wipijewski
Stellvertreter:	Johanna Markl, Thomas Wagner, Christoph Werwein, Birgit Fuchs (Schatzmeisterin)
Bezirksvorsitzender Südbayern:	Matthias Bauregger
Bezirksvorsitzende Nordbayern:	Helene Wildfeuer

22. Gewerkschaftstag 2019 in Augsburg

Vorsitzender:	Gerhard Wipijewski
Stellvertreter:	Hermann Abele, Cornelia Deichert, Annette Feldmer, Florian Köbler, Bärbel Wagner (Schatzmeisterin)
Bezirksvorsitzende Südbayern:	Birgit Fuchs
Bezirksvorsitzender Nordbayern:	Thomas Wagner

23. Gewerkschaftstag 2024 in Würzburg

Ehrenvorsitzende

Angelo Kramel (†)	bfg-Vorsitzender 1949 bis 1962
Wolfgang Zimmermann (†)	bfg-Vorsitzender 1962 bis 1973
Dieter Kattenbeck (†)	bfg-Vorsitzender 1973 bis 1989
Josef Bugiel	bfg-Vorsitzender 1989 bis 2013

Ehrenmitglieder

Matthias Bauregger *	
Karl-Erwin Dausch (†)	
Anton Dirigl (†)	
Rainer Friemel	
Alois Hofer (†)	
Ernst Hofmann	
Wolfgang Kunte	
Johanna Markl	
Dieter Ondracek *	
Hanns Poeschl (†)	
Helmut Ruß	
Gertrud Schäffler-Kroner (†)	
Siegfried Schneider *	
Manfred Walter	
Helene Wildfeuer *	

* von ihren Bezirksverbänden zugleich zu deren Ehrenvorsitzenden ernannt

Bayernturniere

1962	Regensburg
1963	Straubing
1964	Erlangen
1965	Augsburg
1966	Amberg
1967	Ingolstadt
1968	Erlangen
1969	München
1970	Fürth
1971	Kelheim
1972	Roth
1973	Fürstenfeldbruck
1974	Regensburg
1975	Kelheim
1976	Vohenstrauß
1977	Augsburg
1978	Neumarkt
1979	Straubing
1980	Gunzenhausen
1981	Neu-Ulm
1982	Cham
1983	Kaufbeuren
1984	Neumarkt
1985	Landshut
1986	Regensburg
1987	Augsburg
1988	Hersbruck
1989	Neu-Ulm
1990	Schwandorf
1991	Rosenheim
1992	Ansbach
1993	Kempten
1994	Amberg
1995	Straubing
1996	Forchheim
1997	Ingolstadt
1998	Kitzingen
1999	Nördlingen
2000	Hof
2001	Dillingen
2002	Lohr
2003	Kaufbeuren
2004	Cham
2005	Landshut
2006	Nürnberg
2007	München
2008	Selb
2009	Kempten

2010	Amberg
2011	Straubing
2012	Nürnberg
2013	Augsburg
2014	München
2015	Bamberg
2016	Landshut
2017	Regensburg
2018	Kempton
2019	Würzburg
2020	wegen der Corona-Pandemie entfallen
2021	wegen der Corona-Pandemie entfallen
2022	Nürnberg
2023	Augsburg
2024	München

Seit 2016 findet als Teil des Bayernturniers auf der Olympiaregattastrecke in Oberschleißheim ein Drachenbootwettbewerb statt, an dem 2023 mehr als 120 Boote teilgenommen haben.

Ab 2024 findet das Bowlingturnier aufgrund des großen Zuspruchs an einem eigenen Tag auf der größten Bowlinganlage in Unterföhring statt.

Bezirkssportfeste

1960	Lohr a.M.	Vorläuferturniere im Raum München ab 1960
1961	Fürth	
1962	Schweinfurt	
1963	Erlangen	
1964	Bamberg	
1965	Nürnberg	
1966	Würzburg	
1967	Regensburg	Dingolfing
1968	Ansbach	Kaufbeuren
1969	Fürth	Rosenheim
1970	Nürnberg	München
1971	Bamberg	Augsburg
1972	Erlangen	Ebersberg
1973	Schweinfurt	Unterschleißheim
1974	Fürth	Unterschleißheim
1975	Amberg	Unterschleißheim
1976	Ansbach	Augsburg
1977	Aschaffenburg	Kaufbeuren
1978	Erlangen	Rosenheim
1979	Regensburg	Neu-Ulm
1980	Bayreuth	Unterschleißheim
1981	Würzburg	Kempton
1982	Nürnberg	Ingolstadt

1983	Regensburg	Landshut
1984	Hof/S.	Dillingen
1985	Schweinfurt	Garmisch-Part.
1986	Bamberg	Miesbach
1987	Aschaffenburg	Straubing
1988	Fürth	Kaufbeuren
1989	Bayreuth	Degendorf
1990	Bamberg	Mühldorf
1991	Regensburg	Augsburg
1992	Würzburg	Ingolstadt
1993	Erlangen	Landshut
1994	Hof/S.	Miesbach
1995	Regensburg	Nördlingen
1996	Schweinfurt	Mühldorf
1997	Bamberg	Lauingen
1998	Weiden/OPf.	Ingolstadt
1999	Würzburg	Kempten
2000	Erlangen	Straubing
2001	Nürnberg	Dillingen
2002	Bayreuth	Dachau
2003	Regensburg	Deggendorf
2004	Hof	Fürstenfeldbruck
2005	Schweinfurt	München
2006	Fürth	Rosenheim
2007	Münchberg	Gersthofen
2008	Weiden	Straubing
2009	Erlangen	Freising
2010	Coburg	Donauwörth
2011	Regensburg	Passau

ab 2012 gemeinsames Bayernturnier auf Landesebene

Impressum

75 Jahre – Chronik 1949 bis 2024

Herausgeber: bfg-Verlag

Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, bfg-Landesvorsitzender

Bei den Abschnitten über die Jahre 1949 bis 1972, 1973 bis 1994 und 2000 bis 2014 handelt es sich um einen Nachdruck aus der Chronik aus dem Jahr 1999 (Chronik der bfg „Die ersten 50 Jahre“) und der Chronik von 2014 (Chronik der bfg „65 Jahre – Chronik 1949 bis 2014“).

Autoren: Matthias Bauregger (1949 bis 1972)
Thomas Wagner (1973 bis 1999)
Josef Bugiel (2000 bis 2014)
Johanna Markl (2014 bis 2024)

Gestaltung: Jana Patzak, Thomas Wagner

Cover: Jana Patzak

Weil es den 
Menschen
braucht